

Klaus Hornung

Der Jungdeutsche Orden

Kommission für Geschichte
des Deutschen Reiches
und der Deutschen Sprache
50 Bonnstr. 100 Bonn 1

K 7¹⁴



DROSTE VERLAG · DUSSELDORF

Beiträge
zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Band 14

Buchausstattung: JOHANNES MÜHLE

© Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn

1958

Gesamtherstellung:

Droste Verlag und Druckerei GmbH, Düsseldorf

Printed in Germany

Vorwort

Den Anstoß zu vorliegender Arbeit gaben Gespräche mit Dr. Armin Mohler, Paris, über die Probleme der „Konservativen Revolution“ in Deutschland in der Zeit der Weimarer Republik; er hat das Entstehen der Arbeit mit seinem freundschaftlichen Rat begleitet.

Sie wäre nicht möglich gewesen ohne die bereitwillige Mithilfe einer Reihe ehemaliger Angehöriger des Jungdeutschen Ordens bei der Beschaffung des unentbehrlichen Materials an Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren und Schriften aller Art aus privatem Besitz. Vor allem habe ich zu danken Frau Elisabeth Daemen-Fröhlich, Berlin, der einstmaligen Sekretärin Artur Mahrauns, Herrn Kurt Pastenaci und Herrn Walter Hillmann, beide Berlin, sowie Herrn Ernst Maste, Bendorf (Rhein)-Sayn bei Koblenz. Mit ihnen konnte ich auch wertvolle ergänzende Gespräche führen. Mit weiteren früheren Mitgliedern des Jungdeutschen Ordens stand ich in brieflicher Verbindung.

Schließlich bin ich meinen verehrten Lehrern in Tübingen, den Herren Professoren Theodor Eschenburg, Hans Rothfels und Rudolf Stadelmann †, zu dauerndem Dank verpflichtet. Herr Professor Ludwig Maenner †, München, hat im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien die redaktionelle Überarbeitung und Drucklegung durch seinen freundschaftlichen Rat entscheidend gefördert.

Tübingen, im Frühjahr 1958

Der Verfasser

Einleitung

Der politische und weltanschauliche Standort des heute fast schon vergessenen oder auch mißdeuteten Jungdeutschen Ordens ist für das Verständnis der jüngsten deutschen Vergangenheit aufschlußreich. Er befindet sich an einem Kreuzungs- und Austauschpunkt, wo sich bündische und nationale, liberale und demokratische, konservative und „ideologische“ Richtungen und Elemente treffen.

Drei Anliegen stehen deshalb im Mittelpunkt dieser Untersuchung. Einmal soll ein Beitrag zu einer noch zu schreibenden Geschichte der bündischen Bewegung in Deutschland, insbesondere ihrer politischen Ideengeschichte seit 1919, gegeben werden. Im Orden war bis zuletzt das Ethos des bündischen Menschen wirksam, das sich aus dem Aufbruch der Jugendbewegung um die Jahrhundertwende und aus dem „Fronterlebnis“ des Weltkrieges geformt hatte. Es war eine letzte Ausprägung jener Versuche des deutschen Geistes, zu einer kraftvollen Synthese von Geist und Macht, Kultur und Staat, Weltbürgertum und Nation zu gelangen. Die bündischen Menschen erscheinen so als die letzten Nachfahren der „Goethezeit“ und des klassischen Liberalismus; die bündische Bewegung erscheint wie ein „bronzenes Zeitalter“ nach dem „goldenen“ der Goethe, Scharnhorst und Hegel und dem „silbernen“ der Dahlmann, Droysen und Treitschke. An der Verschmelzung der beiden großen Tendenzen der Zeit, der nationalen und der sozialen, versuchte sich ein letztes Mal die Kraft des deutschen Idealismus — bereits unter gänzlich neuen Verhältnissen, im Zeitalter der Massen und des Großbetriebs. Es ist reizvoll und dramatisch zugleich, zu verfolgen, wie sich die Kräfte der deutschen Tradition zu den Sehnsüchten, Notwendigkeiten und Gefährdungen einer neuen Zeit verhielten, wie sie sich gegenseitig anzogen und abstießen.

Der idealistische Kulturstaat blieb ein Ideal, das sich gegen die Wirklichkeit nicht behaupten konnte. Was den Stein, Scharnhorst, Fichte und Boyen, den Dahlmann und Treitschke zu ihrer Zeit nicht gelang, blieb unter den Voraussetzungen des beginnenden 20. Jahrhunderts vollends erfolglos. Das Zeitalter der „Realpolitik“ und Technik, des wissenschaftlichen Positivismus und des Selbstbewußtseins der Massen trennte von dem hohen Flug der Goethezeit. Und in dem Staatsideal der idealistisch-liberalen Kulturstaatstradition lag von Anfang an die Gefahr, daß alle Lebensäußerungen und Wirklichkeitsbereiche in den Staat hineingezogen wurden, daß der Staat — nach den Worten Dahlmanns — zum höchsten Wert „auf der Erde“ wurde. Diese Gefahr der Staatsallmacht wurde seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts unter neuen soziologischen und geistigen Voraussetzungen deutlich, somit auch für die Staatsauffassung der bündischen Jugend wesentlich. Es konnte das Mißverständnis oder

doch die Vereinfachung aufkommen, als sei der omnipotente völkisch-rassische Staat des Nationalsozialismus die notwendige Folge und der legitime Erbe jener deutschen Staatstradition, woran aber so viel richtig sein dürfte, daß die deutsche Kultur- und Machtstaatstradition unter gewandelten Verhältnissen dem Einbruch der heidnisch-nihilistischen Staatsallmacht des Nationalsozialismus nicht mehr genügend Widerstandskräfte entgegenzusetzen vermochte.

Ein zweites Anliegen der folgenden Untersuchung ist deshalb die Abgrenzung der jungdeutsch-bündischen Welt von der nationalsozialistischen. Die Tatsache, daß — nach einem Wort Ernst Jüngers — die „Münchener Schule“ als die „flachste reussierte“, darf dem rückschauenden Betrachter nicht das reiche und vielfältige geistige und politische Leben verdecken, das zwischen 1919 und 1933 die „nationale Bewegung“ in Deutschland erfüllte. So hat auch der überwiegende oder doch der ausschlaggebende Teil des Ordens den Nationalsozialismus immer abgelehnt und bekämpft — trotz der weitgehenden Übereinstimmung in der sozialen Zusammensetzung der beiderseitigen Anhängerschaft. Zuerst waren es vor allem Unterschiede im politischen Stil und in der sittlichen Haltung; erst allmählich wurde man sich in gedanklicher Klärung innerhalb des nationalen Lagers der tieferliegenden Gegensätze bewußt. Daß die Jungdeutschen, stolz auf ihre eigenen bündischen „Staatsbaupläne“, die Nationalsozialisten immer wieder fragten, wie deren Vorstellungen vom „Dritten Reich“ im einzelnen aussähen, war der Protest einer aus guten deutschen Traditionen schöpfenden Bewegung gegen die „Revolution des Nihilismus“, deren Wesenszüge hier viel früher erkannt wurden als in weiten Teilen des nationalen Bürgertums. So ist immer wieder — nach der Forderung August Winnigs — zu der „Tiefenlinie unseres nationalen Schicksals“ vorzudringen. Es hilft weder das Moralisieren noch das Vordrängen, weder die Apologie noch die Entrüstung. Es handelt sich nicht darum, das gute Gewissen irgendeiner Partei oder Richtung zu bestätigen. An Stelle des denkfaulen oder aus dem schlechten Gewissen stammenden Verwunders, wie aus dem „Volk Goethes“ das „Volk Adolf Hitlers“ werden konnte, gilt es Stück für Stück die geistes- und sozialgeschichtliche Entwicklung des deutschen Volkes während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts offen zu legen. Denn die Wiederherstellung der deutschen — und der europäischen — geschichtlichen Kontinuität ist nicht die geringste Aufgabe, die der jungen Generation heute wartet.

Eine Würdigung der deutschen bündisch-nationalen Bewegung ist im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht leicht. Diese Welt, zeitlich noch so nahe, ist geistig schon sehr fern gerückt. Sie scheint ebenso endgültig dahin wie das „goldene“ und „silberne“ Zeitalter des deutschen Idealismus und klassischen Liberalismus. Manche Anzeichen deuten sogar darauf hin, daß wir uns im Ablauf der Entwicklung heute in einer gegenläufigen Phase befinden. Wo damals alles Denken und Handeln auf Volk und Nation ausgerichtet war, scheint heute alles auf übernationale Großraumlösungen zu drängen. An die Stelle eines beflügelnden

Wissens um den notwendigen Gang der Geschichte sind Europa und Deutschland heute in eine Zeit skeptischen Nichtwissens und nüchterner Schritt-für-Schritt-Politik getreten. Der idealistische Glaube an die Macht der Gesinnung und des Ethos, der die bündische Jugend erfüllte, scheint durch Nationalsozialismus, Krieg, Niederlage und Nachkriegszeit ausgebrannt. Die Hingabe an überpersönliche Werte und Ziele wurde von einer Welle der Privatisierung, des kleinen persönlichen und beruflichen Glücks überspült. Schon diese wenigen Hinweise mögen den Abstand der Gegenwart zu der Zeit vor 1945 und 1933 deutlich machen.

Die stofflichen Schwierigkeiten der Arbeit entsprechen den Erschwernissen des Urteils. Der Mithilfe vieler ehemaliger Angehöriger des Jungdeutschen Ordens und Mitarbeiter Mahrauns schuldet die Arbeit großen Dank, denn nur so war es möglich, daß wohl alle noch erreichbaren Unterlagen von allgemeiner Bedeutung verwertet werden konnten¹⁾. Der Versuch, diese an sich einseitige Materialgrundlage durch fremde Quellen zu erweitern, erwies sich als wenig ergiebig und nicht notwendig. Die jungdeutsche Publizistik zitierte regelmäßig und ausführlich Stimmen aus den anderen und besonders den gegnerischen innenpolitischen Lagern. Material von Kreisen außerhalb des Ordens wurde deshalb nur in bestimmten Fällen herangezogen, so bei den Novemberereignissen 1923, bei der „Denkschriftaffäre“ 1926 sowie bei der Schilderung der bündischen Staatsvorstellungen und des Verhältnisses zum Nationalsozialismus²⁾.

Jede Arbeit über die jüngste Vergangenheit steht im übrigen wohl vor denselben Schwierigkeiten, wenn eine erste Aufhellung der tatsächlichen Geschehnisse und zugleich ein erstes Urteil im Rahmen größerer Zusammenhänge versucht werden. Die Darstellung der Ereignisse mußte deshalb auch mit einiger Ausführlichkeit erfolgen; denn noch ist die Anzahl der bereits benutzbaren Monographien über die Geschichte der Weimarer Republik gering. Es ließ sich infolge des noch fehlenden Gesamtzusammenhangs auch nicht vermeiden, das jeweils in Frage stehende Einzelproblem vielleicht etwas zu stark zu belichten. Dies kann erst später korrigiert werden.

¹⁾ Es wäre zu wünschen, daß die im Dezember 1953 gegründete Artur-Mahraun-Gesellschaft, die Mahrauns Gedankengut „klärend und vertiefend durcharbeiten und verantwortungsbewußt weiterentwickeln“ will, Möglichkeiten zu einer planmäßigen Sammlung des Materials schafft. Ein zentrales Archiv über die Geschichte des Jungdeutschen Ordens wäre wünschenswert, um weitere, oft unvermeidliche Verluste in Privatbesitz zu vermeiden. Eine Bibliographie der Schriften Mahrauns findet sich jetzt bei Ernst Maste, Die Republik der Nachbarn, S. 204 ff.

²⁾ Auch der Aufbau eines Pressearchivs für alle Stimmen und Äußerungen der in- und ausländischen Presse und Publizistik über den Orden könnte von der Mahraun-Gesellschaft in die Wege geleitet werden.

I. Kapitel

Artur Mahraun

Im Unterschied zu weiten Teilen des „neuen Nationalismus“ nach dem ersten Weltkrieg wurde der Jungdeutsche Orden mehr vom August 1914 als vom November 1918 geprägt. Während die nationale Rechte das Kriegs- und Frontenerlebnis in seiner angeblichen Zerstörung durch den „Dolchstoß“ sah, empfanden es Artur Mahraun und mit ihm später der Orden mehr als Läuterung, Erfüllung und Vertiefung einer starken Tendenz in der Geschichte schon des Kaiserreiches: der Sehnsucht nach der „Volksgemeinschaft“, die sich schon damals in der Jugendbewegung und im preußisch-deutschen Heer ausgedrückt hatte. Das bündische Erbe, das im Jungdeutschen Orden wie anderswo seine Wendung ins Politische erfuhr, zeigte sich im Bekenntnis zu Tradition und Geschichte und damit zu der Identität des Staates, die in der Unvergänglichkeit des Volkstums begründet ist. Nicht zuletzt findet hierin auch die Haltung gegenüber dem republikanischen Staat nach 1918 ihre Erklärung.

Es erscheint deshalb berechtigt und notwendig, die Darstellung der Geschichte des Jungdeutschen Ordens mit einem Abriß von Leben und Wesen seines Gründers und Führers zu beginnen, denn gerade in Mahrauns früher Entwicklung finden wir jene Wurzeln der jungdeutschen Bewegung, die in die Zeit vor 1914 zurückreichen.

Artur Mahraun wurde am 30. Dezember 1890 als Sohn des späteren Geh. Regierungsrates Hans Mahraun in Kassel geboren. Seine Jugendjahre fielen hinein in den Aufbruch der Jugendbewegung, der seit dem Ende des Jahrhunderts überall in der deutschen bürgerlichen Jugend zu beobachten war. Mahraun selbst hat später den Einfluß dieses „Geistes der Zeit“ auf seine Entwicklung hervorgehoben: „Meine Jugend spielte sich zur Wende einer Zeit ab, an der sich Weltanschauungen schieden“¹⁾. Während die väterliche Generation sich noch in rationaler Weise um die Lösung des sozialen und politischen Problems der Großstadt und der Massen bemühte, hieß die Losung der Söhne bereits: „Wider den Großstadtgeist!“ „Wenn ich mit meinen Freunden durch Wälder und Berge und Täler streifte, dann beseelte uns eine Idee, das war die des Gegensatzes zwischen dem modernen Großstädter und dem Menschen, der Flur und Feld liebt und tausendmal mehr mit der Natur verbunden ist als mit den kitschigen Monumenten moderner Stadtbilder. Ehrfurcht vor den alten Gassen und eine Kultur großer Vergangenheit im Herzen wuchsen wir auf in einer Zeitenwende, deren entgegengesetzte Pole an Kraßheit in der Geschichte

¹⁾ Mahraun, Gegen getarnte Gewalten, S. 5.

kaum ihresgleichen kennen. Das Erdgebundene wurde uns zum Inbegriff des Guten. Das erdentrückte, händlerisch Neue ward uns zur falschen Welt moderner Entartung. Die Freunde, die unser wurden, mußten sich lossagen vom geckenhaften, modernen Großstadtmenschen. Sie mußten mit uns das schönste Glück der Feiertagsstunde in Wald und Feld erblicken⁽¹⁾).

Es sind bereits die Elemente einer neuen Weltanschauung: Der Ausbruch aus der Zivilisation der bürgerlichen Eltern in die „Natur“, aus der Fortschrittsgläubigkeit in die ehrfürchtig wiederentdeckte Geschichte, die „kategorische“ sittliche Wertung dieses Gegensatzes, die Ablehnung des „händlerisch Neuen“, der spießigen Konvention, und der bekenntnismäßige Zusammenschluß in Freundschaft und „Gemeinde“. Mahraun nennt diese „grenzenlos idealistische und schwärmerische Zeit“ die „Morgenluft des 20. Jahrhunderts“. Die Erinnerung an einen anderen großen Aufbruch in der deutschen Geschichte, an Humanismus und Reformation, klingt auf, der für das Geschichtsbewußtsein der Jugendbewegung eine große Rolle spielte, wenn Mahraun wie Ulrich von Hutten sagt: „Ich möchte jauchzen: ‚Jahrhundert, wie bist du schön!‘“ und die politische Konsequenz des Aufbruchs formuliert: „Das Zeitalter der Obrigkeit ist vorbei. Das Zeitalter der willensstarken Völker beginnt“⁽²⁾).

Im Jahre 1908 trat Mahraun in das preußische Heer ein, in das Infanterieregiment Nr. 83, Kassel. Es waren die ersten schon von der Jugendbewegung bestimmten Jahrgänge: „Wir wichen bereits in vielem von dem ab, was bisher üblich gewesen war. Etwas Junges, Neubelebendes durchzog die Gedankenwelt von uns Leutnants. Es lag sowohl im Zuge der Zeit wie in der militärischen Entwicklung, daß der junge Offizier nach einer Art Philosophie der militärischen Erziehung strebte . . . Ich bin fest überzeugt, daß, wenn nicht der größte Teil der unter diesen Umständen herangewachsenen militärischen Führungsjugend im Weltkriege gefallen wäre, er ganz zweifellos das Rückgrat einer neuen nationalen Bewegung hätte sein können“⁽³⁾). Was hier erstrebt wurde, war eine Vertiefung und neue sittliche Rechtfertigung überkommener Begriffe, eine von der Jugendbewegung und der Neuromantik getragene nationale Renaissance, vergleichbar etwa dem „integralen Nationalismus“ eines Charles Péguy und Ernest Psychari in Frankreich, eine Bewegung, die im August 1914 in die Geschichte des Weltkrieges einmündete. Während Péguy in Frankreich an den *esprit catholique*, an die großen nationalen Symbole der französischen Geschichte anknüpfte, wurde von jenen letzten Vorkriegsjahrgängen in Deutschland besonders der Erziehungs- und Vaterlandsbegriff der idealistischen Philosophie wieder aufgenommen⁽⁴⁾).

¹⁾ Ebd., S. 6.

²⁾ Ebd., S. 7. Zur Herkunft und Jugend Mahrauns siehe auch die Familiengeschichte des Vaters Hans Mahraun (Kassel 1926) und Hille, Artur Mahraun, S. 9 ff.

³⁾ Hille, S. 14.

⁴⁾ *Get. Gew.*, S. 8 ff. Ferner letzte Vorlesungsstunde von Prof. Rudolf Stadelmann in Tübingen, Sommersemester 1949.

Mahraun hatte, wohl als väterliches Erbe, eine starke Neigung zur Menschenbildung und -führung. Sie wurde immer mehr sein vielleicht wichtigster Wesenszug. Jetzt, als junger idealistischer Leutnant bei den 83ern, zuerst in Kassel, dann in der Waldeck'schen Residenz Arolsen, fand er in der Erziehung seiner Rekruten zum ersten Male das Betätigungsfeld, das seiner Neigung und Begabung entsprach. Von Anfang an ist ihm für seine erzieherische Einwirkung nichts zu klein und gering. Er klärt seine Rekruten über die Notwendigkeit und Heilsamkeit der Stubenordnung auf, er will überzeugen, nicht einfach anordnen. Vor allem ist es mit Äußerlichkeiten nicht getan: Der Stubenordnung muß die Kameradschaft als „Stubenordnung der Herzen“ entsprechen und sie unterbauen. Der junge Leutnant wird nicht müde, das Wesen solcher Kameradschaft aufzuzeigen und hierbei, vom Praktischen ausgehend, jene „Philosophie der militärischen Erziehung“ zu schaffen, die er später zu einer „Philosophie der Gemeinschaft“ als Ergänzung der von ihm rein individualistisch gedeuteten Philosophie des deutschen Idealismus auszubauen versuchte¹⁾. Überall geht es dem soldatischen Erzieher, der seinen Beruf „philosophischer“, humaner auffaßt als eine in langen Friedensjahren erstarrte Armee, darum, die Erkenntnis des tieferen Sinns und der sittlichen Kräfte zu vermitteln, die als schönster Gewinn hinter der militärischen Zucht stehen. Es war für ihn selbstverständlich, daß er seine Rekruten als Menschen betrachtete, für die er eine erzieherische Verantwortung trug. Jeden seiner sechzig Rekruten ließ er einen Lebenslauf schreiben, durch den er sich in die Vergangenheit und den Geist seiner Leute „einarbeitete“. „Oft bestellte ich mir den Vater eines Rekruten, um mit ihm die Entwicklung seines Sohnes zu besprechen“²⁾.

Mahraun brachte aus dem Erlebnis der Jugendbewegung eine vertiefte Auffassung des Gemeinschaftslebens und des echten, freiwilligen Gehorsams mit. Im „Korpsgeist“ der Gemeinschaft wird der Einzelne eingeschmolzen, und der „Gemeinschaftsbann“ der Kameradschaft steigert seine Kräfte. Der wohlverstandene, der „sehende“ Gehorsam kann nur auf Grund echter Autorität, nicht durch bloß äußerlichen Respekt erwachsen. „Der blinde Gehorsam ist ein Begriff, der sich mit dem ganzen Wesen des deutschen Soldaten nicht verträgt“, heißt es klar und bündig bei Mahraun. Die für Deutschland immer vorauszusetzende Übermacht des Feindes muß wettgemacht werden durch selbständiges Handeln, das aus der Erkenntnis des Zwecks des Befehls entspringt³⁾.

Der Geist und das Vorbild von 1813, der Scharnhorst, Gneisenau und Clausewitz werden zur Bewältigung der eigenen Aufgaben beschworen. Wie damals das Söldnerheer des fürstlichen Obrigkeitsstaates in den großen Reformen abge-

¹⁾ Mahraun, Reden an eine Schar, S. 9 ff. Dazu von Mahraun ferner Gemeinschaft als Erzieher, S. 75 ff.

²⁾ Meister I/4, S. 1 ff.

³⁾ Mahraun, Reden, S. 23 ff. Dazu Mahraun, Hubert Wälser, S. 128, und Mahraun, Allvater hilf, S. 30 ff.

löst wurde von dem Volksheer freier Männer, so sollen auch jetzt wieder die formalen Bindungen von Gehorsam und Befehl durch neue, sittliche Bindungen ergänzt und ersetzt werden. Und wie in der preußischen Reformzeit eine enge Wechselwirkung zwischen den taktisch-militärischen und den gesellschaftlich-staatlichen Reformen bestand, so war es auch jetzt wieder: „Das Fronterlebnis des Weltkrieges mußte den Grund zur Wiedergeburt von der Idee des Volksstaates . . . legen“¹⁾. So ist für Mahraun das „Fronterlebnis“ in einer deutlichen Linie aus den Erneuerungsgedanken der Vorkriegszeit herausgewachsen und aus seiner „Philosophie der militärischen Erziehung“ seine politische Besinnung.

In das Idyll der kleinen Residenz brach Ende Juli 1914 die Mobilmachung zu dem oft erwarteten und von manchem wohl auch ersehnten großen Krieg herein. Jetzt hatte sich zu bewähren, was man bisher geglaubt und vertreten hatte. Mahraun ist beim Handstreich von Lüttich dabei und kommt bald an die Ostfront. Eisernes Kreuz 1. Klasse und Hohenzollerischer Hausorden waren die äußeren Zeichen der Anerkennung für seine soldatischen Leistungen²⁾.

An der Front wird die Kameradschaft zu einem „Erlebnis fast wie Blutsverwandtschaft“. Die äußeren Formen, die alten Standesgrenzen und Nützlichkeits-erwägungen verblassen vollends. Die Frontsoldaten erheben Anspruch auf die Neuordnung der Dinge: „Wir, die wir durch diese Schule gegangen sind, werden einen anderen Begriff von Freiheit und Persönlichkeit in die Heimat zurückbringen!“³⁾

Auf der Rückfahrt von einem Heimaturlaub wird der Oberleutnant Mahraun vom Kieler Matrosenaufstand überrascht. Seine Versuche, in der Kasseler Garnison und dann in Jena unter den Studenten zuverlässige antirevolutionäre Truppen zu sammeln, scheitern, bis er im Januar 1919 auf eigene Faust in Kassel eine Zeitfreiwilligen-Kompanie gründet, der zunächst vorwiegend Offiziere und Unteroffiziere seines in der Demobilmachung begriffenen Regiments angehören. Damit beginnt — ihm selbst wohl noch nicht voll bewußt — der entscheidende Abschnitt seines Lebens: seine politische Wirksamkeit⁴⁾.

Als Frontoffizier verabscheute Mahraun die Kieler Matrosenrevolte, die spartakistischen Ausschreitungen und die „Soldatenratswirtschaft“. Auch er war der Meinung, daß das Heer „im Felde unbesiegt“ geblieben sei, daß sich die Heimat gegen die Front erhoben habe, um ihr die Waffen aus der Hand zu schlagen. Gerade in jenen Novembertagen 1918 hatte er auch in tiefer Eindringlichkeit das Erlebnis der „Masse“, das seine politische Auffassung von jetzt an entscheidend bestimmen sollte. Die Abneigung gegen die Masse entsprang letztlich jener Ablehnung von Zivilisation und Großstadt, die er in der Jugendbewegung in sich aufgenommen hatte. An der Erfahrung der „aufgehetzten Massen“ der

1) Get. Gew., S. 8 ff.; Reden, S. 125.

2) Hille, S. 15 ff.

3) Get. Gew., S. 8 ff.; Hille, S. 19 ff.

4) Mahraun, Politische Reformation, S. 10 ff.; Hille, S. 16 f.

Revolutionswirren entzündete sich in ihm der aus dem Gemeinschaftserlebnis der Jugendbewegung und dem „Korpsgeist“ des Frontheeres gespeiste politische Wille, die moderne Masse durch Gliederung, Erziehung und echte Gemeinschaft zu überwinden¹⁾).

Doch der Oberleutnant, der aus den Prüfungen der Materialschlachten zurückkam, war klarsichtig genug, um im Zusammenbruch nicht nur das Schicksal des gefällten Siegfried, eine Verschwörung von Minderwertigen, zu erblicken. Er begriff, daß eine geschichtliche Epoche zu Ende ging. „Es war der Einbruch eines morschen Gebäudes. Es war die Selbstaufgabe eines Systems, dessen vorhandene Kräfte im Kampf gegen den äußeren Feind verbraucht waren, und das nun nicht mehr in der Lage war, sich gegen die eigene Opposition zu verteidigen.“ Die alte Ordnung hatte sich kampfflos aufgegeben, die alte Führung hatte versagt, sie war nicht fähig gewesen, „unter den neuen Verhältnissen neue Kräfte zu entfesseln“²⁾. Noch 1949 konnte so Mahraun schreiben: „Ich sah den Niedergang Deutschlands nicht aus dem engbegrenzten Gesichtswinkel des verlorenen Krieges, sondern als das natürliche Ergebnis einer an Fehlern und Versäumnissen überreichen zeitgeschichtlichen Epoche. Die wilhelminische Glanzzeit kam mir vor wie eine schlecht verdeckte Insel in einem Meere von Irrungen . . . Die geschichtliche Niederlage erschien mir weitaus ernster als die militärische“³⁾.

Da auch die Sozialdemokratie nicht auf die Aufgabe vorbereitet war, die ihr mit der Übernahme der Regierung zufiel, mußte es nach der Überzeugung Mahrauns und vieler seiner Kameraden der Auftrag der Frontgeneration sein, „unter neuen Verhältnissen“ neue Kräfte zu entbinden. Mahraun stellte sich die Frage: „Gab es keine Möglichkeit, den Geist der Kameradschaft — den ‚Korpsgeist‘ des kämpfenden Heeres — in eine bürgerliche Form zu gießen?“ Und er beantwortete sie sich: „Je mehr ich darüber nachdachte, um so mehr erfüllte mich das Bewußtsein, daß im Erlebnis der Frontkameradschaft ein Schatz verborgen sei, der gehoben werden müsse. Es gab darin sittliche Werte, die kein Vorrecht der kriegerischen Ordnung bleiben durften“⁴⁾.

Wohl erfüllte sein Zeitfreiwilligen-Verband und dann der entstehende Jungdeutsche Orden zunächst die Aufgaben des Tages durch die „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“, später auch beim Schutz der Grenzen in Oberschlesien und an der Ruhr. Aber nach der Absicht des Gründers unterschied sich der Orden von Anfang an von den vielen anderen politischen Neuschöpfungen dieser Zeit. Er war keine Partei, kein politischer Stoßtrupp mit dem Ziel der „Machtergreifung“, aber auch keine Vereinigung nur zur Pflege der Frontkameradschaft und zur Vertretung der Interessen der zurückgekehrten Soldaten. Es war der bündische Gemeinschaftsgedanke, der darüber hinauswies und in der „Bru-

¹⁾ Hille, S. 19.

²⁾ Get. Gew., S. 13 ff.

³⁾ Pol. Ref., S. 50.

⁴⁾ Ebd., S. 9 f.

derschaft“ des Ordens zu einer Zelle der Erneuerung des ganzen Volkes werden wollte.

In diesen Wochen, als Mahraun in Kassel seine Zeitfreiwilligen-Kompanie aufstellte, lag in einem Lazarett zu Pasewalk in Pommern ein anderer Frontsoldat. Herkunft und Lebensweg der beiden waren so verschieden wie nur möglich: hier der aus preußischer Beamtenfamilie kommende, in der deutschen Tradition verwurzelte aktive Offizier, der mit dem stürmischen Herzen der Jugend und dem entschlossenen Willen des Frontkämpfers seine Aufgabe vor sich sah. Dort der österreichische Kleinbürgerssohn, der im Nachtsyl des Völkerkessels in Wien alle Ressentiments seiner Klasse in sich aufgesogen hatte und sich nunmehr auch dem Ende seiner eigenen Laufbahn, die er mit dem Schicksal des kämpfenden Heeres verbunden hatte, gegenüber sah. Hier der auch als Offizier politische Mensch, der die sozialen Aufgaben, die Erziehungsaufgaben, die seiner Generation harrten, erkannte und den sozialen Volksstaat aller Deutschen als sein Ziel betrachtete. Dort der leidenschaftliche Antimarxist, dessen Entschluß zu einem „fanatischen Kampf“ doch vor allem der zu einem Kampf um die eigene Anerkennung, die eigene „weltgeschichtliche Größe“ war. An der Wiege des Nationalsozialismus steht ein tief getroffenes und beleidigtes Selbst- und Nationalgefühl, während von den Jungdeutschen die Republik, bei aller entschiedenen Ablehnung ihres damaligen Gesichts, als eine geschichtliche Gegebenheit, ja Notwendigkeit anerkannt wird¹⁾.

Mhraun ist Hitler zum ersten Male während der Herbstkrise des Jahres 1923 in München begegnet. Ludendorff, der damals auch von Mahraun als der Führer der „nationalen Bewegung“ angesehen wurde, hatte ihn in einen Kreis eingeladen, in dem Hitler einen Vortrag über seine politischen Ideen hielt. Mahraun schien es schon damals, daß Hitler „an die böse Eigenschaft des Hasses und der Leidenschaft“ appellierte, und er erschrak darüber, daß in einem solchen Kreis „diese Orgie des Hasses“ nicht nur hingenommen wurde, sondern daß man ihr sogar zustimmte. Es war bereits der wohl entscheidende ethische Grund der Ablehnung²⁾.

Mhraun ist stets ablehnend geblieben, auch als die nationalsozialistische Welle seit 1930 immer unwiderstehlicher wurde und in die eigenen Reihen des Ordens Unsicherheit kam. In den Tagen der nationalsozialistischen Machtergreifung zeigten sich noch einmal besonders deutlich wesentliche Züge des Menschen und Politikers Mahraun: ein ursprünglicher soldatischer Mut, der sich politisch auch als Mut zur Unpopularität äußern konnte, und das ostpreußische Erbe einer trotzigen, oft hartnäckigen Beharrlichkeit³⁾.

¹⁾ Get. Gew., S. 14 ff. und S. 30 ff.

²⁾ Ebd., S. 30 ff.; Pol. Ref., S. 64 ff.

³⁾ Pol. Ref., S. 87. Siehe auch unten, S. 21 f., S. 134 f., 139 ff. Dazu ferner das Manuskript von Wolfgang Lohmüller.

Obwohl Soldat der Herkunft und Politiker der selbstgewählten Pflicht nach, ist Mahraun im Grunde Verkünder und Erzieher geblieben und immer mehr geworden. Das zeigte sich nie deutlicher als in den Ereignissen des Jahres 1933 und in dem nun beginnenden neuen Abschnitt seines Lebens. In der Politik war er besiegt worden, wie er hier auch vorher schon manche Niederlagen hatte hinnehmen müssen. Als ethisch gerichtete Erziehernatur aber vermochte er sich über den Sieg des „unheimlichen Menschen“ in der Erkenntnis zu erheben, daß hier schwere Sünden und Fehler der Vergangenheit ihren Lohn empfangen, andererseits aber auch die scheinbare geschichtliche Willkür des Diktators und seiner Kreaturen den Weg freimachen konnte für eine neue, vertiefte Erkenntnis der „Aufgabe des 20. Jahrhunderts“.

In dieser Zeit der erzwungenen Muße und Zurückgezogenheit entfaltete er als Schriftsteller eine umfangreiche Tätigkeit. Jetzt begann er das zu schaffen, was ihm immer als die Erfüllung seines Wirkens erschienen sein muß: eine „Philosophie der Gemeinschaft“.

Vor allem in zwei Büchern hat er sie niedergelegt: „Gemeinschaft als Erzieher“ (1934) und „Ordina-Grundsätze für das Gemeinschaftsleben“ (1935). Im ersten gibt er einen Überblick über die deutsche Geschichte von den Anfängen bis zu jenem Tiefpunkt, der durch den Sieg der Technik, den Triumph der Masse und die Krise der Gemeinschaft in der Großstadt und der modernen Klassen- und Standesgesellschaft bezeichnet wird und politisch seinen Ausdruck in der deutschen Niederlage von 1918 fand. Aus der geschichtlichen Besinnung geht eine Kulturkritik hervor und aus ihr der ethisch-politische Appell. Die Abhängigkeit von der Geschichtsphilosophie des deutschen Idealismus, vor allem Fichtes, ist offenkundig. Auch Mahraun faßt die Nation als Erziehungs- und Bekenntnisgemeinschaft auf. Der Geist des alten Heeres, die revolutionierende Wirkung des Weltkrieges und der bündische Gedanke werden nach seiner Ansicht die Aufgabe des 20. Jahrhunderts meistern und als Elemente in die neue „Philosophie der Gemeinschaft“ eingehen.

„Ordina“ ist die Fortsetzung. Sie überarbeitet Ausführungen, die bis in die zwanziger Jahre zurückreichen, und die hier niedergelegten Gedanken haben das Wirken Mahrauns bereits seit Jahren bestimmt. Schon der Titel des Buches bezeichnet die bündische Herkunft. Es sind die „ewigen Grundsätze“, die „unabänderlichen Weistümer und natürlichen Ergebnisse“ aller echten Gemeinschaftsordnungen, und sie sollen „ein Leitfaden für die Menschen des bündischen Lebens sein, die aus der liberalen Ordnung ihrer Zeit in die Gemeinschaftsordnung der Zukunft hineinstreben“¹⁾.

Nicht zufällig stellt der Verfechter einer guten deutschen Sprache, der Mahraun in Theorie und Praxis immer war, Ausführungen über den Stil, seine Reinigung und Fortentwicklung an die Spitze des Buches. Die Sprache war von

¹⁾ Mahraun, Ordina-Grundsätze für das Gemeinschaftsleben, S. 9 (Im Orden auch als „2. Ordina“ bekannt). Vgl. unten, S. 77.

Anfang an für Mahraun das wichtigste Werkzeug seines erzieherischen Wirkens. Auch die Erörterungen über „die Macht“ im zweiten Abschnitt sind nicht zufällig. Mahrauns Verhältnis zur Macht hat etwas Zwiespältiges. Er unterscheidet, in der bündischen Welt wurzelnd, zwei grundsätzliche Haltungen gegenüber der Macht: entweder wird sie als „Lehnsherr“ oder als „Lehen“ betrachtet, sie ist entweder Selbstzweck oder Mittel zum Zweck. Für den fürstlichen Absolutismus, aber auch für den liberalen „Parteiismus“ ist sie das erstere. Der Unterschied ist nur, daß die Fürsten das Volk mit obrigkeitlicher Gewalt ausschalten, der „Parteiismus“ dagegen mit List und Taktik und durch die Schwerkraft des Geldes. Er ist deshalb „der letzte Versuch, die wahre Revolution des 20. Jahrhunderts zu verhindern“¹⁾. Diese faßt die Macht nicht als Selbstzweck auf, sondern als „ein Mittel zu dem Zweck, eine bestimmte Ordnung zu pflegen und zu erhalten“²⁾. Die Gemeinschaft vergibt hier die Macht als „Lehen“, „um geführt und geschützt zu werden“. Das ist die Begründung des bündischen Verhältnisses von Führung und Gefolgschaft. Obwohl Mahraun sich auf der dem liberalen „Parteiismus“ entgegengesetzten Front einreihet, ist seine Lehre von der Macht als Mittel zum Zweck doch selbst grundsätzlich noch „liberal“ und idealistisch. Wie die Sprache wird sie ein Werkzeug der Erziehung zur Gemeinschaft. Ihr schöpfungsmäßiges An-sich-Sein wird nicht gesehen. Mahraun war das Politikum der Macht zutiefst fremd und der Primat der Erziehung selbstverständlich.

Die weiteren Ausführungen systematisieren dann Erfahrungen, die Mahraun als Offizier wie als bündischer und politischer Führer gesammelt hatte. Die Wissenschaft der Human Relations, die besonders unter amerikanischem Einfluß heute bei uns gepflegt wird, wurde von Mahraun somit schon vor über fünfundzwanzig Jahren auf Grund einer ganz bestimmten geistesgeschichtlichen und persönlichen Konstellation begonnen. Er spricht hier über die Bedeutung des Scheins im gesellschaftlichen und politischen Leben, wobei er die engen Beziehungen zwischen Schein und Masse, zwischen Schein und politischer Demagogie beleuchtet und das Gemeinschaftspathos der Jugendbewegung mit dem altpreußischen „Mehr sein als scheinen“ zu verbinden sucht. Er spricht über die Wandelbarkeit der Menschen, die Bedeutung der Lebensfreude für ein gesundes Gemeinschaftsleben, des „Abstandes“ und der „Gleichmäßigkeit“, und er analysiert die Wesenszüge der Störenfriede einer wahrhaften Gemeinschaftsordnung.

Auch für Mahraun wurde in diesen Jahren der geistige Raum immer enger und die Möglichkeiten der Aussage wurden immer beschränkter. Er ging dazu über, seine Gedanken in die Form der Erzählung zu kleiden, wobei ihm eine unerschöpfliche Fülle von Fronterlebnissen und -erfahrungen zustatten kam. Er begann unter dem bezeichnenden Pseudonym „Dietrich Kärner“ zu schreiben: Der aufrechte Held Dietrich der germanischen Geschichte und Sage wies in

¹⁾ Ordina, S. 24 ff.

²⁾ Ebd.

eine bessere Zukunft, für die Mahraun als Erzieher und Mahner gern „Kärner“ sein wollte. Noch nach Beginn des zweiten Weltkrieges erschienen unter diesem Namen die Schrift „Die redliche Gemeinde. Gedanken zur Vertiefung der Volksgemeinschaft“ (1939) und eine historische Untersuchung „Kurreich und Kurssystem“ (1940).

In den Jahren zwischen 1933 und 1945 entstand daneben ein umfangreiches Werk in Vers und Prosa. Mahraun war nicht frei von literarischem Ehrgeiz. Schon als Jüngling hatte er sich an Gedichten und sogar an Dramen in jenem meist etwas blechnen oder ledernen patriotischen Ton versucht, der sich noch nach dem ersten Weltkrieg als eine Erneuerung der Freiheitsdichtung von 1813 verstand¹). Das erste Schauspiel, das von ihm gedruckt wurde, „Allvater hilf!“, war eine Art politischer Allegorie, in der sich die Vertreter der Frontgeneration und der wilhelminisch-bürgerlichen Gesellschaft gegenüberstanden. Der beginnende politische Kampf wurde als „christlicher Kreuzzug“ gegen „Reaktion“ und „Sowjetstern“ gedeutet.

Diesem bald nach Kriegsende geschriebenen „jungdeutschen Drama“ ist die umfangreiche Dichtung „Das neue Wesen“ auch künstlerisch überlegen. Sie wurde 1933 in der Strafanstalt Plötzensee begonnen und begleitete Mahraun während der nationalsozialistischen Zeit, im zweiten Weltkrieg und noch in den ersten Jahren nach 1945. „Frontsoldaten-Faust“ nannte Mahraun das Werk nicht ohne Anspruch; es sollte zu einer Art Mythos des Frontsoldaten und des bündischen Menschen werden. In den Gegenspielern, dem „Frontsoldaten-Faust“ und dem „Kanzler“, treten sich zwei feindliche Auffassungen vom Wesen des Menschen und der Gemeinschaft gegenüber, kämpfen zwei Weltprinzipien, der „alte“ und der „neue“ Mensch, Gut und Böse schlechthin. Es ist eine bündische Eschatologie, in der die Rückkehr zu einer uranfänglichen Harmonie, zur Reinheit der völkischen und nordisch-deutschen Substanz prophezeit wird²).

Den „Frontsoldaten-Faust“ ergänzend stellt „Hubertus Wälser“ einen Entwicklungs- und Erziehungsroman im Sinn der deutschen literarischen Tradition dar. Der Held Hubertus, Sohn eines gefallenen deutsch-österreichischen Offiziers, soll zum „klassischen Deutschen“ erzogen werden. Die deutsche klassische Dichtung und Philosophie — Goethes „Geistesgröße“ und Schillers und Kleists „deutsche Bewußtheit“ — ist für Mahraun Ausdruck einer überzeitlichen, „klassischen“ deutschen Wesensart, „ewiger Wahrheiten und heiliger Ordnung“. Der von Hubertus verkörperte klassische deutsche Mensch ist zugleich Dichter, Edelmann und Soldat, „Gemeinschaftsmensch“, Träumer und Täter in einem. Viele jungdeutsche Gedanken werden in die Handlung hineingepackt: die Siedlung im Osten, der Zusammenstoß von alter und junger Generation, alten und

¹) Mahraun, Allvater hilf, S. 4 (Vorwort zur 2. Auflage). Siehe dazu vor allem auch die ersten Jahrgänge der Ordenszeitung.

²) Mir lag das Schreibmaschinenmanuskript der ungedruckten Dichtung vor, das ich der Freundlichkeit von Frau Elisabeth Daemen-Fröhlich verdanke.

neuen Erziehungsidealen, die Überwindung des Standesmenschentums und der Konvention, die Erlösung von der neuzeitlichen Entartung der „ratternden Motoren“ und des „hastenden Verdienens“ durch die große „göttliche“ Natur, durch den „Protest des Nordens“. Die Bildungsreise des jungen Wälser ins Reich entfaltet das zeitgenössische Panorama. Er lernt die bunte Vielfalt der politischen Bünde, Vereine und Parteien kennen, wird selbst zum Opfer einer Saalschlacht, erlebt die Großstadt Berlin, wo in ihm der Entschluß reift, die politischen Probleme durch die Lösung der Massen- und Raumfrage zu meistern. Diesen Vertreter der Generation nach dem ersten Weltkrieg vermögen in der Erziehung nicht Nützlichkeitsgesichtspunkte zu lenken, sondern nur der bündisch-frontsoldatische Geist in der Gestalt Friedrich van Weerths, der auf seinem „Tannenhof“ eine Insel des neuen Gemeinschaftslebens schafft, wo nicht Rang und Stand, nicht Wissenschaft und Philosophie entscheiden, sondern Charakter und „Sein“.

Schließlich verdienen zwei schmale Gedichtbändchen Erwähnung: „Die reisige Schar“ (1935), worin die besten Gedichte vereinigt sind, die Mahraun bis dahin verfaßt hatte, und eine Sammlung „Balladen“, die 1949 erschien. Jugendbewegung, Fronterlebnis, die „redliche Gemeinde“ des Jungdeutschen Ordens und der Nachbarschaftsgedanke, die Stationen von Mahrauns Leben, sowie die jungdeutsch-bündischen Tugenden des „Korpsgeistes“, der Treue, des Gehorsams, der Kameradschaft und des wahren Adels sind die Themen. In den Balladen, Frucht der Jahre des zweiten Weltkrieges, erinnern Stücke von inhaltlicher wie formaler Reife an die klare Klassizität der Moabiter Sonette Albrecht Haushofers. Die Lehrhaftigkeit tritt zurück, und die Erlebnisse und Erfahrungen dieser Jahre werden in knappe, oft epigrammatische Verse gegossen.

So sagen diese Dichtungen nicht nur über den Politiker und Erzieher aus, sondern auch über den Menschen Mahraun, bei dem das Private doch zumeist hinter dem Dienst an der „Idee“ zurücktrat und dessen Energien auf seine „Sendung“ gerichtet waren. Nur im engsten Kreise der Freunde und Ordensbrüder gab er sich wohl einmal ganz. Mahraun war Romantiker und Optimist. Optimistisch war er besonders im Hinblick auf die Natur des Menschen. Dieser pädagogische Optimismus trug geradezu aufklärerische Züge: Es gilt, die äußeren Verhältnisse und Einrichtungen zu ändern, dann bricht die von Natur gute Anlage des Menschen wieder durch. Ebenso wie Mahraun an die natürliche Güte des Menschen glaubte, war er ein Anwalt des gesunden Menschenverstandes, des „common sense“, gegenüber allen Ansprüchen der „Philosophen“ und Spezialisten: Die Wahrheiten, auf denen die rechte Ordnung der Welt beruht, sind im Grunde einfach; rechte Einsicht und rechtes Tun, Verstand und Tugend liegen letztlich nahe beieinander. Durch das Tun muß sich der Verstand bewähren.

Auch in den religiösen Überzeugungen war Mahraun ein charakteristischer Vertreter der Jugendbewegung und der bündischen Welt. Gegenüber den Werten

der christlich-deutschen Glaubensüberlieferung, von denen man hier sprach, verhielt man sich doch stets idealistisch-liberal. Mit der Betonung eines „Christentums der Tat“ und religiöser Toleranz gelangte man zu einer deutsch-völkischen Auslegung der christlichen Überlieferung. Gerade die persönlichsten Zeugnisse, wie die Dichtung „Das neue Wesen“, zeigen darüber hinaus, daß ein in der Wurzel nicht mehr christliches Welt- und Menschenbild zum Ausdruck drängt. Es ist eine dogmenlose, vom geschichtlichen Christentum und seinen Kirchen bereits weitgehend gelöste Religiosität, ein „Mysterium neuer Frömmigkeit“. Die Trennung von Profanität und Sakralität wird in der bündischen Eschatologie der „redlichen Gemeinde“ überwunden, in Fortführung des großen Syntheserversuches der deutschen idealistischen Philosophie: Gott und Welt sollen wieder zu der ungebrochenen Einheit des Anbeginns werden, aufs Neue soll in der Welt die Fülle des Anfangs erscheinen und die Geschichte aus ihrer Gebrochenheit in die Totalität eines ungebrochenen Seins zurückkehren.

In Mahraun gewann der Typus des bündischen Führers, der nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland in die politische Arena trat, eine besondere Ausprägung. Für viele seiner Anhänger erschien er bald als der „zeitlose Staatsphilosoph und Magnet“, der Vertrauen und Begeisterung ausstrahlte und als Erzieher und Führer willige Unterordnung fand¹⁾. Mochte die Verehrung manchmal die Gefahr des „Personenkults“ streifen, so wurde sie doch dadurch begrenzt, daß dieser Führer keine moderne Funktionsnatur war. Die bündische Jugend und der soldatisch geprägte kleine Mann der Mittelschichten, die Mahraun anzuziehen vermochte, wollten den „Führer“, der mit einigen einfachen Wahrheiten eine Situation, die sie nicht mehr zu überblicken vermochten, klären, ihnen politisch und „weltanschaulich“ die Richtung weisen konnte.

Während der Jahre des inneren Exils war Mahraun trotz Überwachung ständig mit den alten jungdeutschen Freunden verbunden. Darüber hinaus gingen seine Kontakte jedoch nicht, auch nicht als sich die Opposition des 20. Juli zu formieren begann, Es bestanden wohl Verbindungen jungdeutscher Führer zu bestimmten Widerstandsgruppen, wie zu Reinhold Wulle, Prinz Louis Ferdinand und anderen. Die Freunde hielten Mahraun auch über die oppositionellen Strömungen und Pläne auf dem laufenden²⁾. Aber an ihn selbst trat man nicht heran, vielleicht weil er zu umstritten und zu belastet erschien. Er selbst hat auch in den Kreisen, die den 20. Juli vorbereiteten, vor allem reaktionäre Kräfte aus Bürgertum, ostelbischem Junkertum und Wehrmacht gesehen, die nicht die richtigen Losungen für die Massen im 20. Jahrhundert fanden. „Uns brachte sie (die Erfahrung mit dem 20. Juli) den Beweis“, schrieb er nach dem Krieg, „daß nur Pläne gelingen können, die im nötigen Abstand vom Alltag und vom Zeitgeschehen geboren sind . . .“³⁾.

¹⁾ Briefliche Auskünfte von Otto Bornemann, Hanna Klostermüller und Kurt Rolle.

²⁾ Briefl. Auskunft von Kurt Rolle; dazu das Manuskript von Lohmüller.

³⁾ Pol. Ref., S. 122.

In den Jahren des ausgehenden Krieges hatte sich Mahraun schließlich zu Freunden in die Waldeinsamkeit nach Bad Harzburg zurückgezogen. Diese Zeit war trotzdem kein Idyll; zeitweilig war er Schafhalter in der Nähe von Magdeburg — ein Beruf, den selbst das Dritte Reich durch Registrierung gleichzuschalten vergessen hatte. Dann tauchte er bei einem befreundeten Landwirt in Westfalen unter. Die Einziehung zum Heeresdienst scheint von der Partei verboten worden zu sein¹⁾.

In diesen Jahren der Zurückgezogenheit arbeitete Mahraun an der Fortentwicklung der jungdeutschen Gedanken und schuf die Grundlagen der heutigen Nachbarschaftsbewegung. Kaum hatte er im Herbst 1945 in Gütersloh in Westfalen wieder ein Zuhause gefunden, wurde er von den Engländern als politisch verdächtig interniert. Dem Eingreifen Carl Severings, seines ritterlichen politischen Gegners aus der Weimarer Zeit, verdankte er seine baldige Entlassung²⁾.

Das wechselvolle und opferreiche Leben Mahrauns war nicht mehr lang bemessen, doch waren die letzten Jahre nach 1945 noch voll rastlosen Einsatzes. Am 29. März 1950 erlag er, noch nicht sechzigjährig, einem Leiden, dessen Anfänge auf Mißhandlungen in den Berliner Gestapo-Gefängnissen des Jahres 1933 zurückgingen.

¹⁾ Ebd., S. 117; dazu briefl. Auskünfte von Elisabeth Daemen-Fröhlich und Kurt Rolle.

²⁾ Pol. Ref., S. 133 und S. 137. Ferner die Gedenkschrift für Mahraun, *Der redliche Rebell*. In Severings Lebenserinnerungen, Bd. I, S. 76, hat die ritterliche Haltung Mahrauns gegenüber dem politischen Gegner ein Denkmal gefunden. Während des Wahlkampfes des Jahres 1924 hatte ein jungdeutscher Redner in Landsberg a. d. Warthe davon gesprochen, daß Severing vor dem Weltkrieg im Verbrecheralbum geführt worden sei; das fragliche Bild, das er zum Beweis vorwies, stammte jedoch aus politischen Polizeiakten. Es kam deshalb zu einem Briefwechsel zwischen Severing und Mahraun, der mitteilte, daß sich das Bild in seiner Hand befände und er es Severing zur Verfügung stellen werde, damit es nicht mehr im Wahlkampf verwendet werden könne. Severing nennt diesen Brief einen „Lichtblick im Dunkel der politischen Kämpfe, die ihren Höhepunkt in der Verunglimpfung der politischen Gegner fanden“. Schon vorher und auch später ist die politische Gegnerschaft zwischen Mahraun und Severing stets in achtungsvollen Formen ausgetragen worden. Vgl. unten S. 26 u. 31 f.

II. Kapitel

Die Gründung und Frühzeit des Jungdeutschen Ordens

Am 10. Januar 1919 gründete Artur Mahraun in Kassel aus Offizieren und Unteroffizieren seines in der Demobilmachung begriffenen Regiments Nr. 83 eine Einheit von „Zeitfreiwilligen“. Im Unterschied zu den vielerorts behördlich angeregten oder geförderten Einwohnerwehren und Selbstschutzverbänden entstand diese „Offiziers-Kompanie Kassel“ spontan aus der Truppe heraus, ähnlich den meisten Freikorps¹⁾. Die Gründungsvorbereitungen im Dezember 1918 mußten geheimgehalten werden und fanden im Hinterzimmer eines Kasseler Hotels statt. Der äußere Anstoß war der gleiche wie überall in Deutschland in diesen Wochen und Monaten der ersten Spartakus-Erhebungen: der Schutz der öffentlichen Ordnung und des Eigentums gegenüber der bolschewistischen Revolution. Doch ging die Absicht des Gründers und vieler Angehöriger des Verbandes bereits weiter. Man wollte „dem Wiederaufbau Deutschlands dienen“, inmitten der revolutionären Wirren das Wollen des Frontsoldaten zur Geltung bringen und die sittlichen Werte der kriegerischen Ordnung und des Fronterlebnisses in die bürgerliche Welt übertragen²⁾.

Die erste Aufgabe der zunächst etwa einhundert bis zweihundert Mann starken Zeitfreiwilligen-Einheit war die Sicherung der Stadt Kassel und ihrer nächsten Umgebung. Die Kompanie rückte auf Befehl von Heeresstellen in die Kasseler Innenstadt ein, um mit ein paar Salven über die Köpfe der Menge hinweg begonnene Plünderungen zu beenden³⁾. Im Frühjahr 1920, sogleich nach der förmlichen Gründung des Ordens, schloß sich ein militärischer Einsatz in Thüringen an. Ein aus hessischen und thüringischen „Bruderschaften“ gebildetes jungdeutsches Korps von Zeitfreiwilligen marschierte nach der Ausrufung der Räterepublik in Thüringen ein. Zu größeren Kampfhandlungen mit spartakistischen Milizen ist es dabei nicht gekommen.

Die rasche Kapitulation der „Roten Armee“ beendete diesen ersten jungdeutschen „Kreuzzug“⁴⁾. Gemäß einem Erlaß des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 wurden die Zeitfreiwilligen-Verbände aufgelöst und mußten ihre Waffen abliefern.

Aber schon vorher hatte Mahraun den Schritt zum politischen Verband oder, wie man zunächst sagte, zum „bürgerlichen Verein“⁵⁾ getan. Er war im Range

¹⁾ Hille, Mahraun, S. 16 ff.; Junius Alter, Nationalisten, S. 88.

²⁾ Mahraun, Pol. Ref., S. 10 ff.

³⁾ Ebd., S. 14.

⁴⁾ Ebd., S. 14 f.; Ordenszeitung Nr. 18 vom 13. 11. 1923; im folgenden zitiert in der Form: 18/13. 11. 23; vgl. Erklärung im Lit. Verz., S. 146.

⁵⁾ 1/1. 1. 21.

eines Hauptmanns aus der Reichswehr ausgeschieden und berief zum 17. März 1920 die Führer des Freiwilligen-Verbandes nach Kassel, um ihnen das Programm für einen „Jungdeutschen Orden“ vorzulegen. Manche Offiziere und Freiwillige gingen diesen Weg in die Politik nicht mit. Aber mit der Wahl Mahrauns zum Hochmeister und der Annahme seines Programms war der Orden gegründet¹⁾. Das von Fichte geprägte Wort „jungdeutsch“ hatte bereits in der Jugendbewegung eine Geschichte gehabt und wurde von mancher der bündischen Neugründungen nach 1918 wieder verwendet²⁾. Der Zusammenbruch weckte die Erinnerung an die preußische Niederlage von 1806 und die Erhebung von 1813; bei den „Freikorps“ weist schon der Name auf dieses geschichtliche Vorbild hin³⁾.

So enthielt die Bezeichnung „Orden“ schon ein politisches Programm: das Bekenntnis zum preußischen Geist, zur deutschen Geschichte und Tradition. Mit sicherem Blick erkannte Mahraun zugleich die Notwendigkeit, in einer Zeit der Gründungskonjunktur von Verbänden aller Art eine Form zu finden, die es unter den neuen Verhältnissen des „bürgerlichen Lebens“ dem Zusammenhalt und der Disziplin des alten Heeres gleichzutun vermochte, die genügend „Korpsgeist“ hatte, um politische Belastungen ertragen zu können und auch der organisierten Arbeiterschaft gewachsen zu sein⁴⁾. Daß der „romantische“ Name und Aufbau dem Gefühl des Deutschen, besonders der Jugend, entgegenkam, darin hat sich Mahraun nicht getäuscht. Der rasche Erfolg gab ihm recht.

Es war kein Zufall, daß die Gründung des Ordens Mitte März 1920 zeitlich mit dem Scheitern des Kapp-Putsches zusammenfiel. Für alle Freiwilligen-Verbände und Freikorps war damals die Stunde gekommen, wo sie sich zu entscheiden hatten: entweder sich aufzulösen und von der Bühne abzutreten oder durch einen Gewaltstreich die Macht im Staate zu erobern oder aber unter veränderten Bedingungen neue Formen zu finden. Manche Verbände wählten mit dem gegenrevolutionären Unternehmen Kapps den Weg des Staatsstreichs. Doch Mahraun hatte keine Verbindung zu den Kräften, die sich, als die Jungdeutschen noch im Einsatz gegen die „Rote Armee“ in Thüringen standen, in Döberitz zum Marsch auf Berlin sammelten. Auch der andere politische Frontsoldaten-Verband und langjährige Nebenbuhler des Ordens, der „Stahlhelm“, zeigte in diesen Märztagen bei seinem ersten Treffen in Magdeburg, daß er sich auf dem Boden der Verfassungstreue, zumindest der Legalität, zu festigen versuchte⁵⁾.

¹⁾ Hille, S. 17 f.

²⁾ Erwähnt seien hier nur der „Jungdeutsche Bund“, der 1919 von freideutschen Wandervogel-Frontsoldaten auf dem Lauenstein gegründet wurde und der der Fichte-Gesellschaft Wilhelm Stapels in Hamburg nahestand, sowie der Handwerker-Jugendbund „Jungdeutsche Zunft“. Auch die damals häufig gebrauchte Bezeichnung „neudeutsch“ gehört hierher. Vgl. dazu auch Günter Ehrenthal, Die deutschen Jugendbünde, S. 45 ff. und Junius Alter, Nationalisten, S. 89.

³⁾ Vgl. Walter Görnitz und Herbert Quint, Adolf Hitler, S. 105.

⁴⁾ Pol. Ref., S. 10 f.; 5/1. 7. 20.

⁵⁾ Get. Gew., S. 20 ff.; Der Stahlhelm. Erinnerungen und Bilder, S. 38 und S. 104 f.

Bei der Gründung umfaßte der Orden zunächst die „Bruderschaft“ Kassel, deren „Großmeister“ zugleich der „Hochmeister“ des Ordens war, und 10 bis 12 „Bruderschaften“ (Ortsgruppen) in Nord-Hessen, wo die meisten Angehörigen der Freiwilligen-Einheit beheimatet waren¹⁾. Die nächste Aufgabe mußte sein, aus der Enge des „privaten bürgerlichen Vereins“ herauszutreten und vor allem soziologisch breiteren Boden unter die Füße zu bekommen, den Umkreis des berufslosen Frontsoldaten, des aktiven Offiziers und des Studenten zu überschreiten. Die ersten Aufrufe richteten sich daher an die „Bürger und Bauern“. Der Orden gab die Parole des „Selbstschutzes“ aus und bezeichnete sich als die „gewerkschaftliche Organisation des Bürger- und Bauerntums“ zum „Schutz des Gegenstreiks“. Diese Losung der „weißen Gewerkschaften“ fiel in dem seit der Revolution verschüchterten, unorganisierten und schutzbedürftigen Mittelstand in Handel, Gewerbe, Beamtentum und Landwirtschaft auf fruchtbaren Boden. Gegen Ende des Jahres 1920 wurden bereits rund 60 Bruderschaften in Hessen, Thüringen, Westfalen und Hannover gezählt²⁾.

Am 18. August 1920 verfügte der Oberpräsident von Hessen-Nassau die Auflösung des Ordens gemäß dem Erlaß des Reichspräsidenten vom 30. Mai und mit entsprechender rückwirkender Kraft. Die Auflösung wurde damit begründet, daß der Orden mit der „Organisation Escherich“ in Verbindung stehe und überhaupt „seinem Aufbau nach“ unter die nach dem Erlaß des Reichspräsidenten aufzulösenden Verbände falle. Am 1. November 1920 wurde die „Orgesch“ und damit auch der Orden als Teil dieser Organisation in ganz Preußen aufgelöst³⁾.

Heim- und Einwohnerwehren waren von der mehrheitssozialistischen Regierung Bayerns während des Kampfes gegen die Münchener Räte-Herrschaft ins Leben gerufen worden. Unter der energischen Führung des Forstrats Escherich dehnten sie sich bald auf ganz Bayern aus. Am 1. Oktober 1919 übernahm Escherich die Landesleitung der in Gauverbände unter Gauhauptleuten eingeteilten Selbstschutzorganisationen. Ohne den Staatsnotstand des Jahres 1919 hätten diese Wehren sich nicht bilden können, die, offiziell auf vereinsrechtlicher Grundlage stehend und ohne militärische Gliederung, Aufgaben wahrnahmen, die gewöhnlich der staatliche Verwaltungsapparat und seine Polizeikräfte erfüllten. Langsam vollzog sich aber hier die Wendung zur politischen Einflußnahme, zum politischen Verband neben und außerhalb der politischen Parteien⁴⁾. Durch die rasche Niederwerfung der Räte-Herrschaft war Bayern zur „Ordnungszelle“, zum „deutschen Anatolien“ geworden. Wie in allen nationalen Verbänden, blickte man deshalb auch im Orden nach München, und man bekannte sich noch nach dem Erlaß des Verbots offen dazu, in „rechtlichen und organisatorischen Beziehungen“ mit München zu stehen. Was die „Orgesch“ in Süddeutschland,

¹⁾ 1/1. 1. 21.

²⁾ 2/15. 5. 20; 6/15. 7. 20; 9/1. 9. 20; 10/15. 9. 20; 13/1. 11. 20; 14/15. 11. 20; 1/1. 1. 21.

³⁾ 8/15. 8. 20.

⁴⁾ Ernst Posse, Die politischen Kampfbünde Deutschlands, S. 10 ff.

das sollte der Orden in Mitteldeutschland sein: Zellen, die in der Solidarität von Stadt und Land, Bürgern und Bauern dem „Umsturz“ Trotz boten. In der soziologischen Zusammensetzung und im tagespolitischen Ziel stimmten die beiden Verbände überein. Gleichwohl bestand aber zu keiner Zeit eine befehlsmäßige Unterstellung des Ordens unter die „Orgesch“; vielmehr wußten die Jungdeutschen ihre Selbständigkeit in Mitteldeutschland stets zu wahren. Die Frage der Unterstellung führte später zum endgültigen Bruch. Nur einmal sprang die „Orgesch“ unmittelbar ein, als der Orden infolge des preußischen Verbots im Dezember 1920 seine Zeitung nach München verlegte, wo sie mit Unterstützung der „Bruderorganisation“ weiter erschien. Bei der Verteidigung Oberschlesiens 1921 galt das jungdeutsche Kontingent als Teil der „Orgesch“¹⁾.

Die Umwandlung des Freikorps in einen gesetzlich unanfechtbaren politischen Verband hatte das Verbot zunächst nicht zu verhindern vermocht, aber sie trug jetzt dazu bei, daß sich Severing zur Aufhebung des allgemeinen Verbots des Ordens entschloß. Nach einer Aussprache mit ihm erreichte Mahraun eine Verfügung des zuständigen Oberpräsidenten vom 11. Februar 1921, daß ein Vorgehen gegen den Orden nur dort in Frage kommen sollte, wo seine Tätigkeit über die satzungsmäßigen Ziele hinausging. In dieser Verfügung war also von der Zwierspältigkeit zwischen den „satzungsmäßigen Zielen“ und dem praktischen Verhalten mancher Einheiten und Angehöriger des Ordens die Rede. Aber grundsätzlich war seine Verfassungsmäßigkeit anerkannt worden, nachdem die Leitung nochmals versichert hatte, daß der Orden seine Ideale „ohne Vorbereitung (so!) polizeilicher oder militärischer Machtmittel auf friedlichem Wege“ zu verfolgen gedenke²⁾. Schon vorher war das Verbot von den Behörden nicht allzu streng gehandhabt worden. Die Mehrheitssozialdemokraten befanden sich gegenüber den Zeitfreiwilligen ohnehin in einer etwas zweideutigen Lage, und die ausführenden unteren Stellen waren zumeist „gut national“. Die Monate des Verbots haben dem Orden deshalb kaum geschadet. Durften keine offiziellen Versammlungen stattfinden, so konnte das Auge des Gesetzes gegen Zusammenkünfte in Dorfgasthäusern oder in Wohnungen jungdeutscher Ordensbrüder nichts einzuwenden haben³⁾.

Überall entstanden neue Bruderschaften, und die Bildung von Hochschulgefolgschaften wurde besonders gefördert. Noch während des Verbots wurde am 27. Januar 1921 von der Gattin des Hochmeisters, Charlotte Mahraun, die erste jungdeutsche „Schwesternschaft“ in Kassel gegründet und damit die spätere „Ordensgemeinschaft Jungdeutscher Schwesternschaften“ eingeleitet. Während des ganzen Jahres 1921 hielt das rasche Wachstum an. Bis in die Uckermark und in das besetzte Rheinland hinein folgten jetzt die Neugründungen. Schon besorgte man,

¹⁾ 9/1. 9. 20; 10/15. 9. 20; 11/1. 10. 20; 2/15. 1. 21; 6/15. 3. 21; Get. Gew., S. 22 ff. Vgl. Görlitz-Quint, S. 163.

²⁾ 3/1. 2. 21.

³⁾ 2/15. 1. 21.

ob die innere Festigung des Ordens und die Güte seiner Mitglieder Schritt halte mit der schnellen räumlichen und zahlenmäßigen Ausdehnung, die freilich nicht zuletzt sich auch dadurch erklärt, daß in diesen ersten Jahren die Mitgliedschaft in mehreren nationalen Verbänden möglich und üblich war. Aus einem Überblick über die Bruderschaften vom 1. April 1922 geht hervor, daß der hessische, westfälische, thüringische und südhannoversche Raum ziemlich gleichmäßig mit einem Netz von Ordenseinheiten überzogen war. Im Süden waren Heidelberg und Karlsruhe (wohl vor allem durch Studentengruppen), in den altpreußischen Provinzen Magdeburg, im Rheinland Siegburg, in Westfalen Münster und im Osten Liegnitz und Königsberg die bis dahin am weitesten vorgetragenen Gefolgschaften¹⁾.

Bei der Feier des dritten Stiftungsfestes des Ordens am 14./15. Januar 1922 in Kassel waren bereits nahezu 200 Bruderschaften vertreten. Schon für Mitte 1921 sprechen jungdeutsche Angaben von rund 70 000 Ordensbrüdern. Bei einer großen westdeutschen Kundgebung des Ordens in Elberfeld im Juni 1922 wurde die Zahl der Teilnehmer auf rund 10 000 geschätzt und 75 Banner und 10 Musikkapellen gezählt²⁾.

Die Organisation und ihre Namen waren dem Vorbild des Deutschen Ritterordens nachgebildet. Die örtliche Einheit wurde als Bruderschaft bezeichnet, die ihren Führer, den „Großmeister“, selbst wählte. Mehrere Bruderschaften, im allgemeinen aus dem Gebiet eines halben preußischen Regierungsbezirkes, bildeten zusammen eine „Ballei“, deren „Komtur“ vom Großmeister- oder Balleikapitel bestimmt wurde. Der „Hochmeister“ des Ordens wurde vom Kapitel der Komture, also der Balleiführer, gewählt. Bei dem schnellen Wachstum des Ordens machten sich indessen bald erhebliche Unzuträglichkeiten bemerkbar; es kamen nicht immer geeignete Persönlichkeiten an die Spitze im Sinne einer bündischen Auslese.

Das 10. Ordenskapitel vom 22./23. Oktober 1921, das die endgültige Trennung von der „Orgesch“ bestätigte, brachte deshalb auch in der Führung eine wichtige Neuerung. Es beschloß das „Kursystem“, die Bestellung der Führer durch einen doppelten, aber zusammengehörigen Vorgang: Wahl durch die Gefolgschaft bzw. die nächstniedere Führerkörperschaft und Bestätigung durch den nächsthöheren Führer. Dieses jungdeutsche „Kursystem“ sollte die ordensmäßige Geschlossenheit und straffe Führung verbürgen. Es erhob den Anspruch einer Synthese von „Potsdam“ und „Weimar“, des preußischen Führungs- und Gehorsamsprinzips mit dem demokratisch-bündischen Gefolgschaftsverhältnis

¹⁾ 3/1. 2. 21; 4/15. 2. 21; 5/1. 3. 21; 2/15. 1. 22; 7/1. 4. 22; Broschüre „Was muß jede jungdeutsche Schwester wissen? S. 7. Im April 1922 ist der Orden in folgende Balleien gegliedert: Bergisch-Land, Ebbegau, Braunschweig, Kassel, Grafschaft Mark, Kinzigtal, Kyffhäuser, Marburg, Minden-Ravensberg, Mittelhannover, Nassau, Oberhessen, Ostfalen, Südfalen, Mittelweser, Ostthüringen, Rhön, Sauerland, Südhannover, Südthüringen, Taunus, Waldeck, Niederrhein (18/15. 4. 22).

²⁾ 3/1. 2. 22; 12/15. 6. 22; 13/1. 7. 22; 16/15. 8. 22.

gegenüber den Führern. Es wurde später zu einem der wichtigsten Punkte des jungdeutschen Staatsaufbaus ausgestaltet¹⁾).

Bei der Gründung im März 1920 hatte Mahraun seinen Kameraden das „Programm“ seiner politischen Gesinnungs- und Aktionsgemeinschaft vorgelegt: „Der Jungdeutsche Orden will durch die ordensartige Zusammenfassung aller gut deutsch denkenden Frontsoldaten und der in ihrem Geiste heranwachsenden Jugend eine Gemeinschaft herstellen, die fest entschlossen ist, den Wiederaufbau des geliebten Vaterlandes zu schützen und für die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes zu kämpfen. Sein Kampf gilt der sittlichen Entartung, dem Schiebertum, der Bestechlichkeit, die unseres Staates Grundfesten unterwühlen, Wiederaufbau und Wiedergeburt unmöglich machen . . . Er will, wenn die Not es gebietet, mithelfen an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und an der Abwehr jedes Angriffes, der den Frieden und den Wiederaufbau des Vaterlandes stören will. Er will die heranwachsende Jugend im Geiste des Frontsoldatentums erziehen . . . Wie dem Geschlecht unserer Väter die Einheit der entzweiten deutschen Stämme, so erscheint uns, den Enkeln und Söhnen, die Einigkeit und Wiederversöhnung der deutschen Stände durch die sittliche Wiedergeburt das leuchtende Ziel unserer Hoffnung. In Partei und Stand will der Orden nur einen Unterschied pflegen: Schwarz oder weiß — Für oder wider des Vaterlandes Wohl und die ihm unentbehrlichen Tugenden seiner Bürger. Dieser Ansicht gibt er schon durch die Wahl seines Abzeichens Ausdruck: das weiße Feld mit der schwarzen Umrandung. In der Mitte der achteckige Stern der Wiedergeburt“²⁾).

Schon dieses Programm hielt die dem Orden eigene Doppelstellung fest. Er war eine politische Gemeinschaft der Frontsoldaten und eine „Erziehungsgemeinschaft“ der in ihrem Geist heranwachsenden Jugend mit dem Ziel der sittlichen Wiedergeburt des deutschen Volkes. Zugleich wollte er der Abwehr gegenüber allen Angriffen dienen, die den „Frieden und den Wiederaufbau des geliebten Vaterlandes“ stören konnten. Es war diese Doppelstellung, die dem Orden seine raschen Anfangserfolge ermöglichte. Wiedergeburt und Wiederaufbau — an beiden Aufgaben wollten die Jungdeutschen mitwirken. Entsprang das erste Ziel dem bündischen Pathos einer geistig-sittlichen Erneuerung, so führte das andere auf den Weg der Mitarbeit am Staat, wenn es auch damals zunächst vorwiegend nur im Sinne des Selbstschutzes verstanden wurde. Bündisch-frontsoldatisches und mittelständisches Element waren im Orden noch

¹⁾ 22/15. 11. 21; 7/15. 3. 24; Pol. Ref., S. 16 ff. Vgl. Reinhard Höhn, Mahraun, S. 35 ff. Die Zeitangabe in dem Bildband Zehn Jahre Jungdeutscher Orden, die das 10. Ordenskapitel auf den 21./22. Oktober 1922 legt, ist unrichtig. Für den Fall der Nichtübereinstimmung von Wahl und Bestätigung wurde aus der praktischen Erfahrung das Recht des übergeordneten Meisters zur zeitlich begrenzten Neueinsetzung eines Führers festgelegt bei späterer Bestätigung durch das Kapitel der dem Abgesetzten bzw. dem Neuberufenen gleichgestellten Führer. Letzte Berufungsinstanz war das Hochkapitel.

²⁾ 1/1. 5. 20; Hille, S. 18.

weithin ungeschieden. Mahraun konnte die „kraftvolle Organisation des Bürger- und Bauerntums“ mit der Rolle Preußens im deutschen Einigungskampf vergleichen: Während es damals um die nationale Einheit ging, war die Aufgabe des 20. Jahrhunderts die Wiederherstellung der sozialen Gemeinschaft, des „Friedens der Stände“.

Mit der Bezeichnung als „Orden“ wurde der Anspruch erhoben, etwas anderes und mehr zu sein als die übrigen nationalen Verbände: „Wir sind Orden und kein Verein. Wir müssen auch etwas in unserem inneren Bau haben, was kein Verein hat, etwas ganz Besonderes, Erhebendes . . .“¹⁾. Solche Forderung war freilich noch Zukunftsmusik. Im Unterschied zu den meisten anderen nationalen Verbänden begann der Orden aber früh mit einer intensiven Erziehung seiner Mitglieder. Besonders während der Wintermonate herrschte in den Bruderschaften eine rege und planmäßige Vortragstätigkeit. Für die Landbruderschaften wurden Wanderbüchereien geschaffen, Preisausschreiben für historisch-politische Arbeiten zur Begründung und zum Ausbau des jungdeutschen Gedankenguts wurden veranstaltet. Sogar ein „Jungdeutscher Dichterbund“ fand sich zusammen²⁾.

Die „Zeitung des Jungdeutschen Ordens“, die ab Mai 1920, zunächst vierzehntägig mit vier Seiten Umfang in Kleinformat zu erscheinen begann, war nicht nur als Sprachrohr für die Öffentlichkeit gedacht, sondern auch als Instrument zur geistigen und politischen Erziehung der Ordensbrüder, wenn auch die äußere Aufmachung und vielfach der Inhalt einem Kriegervereinsblättchen noch sehr nahe kamen. Das Vertrauen zum argumentierenden Aufsatz, auch zum gedruckten Aufruf, überhaupt die Betonung der „Ideenklärung“ in Zeitung, Zeitschriften und Broschüren blieb eine Eigentümlichkeit des Ordens.

Langsam nur begann sich die bündisch-frontsoldatische, „volksnationale“ Linie von der bürgerlich-mittelständischen Haltung zu scheiden. In der breiten Masse der durch den Appell an den „Selbstschutz“ gewonnenen Anhängerschaft mochten diese Strömungen zunächst nur von einer Minderheit vertreten werden, aber sie verschafften sich vor allem durch die Rückendeckung des Hochmeisters in wachsendem Maße Gehör. Gegenüber der Bedenkenlosigkeit des nur besitzenden und den Besitz sichernden Bürgertums, gegenüber dem Kriegervereinsstil mit seinen schwarzweißbroten Bierzipfeln und Ziertaschentüchern, den „jungdeutschen“ Fingerringen und Stocknägeln wandten sich die Kräfte, für die es keine Rückkehr zu dem Deutschland von 1913 gab. Ihnen war auch der monarchische Gedanke keine Selbstverständlichkeit mehr. Mit dem Hurra-Patriotismus der Kreise um die ehemalige Vaterlandspartei wollte man hier nichts zu tun haben und betonte, daß es auch in den Rechtsparteien viele gab, „die nicht zu uns gehören“. Der „preußische Sozialismus“ der nationalen Jugend und der

¹⁾ 12/15. 6. 21.

²⁾ 3/1. 2. 21; 10/15. 5. 21; 15/1. 8. 21.

Frontsoldaten, der den „Ordensgeist“ gegen den „Wikingergeist“ des händlerischen Bürgers stellte, wehrte sich gegen den Mißbrauch als „Söldnertruppe des Besitzes“, als „Wach- und Schließgesellschaft des Kapitals“. Oft noch unklare, aber revolutionäre Sehnsüchte, die einem „Dritten Reich“ galten, kündigten sich an¹⁾.

Wie die politischen, so waren auch die weltanschaulichen Fronten im Orden noch weitgehend ungeklärt. Man bekannte sich, besonders in den offiziellen Verlautbarungen, zu den „Grundgedanken“ des Christentums und zur Toleranz gegenüber den Konfessionen. Deutschtum und Christentum gehörten hier eng zusammen, denn sie waren in einer jahrhundertelangen Geschichte aneinander und miteinander gewachsen. Religion sollte aber nicht, wie für den Freidenker und Sozialisten, „Privatsache“ sein, sondern „Volkssache“, forderte doch das Christentum die Tatgemeinschaft der Nächstenliebe und die Unterordnung des Wohles des Einzelnen unter das der Gemeinschaft. Es waren aber auch deutsch-christliche und völkische Strömungen gerade während dieser frühen Jahre im Orden vorhanden. Die Propaganda der „Deutsch-Kirche“ des Pastors Andersen wurde unterstützt. Das Symbol des Ordens, das achtzackige Kreuz auf weißem Feld, wurde nicht immer im Sinne deutscher und christlicher Überlieferung aufgefaßt, sondern wohl auch als „Stern“ der Erneuerung und Wiedergeburt oder als Sinnbild der Schöpfung und des ewigen Lebens nach dem Glauben der „ariogermanischen Vorfahren“ gedeutet²⁾.

Das Bekenntnis zur Verfassung und zum republikanischen Staat, das in keiner Satzung der „nationalen“ Verbände dieser Jahre fehlte, bedeutete auch im Orden noch längst keine republikanische Überzeugung. Bekannte man sich zur Verfassung, so vor allem in der Abwehr räterevolutionärer Bestrebungen. Ob man sich nach der guten alten und glorreichen Zeit von 1913 zurücksehnte oder ob man auf den zukünftigen „Staat der Frontsoldaten“ hoffte, in jedem Falle wurde der republikanische Staat nicht als eine Angelegenheit von Dauer betrachtet. Er war im Bewußtsein vieler Ordensbrüder zu eng mit der Niederlage verbunden und ein Produkt der in Versailles triumphierenden „Weltdemokratie“, als daß man ihm hätte Zuneigung entgegenbringen können. Man glaubte noch auf lange hinaus an eine bevorstehende große „Wende“, an die Befreiung im Innern und nach Außen, so wie einst auf Jena Leipzig und Waterloo gefolgt waren. Mit den anderen nationalen Freiwilligen- und Selbstschutzverbänden teilte der Orden das Schicksal, die Republik gegen innere und äußere Feinde auf Anforderung der Staatsgewalt verteidigt zu haben, aber von dieser Staatsgewalt ebenso beargwöhnt zu werden wie man ihr selbst mißtrauisch gegenüberstand³⁾.

Auch nach der Aufhebung des Verbots war das Mißtrauen auf beiden Seiten

¹⁾ 2/15. 1. 21; 13/1. 7. 21; 14/15. 7. 21; Get. Gew., S. 25 f.

²⁾ 13/1. 7. 21.

³⁾ 2/15. 5. 20; 3/15. 2. 21; 24/15. 12. 21; Posse, S. 12 f.; Der Stahlhelm, S. 30 f.; Get. Gew., S. 74.

nicht beseitigt. Im Orden sprach man von der „vaterlandslosen, staatzersetzenden Linken“ und meinte damit nicht nur die Spartakisten und Unabhängigen, sondern sehr oft auch die Mehrheitssozialdemokratie, zumindest die Freien Gewerkschaften. Die „Parteien der Dritten Internationale“ wurden mit bündischer Empörung oft rundweg als „eine Ansammlung vaterlandsloser Gesellen, deren Heimat nur ihr eigenes, selbstsüchtiges Ich ist“, abgetan¹⁾. Die Mehrzahl der Ordensbrüder war in den „staatserhaltenden, nationalen Parteien“ zu finden oder stand ihnen nahe. Die Vorwürfe der Linken, wiederum einschließlich der Mehrheitssozialisten, der Orden sei reaktionär, umstürzlerisch und monarchistisch, verstummten gleichfalls nicht. Das erste Verbot des Kasseler Oberpräsidenten wurde mit dem Vorwurf des „Kappismus“ begründet. Wenn weiterhin der Orden von mehrheitssozialistischer Seite in Verbindung mit dem Erzberger-Mord gebracht wurde, so konnten die Jungdeutschen solche Verdächtigungen allerdings mit Recht als „hetzerisch“ zurückweisen²⁾.

Die Lage verschärfte sich besonders nach der Ermordung des Außenministers Rathenau. In Thüringen, Hamburg und in der Provinz Hannover wurde der Orden wiederum verboten³⁾. Am 31. August 1922 wurde er erneut in ganz Preußen als angebliche „monarchistisch-reaktionäre Bewegung“ aufgelöst. Es wurde ihm eine enge Verbindung zu dem bereits aufgelösten „Verband nationalgesinnter Soldaten“ und dem „Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund“ zur Last gelegt. Vom thüringischen Innenminister übernahm Severing den Vorwurf der militärischen Betätigung, die durch Waffenfunde auf einem thüringischen Gutshof, dessen Besitzer ein Jungdeutscher war, und durch angebliche bewaffnete Zusammenrottungen Jungdeutscher als erwiesen galt⁴⁾.

Wie diese Begründung, so beleuchtete auch die Beschwerde Mahrauns, mit der er die Eröffnung eines Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig forderte, die Zeitverhältnisse. Zahlreiche Ordensangehörige waren nach seiner Darstellung Mitglieder nicht nur der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, sondern auch der Demokratischen Partei und des Zentrums. Die Beziehungen zum „Verband nationalgesinnter Soldaten“ soll sich auf einen Meinungsaustausch bezüglich Übergriffen der Besatzungsmacht, des Kampfes gegen die Kriegsschuldfrage, der Hilfe für das Auslandsdeutschtum und andere „Fragen von großer vaterländischer Bedeutung“ beschränkt haben. Die angebliche „Personalunion“ mit dem „Schutz- und Trutzbund“ wurde von Mahraun bestritten, die grundsätzliche Möglichkeit der Doppelmitgliedschaft freilich zugegeben⁵⁾.

¹⁾ 16/15. 12. 20; 11/1. 6. 21.

²⁾ 10/15. 9. 20; 11/1. 6. 21; 19/1. 10. 21; 20/15. 10. 21.

³⁾ 15/1. 8. 22; 16/15. 8. 22; 17/1. 9. 22.

⁴⁾ 18/15. 9. 22.

⁵⁾ 18/15. 9. 22. Nach der Darstellung Mahrauns hatte die Ordensleitung von den Waffen auf dem thüringischen Gutshof nichts gewußt, da der Besitzer erst kurz vorher dem Orden beigetreten war. Mahraun wies im übrigen darauf hin, daß die mit Waffen angetroffenen Ordensmitglieder im Besitz von Waffenscheinen gewesen seien.

Aber weder diese Beschwerde noch die scharfe Verurteilung des Mordes „als politisches Kampfmittel“ und der „Mörder-Organisationen“ durch ein am 1./2. Juli in Kassel tagendes außerordentliches Komturkapitel und die Einleitung eines Flugblatt-Feldzugs, um die öffentliche Meinung zu entgiften, vermochten die staatlichen Stellen zunächst von der politischen Ungefährlichkeit der Jungdeutschen zu überzeugen. Erst am 20. Januar 1923 hob der Staatsgerichtshof im Zug des allgemeinen Abbaus der Ausnahmebestimmungen vom Sommer die Verbote des Ordens durch die verschiedenen Landesregierungen auf¹⁾).

Dabei entsprang die Empörung über den Mord an Rathenau keineswegs nur taktischen Überlegungen Mahrauns und der Ordensführung, sondern auch ehrlicher Überzeugung: Dieser Mord hatte erneut den Geist der Zwietracht und des Bruderkampfes geweckt, dessen Überwindung das Hauptziel der Jungdeutschen war. Ihr „Gedanke der sozialen Versöhnung“, der besonders von ihren jungen vorwärtsdrängenden Kräften vertreten wurde, war schon mehr als das alte Klischee vom „Ständefrieden“ und der „Bauern- und Bürgerfront“. Er sollte auch den deutschen Arbeiter einschließen. Seit den Augusttagen 1914, seit der großen nationalen Solidarität des Krieges und der Front schien es nicht mehr möglich, ihn als „vaterlandslos“ abzutun oder ihn mit dem „Großstadtpöbel“ als der Gefolgschaft „landfremder Führer“ wissentlich oder unwissentlich gleichzusetzen. Der jungdeutsche Leitgedanke der „Reformation“ gegenüber der „Revolution“ mußte zwar den „Streikwahnsinn“ und den Spartakismus ablehnen, ebenso viele „Errungenschaften der Revolution“ und ihre noch weitergehenden Forderungen wie Sozialisierung des Großgrundbesitzes. Aber die Einsicht in die besondere Lage der Arbeiterschaft war im Wachsen. Die Notlage infolge steigender Preise wurde als die verständliche Ursache der Streiks anerkannt und die Eigentumsbildung als die Grundvoraussetzung der Eingliederung des Arbeiters in Volk und Staat bezeichnet. Immer mehr beschäftigte man sich jetzt in den Reihen der Ordensbrüder auch mit den sozialreformerischen Gedanken der Zeit: die Maßnahmen Robert Boschs mit dem Ziel, den Arbeiter mit seinem Betrieb zu verbinden, wurden aufmerksam verfolgt; die Bodenreformbewegung wurde begrüßt; über die Freiland-Freigeld-Bewegung oder die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ Rudolf Steiners wurde in der Ordenszeitung mehr oder weniger zustimmend referiert²⁾).

Der 10. Kongreß der christlich-nationalen Gewerkschaften in Essen mit Stegerwalds Programm der „Volksgemeinschaft“ wurde ebenfalls stark beachtet: „Wir haben die Pflicht, uns um diese Bewegung zu kümmern, denn aus den Reihen dieser Volksgenossen wird mancher echte deutsche Mann zu uns kommen, und dann darf er uns nicht den Vorwurf machen müssen, daß wir uns bisher nicht um das gekümmert haben, was unseren Zielen gemäß mit zu unseren

¹⁾ 13/14/15. 7. 22. Es lagen mir hier auch Flugblätter des Ordens vor.

²⁾ 3/1. 6. 20; 14/15. 11. 20; 2/15. 1. 21; 22/15. 11. 21; 23/1. 12. 21.

größten Aufgaben gehört, um die Hebung des Verständnisses für unsere deutschen Brüder der arbeitenden Bevölkerung¹⁾. Zum ersten Male zeichnete sich hier die Linie des „sozialen Ausgleichs“ deutlich ab, auf der man mit dem „besonnenen“ nationalen und christlichen Teil der Arbeiterschaft zusammenzugehen gedachte. Mochte man auch Arbeitsfreude und gerechte Entlohnung für den sozialen Frieden wichtiger erachten als alle „materialistischen“ Experimente des Sozialismus, so war man doch bereit, die Rechte und Freiheiten der Arbeiter, vor allem ihrer Gewerkschaften, zu respektieren. Manchem bürgerlich-bäuerlichen Heißsporn mag das nicht gut geklungen haben, und es trug wohl zu den sich bald erhitzenden Auseinandersetzungen bei. Zehn Jahre später sollte der Orden mit christlich-nationalen Gewerkschaftlern aus dem Kreis um Stegerwald in der „Volksnationalen Reichsvereinigung“ eng zusammenarbeiten.

¹⁾ 7/1. 8. 20; 10/15. 9. 20; 11/1. 10. 20.

III. Kapitel

Das Verhältnis zur „nationalen Bewegung“ und das Jahr 1923

Das Jahr 1922 war ein Höhepunkt in der Auseinandersetzung des Ordens mit dem republikanischen Staat und mit „Links“ und sah ihn zugleich zum ersten Male im Kampf mit der „Rechten“. Schon jetzt wurde die Mittelstellung zwischen Rechts und Links deutlich, auf die er dann immer mehr einschwenken und in Fortsetzung der früheren Ansätze allmählich programmatisch ausbauen sollte. Mahraun, der in dieser Politik den Orden langsam nachzog, wurde dabei vor allem von drei Gründen bestimmt: er lehnte die Abhängigkeit von den großbürgerlichen Geldgebern und den nationalen „Putschismus“ ab und er hatte auch eine andere Einstellung zur Frage der Monarchie¹⁾.

Nach dem Zusammenbruch hatte auch er zunächst geglaubt, sich dem Ruf nach „Einigkeit im nationalen Lager“ nicht entziehen zu können, und sich daher der „Orgesch“ „in bedingter Form“ angeschlossen. Bald mußte er aber erkennen, daß diese, wie überhaupt der Gedanke des Selbstschutzes, in einen wachsenden Gegensatz zur bündisch-frontsoldatischen Jugend geriet. Die fortschreitende Inflation machte die nationalen Verbände immer abhängiger vom „Großkapital“. Es entbrannte ein zäher Kampf der Jugend in den Bünden und Freikorps mit der „Orgesch-Bürokratie“, dem Verwaltungs- und Überwachungsapparat der Geldgeber. Die Frontoffiziere und bündischen Führer, die sich als Werkzeuge der Reaktion und der „Plutokratie“ mißbraucht sahen, rebellierten gegen die „Etappe“. Der bündische Grundsatz der Auslese wurde dem „Irrsinn der Listen-Organisationen“ entgegengehalten. Auch Mahraun empörte sich dagegen, daß die Bünde die „Divisionen“ stellen sollten für die stets reichlich vorhandenen „Führer“ der „Rahmenorganisationen“²⁾.

Der Schutz des Besitzes war für ihn nicht in erster Linie eine materielle Frage, sondern Teil „der Wiederherstellung einer allgemein anerkannten Rechtsmoral“ innerhalb einer „neuen Ordnung“³⁾. Die Kreise um Escherich, Hugenberg, Class verbanden jedoch nach seiner Überzeugung mit jener Parole den „Klassenkampf von oben“. Die „Trustfront“ des Großbesitzes brach unter der Losung der „nationalen Einigkeit“ in die nationale Bewegung ein⁴⁾.

Früh scheint Mahraun auch erkannt zu haben, daß die Forderung der Wiederherstellung der Monarchie nur zu oft der Sehnsucht nach der verschwundenen

¹⁾ Zum folgenden bes. Get. Gew., S. 25 ff.; Pol. Ref., S. 12 ff.; Hille, Mahraun, S. 26 ff.; Höhn, Mahraun, S. 26 ff.

²⁾ 17/1. 9. 22.

³⁾ Get. Gew., S. 38 ff.

⁴⁾ Ebd.

Herrlichkeit der Vorkriegszeit entsprang: „Die Propaganda für die Monarchie war leicht. Einst waren Zeiten der Wohlhabenheit und des Erfolges, das Jetzt stand unter dem Zeichen des verlorenen Krieges. Die Masse verstand aber nicht den Sinn der großen Lehre, daß sich das Rad der Geschichte niemals zurückdrehen läßt. Alles, was mit Schwarzrotgold und mit der Republik zusammenhing, war schlecht und verabscheuenswert. Alles, was mit Schwarzweißbrot und der Monarchie zusammenhing, war groß und herrlich . . .“¹⁾. Mahraun dünkete, daß der Monarchismus ein „Scheinziel“ geworden war. Ein „Bürgerkönigtum“ nach der Revolution war seiner Überzeugung nach kein politisches Ziel. Die geschichtliche Entwicklung, die auf ein „soziales Zeitalter“ hinwies, richtete sich gegen die „Erblichkeit des Führeramtes“. In einem neuen System der Führung sollten „die Besten“ hervortreten²⁾.

„Im Jahre 1922 war ich mir bereits im Kreise meiner vertrautesten Freunde darüber klar, daß der Jungdeutschen Bewegung der Kampf mit diesen radikalen Bestrebungen im bürgerlichen Lager nicht erspart bleiben würde. Der Kampf nach beiden Seiten wurde uns aufgezwungen“³⁾. Der Bruch, bei dem auch Verbandsegoismen und Führerrivalitäten ihre Rolle gespielt haben, erfolgte, als Mitte 1921 Admiral Heinrich die Unterwerfung des Ordens unter den Befehl der „Orgesch“ forderte⁴⁾. Die „Folgen“, die er ankündigte, ließen nicht lange auf sich warten. Es begann mit Angriffen gegen die Leitung und die Finanzgebarung des Ordens. Mit der Parole der „nationalen Einheitsfront“ wurde in der Presse, durch Flugblätter und reisende Agitatoren versucht, gegen Mahrauns Führung Stimmung zu machen, der angeblich mit den Linksparteien in Fühlung stehen sollte⁵⁾. Im Orden selbst machte sich eine Opposition solche Vorwürfe zu eigen. Persönliche Eifersüchteleien kamen hinzu; die Frage der Monarchie stand im Hintergrund. Die Führung der Darmstädter und Bensheimer Gruppen bezichtigte die Ordensführung sogar des „Bolschewismus“. Diese „Rebellion“ der Ballei „Starkenburg“, die sich als „Deutschorden“ dann selbständig machte, endete mit einer Reihe von „Ehrengerichten“ der Offiziersvereine. In der Entwicklung des Ordens begann damit die nunmehr fällige Abspaltung der reaktionären, nur-schwarzweißbroten Kräfte⁶⁾.

¹⁾ Get. Gew., S. 35 ff. Vgl. dazu eine der frühen Stellungnahmen Mahrauns zur Frage der Monarchie in der Ordenszeitung (13/1. 7. 22): „Auch wir wollen lieber die Wiederherstellung eines deutschen Kaiserreiches als diese Republik im Geiste des Berliner Tageblatt und anderer ‚Zeitpiegel‘. Aber eine Regierungsform muß die Liebe des ganzen Volkes oder wenigstens seiner überwiegenden Mehrheit besitzen, sonst hat sie nicht die Möglichkeit, Großes zu wirken. Wie sagt doch unser edler jungdeutscher Ritter? (der Freiherr vom Stein; K. H.) ‚Wir haben jetzt größere Dinge zu tun, als uns um Dynasten zu kümmern‘.“

²⁾ Get. Gew., S. 37.

³⁾ Pol. Ref., S. 26.

⁴⁾ 17/1. 9. 22; Get. Gew., S. 29.

⁵⁾ 9/1. 5. 22.

⁶⁾ Ebd.

Auch nach diesem Darmstädter Zwischenfall riß die Kette der Angriffe, Verleumdungen und Beleidigungsklagen nicht ab. Zum ersten Male tauchte der Vorwurf auf, Mahraun schädige „die nationale Wiederbesinnung“. Umgekehrt beschuldigte der Orden die Presse, vor allem die „nationale“, Entstellungen über seine Haltung systematisch zu verbreiten. Der spätere Groll Mahrauns gegen Hugenberg geht wohl schon auf diese Anfänge zurück¹⁾. Diese ersten Auseinandersetzungen und Kämpfe ließen die Notwendigkeit neuer ideeller Grundlagen deutlich werden. Im Jahre 1922 schrieb Mahraun einen ersten Entwurf des späteren „Jungdeutschen Manifestes“²⁾. Damals hat er sich auch mit dem Schrifttum über den Freiherrn vom Stein und die Erhebung von 1807 bis 1813 beschäftigt. In der Abwehr der Angriffe verglich er die Gegner auf der Rechten mit den Reaktionären nach 1806, den Hatzfeld und Kalckreuth, den engherzigen Landjunkern und den egoistischen, im Schlendrian verknöcherten Bürokraten, und setzte ihnen ein Bekenntnis zum Freiherrn vom Stein entgegen, auf dessen Gedanken der Orden weiterbauen wollte.

In einem größeren Aufsatz nach dem Rathenau-Mord und kurz vor dem zweiten Verbot faßte Mahraun die politische und geistige Stellung des Ordens zusammen, wie sie sich langsam von der übrigen „nationalen Bewegung“ abzuheben begann. Er wandte sich gegen das verantwortungslose Verschwörertum: „Jede Geheimorganisation ist ein Schaden im Körper des Staates, weil hier der Staat die Möglichkeit der Aufsicht verliert, das ruhige (so!) des Aufbaus verloren geht und der Putschismus beginnt.“ Dagegen betonte er die Bedeutung der „Macht des Geistes“ gerade für die nationale Bewegung, wollte den völkischen Gemeinschaftsgedanken nicht mit dem Antisemitismus, der bloßen „Verneinung“ gleichsetzen und erklärte erneut die Frage der Staatsform für zunächst zweitrangig³⁾.

Das zweite Verbot und dann der Ruhreinbruch der Franzosen und Belgier im Januar 1923 ließen aber die Gemeinsamkeit des politischen Kampfes nach außen wieder stärker hervortreten. Auch in der Entwicklung des Ordens spiegelte es sich, wie der französische Machtwille die Haltung der nationalen Verbände fühlbar versteifte. Wie schon in Versailles, so nährte die Unerbittlichkeit des Siegers auch jetzt wieder den deutschen Nationalismus. Die außenpolitische und wirtschaftliche Beruhigung des Jahres 1922, die sich auch in Teilen der nationalen Bewegung bemerkbar gemacht hatte, wich erneut dem „Ausnahmestand“, in dessen Schatten der Radikalismus gedieh.

Der Ruhrkampf, bei dessen Beginn der Staatsgerichtshof am 20. Januar 1923 das zweite Verbot aufhob, wurde hier als eine Phase, vielleicht die entscheidende Phase, des jahrhundertealten Ringens um den Rhein betrachtet. Er setzte den

¹⁾ 8/15. 4. 22; 10/15. 5. 22; 12/15. 6. 22; 16/15. 8. 22.

²⁾ 13/1. 7. 22 ff.

³⁾ 15/1. 8. 22; 16/15. 8. 22.

„Unfrieden“ von Versailles fort und war ein Glied in der Kette französischer Gewaltpolitik. Im Unterschied zu anderen nationalen Kräften war man sich im Orden aber darüber klar, daß die Auseinandersetzung mit Frankreich an Rhein und Ruhr sich nicht auf das politisch-militärische Feld beschränken konnte. Es maßen sich dort auch die „moralischen Energien“ der beiden großen Völker: dem französischen „Génie du Rhin“ mußte mit gleichen Werten begegnet werden. Wie die Jungdeutschen schon früh an der Widerlegung der Kriegsschuld-lüge des Artikels 231 des Versailler Vertrages aufklärend mitgearbeitet hatten, so richtete sich nunmehr ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die „pénétration pacifique“ der französischen Kulturpropaganda mit ihren Theatervorstellungen, Kunst-, Mode- und Bücherschauen, ihren Suppenküchen und Schulspeisungen. Die Verbote deutscher Volkslieder und Theaterstücke, etwa des Wilhelm Tell, die Spitzeltätigkeit gegen den deutsch-gesinnten Geschichtsunterricht, die „schwarze Schande“ afrikanischer Besatzungssoldaten im Rheinland — es waren die sich aufdrängenden Stoffe in der geistigen Auseinandersetzung mit den französischen Eindringlingen¹⁾.

Aber der Orden trug auch seinen Teil zum Kampf an der „Front“ bei, nachdem schon am 3. Februar — also kaum vierzehn Tage nach der Aufhebung des Verbots — ein Komturkapitel ein Bekenntnis zum Reichskanzler Cuno und zum passiven Widerstand abgelegt hatte. Man lernte sehr schnell die neuen Waffen und Methoden des „Wirtschaftskrieges“ und des passiven Widerstandes handhaben. Ausgewiesene Deutsche wurden untergebracht, Opferspenden und „Ruhr-abende“ mit Sammlungen durchgeführt, oft gemeinsam mit anderen vaterländischen Verbänden. Dabei war die Grenze des passiven Widerstandes un-deutlich²⁾. Im aktiven Kampf mit Sabotage und Sprengungen gingen die nationalen Verbände sehr oft über die von der Regierung gesteckte Grenze hinaus. Auch die jungdeutsche Arbeit an der Ruhr beschränkte sich nicht auf die heimliche Abhaltung von Bruderkonventen. Der Komtur der Ballei Sauerland, der spätere Ordenskanzler Bornemann, leitete von Arnsberg aus die Zufuhren, die mit Autos oder mit der Eisenbahn unter den Augen der französischen Kontrolleure ins Kampfgebiet gebracht wurden³⁾. Auch Albert Leo Schlageter soll, nach jungdeutscher Lesart, Mitglied des Ordens gewesen sein, wenn er auch im Ruhrgebiet selbständig vorgegangen ist⁴⁾. Im Orden war man stolz auf den französischen Generalstabsbericht über den Ruhrkampf, der den Jungdeutschen besondere Anerkennung zollte⁵⁾. Während der ganzen Zeit war der Orden jener Einheitsfront der vaterländischen Verbände eingereiht, in der man bewußt über den passiven Widerstand hinausging und, in der Hoffnung auf englische

¹⁾ 1/20. 1. 23; 2/27. 1. 23; 3/10. 2. 23.

²⁾ 3/10. 2. 23; 8/21. 4. 23; 12/16. 6. 23. Vgl. Severing., Band 1, S. 375.

³⁾ Get. Gew., S. 68 ff.

⁴⁾ Hille, S. 34; Zehn Jahre Jungdeutscher Orden, S. 15 ff.

⁵⁾ Hille, S. 33.

Rückendeckung, den Kampf in den nationalen Befreiungskrieg überführen wollte¹⁾).

Der Aufforderung der Regierung Stresemann zum Abbruch des Ruhrkampfes folgte der Orden sofort, aber der wachsenden Erregung im nationalen Lager entzog sich auch Mahraun nicht, als er am 9. Oktober 1923 schrieb: „Die deutschen Dinge haben nun einen Stand erreicht, der als Wendepunkt zum Guten oder Bösen alsbald erkannt werden muß.“ Die „Wende“ war für ihn aber nicht ein Putsch, sondern die politisch verstandene „Mobilmachung aller Kräfte“: die „Liquidation der bisherigen Innenpolitik“ und die Neuschaffung von Sachwerten durch innere Kolonisation und allgemeine Arbeitsdienstpflicht, die an die Stelle der bisherigen „Requisitionspolitik“, des Lebens von der Substanz, treten sollte. Von der Sozialdemokratie forderte er die Loslösung von dem „staatszerstörenden Teile ihres Programms“ und ihren Anschluß an die „staatserhaltende Front des deutschen Volkes“²⁾.

Die Zuspitzung in der nationalen Bewegung war freilich schon weit gediehen. Mahraun mußte zwischen Vernunft und Gefühl, auch wohl dem Gefühl der Mehrheit der Ordensbrüder, lavieren. Daß er sich schließlich, als die Entscheidung von ihm verlangt wurde, auf die Seite der politischen Vernunft stellte, gewährleistete dann die Weiterentwicklung des Ordens. Nach dem Zusammenbruch der „Orgesch“ hoffte die aktivistische Jugend des Ordens, die sich aus der großbürgerlichen Bevormundung befreien wollte, zuerst auf die jungen „völkischen“ Kräfte, die sich vor allem in Bayern um Ludendorff und Hitler sammelten³⁾. Mahraun ging im September 1923 selbst nach München, um sich ein Bild von den dortigen Vorbereitungen zu machen. Ludendorff schien der eigentliche Führer einer von Bayern ausgehenden „nationalen Erhebung“ zu werden und Hitler nur als seinen „Trommler“ zu betrachten⁴⁾. Mit Ludendorff hatte der Orden schon in den Jahren vorher gute Verbindung gepflegt. Dem bayerischen „Kampfbund“ unter seiner Führung schloß sich deshalb Mahraun „in bedingter Form“ an, nicht zuletzt unter dem Druck seiner Anhängerschaft, insbesondere in der damaligen Ballei Franken. Der politische Beauftragte Ludendorffs, Baron von Scheubner-Richter, versprach, daß nichts geschehen werde, worunter nachher die ganze nationale Bewegung zu leiden hätte, und sicherte zu, Mahraun mindestens sechs Wochen vor einer beabsichtigten Aktion zu unterrichten⁵⁾. Auch jetzt stand Mahraun den Erfolgsaussichten eines bayrischen Putsches gegen Berlin sehr zurückhaltend gegenüber, der nach seiner Ansicht spätestens in Nordbayern zum Stehen kommen mußte. Es gelang ihm aber nicht, die Ballei Franken „aus der Münchener Atmosphäre zu lösen“, und indem er mit den

¹⁾ 2/27. 1. 23; 4/24. 2. 23.

²⁾ Rüstzeug Nr. 6, S. 5 ff.

³⁾ Get. Gew., S. 30.

⁴⁾ Ebd.; Pol. Ref., S. 68 ff.

⁵⁾ Pol. Ref., S. 69.

Münchenern in Verbindung blieb, durfte er hoffen, unter Umständen das Gewicht des Ordens in die Wagschale werfen zu können¹⁾). Er versuchte, die Ordensbrüder zur Vernunft zu mahnen und die Kritik, die an seiner Führung laut geworden war, aufzufangen. Inmitten der Erregung im Lager der nationalistischen Ultras wies er auf drei berühmte Gestalten der deutschen Geschichte hin, auf den General York, den Freiherrn vom Stein und Bismarck. Noch war, so war die historische Parallele wohl zu deuten, die Stunde von 1813 nicht gekommen, man schrieb erst 1809. Ein neues 1813 war erst möglich, wenn das deutsche Volk von innen heraus erneuert war²⁾).

Überraschend schlug Hitler am Abend des 8. November los. Mahraun erfuhr davon durch einen nächtlichen Anruf aus Berlin. Reichskanzler Stresemann erinnerte sich der Stellungnahme des Ordens einen Monat vorher. Mahraun erklärte sich gegen den Putsch und für den Staat. Die Ballei Franken wurde ausgeschlossen und aufgelöst. Die Entscheidung war gefallen³⁾).

An dem Schicksal des „ideenlosen Putschismus“ erkannte Mahraun die Notwendigkeit, dem Orden und der ganzen nationalen Bewegung neue politische und geistige Leitbilder zu gewinnen. Die „Kapitolswächter der Republik“ hatten es durch ihre „doktrinäre Engstirnigkeit“ so weit gebracht, daß ihr Staat von niemand mit dem Herzen verteidigt wurde. Um so dringender war es, an der Fortentwicklung der Republik zum „Volksstaat“ zu arbeiten⁴⁾). Schon im September 1923 hatte Mahraun ein „jungdeutsches aktivistisches Programm“ aufgestellt: Stärkung der Ordensgemeinschaft und der Ordenszucht als Voraussetzung des Wirkens für das Vaterland; Erhaltung des Staates durch die „Behauptung der Gemeinschaften, die staatserhaltend sind im Kampf gegen jene, welche den Staat zerstören wollen“; Abwehr der Not und Neuschaffung von Sachwerten durch eine große innere Kolonisation⁵⁾). Auch in der ersten „Ordina“, den „Gedanken über die Erneuerung des deutschgemeinschaftlichen Lebens“, schlugen sich die Bemühungen des Hochmeisters um neue Ziele nieder. Nach dem Zerfall der Front des 9. November 1923, einer Verbindung von Reaktion und völkischem „Antigeist“, die der deutschen Erneuerung nur geschadet hatte,

¹⁾ Ebd.

²⁾ 17/9. 10. 23.

³⁾ Pol. Ref., S. 69 f. Ob es sich um einen persönlichen Anruf des Reichskanzlers oder einen Anruf der Reichskanzlei handelte, ist aus der Darstellung Mahrauns nicht ersichtlich. Tatsache ist jedoch, daß Stresemann in dieser Nacht an den verschiedensten Stellen telefonisch auf den Gang der Ereignisse einzuwirken versuchte; dazu die Tagesnotiz Stresemanns vom 8. November 1923 in: Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hgg. von Henry Bernhard, Bd. 1, S. 203; ferner die umfassende Stellungnahme Stresemanns zu den November-Ereignissen im Reichstag (Stenograf. Bericht, Bd. 361, S. 12180—12196) sowie Antonina Vallentin: Stresemann, Vom Werden einer Staatsidee. München—Leipzig 1948, S. 115 und Hubertus Prinz zu Loewenstein: Stresemann. Frankfurt 1952, S. 201.

⁴⁾ Pol. Ref., S. 69.

⁵⁾ 16/8. 9. 23.

sollte mit einer „neuen Front“ der wahre „soziale Volksstaat“ errungen werden¹⁾.

In dieser „neuen Front“ hatte der Orden schon während des Jahres 1923 gearbeitet. Ende Mai, mitten im Ruhrkampf, wurde in Kassel eine erste Meister-schulungswoche durchgeführt, um der Führerschaft ein gemeinsames geistiges Rüstzeug zu vermitteln. Der jungdeutsche Gedanke sollte die Gefolgschaft, die aus verschiedenen weltanschaulichen Lagern und sozialen Schichten kam, prägen und zur Einheit werden lassen²⁾. Auch der „Feldzug gegen die soziale Not“ war schon eingeleitet worden. Am 1. Oktober 1923 wurde in Kassel die erste Küche des jungdeutschen „Geusenhilfswerkes“ eröffnet, die schon bis zum Ende des Monats über 7000 Personen mit einer warmen Mahlzeit versorgte. Dieses Hilfs-werk, das sich nicht auf die eigene Gemeinschaft beschränkte, sondern allen bedürftigen Volksgenossen dienen wollte, war eine Einrichtung, in der sich die jungdeutsche Auffassung von nationaler Solidarität ausdrücken sollte³⁾.

Am 24. Februar 1924 hielt Mahraun in München eine Rede zu dem Thema: „Die Wiedergeburt des deutschen Volkes und die Erneuerung des deutschen Staates.“ Er mochte Genugtuung empfinden, in der Hauptstadt jener Bewegung, die soeben wenig rühmlich gescheitert war, zum ersten Male den jungdeutschen Gedanken vertreten zu können. Er mag auch beabsichtigt haben, den „ideali-stischen Aktivismus“, der trotz allem in dieser Bewegung vorhanden gewesen war, nicht zerflattern zu lassen, sondern für bessere Ziele erneut zu sammeln und dem Orden einen festen Stand auch südlich des Mains zu gewinnen. Bedeut-sam war diese Rede vor allem, weil sie die Reform des Staates durch die Brechung der Herrschaft der „parteististischen Demokratie“ verkündete. Zum ersten Male erschien hier diese Formulierung, die von Mahraun selbst als ein schlechter Ausdruck für eine schlechte Sache bezeichnet wurde. Nach dem Zusammenbruch

¹⁾ 11/2. 6. 23; 20/22. 12. 23. Die Parole der „neuen Front“ wurde wohl von dem Titel des 1922 erschienenen, von Artur Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen und M. H. Böhm heraus-gegebenen Manifests übernommen.

²⁾ 20/22. 12. 23. An diesem Führerkurs nahmen etwa 150 Meister teil, deren berufliche Auf-gliederung folgendes Bild ergab: 27 Beamte (davon 7 Eisenbahnbeamte), 14 Lehrer (davon 4 höhere Lehrer), 13 Handarbeiter, 9 Angehörige freier akademischer Berufe wie Ärzte und Rechtsanwälte, 10 Ingenieure, 7 Bankbeamte bzw. -angestellte, 3 selbständige Fabrikanten, 3 Studenten. Am zahlreichsten sind in diesen Jahren im Orden junge Kaufleute, Junglehrer und junge Land- und Forstwirte bzw. Landwirtschaftslehren vertreten. Annähernd 90% der An-gehörigen des Ordens standen in dieser Zeit im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, waren also An-gehörige der „Frontgeneration“. Auf den zahlreichen Führer-Schulungskursen referierten Ordens-brüder, aber auch Abgeordnete, Universitätsdozenten oder Gewerkschaftssekretäre über die ver-schiedensten Probleme wie Marxismus, Gewerkschaftswesen, Verfassungsrecht, Kriegsschuldfrage, moderne Literatur und Sprachreinigung, Auslandsdeutschtum und Grenzlandfragen. Neben den politischen standen also auch kulturelle Themen, ein bezeichnendes Erbe der Jugendbewegung. Schon 1923 wurde eine „Jungdeutsche Bücherei“ geplant, die als eigenes Unternehmen aus-gewählte Werke deutscher Dichter, Denker und Historiker bereitstellen sollte (11/2. 6. 23 u. a.). Die Kalender in der Ordenszeitung über die Veranstaltungen der einzelnen Ortsgruppen des Ordens geben insbesondere in den Jahrgängen 1922/23 einen guten Einblick in das Ordensleben.

³⁾ 18/13. 11. 23; Zehn Jahre Jungdeutscher Orden, bes. S. 45 ff., S. 60 ff.; Pol. Ref., S. 16.

des nationalistischen Radikalismus glaubte er jetzt den Zeitpunkt gekommen, den Kampf gegen die andere Seite, gegen die „staatszerstörenden Elemente“, die bis in die Mehrheitssozialdemokratie hineinreichten, eröffnen zu können, aber auch gegen die sich im Parlamentarismus tarnenden „plutokratischen“ Kräfte, dieselben, die auch die nationale Bewegung mißbraucht hatten. Dieser Kampf gegen den „Parteiismus“ sollte den Weg des Ordens fortan bestimmen¹⁾.

¹⁾ Rüstzeug Nr. 7 (Reden und Aufsätze Mahrauns Nr. 3), S. 11 ff.

IV. Kapitel

„Der nationale Friede am Rhein“ : Versailles und die Außenpolitik

Der Ruhrkampf und sein Ende gaben den Anstoß, daß sich Mahraun und der Orden seit 1924 nun auch besonders den außenpolitischen Problemen zuwandten. Während es innenpolitisch, auf dem Felde der Staatsreform, noch einige Jahre dauerte, bis der Orden eigene Vorstellungen und Leitbilder gefunden hatte, vermochte er in der Außenpolitik zuerst ein Programm vorzulegen, das alte nationalistische Ressentiments abstreifte. Im Mittelpunkt stand freilich auch für den Orden der Kampf gegen Versailles. Auch für die Jungdeutschen war das Endziel die Befreiung von den Fesseln des Diktats. Je länger, je mehr trennte sich jedoch ihre Auffassung über die Wege und Mittel deutscher Außenpolitik von den landläufigen Vorstellungen in der nationalen Bewegung, wo man weithin auf einen großen Revanche- und Befreiungskrieg hoffte, womöglich im Rahmen eines weltweiten Aufstandes der jungen farbigen und „proletarischen“ Völker gegen die Herrschaft der „plutokratischen“, aber „dekadenten“ westlichen Demokratien.

Die Jungdeutschen gingen dagegen von der bündischen These der „Sicherung des Friedens durch Neubau der Staaten“ aus, wie der Untertitel des Jungdeutschen Manifestes lautet. Die Vorstellung vom Vorrang der Außenpolitik, dem Kampf der „großen Mächte“, wird hier abgelöst von der „politischen Reformation“, von der Schaffung des nationalen und sozialen Volksstaates als Teil einer „organischen“, antiimperialistischen Weltpolitik.

Während der radikale Nationalismus den Abbruch des Ruhrkampfes durch die Regierung Stresemann als Kapitulation betrachtete und zum Anlaß der nationalen Erhebung zu benützen gedachte, zog Mahraun andere Folgerungen. Nach seiner Überzeugung war es eine entscheidende französische Niederlage oder wenigstens eine Niederlage jener Kräfte in Frankreich, die in Vollstreckung des Testaments Richelieus Deutschland durch die Besetzung des Ruhrgebiets endgültig zu zerschlagen gedachten. An Rhein und Ruhr hatte der Reichsgedanke Bismarcks gegen den Geist Richelieus gesiegt. Frankreich war in Wahrheit der „sterbende Sieger“. Der Versuch der Annexion fremder Wirtschaftsgebiete war völlig fehlgeschlagen. Es hatte sich gezeigt, daß Deutschland und Frankreich zu sehr aufeinander angewiesen, ihre Volkswirtschaften zu eng miteinander verflochten waren, als daß der Ruin des einen nicht auch den Niedergang des anderen bedeutete. Auch in Frankreich schien man das langsam zu erkennen: Die Jungdeutschen zitierten Caillaux, der von dem „Syndikat der Schuldner Amerikas“ sprach, und Marschall Foch, der nur von einer einzigen Alternative

des deutsch-französischen Verhältnisses wußte: „Vernichtungskampf oder Bündnis“¹⁾).

Die politische Vernunft verwies Deutschland und Frankreich also auf die Einstellung des selbstmörderischen Kampfes. Am Rhein mußte zwischen den beiden Erbfeinden der „nationale Friede“ geschlossen werden. Mahraun appellierte vor allem an die nationale Bewegung in Deutschland, der Rache abzusagen, den tödlichen Zirkel von Revanchewillen des Besiegten und Vernichtungswillen des Siegers zu durchbrechen. Nur eine Verständigung, die von den nationalen Kräften beider Völker getragen wurde, konnte Dauer verbürgen. Aber sie mußte von „realen Abmachungen“, unterbaut werden, die den nationalen Interessen beider Völker entsprachen. Der Verständigungspolitik Stresemanns und Briands warf Mahraun vor, daß sie sich letztlich auf „reine Gefühlsmomente“ beschränkte und lediglich eine Versicherung gegenseitigen Wohlwollens war, ohne zu den „Realitäten“ vorzustoßen, „welche das Schicksal bestimmen“. Das sind die Grundgedanken der umstrittenen Schrift Mahrauns „Der nationale Friede am Rhein“, die 1926 geschrieben und veröffentlicht wurde und in der der Vorschlag eines deutsch-französischen Militär- und Wirtschaftsbündnisses zur gegenseitigen Garantie und zur gemeinsamen Verteidigung Europas gemacht wurde²⁾).

Die allmähliche Entwicklung dieser Konzeption läßt sich schon während des Jahres 1924 verfolgen. Während der deutsch-alliierten Verhandlungen im Sommer 1924, die zum Dawesplan und zu den Londoner Protokollen führten, beschäftigten sich die Leitartikel der jungdeutschen Presse in wachsendem Maße mit den außenpolitischen Problemen³⁾. Während des Notenwechsels der Mächte, der der Konferenz von Locarno voranging, wurden im Sommer 1925 zum ersten Male die Mindestforderungen formuliert, die nach jungdeutscher Auffassung Vorbedingung für einen gegenseitigen Sicherheitspakt waren: Sofortige und völlige Räumung des Ruhrgebietes sowie der ersten Rheinlandzone und Revision des Saarstatuts gemäß den Wünschen der Bevölkerung⁴⁾. Zu gleicher Zeit, am 9. Juni 1925, führte der Orden eine große Kundgebung am Leipziger Völkerschlachtdenkmal durch, an der 35 000 Jungdeutsche aus Sachsen und den mitteldeutschen Balleien teilnahmen. Mahraun richtete einen öffentlichen Appell an Frankreich, Deutschland einen „Frieden in Freiheit“ zu geben. Die ausländische Presse vermerkte mit Erstaunen diese erste Kundgebung eines nationalen Verbandes, die nicht von Revanchegesinnung erfüllt war⁵⁾.

Im September dieses Jahres suchte der französische Publizist Jules Sauerwein,

¹⁾ Die Darstellung folgt dem Erstdruck der Broschüre Mahrauns „Der nationale Friede am Rhein“, bes. S. 10 ff.

²⁾ Ebd.

³⁾ 73/26. 8. 24; 68/20. 8. 24; 94/19. 9. 24.

⁴⁾ 159/10. 7. 25; 170/23. 7. 25.

⁵⁾ Get. Gew., S. 96 f.

der Direktor der rechtsgerichteten französischen Tageszeitung „Le Matin“, Artur Mahraun auf. In diesem Gespräch wandte sich Mahraun gegen den geplanten Sicherheitspakt der Rhein-Mächte, den er für einen „Pakt ohne Sicherheit“ und für keine das deutsch-französische Verhältnis wesentlich verändernde Lösung hielt. Seiner Auffassung nach war angesichts der bolschewistischen Gefahr, die mit steigendem Erfolg Asien und Afrika gegen Europa aufwiegelte, eine Einigung der drei wichtigsten europäischen Mächte, Frankreich, England und Deutschland, notwendig. Aber ein „nur diplomatischer Vertrag“ schien ihm hierzu nicht ausreichend. Die beste Bürgschaft war in Mahrauns Augen ein deutsch-französisches Industriebündnis mit oder ohne Beitritt Englands, schon aus rein wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus. Mit dem Zusammenschluß der deutschen und französischen Kali-Industrien war bereits ein erster Schritt in dieser Richtung getan worden, und Verhandlungen zwischen den Schwerindustrien der beiden Länder mit dem gleichen Ziel waren im Gang. Als Gegenleistung sollte nach Mahrauns Vorschlägen der Versailler Vertrag in seinen das deutsch-französische Verhältnis betreffenden Teilen außer Kraft gesetzt, die besetzten Gebiete in wesentlich verkürzten Fristen geräumt und auch die deutsch-polnische Grenze überprüft werden. „Deutschland könnte dafür mit Frankreich zusammen Polen gegen bolschewistische Angriffe militärisch garantieren. Auch könnte Polen für die Revision der deutsch-polnischen Grenze unschwer anderweitig entschädigt werden“¹⁾. Die größte Waffenschmiede der Welt würde durch die zusammengeschlossenen Industrien in den Händen dieser europäischen Weltmacht sein, der keine Mächtegruppierung der Erde gewachsen sei. Mahraun trat jetzt auch Entwürfen des Kali-Industriellen Arnold Rechberg bei, das Wirtschaftsbündnis zu ergänzen durch ein militärisches mit „Bildung eines gemeinsamen Generalstabes mit gleichen Einsichtsrechten in die beiderseitigen Heere“. Eine solche „Integration“ der militärischen Führungsspitzen sollte eine weitere „sehr reale Garantie“ darstellen²⁾.

Zur gleichen Zeit war in diesen Wochen vor der Locarno-Konferenz in der französischen rechtsgerichteten Zeitung „Eclair“ ein Briefwechsel zwischen Arnold Rechberg und dem französischen Schriftsteller Maurice Schwob veröffentlicht worden. Die beiden Partner einigten sich auf den folgenden Plan für ein deutsch-französisches Wirtschafts- und Militärbündnis:

1. Die chemische und die Schwerindustrie beider Länder schließen sich nach dem Muster der Kali-Industrie zusammen;
2. das deutsche Heer kann von einem gemeinsamen deutsch-französischen Generalstab jederzeit kontrolliert werden, um dadurch Frankreich über seine militärische Sicherheit zu beruhigen. Dasselbe Recht steht auch den deutschen Mitgliedern des Generalstabes gegenüber dem französischen Heere zu;

¹⁾ 228/29. 9. 25; Get. Gew., S. 97 ff.

²⁾ Der nationale Friede, S. 14 ff.

3. der Versailler Vertrag wird, soweit er die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich regelt, außer Kraft gesetzt;
4. die Frage der deutschen Alleinschuld am Kriege wird fallengelassen;
5. der Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland wird zugestanden;
6. die Ostgrenze wird zugunsten Deutschlands reguliert. Danzig und der Korridor werden an Deutschland zurückgegeben. Polen erhält dafür den Hafen von Memel.

Die bestehende Grenze Oberschlesiens sollte beibehalten werden, aber die dortige deutsche und polnische Industrie sollte sich ebenfalls zusammenschließen. Polen und die Tschechoslowakei waren in ein derart zu schaffendes europäisches Paktsystem aufzunehmen und die deutschen Minderheiten in diesen beiden Staaten waren zu schützen¹⁾.

Durch die Zusammenarbeit mit Rechberg belastete Mahraun allerdings die politische Stellung des Ordens. Die Gegner im nationalen Lager konnten nun nicht nur eine wirtschaftliche Abhängigkeit von dem vermögenden Kali-Industriellen behaupten, sondern auch auf die einigermaßen unklare Rolle hinweisen, die Rechberg nach dem Ende des Krieges bei Versuchen gespielt hatte, im Bündnis mit den Westmächten einen Interventionskrieg gegen Sowjetrußland zu entfesseln. Politische und persönliche Gegensätze innerhalb der nationalen Gruppen, insbesondere die Frage der deutschen Anlehnung an Rußland, verwickelten und verschärften die Dinge und führten schließlich zu den schweren Auseinandersetzungen, in die der Orden bald mit den Kreisen um Hugenberg, Heinrich Class, Freiherrn v. d. Goltz und Oberst Nicolai geraten sollte²⁾.

Trotz der Berührungen mit Persönlichkeiten wie Rechberg und General Hoffmann lehnten die Jungdeutschen aber einen Kreuzzug gegen Sowjetrußland ab. Sie befürchteten wohl nicht zu Unrecht, daß „bei dem gegenwärtigen Zustand der europäischen Staaten“ solche Interventionen mit einer neuen „Kanonade von Valmy“ enden könnten. Nicht die Rezepte der Machtpolitik, sondern nur die innere Wiedergeburt der europäischen Völker aus ihren nationalen Überlieferungen heraus konnte den Bolschewismus schließlich überwinden³⁾.

Mhraun wollte mit der deutsch-französischen Verständigung eine europäische Politik im Sinne einer „dritten Kraft“ zwischen Ost und West anbahnen. Die

¹⁾ 238/10. 10. 25; Get. Gew., S. 100.

²⁾ 37/13. 2. 26; 39/16. 2. 26; 40/17. 2. 26. Get. Gew., S. 196 ff. Pol. Ref., S. 59 f. Ferner: Rechberg, Reichsniedergang, S. 5, S. 22 ff.; ders., Was kostet der Friedensvertrag die Entente? München 1922, bes. S. 135 ff.; Ludendorff, Meine Lebenserinnerungen, Bd. 1, bes. S. 176 ff., S. 205 f., S. 250; General Hoffmann, An allen Enden Moskau, Berlin 1925, bes. S. 45 ff.; Severing über Rechberg a.a.O., Bd. 1, S. 83; E. Niekisch, Gedanken über deutsche Politik, S. 329; A. Rosenberg, Nationalsozialismus und Jungdeutscher Orden, S. 15 ff. Überblick über die Interventionspolitik der Westmächte in Rußland 1918/19 bei Winston Churchill, Nach dem Kriege, Zürich—Leipzig—Wien 1930, bes. Kap. V, IX, XII und XIII. Vgl. Andreas Hohlfeld, Die besiegten Sieger. Marschall Foch und Winston Churchill im Kampf gegen den Bolschewismus 1918/19. Hamburg 1943 (Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland, Bd. 52).

³⁾ Get. Gew., S. 199; Pol. Ref., S. 53 f.

Revision des Vertrages von Versailles war Vorbedingung einer deutsch-französi-
schen Solidarität sowohl gegenüber der „Weltplutokratie“, vor allem der Wall-
street, die mit dem Dawes-Plan die „Ketten“ für die europäischen Gläubigervöl-
ker schmiedete, als auch gegenüber dem „asiatischen Bolschewismus“¹⁾. Dieser
Plan eines unabhängigen, auf die „nationalen“ Kräfte seiner Völker gestützten
Europa als „dritter Kraft“ verneinte die angeblich einzige Alternative deutscher
Außenpolitik: Kreuzzug mit dem Westen gegen den „atheistischen Bolschewis-
mus“ oder Befreiungskampf im Bündnis mit Rußland und den „proletarischen
Völkern“ gegen den „plutokratischen“ Westen²⁾. Im Orden war man sich dabei
der europäischen Verantwortung bewußt. Die farbige Welt war im Begriff, sich
gegen die Herrschaft des weißen Mannes zu erheben, aktiv unterstützt von der
bolschewistischen Weltrevolution³⁾. Die Einigung und Erneuerung Europas lag
deshalb nicht zuletzt im Interesse des weltpolitischen Gleichgewichts. Zwischen
dem ausgreifenden Amerika und dem erwachenden Asien sollte Deutschland und
Europa die „weltpolitische Sendung“ des Ausgleichs zufallen⁴⁾.

Der Völkerbund konnte nach jungdeutscher Überzeugung nicht das Funda-
ment einer so verstandenen europäischen Politik sein. Das Genfer Forum schien
nichts anderes als „das in Permanenz tagende Strafgericht über Deutschland“ zu
sein, eine Bühne, auf der der englisch-französische Gegensatz auf Kosten Deutsch-
lands ausgetragen wurde, eine Sanktionierung des in Versailles geschaffenen Un-
rechts. Doch im Grunde war er ein „Koloß auf tönernen Füßen“, der seine Auf-
gaben schon deshalb nicht erfüllen konnte, weil drei der wichtigsten Weltmächte,
Deutschland, die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, in ihm nicht vertreten
waren⁵⁾. Die östlichen Schiedsverträge von Locarno bargen darüber hinaus die
Gefahr, daß auch an der deutschen Ostgrenze der status quo anerkannt wurde.
Ein Abbruch des deutsch-französischen Gesprächs hätte freilich nur dem
„blutigen Tyrannen von Moskau“ genützt. Daher beteiligte sich der Orden nicht
an den Demonstrationen der Rechten gegen das Vertragswerk. Wie in der Innen-
politik, so verfolgten die Jungdeutschen auch hier eine Linie der stetigen „Fort-
entwicklung“ und schrittweisen Verbesserung⁶⁾. Wie der Völkerbund, so ver-
ewigte nach Mahrauns Überzeugung endlich auch der paneuropäische Gedanke
des Grafen Coudenhove-Kalergi den in Versailles geschaffenen Zustand⁷⁾.

¹⁾ 23/28. 6. 24; 117/16. 10. 24; 141/13. 11. 24; 1/3. 1. 25; 157/8. 7. 25; 159/10. 7. 25; 228/29. 9. 25.

²⁾ 93/18. 9. 24; 236/7. 10. 25; 237/9. 10. 25. Im Sommer 1924 erschien im „Jungdeutschen“
eine Artikelreihe des ehemaligen österreichisch-ungarischen Kriegsministers General von Auffen-
berg-Komarow unter dem Titel „Die Invasion Europas“, die den Weltkrieg als den Beginn des
Eindringens Amerikas und Rußlands in Europa, als die Invasion Europas durch das Geld und die
Ideologien beschrieb (23/28. 6. 24 ff.).

³⁾ 47/17. 1. 24; 141/13. 11. 24; 2/3. 1. 25.

⁴⁾ Ebd.

⁵⁾ 93/18. 9. 24 u. a.

⁶⁾ Meister II/12, S. 569; III/4, S. 168 f.; III/7, S. 290; 93/18. 9. 24; 251/25. 10. 25; 260/5. 11. 25;
265/11. 11. 25; 280/29. 11. 25.

⁷⁾ Meister V/3, S. 122 ff.; 4/6. 1. 26; 10/13. 1. 26.

In dem Maße, in dem die Aussichten schwanden, das vorgeschlagene Wirtschafts- und Militärbündnis zu verwirklichen und die verschiedenen deutsch-französischen Industriekartelle der Jahre 1926 und 1927 mit politischen Zugeständnissen Frankreichs zu verknüpfen, wie es die Vorschläge Mahrauns und Rechbergs vorsahen, richteten sich die jungdeutschen Hoffnungen auf die „volksnationalen“ Kräfte Frankreichs¹⁾. Mahraun bat den Rittmeister a. D. Adolf-Viktor von Koerber, einen ehemaligen Kriegsschulkameraden, der sich 1923 von den Nationalsozialisten enttäuscht abgewandt hatte, in Frankreich selbst diese „volksnationalen“ und einer deutsch-französischen Verständigung aufgeschlossenen Gruppen zu studieren. Koerber, ursprünglich Vertreter einer extrem antifranzösischen Politik, von dem eher ein skeptisches als ein zu optimistisches Urteil zu erwarten war, hielt sich von März bis November 1926 in Frankreich auf und berichtete über seinen „Erkundungsritt“ laufend in der jungdeutschen Presse. Besonders in der Frontgeneration und in der Jugend war nach seinen Beobachtungen der Haß gegenüber Deutschland im Schwinden. Hier in dem „schlicht patriotischen“ Volk allenthalben im Lande zog man eine ehrliche Verständigung von Volk zu Volk den „paneuropäischen Spekulationen“ der „Parlamentarier“ und „Pariser Advokatenklüngel“ vor²⁾. Koerber trat in Verbindung mit den „volksnationalen“ Kreisen der „Neuen Rechten“³⁾ des Barons Robert Fabre-Luce, den „Jeunesses Patriotes“ um den Abgeordneten Taittinger, der Millerand nahestand, sowie mit den Blauhemden von George Valois und Philippe Barrés, die sich das faschistische Italien zum Vorbild nahmen⁴⁾.

In August Abel, einem langjährigen außenpolitischen Redakteur der deutsch-nationalen „Deutschen Zeitung“, gewann Mahraun in dieser Zeit einen neuen sach- und sprachkundigen und unabhängigen Mitarbeiter für die deutsch-französische Verständigung, der sich auch nicht wie Rechberg von eigenen großen politischen Entwürfen fortreißen ließ. Abel baute insbesondere die Verbindung zu den nationalen Kriegsteilnehmerverbänden Frankreichs aus und organisierte die Teilnahme von Vertretern des Ordens an einer Zusammenkunft nationaler Frontkämpfer aus fast allen europäischen Ländern in Luxemburg vom 9. bis 11. September 1928, die den jungdeutschen Vertreter, Generalleutnant a. D. Salzenberg, zum Präsidenten wählte⁵⁾.

Daß der Orden mit seiner deutsch-französischen Verständigung im deutschen „nationalen Lager“ ziemlich allein stand, galt auch in der Frage einer proenglischen oder proitalienischen Orientierung der deutschen Außenpolitik. Nationalbolschewisten und Sozialrevolutionäre verschiedener Herkunft, aus anderen Er-

1) Zum Begriff „volksnational“ siehe unten Kap. IX.

2) Meister II/Dezember 1926, S. 102 ff.; Get. Gew., S. 106 ff.

3) 19/23. 1. 26; 62/14. 3. 26; 147/26. 6. 26.

4) Ebd.

5) Meister IV/2, S. 75 ff.; 183/7. 8. 28; Get. Gew., S. 106.

wägungen auch Kreise in der Reichswehrführung, waren prorussisch. Hitler und die „Münchener Richtung“ der NSDAP, der „Stahlhelm“, große Teile der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei waren englandfreundlich und antirussisch. Hier wurden, besonders von Hitler und Alfred Rosenberg, die antibolschewistischen Kreuzzugsideen von 1919 unter eine neue, dieses Mal deutsche Flagge gesetzt, mit Rückendeckung durch das „germanische England“ und das faschistische Italien. Auf dieser Linie sollte später die offizielle Außenpolitik des Dritten Reiches während der ersten Jahre liegen. Der Orden lehnte diese angelsächsische Orientierung ab: der „volksnationale“, europäische „dritte Weg“ führte weder zur „Wallstreet“ noch zu „Deterding“. Man war mißtrauisch gegenüber einer plutokratischen Steuerung der Downing Street und fürchtete auch stets die englische Politik der „balance of power“ in Europa, die dem europäischen Zusammenschluß widerstreiten mußte¹⁾. Die politische und militärische Kraft Italiens schließlich schätzten die Jungdeutschen trotz Mussolini und Faschismus immer gering ein. Italien war ein Land ohne natürliche Hilfsquellen und in Abhängigkeit von England. Es stand immer wieder in der Antirevisionsfront gegen Deutschland. Vor allem stand die südtirolische und österreichische Frage trennend zwischen dem Reich und Italien²⁾.

Die Verständigung am Rhein sollte den Rücken decken für eine Änderung der deutschen Ostgrenze. Auf Elsaß-Lothringen waren die Jungdeutschen bereit, zu verzichten; die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an der Saar konnten berücksichtigt werden. Doch die Abtrennung Danzigs und des Korridors wurde auf keinen Fall anerkannt. Das Mindestprogramm im Osten war die Grenze von 1914³⁾. Die Jungdeutschen wurden nicht müde, auf die „Unhaltbarkeit“ des Korridors vom politischen, wirtschaftlichen, ethnischen und moralischen Standpunkt aus hinzuweisen⁴⁾. Gegenüber dem polnischen Staat waren sie nicht frei von Ressentiments, sie nahmen diesen Staat politisch und kulturell nicht für gleichwertig. Gefühle der Überlegenheit des Reiches als Großmacht gegenüber dem Versailler Emporkömmling verbanden sich mit der Abneigung gegen das katholische, Frankreich hörige Polen. Polnische Übergriffe an der Grenze und gegenüber Danzig wurden deshalb stets mit drohender Aufmerksamkeit registriert. Im Osten, den die Deutschen Ritter der abendländischen Kultur und Gesittung erobert hatten, sollte das Land der deutschen Zukunft zu liegen⁵⁾.

Auch das Schicksal der deutschen Volksgruppen jenseits der alten Reichsgrenzen wurde — ein altes bündisches Erbe — mit Anteilnahme verfolgt. Bei den Erörterungen über eine politische Neugestaltung des ostmitteleuro-

1) 15/19. 1. 26; 17/21. 1. 26.

2) Get. Gew., S. 89 f.

3) Meister III/4, S. 172; 234/6. 10. 25; 239/11. 10. 25; 251/25. 10. 25.

4) 239/11. 10. 25; Staatsbürger Nr. 7.

5) 215/13. 9. 28; 218/16. 9. 28; Staatsbürger Nr. 7.

päischen Raumes ging man nicht selten über jene Mindestforderung der ehemaligen Reichsgrenzen hinaus und strebte übernationale Lösungen an. Auch hier galt es, einen „dritten Weg“ zu finden jenseits des Nationalitätenkampfes, jenseits der Alternative Annexion oder Selbstbestimmungsrecht und jenseits des Konfliktes zwischen deutschem Volkstum und fremder Staatlichkeit. Weder die Auflösung dieser Staaten noch die Vernichtung des dortigen Deutschtums konnte im deutschen und europäischen Interesse liegen. An die Stelle einer überspitzten Souveränität dieser Staaten, die oft doch nur Schachfiguren raumfremder Großmächte waren, und an die Stelle der Lösungsformel des Selbstbestimmungsrechtes war die „Kulturautonomie“ der Volkstümer im Rahmen ihrer Staaten, aber unter der „schiedsrichterlichen Aufsicht“ Deutschlands als des „natürlichen Führers“ dieses Raumes zu setzen. Diese Erörterungen über den Minderheitenschutz auf kulturellem Gebiet wurden später noch erweitert, indem im Rahmen des Abrüstungsproblems auch die Frage behandelt wurde, inwieweit im Kriegsfall die Minderheiten vor dem Militärdienst geschützt werden konnten, in dessen Erfüllung sie unter Umständen gegen ihre eigenen Volksgenossen jenseits der Grenzen kämpfen mußten. Auch hier suchte man in teilweise weitsichtigen Überlegungen nationale und europäische Gesichtspunkte in eine lebensfähige Verbindung zu bringen¹⁾.

Die außenpolitischen Vorstellungen der Jungdeutschen kreisten um das Volk, nicht um den Staat. Sie waren deshalb von Anfang an großdeutsch gerichtet und behielten die Grenzländer wie Südtirol, Nordschleswig, Memelland stets im Auge. Nie wieder wurde darum auch ein Außenminister der Weimarer Republik vom Orden so vorbehaltlos unterstützt wie Curtius bei seinem Versuch im Jahre 1931, eine deutsch-österreichische Zollunion zu schaffen. Dieser Anlauf konnte den Weg zu einem „mitteleuropäischen Block“ freimachen, der zu einem organischen wirtschaftlichen Bündnis mit dem südosteuropäischen Raum erweitert werden konnte²⁾. Solche „mitteleuropäischen“ Lösungen, aber auch Vorstellungen von einem „nordisch-germanischen Block“ vom Nordkap bis Südtirol, wobei die völkischen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und Skandinavien betont wurden, scheinen zeitweilig das ursprüngliche deutsch-französische Europabild in den Hintergrund gedrängt zu haben³⁾.

Während die Jungdeutschen Brünnings Revisionspolitik wohlwollend gegenüberstanden, wurden sie mißtrauisch, als Papen im Sommer 1932 sich wieder mit einer deutsch-französischen Wirtschaftsverflechtung und anschließendem Militärbündnis befaßte. So notwendig ihnen der deutsch-französische Ausgleich nach wie vor schien, nicht zuletzt im Hinblick auf den in dieser Zeit neu entflammenden Nationalismus beider Seiten, so waren doch die Erfahrungen mit den

¹⁾ Meister II/2, S. 78 ff.

²⁾ 36/13. 2. 31; 57/8. 3. 31.

³⁾ Nachbarschaft 4/Okttober 1933, S. 106 ff.

Industriepakten nicht gerade ermutigend gewesen. Die wirtschaftlichen Absprachen hatten nicht die erwünschten Folgen für die politische Verständigung gebracht¹⁾.

Die jungdeutschen und andere Ansätze zu einer deutsch-französischen Verständigung sind nach 1933 von der nationalsozialistischen Spielart des anti-kommunistischen Kreuzzugsgedankens und ihrem antieuropäischen deutsch-germanischen Imperialismus überholt und durchkreuzt worden. Doch Artur Mahraun und die Jungdeutschen gehörten zu den ersten in Deutschland, die auf die schicksalhafte Notwendigkeit eines geeinten und geistig wie politisch erneuerten Europa hingewiesen haben.

¹⁾ 36/13. 2. 31; 100/30. 4. 31; 226/27. 9. 32.

V. Kapitel

Die Entwicklung des Ordens: Von der „nationalen“ zur „volksnationalen“ Bewegung

In diesen Jahren außenpolitischer Aktivität und Neuorientierung hielt das Wachstum des Ordens an. Genaue Zahlen sind nicht mehr zu ermitteln. Die Ordensleitung in Kassel führte noch keine zentrale Mitgliederkartei, und wo bei örtlichen Einheiten oder Balleien Karteien vorhanden gewesen sein mögen, sind sie nicht mehr erhalten. Auch war die Fluktuation bei den nationalen Verbänden immer sehr stark: Wer heute bei Kapitän Ehrhardt, bei „Oberland“ oder „Reichsflagge“ war, war morgen in der Hitler-Partei, als sie sich zum Kern der nationalen Erhebung zu entwickeln schien, um dann etwa über den Jungdeutschen Orden zum „Stahlhelm“ weiterzuwandern. Hier fanden seit der Mitte der zwanziger Jahre viele der ehemaligen Freikorps-Kämpfer und Putschisten ihre „politische Heimat“, als ihnen der Anschluß an das bürgerliche Leben gelang und die allgemeine wirtschaftlich-politische Lage seit der Währungsstabilisierung sich festigte und beruhigte. Sicherlich nahm auch der Orden seit 1924 viele solcher „bürgerlich“ und „legal“ werdenden Nationalisten bei sich auf. Die noch vielfach möglichen Doppelmitgliedschaften in den nationalen Verbänden erschweren gleichfalls einen klaren Einblick¹⁾. Im Konkurrenzkampf der Verbände untereinander war man zudem an einer Veröffentlichung genauer Zahlen nicht interessiert: man sah es gern, wenn in der Öffentlichkeit sechsstellige Zahlen genannt wurden²⁾.

¹⁾ Vgl. oben S. 31.

²⁾ Mahraun schrieb 1949, der Orden habe nie mehr als 37000 Mitglieder gezählt (Pol. Ref., S. 20). Diese Zahl ist nach Auskunft führender ehemaliger Ordensangehöriger wie Kurt Pastenaci zu niedrig angesetzt und kann sich vielleicht auf einen verhältnismäßig späten Zeitpunkt, kurz vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus, beziehen, als der Orden in einem unaufhalt-samen zahlenmäßigen Rückgang begriffen war. Demgegenüber liegen für den Zeitraum dieses Kapitels andere Angaben vor. Der deutschnationale Abgeordnete des preußischen Landtags, von Lindeiner-Wildau sprach am 30. November 1922 bei der Begründung des Antrags seiner Fraktion auf Aufhebung des Verbots des Ordens von rund 500 000 Mitgliedern. Schlund behauptet, daß allein etwa 100 000 Katholiken Ordensmitglieder seien (Der Jungdeutsche Orden, S. 21). Im nationalsozialistischen „Völkischen Beobachter“ wird am 25. März 1926 von 130 000 Jungdeutschen gesprochen (Zitiert in: Meister I/11, S. 12 ff.). Soviel dürfte sicher sein, daß der Orden in den zwanziger Jahren als einer der größten nationalen Verbände galt, erheblich größer als etwa „Wehrwolf“ oder „Oberland“ und zahlenmäßig nicht allzu weit hinter dem „Stahlhelm“ zurückstehend. Vgl. S. 59, Anm. 2. Im Sommer 1926 ist der Orden in folgende „Großballeien“ gegliedert: Nordwest, Westdeutschland, Norddeutschland, Braunschweig-Hannover, Hessen-Nassau-Waldeck, Thüringen, Mitteldeutschland, Brandenburg-Pommern, Sachsen, Schlesien, Ostpreußen und Baden-Schwaben. In über 30 Balleien untergliedert gibt es nun jungdeutsche Bruderschaften von Rügen bis nach Graz und von Gleiwitz bis nach Schopfheim in Baden. (Dies ist aus den im „Jungdeutschen“ aufgeführten Veranstaltungskalendern der örtlichen Einheiten zu entnehmen; s. etwa bes. 128/3. 6. 26; 132/9. 6. 26; 135/12. 6. 26 u. a.)

Das geographische Zentrum des Ordens bildete weiterhin das mittlere Deutschland mit Nordhessen, dem südlichen Niedersachsen, Thüringen und Westfalen. Die stärkste Ausdehnungsrichtung ging jetzt zeitweilig nach Schlesien. Sachsen und Schlesien wurden später zu selbständigen „Großballeien“ ausgebaut. Geringer waren die Erfolge im nördlichen Niedersachsen, in Nordwestdeutschland, den Hansestädten und Mecklenburg. Hier war das Feld des „Stahlhelm“. Auffallend ist auch die verhältnismäßig geringe Stärke des Ordens in Süddeutschland, das erst später in vier Balleien gegliedert wurde. In größeren Städten wie Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg, Reutlingen bestanden zwar jungdeutsche Gefolgschaften, wie auch an fast allen deutschen Universitäten jungdeutsche Studentengemeinschaften oft sehr rührig waren. Doch hat sich der Orden weder im demokratischen Südwesten noch in Bayern richtig durchsetzen können¹⁾. In großen Zügen blieb es bei jener Abgrenzung, die Mahraun einmal folgendermaßen zeichnete: Norddeutschland vom Nordwesten bis zum Nordosten und besonders die großen Städte waren der Bereich des „Stahlhelm“; Mitteldeutschland mit seinem kleinstädtischen Bürger-, Beamten- und Handwerkertum von Westfalen über Hessen und Thüringen bis hinein nach Sachsen war der Bezirk des Ordens; Süddeutschland blieb im wesentlichen dem „Hitlerfaschismus“ überlassen. Wenn von dem thüringisch-hessischen Zentrum aus der Orden zeitweilig in den altpreußischen Provinzen und den östlichen Grenzgebieten, in Schlesien, Pommern und Ostpreußen, Erfolge errang, so wurde diese Bewegung rückläufig, als der Nationalsozialismus nach Nord- und Ostdeutschland vorstieß, um hier von 1930 ab seine stärksten Bastionen zu gewinnen¹⁾.

Die zahlenmäßige Stärke der einzelnen Bruderschaften und Gefolgschaften ist höchst unterschiedlich anzusetzen. Es war viel von örtlichen und persönlichen Zufälligkeiten abhängig, wenn eine neue jungdeutsche Zelle entstand: Da wurde ein Beamter versetzt oder waren Studenten im Umkreis einer Universitätsstadt tätig; oder es wurden Land- und Gutsarbeiter Ordensbrüder, weil der Gutsherr Gefolgsmeister oder Komtur war. Ortsgruppen und Gefolgschaften von kaum zehn oder zwanzig Brüdern standen neben Bruderschaften, die mehrere hundert aktive Mitglieder zählten²⁾.

Gleichzeitig mit dem organisatorischen Aufbau und der inneren Festigung des Ordens erfolgte die ideologische, geistig-politische Straffung und Profilierung. Was in der Rückschau jedoch als eine gerade Entwicklung, ein bewußter Weg von „Rechts“ in die „Mitte“ erscheinen mag, muß sowohl in seinen bewegenden wie in seinen beharrenden Kräften, in ihrem Wechselspiel und ihrem jeweiligen eigenen Gewicht, in den Widerständen im Orden selbst und in den äußeren Einflüssen aufgesucht und unterschieden werden.

¹⁾ Vgl. die Wahlkarten und -statistiken bei Forsthoff, Deutsche Geschichte seit 1918, S. 103 und S. 229.

²⁾ Briefliche Auskunft von Kurt Rolle.

Schon aus der Putsch-Stimmung des Jahres 1923 ließ sich der Orden nicht so einfach herauslösen, wie es sich der Hochmeister selbst vielleicht wünschen mochte, weil ihn die Hysterie und die „unsoldatische Nervosität“ des unreifen Verschwörertums dieser Zeit abstießen. Die Ballei Franken, in die Münchener Niederlage verwickelt, war entsprechend der Loyalitätserklärung Mahrauns gegenüber Stresemann aufgelöst worden, wenn auch Mahraun bestrebt blieb, den jungdeutschen Bestand in Bayern zu erhalten, ja wenn möglich, nach dem Zusammenbruch der Münchener Bewegung und bei der Rückendeckung durch die Reichsregierung, noch zu vermehren¹⁾. Das Urteil über den Hitler-Putsch war aber im Orden noch auf lange Zeit hinaus zwiespältig. Der „Fanatismus“ und „Antigeist“ der Nationalsozialisten wurden damals nicht von allen Jungdeutschen abgelehnt. Auch im Orden wurde verschiedentlich das Wort vom „Verrat“ der Kahr, Lossow und Seisser aufgenommen und Hitlers Aktion, trotz ihres Scheiterns, als mutige und verantwortungsvolle Tat gewürdigt²⁾.

Nach dem Fehlschlag des Münchener Putsches beschäftigten sich besonders katholische Kreise der Politik und des Klerus mit den Zielen und der weltanschaulichen Stellung des Ordens. Schon anlässlich seines Verbotes nach dem Rathenau-Mord hatte sich die Zentrumsfraktion im preußischen Landtag geschlossen gegen den deutschnationalen Aufhebungsantrag gewandt und auf den völkischen Einschlag bei den Jungdeutschen und ihre Verbindung mit den Münchener Gruppen hingewiesen³⁾. Die Vorwürfe einer völkisch-heidnischen und antikatholischen Einstellung wurden jetzt auch von geistlicher Seite wiederholt. Pater Muckermann wandte sich gegen den „Interkonfessionalismus“ des Ordens, der insbesondere die katholische Jugendarbeit bedrohe. Es handle sich hier nicht bloß um einen Sportverein; der Orden habe seine „eigene Symbolik“ und „eine eigene geistige Atmosphäre“, die mit dem Katholizismus nichts gemein hätte⁴⁾. Neben Muckermann griff auch ein Religionswissenschaftler des Franziskaner-Ordens, Pater Dr. Erhard Schlund, in die Debatte ein. In einer besonderen Schrift bekämpfte er den angeblich neuheidnischen, antikatholischen und anti-republikanischen Orden. Er stellte Unterschiede zwischen Programm und Praxis, gerade auch in weltanschaulicher Hinsicht, fest, unterstrich die Erfahrung, daß junge Menschen, die dem Orden beitraten, dem Katholizismus entfremdet wurden und wies auf die wenn nicht subjektiv, so objektiv heidnischen Verlautbarungen und Schriftwerke der Jungdeutschen hin⁵⁾.

Der Orden distanzierte sich hierauf ausdrücklich von den Radikalvölkischen um Hitler, Wulle und Graefe und betonte die „positiv völkische Haltung“ des Jungdeutschtums, sein Eintreten für den „Schutz von Rasse und Volkskultur“

¹⁾ Siehe oben S. 38 ff.

²⁾ 32/9. 7. 24.

³⁾ 9/5. 4. 24; Rüstzeug Nr. 4, S. 5.

⁴⁾ Schlund, Der Jungdeutsche Orden, S. 52 ff.

⁵⁾ Ebd., S. 34 ff.; 5/9. 3. 24; 45/24. 7. 24; 53/2. 8. 24.

gegenüber der „Zersetzung“ durch die „jüdisch-materialistische Weltanschauung“. Einen schroffen Antisemitismus der Rasse verkündete man also damit nicht. Man scheute sich nicht, eine „jüdisch-materialistische“ Haltung auch bei Deutschen, Christen und Völkischen ins Licht zu rücken und man war schließlich nicht bereit, Ludendorff zu folgen, wenn er den „Kampf der Konfessionen“ im deutschen Volk entfesseln wollte¹⁾.

Diese jungdeutsche Selbstverteidigung konnte aber die kirchlichen Stellen nicht überzeugen. Am 28. Februar 1924 verbot die Bischöfliche Behörde von Paderborn den katholischen Geistlichen die weitere Mitarbeit im Orden. Der Spruch traf den Orden empfindlich, denn eine Reihe von Priestern und jungen Kaplänen war, besonders im katholischen Münsterland und in Westfalen, zum Teil führend im Orden tätig. Diese Paderborner Entscheidung wurde zwei Monate später durch einen Erlaß des Fürstbischöflichen Ordinariats Breslau bestätigt. Er war die Antwort auf Ansuchen, die von seiten des Ordens und anderer nationaler Verbände an kirchliche Stellen gerichtet worden waren und eine Art von Unbedenklichkeitserklärung für den Eintritt von Katholiken in solche Verbände gefordert hatten. Der Fürstbischof ließ mitteilen, daß auf Grund von Gutachten solche Erklärungen nicht abgegeben werden könnten und daß besonders von der Geistlichkeit „vorsichtige Zurückhaltung“ erwartet werde, „zumal die weitere Verwirklichung der Sätze des Programms noch abzuwarten ist“. Der Erlaß schloß mit der Ablehnung eines einseitigen Nationalismus als Gefahr für den Völkerfrieden²⁾.

Die Kirche hatte damit wie gewohnt abgewogen, aber entschieden gesprochen. Die Ordensleitung nahm die katholischen Vorwürfe nicht leicht. Da die „völkische“ Welle ohnehin im Abklingen war, einigte man sich jetzt auf Formulierungen, die die Stellung des Ordens zu den Konfessionen in Zukunft bestimmen sollten: Die Pflege des Christentums wurde den Kirchen überlassen. Die Ordensbrüder sollten ihre religiösen Pflichten treu erfüllen. Der Leitspruch sollte sein: „Gebt dem Volke, was des Volkes und Gott, was Gottes ist.“

Bald nach diesen Auseinandersetzungen kam es als Folge der „Franzosenpolitik“ Mahrauns zu einer inneren Krise des Ordens. Alte, zum Teil führende Mitglieder, besonders aus den Stammgebieten in und um Kassel, traten aus Protest gegen diese Politik aus und schlossen sich zu einem eigenen „Jungdeutschen Treubund“ zusammen. Im Januar 1926 wurde gegen Mahraun in diesem Zusammenhang ein Hochverratsverfahren beim Oberreichsanwalt angestrengt, um das sich rasch ein Kranz von Vermutungen und Gerüchten spann, auch als das Verfahren sehr bald wegen Mangels an Beweisen eingestellt wurde. Mahraun sollte mit den Westmächten verhandelt und einem französischen „Agenten“ eine Reise im Kraftwagen durch Deutschland ermöglicht haben.

¹⁾ Rüstzeug Nr. 4, S. 9; 20/22. 12. 23.

²⁾ Schlund, S. 56; 5/9. 3. 24; 53/2. 8. 24.

Vorwürfe tauchten auf, der Führer des Ordens strebe mit französischer Hilfe nach einer Diktatur, und die Gegner sprachen höhnisch von „Bonaparte Mahraun“¹⁾.

Solche Angriffe gegen den Orden und seinen Führer wurden vor allem in der von Hugenberg gelenkten Scherl-Presse lanciert. Die Jungdeutschen vermuteten zeitweilig in dem Oberst a. D. Nicolai, einem alten Gegner Arnold Rechbergs aus der Kriegszeit, den Regisseur. Diesen Kreisen war die Frankreich-Politik des Ordens und die Verbindung mit Rechberg ein Dorn im Auge, ging es doch um die grundsätzliche Frage der außenpolitischen Orientierung des „nationalen Lagers“, die die „Extratur“ des Ordens zu verwirren drohte. Nicht zuletzt beabsichtigten diese Angriffe wohl auch, Mahraun aus der Führung zu verdrängen²⁾. Tatsächlich spalteten sich binnen Jahresfrist weitere deutschnational oder völkisch eingestellte Gruppen ab, so in Sachsen und in Elberfeld-Barmen. Dem Darmstädter „Deutsch-Orden“ von 1922 und dem Kasseler „Jungdeutschen Treubund“ folgte der ebenso kurzlebige Versuch eines „Jungdeutschen Bundes“ unter der Führung des sächsischen Großkomturs von Tschammer und Osten, des späteren „Reichssportführers“ des Dritten Reiches³⁾.

Diese inneren Vorgänge stellten für den Orden nicht zuletzt das Führerprinzip zur Debatte, d. h. die Frage, inwieweit die Entscheidungen der Führung von „unten“ beeinflußt werden konnten. Nach jungdeutscher Auffassung widersprach die Kritik der Gefolgschaft nicht dem Führerprinzip. Man war vielmehr bemüht, eine diesem Prinzip entsprechende Art von „jungdeutscher Kritik“ zu entwickeln. Eine Gemeinschaft ohne Kritik mußte verkümmern, da in ihr der Wille des Einzelnen zur Mitarbeit schwand. Aber es war notwendig, die Kritik zu „organisieren“. Sie sollte an den gerichtet werden, dem sie galt; sie war „Auge in Auge“ vorzutragen. Es gehörte ferner zum Wesen jungdeutschen Kurführertums, daß es Kritik wohl beachten sollte, aber nicht unbedingt an sie gebunden war. Das gerade unterschied den „Führer“ vom „Abgeordneten“ oder Beauftragten, dessen Entschlüsse der Billigung oder Mißbilligung der Geführten unterliegen. Im Orden sollte es darum keine Mehrheitsbeschlüsse, Vertrauens- und Mißtrauensvoten geben, sondern nur die „Beratung“ oder den Vertrauensentzug durch Zweidrittelmehrheit. Das Vertrauen und sein Entzug galten immer der Führerpersönlichkeit als solcher, nicht einzelnen ihrer Handlungen und Entschlüsse. Die Werbung von Ordensbrüdern für eine bestimmte Auffassung, um ein Mehrheitsvotum zu erzielen, wurde als nicht „jungdeutsch“ bezeichnet. Es

¹⁾ 28/3. 2. 26; 41/18. 2. 26; 45/23. 2. 26.

²⁾ 15/19. 1. 26; 17/21. 1. 26; 20/24. 1. 26; 41/18. 2. 26.

³⁾ 22. 9. 26 ff.; 29. 9. 26. Das sächsische „Schisma“ veranlaßte der von von Tschammer und Osten befürwortete Beitritt des Ordens zu einem „schwarzweißbroten“ Block für die Wahlen zum Landtag. DNVP und DVP sollten als Gegengabe für die Unterstützung im Wahlkampf durch die Wehrverbände und Bünde deren Kandidaten an aussichtsreiche Stellen setzen. Mahraun wandte sich gegen die jungdeutsche Teilnahme an einen solchen nationalen Block als Paktieren mit dem System des „Parteiismus“.

lag im Ermessen des Führers, Kritik weiterzugeben oder nicht und ihr damit unter Umständen den Weg bis zur obersten Spitze freizugeben¹⁾).

Dieses System der „jungdeutschen Kritik“ war theoretisch und ethisch freilich allzu ausgeklügelt, um in der Praxis nicht immer wieder Mißdeutungen und Mißbrauch ausgesetzt zu sein. Zumindest verbürgte es die praktische Unabsetzbarkeit des Hochmeisters. Anwendbar war es überhaupt nur in einer so weitgehend homogenen bündischen Gemeinschaft, wie es der Orden war. Seine Übertragung auf den Aufbau von Gesellschaft und Staat mußte erhebliche Gefahren heraufbeschwören.

Von Anfang an war es Mahrauns Ziel gewesen, im Orden eine ähnliche straffe Organisation zu schaffen, wie sie beispielsweise die Arbeiterschaft schon lange in Gewerkschaften und sozialdemokratischer Partei gefunden hatte. Voraussetzung dazu war vor allem die wirtschaftliche Sicherstellung durch eine geordnete Finanzverwaltung, die um so notwendiger war, als der Orden jetzt nicht mehr auf nennenswerte Unterstützung rechtsgerichteter Wirtschaftskreise rechnen konnte. Diese Aufgabe wurde von Reichsbankrat a. D. Mieschieski, den Mahraun 1924 als „Ordensschatzmeister“ berief, erfolgreich in Angriff genommen. Nicht nur in der Ordensleitung, die zu Beginn des Jahres 1925 von Kassel nach Berlin übersiedelte, waren jetzt hauptamtliche Mitarbeiter und Referenten beschäftigt. Auch in den Geschäftsstellen der Großballeien und Balleien, ja sogar größerer örtlicher Einheiten, gab es nun besoldete Geschäftsführer und „beamtete Brüder“²⁾.

Für die jetzt mit Nachdruck einsetzende Erziehungsarbeit standen der Führung des Ordens seit dem 1. Juni 1924 die Tageszeitung „Der Jungdeutsche“ und seit dem November 1925 die „Monatsschrift für Führer und denkende Brüder“ „Der Meister“ zur Verfügung. Seit der Stabilisierung der Währung ließen sich nun auch reichlichere Mittel auswerfen. Selbst Balleien und Großballeien hielten sich eigene Nachrichtenblätter.

Als „Bund gut deutsch gesinnter Frontsoldaten und der in ihrem Geist heranwachsenden Jugend“ war der Orden gegründet worden. Jetzt galt es immer mehr, die nachfolgenden Altersklassen mit dem Geist des Fronterlebnisses zu erfüllen und in der Jugend Nachwuchs zu finden. 1925 entstanden die ersten Jungtrupps, zunächst vorwiegend noch aus den Söhnen der Ordensbrüder selbst. Diese Jungtrupps wurden im Laufe der folgenden Jahre zu einer organisatorisch selbständigen Ordensjugend erweitert³⁾.

Immer aufmerksamer befaßte sich der Orden seit dem Beginn der Auseinandersetzung mit der nationalen Rechten auch mit der Studentenschaft. Schon in der Gründungs- und Frühzeit hatten Studenten, in der Mehrzahl junge Frontkämpfer und Offiziere, die nach Kriegsende ihr Studium aufnahmen oder

¹⁾ Meister II/2.

²⁾ Lohmüller.

³⁾ Jungdeutsche Frauenzeitung 7/1930, S. 97 f.; 11/1931, S. 64 f.

fortsetzten, eine wesentliche Rolle gespielt. Viele von ihnen waren unterdessen in einen Beruf eingetreten und als Meister im Orden tätig, oder sie hatten dem Orden infolge der Mißhelligkeiten mit dem nationalen Lager den Rücken gekehrt. Mit der Gründung der ersten jungdeutschen Studentengemeinschaft an der Technischen Hochschule Dresden im Jahre 1925 begann jetzt die neue Studentenarbeit des Ordens. Es zeigte sich, daß der jungdeutsche Gedanke an den Hochschulen und in der Studentenschaft keinen leichten Stand hatte, um so mehr, je deutlicher sich die „volksnationale“ Linie der Jungdeutschen herauschälte. Die jungdeutschen Studenten dachten an 1813 und 1848, an Langemarck und die oberschlesischen Studentenkompanien. An den Hochschulen stießen sie jedoch auf die Macht der großbürgerlich-nationalen Korporationen in der studentischen Selbstverwaltung, auf Bierkomment, Parteipolitik und Standesdünkel¹⁾.

Auch die jungdeutsche „Frauenarbeit“ wurde in dieser Zeit auf eine breitere Grundlage gestellt. Nach den ersten Zusammenkünften jungdeutscher Frauen in der ersten Verbotszeit des Ordens im Herbst und Winter 1920 und nach der ersten Schwesternschaft Charlotte Mahrauns in Kassel entstanden, langsam und zögernd, vielfach auch gegen den Widerstand und das Unverständnis der Männer, jetzt auch an anderen Orten im Anschluß an die Bruderschaften und Gefolgschaften des Ordens, doch organisatorisch selbständig, jungdeutsche „Schwesternschaften“²⁾.

Angesichts des anhaltenden Wachstums des Ordens schien es notwendig, schon durch die äußere Gestaltung des Ordenslebens, durch zeremonielle Aufnahme-feiern und würdige Durchführung der Bruderabende gemeinschaftsstiftend zu wirken. Die Stammtischatmosphäre der ersten Jahre sollte überwunden werden. Ordenslied, Novizenverpflichtung und Neuaufnahme, Vortrag, Gedichtrezitation und musikalische Darbietungen wurden zu ständigen Bestandteilen eines jungdeutschen „Bruderabends“³⁾.

Das jungdeutsche Schrifttum, neben der Tageszeitung und der Führerzeitung auch die jetzt erscheinenden „Rüstzeuge“ und vom Hochmeister heraus-

¹⁾ 1/1. 1. 30; 63/15. 3. 30; 255/30. 10. 28; 161/13. 7. 29; Rüstzeug Nr. 9. Im Orden und unter den jungdeutschen Studenten war die Haltung gegenüber dem Korporationswesen nicht einheitlich. Die einen begrüßten die Verbindungen als Stätten der Erziehung zu „Korpsgeist“ und Gemeinschaftssinn, damit als Ergänzung der Erziehungsarbeit des Ordens; die anderen lehnten die Korporationen streng ab, weil sie die studentischen Ordensbrüder dem Orden selbst entfremdeten und in ihnen Standesdünkel und Kastengeist züchteten.

²⁾ Jungdeutsche Frauenzeitung 8/1932, S. 115 ff., und die Broschüren Jungdeutsches Frauentum (von Mahraun) und Was muß jede jungdeutsche Schwester wissen? Ferner Frauenzeitung 1/1925, S. 6. Dem Meister entsprach die Meisterin, der Ballei die „Gemarkung“ mit der Gemarkungsmeisterin, der Großballei die Großmarkung mit der Landesmeisterin. Im September 1923 übernahm Hanna Klostermüller aus Herford von Charlotte Mahraun die Leitung der jungdeutschen Frauenarbeit als „Hochmeisterin“. Sie konnte in den folgenden Jahren diese Arbeit wesentlich ausbauen.

³⁾ 87/15. 4. 26; 90/18. 4. 26.

gegebenen „Führungsbrieft“ sowie viele kleinere Broschüren lieferten das Material für eine intensive Erziehungsarbeit. Hier wurde die historische Begründung des jungdeutschen Gedankenguts, die Stellung des Ordens zur Jugendbewegung, zum Bauerntum, zum Akademiker, zur Volkshochschulbewegung und zur Wirtschaft behandelt. Richtlinien für die Vorträge in den Bruderabenden wurden erarbeitet und „Vortragbücher“ zusammengestellt. Über Sprache, Presse, Theater, Film, Volkskunde wurde referiert. Eine jungdeutsche Bäckerei und ein eigener Buchverein wurden ins Leben gerufen. Gesangsgruppen, Spielscharen und sozialfürsorgerische Arbeitsgemeinschaften fanden sich zusammen. Dieser rege und manchmal fast übersetzt anmutende bündische Schulungs- und Erziehungsbetrieb berührte sich teilweise mit der Volksbildungsarbeit dieser Jahre. Den „gestaltenden“ Volkshochschulbewegungen, etwa der Stapelschen Fichte-Hochschule in Hamburg oder den Bestrebungen Bruno Tanzmanns stand der Orden mit Sympathie gegenüber, wie er überhaupt den Optimismus der „volksbürgerlichen Erziehung“ teilte¹⁾.

Auch im äußeren Rahmen sollte die jungdeutsche „Lebensgemeinschaft“ sich breiter entfalten: Ferienheime wurden von örtlichen Einheiten gegründet und von den Schwesternschaften betreut, Gärten wurden gekauft oder gepachtet, in denen man gemeinsam arbeitete. Die Geusenküchen und mit ihnen eine umfangreiche soziale Hilfstätigkeit und die „Schicksalsgemeinschaften“ für Erwerbslose gaben Gelegenheit zu praktischer „Tatgemeinschaft“²⁾. Höhepunkte „jungdeutscher Kultur“ waren die „vaterländischen Abende“, die aus besonderen Anlässen, wie Bismarck-Feiern oder Gedenkstunden für die Königin Luise, veranstaltet wurden. Dann sprach etwa die vielgerufene jungdeutsche Dichterin Maria Kahle und las aus ihren Werken und Gedichten³⁾. Solche Feiertage und Gedenkstunden klangen nicht selten vor den prasselnden Flammen eines Holzstoßes und mit dem gemeinsam gesungenen „Niederländischen Dankgebet“ aus⁴⁾.

Das eigentliche bündische Leben mit Zeltlager, Lagerfeuer und Grenzlandfahrten wurde besonders von der Ordensjugend gepflegt, während Wanderdienst, Wehrsport, Kleinkaliberschießen vor allem im Sommer einen Hauptteil der Arbeit auch in den Bruderschaften der Erwachsenen bildete. Das sonntägliche Wandern, das oft mit einem Aufmarsch, einer Kundgebung, einem „zackigen“ Vorbeimarsch am Meister oder mit einem Zapfenstreich abschloß, vereinigte die Jugend und die Älteren, ebenso wie die Katastropheneinsätze und sozialen Hilfsaktionen⁵⁾.

¹⁾ 3. 10. 26; 1. Meisterschule (Broschüre), S. 6 ff.

²⁾ 23. 9. 26; Frauenzeitung 6/1929, S. 81 ff.; 1. Meisterschule, S. 39 ff.

³⁾ 90/18. 4. 26.

⁴⁾ Frauenzeitung 11/1931, S. 164.

⁵⁾ Siehe bes. in: Zehn Jahre Jungdeutscher Orden.

Die graue Windjacke mit Ski- oder Militärmütze und Armeekoppel bestimmte den „Rhythmus“ jungdeutscher Bruderschaft. Er sollte alle ohne Rücksicht auf Stand und Beruf, Alter und Namen verbinden. Es gab keine Rangabzeichen, wie im „Stahlhelm“ in Form der verschieden breiten Schulterstreifen. Der Meister und der ehemalige Offizier mochte sich allenfalls durch einen Spazierstock, den „Grabenstock“, von den anderen Brüdern unterscheiden. Im Unterschied zu manchen anderen nationalen Verbänden waren die äußere Schlichtheit und der geringere Aufwand ein Kennzeichen der Jungdeutschen, die hierin mehr dem „Reichsbanner“ als dem „Stahlhelm“ glichen. Das einfache Banner mit dem achtzackigen Kreuz auf weißem Feld stach von den Reichskriegs- und Reichsmarineflaggen des „Stahlhelm“ vorteilhaft ab. Schon bedingt durch die soziale Stellung der meisten Ordensbrüder — Beamte, kleine Kaufleute, Angestellte, Handwerker, mittlere Bauern — gab es hier auch keine Reitereinheiten oder Kraftfahrstaffeln. Nur auf Musikkapellen glaubten viele Gefolgschaften nicht verzichten zu sollen¹⁾.

„Jungdeutsche Tage“, die im Sommer 1925 in dem von französischer Besatzung geräumten Dortmund, im August 1926 in Köln abgehalten wurden, sollten mit ihren etwa 20 000 Teilnehmern und 2 000 Bannern die Stärke des umstrittenen und bekämpften Verbandes kundtun²⁾.

¹⁾ Frauenzeitung 7/1928, S. 100 ff.

²⁾ 7. 9. 26; 11. 9. 26; 16. 9. 26; 17. 9. 26; 24. 9. 26; 10. 10. 26; 17. 10. 26. Pastenaci gibt für diese Zeit den zahlenmäßigen Höhepunkt in der Entwicklung des Ordens mit etwa 60 000 Ordensmitgliedern und etwa 15 000 Frauen an. Der Eingang an Beiträgen betrug nach seiner Auskunft etwa 35 000 Mark monatlich. Vgl. oben S. 51, Anm. 2.

VI. Kapitel

Die neue Auseinandersetzung mit dem nationalen Lager

Es gehört zum Bild der Bünde und Wehrverbände in der Zeit der Weimarer Republik, daß ihre Beziehungen untereinander von Streitigkeiten, Eifersüchteleien und Führerrivalitäten bestimmt wurden. Je heftiger diese Auseinandersetzungen waren, um so lauter erscholl zumeist der Ruf nach „Einigkeit im nationalen Lager“. Auch vom Orden wurde dieser Ruf immer wieder aufgenommen.

Nach dem Zusammenbruch der Hitler-Bewegung des Jahres 1923 wurde zu Beginn des Jahres 1925 erneut eine Zusammenfassung der „wahrhaft nationalen Kräfte“ versucht. Am 30. Januar 1925 vereinbarten der Führer des „Stahlhelm“, Franz Seldte, der Hochmeister des Ordens, Artur Mahraun, der Vorsitzende des „Nationalverbandes deutscher Berufsverbände“ und Führer der „vaterländischen“ Arbeiterbewegung, Fritz Geissler, und Willi Dietrich, ein Vertreter christlich-nationaler Arbeitergruppen, die Errichtung einer „Zentralstelle“ in Berlin und einigten sich auf eine Art gemeinsamen Aktionsprogramms zur Unterstützung der nationalen Parteien. Dieser „Nationalausschuß“ sollte, wenigstens nach jungdeutscher Auffassung, etwas grundsätzlich anderes sein als die bisherigen „Dachorganisationen“¹⁾.

Es war trotzdem ein Versuch, der bald an seinen Unzulänglichkeiten scheitern sollte. Sein Grundgedanke war die Einigung der Frontgeneration und der nationalgesinnten Arbeiterschaft. Aber schon die sozialen und politischen Unterschiede zwischen „Stahlhelm“ und Jungdeutschem Orden waren auf die Dauer nicht zu überbrücken. Der Versuch der Zusammenfassung gewerkschaftlich orientierter christlich-nationaler Arbeiter mit der werkgemeinschaftlich ausgerichteten vaterländischen Arbeiterbewegung Geisslers war vollends verfehlt: Geissler blieb beim „Stahlhelm“, und Dietrich ging als einer der ersten nationalen Gewerkschaftler zum Orden. So blieb der „Nationalausschuß“ eine Episode von nur wenigen Wochen. Seldte wollte die Ausschaltung der Arbeiterführer und erklärte schon im März den Austritt des „Stahlhelm“²⁾.

Das Verhältnis des Ordens zu den nationalen Parteien, insbesondere zur Deutschnationalen Volkspartei, war bis in die Jahre 1924/25 nicht schlecht gewesen. Noch bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 stellte sich der Orden dem Wahldienst der rechtsgerichteten Parteien zur Verfügung. In einem Aufruf forderte Mahraun die Stärkung der nationalen Parteien im Kampf gegen den „Parteiismus“ und sprach von dem „unsittlichen Staatssystem“ der Repu-

¹⁾ 25/30. 1. 25; 2/3. 1. 25.

²⁾ 161/12. 7. 25; 173/26. 7. 25.

blik; dies führte zu einem vierzehntägigen Verbot der Ordenszeitung durch den Reichsinnenminister¹⁾).

Zwei Jahre später, nach der erneuten Regierungsbeteiligung der Deutschen nationalen und ihrer Zustimmung zum Vertrag von Locarno und zum Dawes-Plan, hatte schon die Vertrauenskrise zwischen den Bünden und den nationalen Parteien begonnen, denen jetzt vorgeworfen wurde, auf dem Wege der politischen Taktik selbst „parteiistisch“ geworden zu sein²⁾. Anlässlich der Kandidatur Hindenburgs zum Reichspräsidenten zeigte sich zum ersten Male deutlich der Abstand des Ordens zur parteipolitischen Rechten. Im Loebell-Ausschuß, der Organisation der rechtsgerichteten Parteien und Verbände für die Präsidentenwahl, trat der Orden für einen Mann der „Wehrlinie“ ein und dachte an Seeckt oder Hindenburg. Nur ein solcher Kandidat konnte nach Auffassung der Jungdeutschen als Symbol der nationalen Einheit gelten. Die Mehrheit des Ausschusses mit Vertretern des Stahlhelm, der DNVP und DVP war dagegen für die Kandidatur des Oberbürgermeisters Jarres, den der Orden als Repräsentanten der „Trust-Front“ ablehnte. Nach der erfolgreichen Wahl Hindenburgs konnten die Jungdeutschen zwar darauf hinweisen, daß nur diese Kandidatur die Wahl des Kandidaten der vereinigten Mitte und Linken, Marx, verhindert hatte. Eine Verstimmung gegenüber dem Orden blieb dennoch zurück³⁾.

Die Wahl Hindenburgs bedeutete für die Jungdeutschen und ihren Führer eine wichtige Veränderung im Verhältnis zum bestehenden republikanischen Staat. Da jetzt Hindenburg an die Spitze des Staates trat, war nach Mahrauns Überzeugung die Zeit gekommen, wo sich die nationale Bewegung endlich von der bloßen „Verneinung“ und von restaurativen monarchischen Tendenzen lösen mußte. Die Verhältnisse hatten sich konsolidiert, ein Umsturz kam nicht mehr in Frage, die „nationale Gründerzeit“ war beendet. Die jungdeutsche Bewegung sollte auf dem Weg eines „positiven“ bündischen Aktivismus vorangehen⁴⁾.

Seit der jungdeutschen „Franzosen-Politik“, seit der Wahl des Reichspräsidenten und der abweichenden Stellung des Ordens zu Locarno war das Mißtrauen auf der Rechten geweckt. Es war bereits rege geworden, als der Ordenskanzler Otto Bornemann im Sommer 1925 auf einer jungdeutschen Veranstaltung in der Altmark nicht nur die reaktionären Bestrebungen in der nationalen Bewegung kritisierte, sondern auch die Hoffnung auf eine „nationale Entwicklung“ des Reichsbanners Schwarzrotgold aussprach. Der Orden hatte bereits, so führte Bornemann aus, mit manchen „volksbejahend eingestellten Reichsbannerkreisen“ mehr Berührungspunkte als mit den reaktionären Teilen des „Stahlhelm“. Diese Rede des Ordenskanzlers, den man auf der Rechten vor allem für den „Linksabmarsch“ des Ordens verantwortlich machte, war ein

¹⁾ 150/25. 11. 24; 156/2. 12. 24.

²⁾ Meister II/12, S. 534 ff.; Meister I/3, S. 1 ff.

³⁾ 157/8. 7. 25; 161/12. 7. 25; 173/26. 7. 25; Get. Gew., S. 191 f.; Hille, S. 54 f.

⁴⁾ 154/4. 7. 25.

Versuchsballon. Aber der Hochmeister konnte jetzt schon, auch gegenüber den eigenen Reihen, wagen, diese Rede eines Vertreters des sozialradikaleren kleinen Mittelstandes zu decken. Im Stahlhelm sprach man bereits von einem grundlegenden „Frontwechsel“ des Ordens¹⁾.

In diesen Monaten mögen nicht nur im Stahlhelm Pläne erörtert worden sein, den Orden von seiner Führung zu trennen und das in ihm gesammelte wertvolle Menschentum der „nationalen Sache“ zu erhalten²⁾. Mit den Bemühungen, das deutsch-französische Verhältnis zu entgiften, schien das nationale „Schuldkonto“ des Ordens bereits erheblich überzogen, und die Kasseler Rebellion im Dezember 1925 wurde für die rechtsstehende Presse das Zeichen zu einer ungehemmten Hetze.

Die Einstellung des Hochverratsverfahrens gegen Mahraun am 2. Februar 1926 brachte keineswegs das Ende der Auseinandersetzungen. Der Ordensleitung waren in diesen Monaten Meldungen von Ordenseinheiten zugegangen, wonach Ordensbrüder für die Aufstellung illegaler Formationen zu einem möglichen bevorstehenden Kriege gegen Frankreich geworben wurden. Diese Meldungen wurden dem Reichswehrministerium von der Ordensleitung zur Kenntnis gebracht. Sie standen im Zusammenhang mit einer allgemeinen politischen Erregung, die verschiedene politische Kreise, insbesondere der Rechten, um die Jahreswende 1925/26, ausgehend von der Unterzeichnung der Locarno-Verträge durch den Reichspräsidenten, erfaßt hatte. Die rechtsgerichtete Presse forderte jetzt, nicht zuletzt aus Unzufriedenheit mit der Amtsführung Hindenburgs, offen Verfassungsänderungen. In manchen nationalen Zirkeln lebten noch einmal Hoffnungen auf einen „Befreiungskrieg“ gegen Frankreich mit russischer Unterstützung auf. Führende deutschnationale und völkische Politiker, wie Geheimrat Hugenberg, Heinrich Class, der Lübecker Bürgermeister Neumann, die Grafen Reventlow, Westarp und Brockdorff-Rantzau bildeten in einer sogenannten „Deutschen Notgemeinschaft“ eine Fronde gegen Hindenburg, nicht ohne Verbindung mit dem ehemaligen Kaiser in Doorn aufzunehmen³⁾.

Solches Säbelgerassel auf der Rechten ließ die republikanische Seite aufhorchen. Der preußische Innenminister Severing warnte vor Provokationen und forderte eine gründliche Abrüstung der Wehrverbände. Philipp Scheidemann wies im „Vorwärts“ auf den „organisierten Putschismus“ der genannten Gruppen und Verbände hin, stellte dabei jedoch ausdrücklich fest, daß „der Jungdeutsche Orden des Herrn Mahraun“ nichts mit diesen Absichten zu tun habe⁴⁾.

Auf diesem Hintergrund politischer Nervosität und unreifer Pläne der Rechten fühlte sich die Ordensleitung verpflichtet, dem Reichswehrministerium über

¹⁾ 155/5. 7. 25 ff.; 173/26. 7. 25; 193/19. 8. 25; 274/22. 11. 25 ff.; 286/6. 12. 25.

²⁾ Vgl. oben, S. 54 f.

³⁾ 16. 5. 26; Severing, Bd. 2, S. 81 f.; Egelhaaf, Historisch-politische Jahresübersicht 1926, S. 120 ff.; Get. Gew., S. 122 ff.

⁴⁾ 42/9. 2. 26; Severing a.a.O., S. 76, S. 81 f.

die Werbungen von Ordensangehörigen für illegale Grenzschutzformationen zu berichten. Auf Aufforderung des Ministeriums faßte sie die Vorgänge in einer etwa zwanzig Seiten umfassenden Denkschrift zusammen, die genauere Tatsachen über solche Werbungen durch Vertrauensleute nationaler Verbände, meist im angeblichen Einverständnis und Auftrag der Reichswehr, enthielt. Sie enthielt ferner Mitteilungen über eine Besprechung von Führern vaterländischer Verbände in Berlin, an der auch ein Vertreter des Ordens teilgenommen hatte. Bei dieser Besprechung sollte der Vertreter des Verbandes „Wiking“, von Sodenstern, Hauptschriftleiter der deutschnationalen „Deutschen Zeitung“ und Vorstandsmitglied des „Nationalverbandes Deutscher Offiziere“, von der Möglichkeit gesprochen haben, durch Aussperrungen bei großen Berliner Betrieben wie Siemens, Borsig, Knorrbremse einen kommunistischen Aufstand zu provozieren, der schließlich das Eingreifen der Wehrverbände und die „Zerschlagung des Parlamentarismus“ ermöglichen konnte¹⁾.

Am 11. und 12. Mai erfolgte eine polizeiliche Haussuchung bei Führern nationaler Verbände und rechtsgerichteten Politikern, wahrscheinlich auf Grund einer Warnung Stresemanns an die Polizei, die sich auf die Putschgerüchte bezog²⁾. Wenige Tage später ließ der amtliche Preußische Pressedienst über das Ergebnis der Durchsuchungen verlauten, daß Pläne zur „Herbeiführung einer Diktatur“ gefunden worden sein sollten, in denen nach dem Rücktritt der Regierung aus Anlaß des bevorstehenden Volksentscheids über die Fürsteneneignung die Auflösung des Reichstags und die Ernennung einer Präsidialregierung angestrebt wurden. Durch die Schaffung einer „Hausmacht aus den vaterländischen Verbänden“ sollten der freiwillige Rücktritt des Reichspräsidenten und die Außerkraftsetzung der Reichsverfassung durchgesetzt werden. An ihre Stelle sollte eine „Notverordnung“ treten, die man angeblich bei einer „führenden Persönlichkeit der Verschwörergruppen“ gefunden hatte; gemeint war Justizrat Class. Danach sollte die Staatsgewalt auf einen „Reichsverweser“, in den Ländern auf „Landesverweser“ übergehen, alle parlamentarischen Körperschaften sollten aufgelöst und durch ernannte Räte ersetzt werden. Die Verhängung des Belagerungszustandes war vorgesehen, ebenso die Ausschaltung der Linkspresse und sogar die Todesstrafe für Widerstand gegen die geplanten Aktionen. Als Reichskanzler mit diktatorischen Vollmachten war an den Lübecker Bürger-

¹⁾ 95/24. 4. 27; 130/5. 6. 26; Meister II/8, 9, S. 386 ff. Get. Gew., S. 129 ff.; Egelhaaf 1926, S. 169 ff.; über den Umfang der Denkschrift mündliche Auskunft Pastenacis.

²⁾ Severing, Bd. 2, S. 88 f.; Egelhaaf 1926, S. 120 ff.; 111/13. 5. 26 f. Haussuchungen wurden durchgeführt bei Oberst Nicolai, Heinrich Class, dem Hugenberg nahestehenden Nationalökonom Prof. Bernhard, bei Admiral Schröder, dem „Löwen von Flandern“, bei Sodenstern, in den Räumen des Alldeutschen Verbandes und bei westdeutschen Industriellen wie Kirdorf in Essen, Dr. Vögler, Geheimrat Winkhaus, Generaldirektor Dr. Wiskott. In den betreffenden Kreisen wurden die polizeilichen Mitteilungen als „Phantasien“ zurückgewiesen. Eine Sitzordnung für eine private Gesellschaft im Hause des Admirals Schröder soll angeblich von der Polizei als Kabinettsliste angesehen worden sein.

meister Dr. Neumann gedacht; Hugenberg sollte Reichsfinanzminister werden, und für die übrigen Posten waren gleichfalls namhafte Persönlichkeiten der Deutschnationalen aus Großindustrie und Großgrundbesitz vorgesehen¹⁾. Aber lediglich bei Class war die Belastung zur Strafverfolgung ausreichend, denn bei ihm waren ein Brief an den Lübecker Bürgermeister und der erwähnte Entwurf der „Notverordnung“ gefunden worden, der an Schärfe der Gewaltmaßnahmen allerdings nichts zu wünschen übrig ließ²⁾. Die polizeilichen Maßnahmen trafen demnach auf neue unausgereifte Pläne der Rechten, die besonders in den beteiligten Personenkreisen eine überraschende Ähnlichkeit mit dem Kapp-Unternehmen von 1920 aufwiesen.

Schon am 13. Mai brachte die „Deutsche Zeitung“ die Polizeiaktion mit Mahrauns Denkschrift in Verbindung und behauptete, das preußische Innenministerium, das Berliner Polizeipräsidium und auch der Reichspräsident seien im Besitz von Abschriften. Mahraun wurde beschuldigt, vaterländische Verbände „denunziert“ zu haben³⁾. Diesen Vermutungen steht aber sowohl eine Erklärung des damaligen Berliner Polizeipräsidenten, Dr. Friedensburg, entgegen, wonach „hochgestellte Privatpersonen . . . in Gewissensnot die für Staat und Volk drohende Gefahr abzuwenden versuchten“, als auch die Darstellung Severings, daß Stresemann und der Zentrumsabgeordnete Giesberts durch Indiskretionen aus den Kreisen um Hugenberg und Class zu den Warnungen an die Polizei veranlaßt worden seien. Bei der Verhandlung des Leipziger Staatsgerichtshofes über das Verbot der im Zusammenhang mit der Polizeiaktion aufgelösten Verbände „Wiking“ und „Olympia“ wurde auch klargestellt, daß weder das preußische Innenministerium noch das Berliner Polizeipräsidium im Besitz von Abschriften der Denkschrift Mahrauns gewesen sind⁴⁾.

Diese „Denkschrift-Affäre“ wurde jedoch dem Orden von seinen Gegnern auf der Rechten nicht mehr verziehen. Die Jungdeutschen hingegen fürchteten einen Rückfall in den kaum überwundenen „Putschismus“ der frühen zwanziger Jahre. Auch wenn sie die Bedeutung gewisser Tatbestände überschätzen mochten und Nebenzimmergeflüster für politische Aktionen hielten, so standen sie doch, wie die innenpolitische Lage im Frühjahr 1926 beweist, mit solchen Befürchtungen nicht allein. Gerade in diesen Monaten wurde die Bevölkerung durch die Fememord-Prozesse erregt, die ein düsteres Bild des nationalen Radikalismus enthielten⁵⁾. Die Haltung Mahrauns wurde in dieser Zeit nicht zuletzt von sozialdemokratischer Seite gewürdigt, während die Reichswehr fürchtete, „in den Kampf der Rivalitäten und Eifersüchteleien“ der vaterländischen Verbände

¹⁾ 112/15. 5. 26; Egelhaaf 1926, S. 120 ff.

²⁾ 112/15. 5. 26 f.; Egelhaaf ebd.

³⁾ Meister II/8, 9, S. 390 f.; 114/18. 5. 26; Get. Gew., S. 129 ff.

⁴⁾ 95/24. 4. 27 ff.; Meister II/8, 9, S. 391 ff.; Severing, Bd. 2, S. 88; 19. 11. 26.

⁵⁾ Severing, Bd. 2, S. 82. Die Darstellung bei Junius Alter, Nationalisten, S. 99 ff., gibt einen guten, freilich propagandistisch zugespitzten Eindruck von der Haltung der Gegner des Ordens im nationalen Lager.

hineingezogen zu werden¹⁾). Für den Jungdeutschen Orden bedeuteten diese Auseinandersetzungen einen weiteren wichtigen Schritt in der Loslösung vom deutschnationalen Lager. Eine Überprüfung des Verhältnisses zu den verschiedenen politischen Richtungen, Parteien und Verbänden sowie Veränderungen im ideologischen und politischen Profil des Ordens mußten die Folge sein.

In diesen Kämpfen stellte sich besonders ein anderer Wehrverband hinter den Orden, der „Wehrwolf“ Fritz Kloppes, bestanden hier doch „volksnationale“ Gemeinsamkeiten, das gleichgerichtete Bestreben, vom Wehrverband zur „nationalpolitischen völkischen Bewegung“ zu werden. Auch im Wehrwolf bekannte man sich von den bündischen Grundlagen her zu einem Staatsaufbau aus den kleinen, überschaubaren Gemeinschaften heraus und zum Vorbild des Freiherrn vom Stein. Die gewerkschaftliche Kampfform des Arbeitnehmers wurde auch hier anerkannt, im Gegensatz zu dem in den meisten nationalen Verbänden herrschenden Gedanken der Werkgemeinschaft. Sprach man im Orden von der neuen „volksnationalen Front“, so hoffte man im Wehrwolf auf eine erneuerte, junge deutschnationale Partei, die auch die „nationalen“ Kräfte etwa des „Reichsbanners“ in sich aufnehmen konnte. In dem politischen und sozialen Programm des „Possedismus“ hat der Wehrwolf später seine Vorstellungen zusammengefaßt²⁾).

Auch zu anderen jungen und bündischen Kräften im Umkreis der Deutschnationalen, wie zum „Jungnationalen Bund“, bestanden nach wie vor vertrauensvolle Beziehungen. Auch hier lehnte man einen Nationalismus „des tönenden Wortes, der nur rauschhaften Begeisterung, der gewollten ständischen Ausschließlichkeit“ mit Nachdruck ab und setzte den Begriff „national“ gleich mit dem „Bekennnis zur Volksgesamtheit“³⁾. Dagegen waren die jungkonservativen Kreise des „Politischen Kollegs“, des „Herrenklubs“, des „Ring“ und des „Gewissens“ vor allem seit der Frankreich-Politik dem Orden gegenüber reserviert⁴⁾).

War der Deutsche Gewerkschaftsbund entsprechend der alten Linie Stegerwalds vom Essener Kongreß des Jahres 1920 auf die Gewinnung der Arbeiterschaft für den nationalen Gedanken ausgerichtet und begrüßte er somit die „fortschrittliche Haltung“ des Ordens gegenüber der „Reaktion“, so bestanden auch zum DHV gute Beziehungen, die noch dadurch verstärkt wurden, daß viele Handlungsgehilfen und junge Kaufleute Ordensmitglieder waren. Der DHV wollte ebenfalls „jenseits von rechts und links“ stehen, er kämpfte für einen „starken Staat“ und „die Freiheit nach innen und außen“; er lehnte einen „flachen Nationalismus“ ebenso ab wie die Werkgemeinschaft als seine sozial-

¹⁾ 114/8. 5. 26; 19. 11. 26; Get. Gew., S. 124; Severing, Bd. 2, S. 88 f.

²⁾ 18/22. 1. 26; 24. 10. 26; 2. 11. 26; 4. 11. 26; 214/13. 9. 27.

³⁾ 18/22. 1. 26; 25/30. 1. 26; 39/16. 2. 26; „Aufwärts“ vom 20. 1. 26 (Zeitungsausschnitt); 157/8. 7. 27.

⁴⁾ 17/21. 1. 26; 29. 8. 26; Meister I/1, S. 51 ff.; Meister I/7, S. 27 ff.

politische Ausdrucksform, und er anerkannte den Kampf der Jungdeutschen gegen „kapitalistische Einflüsse“. An die Stelle der Masse und ihrer „Volkstribunen“ wollte er die „organisch gewachsenen Stände“ als Pfeiler des Staates setzen und nannte dies „volksnationale Politik“¹⁾.

Die Beziehungen zum „Stahlhelm“ und seiner Führung blieben gespannt. Aber es gab auch hier immer wieder Ansätze zu einer jungen „frontsozialistischen“ Sammlung. In den Kreisen um die Zeitschriften „Standarte“ und „Arminius“ regten sich nationalrevolutionäre Kräfte, die im Orden aufmerksam verfolgt wurden. Andererseits waren diese Kreise um Ernst Jünger, Friedrich Hielscher, Franz Schauwecker, Wilhelm Kleinau aber nicht unbedingt der Meinung, daß der Orden mit ihnen im gleichen Lager stand. Die „Standarte“ bezeichnete Mahraun als „politischen Naturburschen“ und warf dem Orden „Romantik“ vor, die im Gegensatz zur „Nüchternheit“ des Stahlhelm stehe. Der „Arminius“ nannte den Orden wohlwollend-distanziert „das Schmerzenskind der nationalen Bewegung“: „Er hat von dem zuviel, was die anderen Verbände zu wenig haben: Initiative und Instinkt. Sein Ehrgeiz . . . hat den Orden dazu verführt, eine außenpolitische Extratour zu tanzen. Auch innenpolitisch schießt der Orden gern über das Ziel hinaus. Wenn er es ablehnt, sich nach der üblichen Phrasologie . . . als eine rechtsgerichtete Organisation bezeichnen zu lassen, so hat er damit Recht“²⁾. Man nahm den Jungdeutschen ihr Bekenntnis zur Weimarer Verfassung und ihre Neigung für das Reichsbanner übel und rechnete sie nicht zur Vorhut eines neuen „antibürgerlichen“ Zeitalters, zu dem „grandiosen Aufmarsch eines neuen Geschlechts“³⁾.

Das Verhältnis des Ordens zum norddeutschen Nationalsozialismus der Brüder Strasser scheint in dieser Zeit besser gewesen zu sein als zur „Münchener Schule“. Die Ablehnung der „internationalen Plutokratie“, die Bejahung der sozialen Forderungen der Arbeiterschaft und der Mittelschichten waren in der „volksnationalen Zielsetzung“ gemeinsam⁴⁾. Hitler, Goebbels und der von den Völkischen kommende Graf Reventlow waren dagegen vor allem der jungdeutschen Verständigungspolitik mit Frankreich feind⁵⁾. Schon bei dem ersten Wiederauftritt der Nationalsozialisten in Berlin nach der Aufhebung des Verbots in Preußen, bei dem sie sich ausdrücklich mit der Franzosenpolitik des Ordens befaßten, kam es zu Aufritten mit den Jungdeutschen, die mit nationalsozialistischen Schimpfnamen wie „Verräter, Französlinge, Juden und Judenknechte, Reichsbannerfreunde, Deutschnationale“ bedacht wurden. Noch fragte man sich auf jungdeutscher Seite, ob Hitler solche Ausschreitungen, bei denen die Köpfe der politischen Gegner mit Biergläsern und Stuhlbeinen traktiert wurden,

¹⁾ 144/23. 6. 26 f. (Berichte über den Münchener Verbandstag des DHV 1926).

²⁾ 110/12. 5. 26; 14. 7. 26.

³⁾ 2. 11. 26.

⁴⁾ 44/21. 2. 26.

⁵⁾ 49/27. 2. 26; 51/2. 3. 26; 74/28. 3. 26; 11. 8. 26.

duldete, und ob sie mit dem wahren Wesen der nationalsozialistischen Weltanschauung zusammenhingen¹⁾).

Am tiefsten waren die Jungdeutschen aber doch wohl von den bürgerlichen nationalen Parteien enttäuscht, obgleich diese Parteien immer noch von der Mehrzahl der Ordensbrüder gewählt wurden und in ihrer Masse keineswegs mit den reaktionär-plutokratischen Flügeln oder Führungsgruppen gleichgesetzt wurden. Man verwies auf die „Kräfte der Gesundheit“, die sich um Walter Lambach scharten und die es zu unterstützen galt. Ohne seine „besten Kräfte“ für die Parteien und das Parlament herzugeben, wollte man Einfluß auf die „sozialen Kräfte“ in ihnen gewinnen²⁾. Auch die nationalen Parteien hatten, nach jungdeutscher Auffassung, die Fühlung mit dem Volk verloren. Sie kämpften nicht mehr gegen das System des „Parteiismus“, sondern nur noch für ihre Herrschaft in diesem System. Sie hatten mit der Zeit auch fast alle nationalen Forderungen gestrichen und ihre Stimmen dem Dawes-Plan, der Verlängerung des Republikenschutzgesetzes, dem Vertrag von Locarno gegeben. Man hoffte im Orden, daß aus den sich häufenden Partei- und Regierungskrisen schließlich die Systemkrise erwachsen werde, und für diesen Zeitpunkt hatten sich die bündischen Kräfte bereitzuhalten, ohne den Fehler der Völkischen zu wiederholen und übereilt in die Parlamente zu gehen³⁾.

Trotzdem wandelte sich jetzt aber auch langsam und in gewissen Grenzen die Einstellung zu den republikanischen Parteien und zur Sozialdemokratie. Der Barmat-Skandal im Jahre 1925 bot zwar noch einmal Anlaß genug, die „Futterkrippenwirtschaft“ und die Verfilzung der sozialdemokratischen Funktionäre mit dem Kapitalismus und den „ostjüdischen Vampyren“ anzuprangern und das „neupreußische Beamtentum“ des „Systems Severing“ heftig aufs Korn zu nehmen⁴⁾. Man sah indessen die „Einsicht“ bei vielen Arbeiterführern und Gewerkschaftlern im Wachsen, die im Grunde keine Marxisten mehr waren. Man war bereit anzuerkennen, daß „das im deutschen Menschen schlummernde Gefühl für Gerechtigkeit“ die Triebkraft der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts gewesen war. Die deutschen Arbeiter waren die „Söhne Wendelin Hipplers“ aus dem Bauernkrieg, die durch ihren Zusammenschluß um die Anerkennung als gleichberechtigte Bürger im Staate kämpften. Aber die sozialistische Bewegung hatte nach jungdeutscher Auffassung keine großen Führerpersönlichkeiten hervorgebracht und wurde deshalb von wurzellosen Intellektuellen auf den Weg der

¹⁾ 49/27. 2. 26; 105/6. 5. 27. Die Nationalsozialisten hatten bei der erwähnten Kundgebung zu einer Diskussion aufgefordert. Sie artete jedoch nach jungdeutscher Darstellung zu einer „Orgie der Zuchtlosigkeit“ aus. Die erschienenen Jungdeutschen mit dem Ordenskanzler Bornemann an der Spitze wurden, als sie schließlich aus Protest den Saal verließen, angeblich sogar bespuckt, so daß einer der ihren in der Ordenszeitung schrieb: „Der Himmel bewahre uns davor, daß dieses Rowdytum im deutschen Volk Wurzel faßt“ (49/27. 2. 26).

²⁾ Meister II/12, S. 534 ff.

³⁾ Meister III/5, S. 189 ff.

⁴⁾ Meister I/3, S. 1 ff.; 17/21. 1. 25 ff.

Internationale und zur Unterwerfung unter die bürgerlich-liberale Formaldemokratie geführt. So war die Sozialdemokratie 1918 auch nicht in der Lage gewesen, den Staat zu formen, der in ihre Hand gefallen war¹⁾.

Die politische Haltung eines Mannes wie Bernhard Rausch, des einstmaligen Pressechefs Noskes und Mitbegründers der Altsozialistischen Partei, wußten die Jungdeutschen zu würdigen, als er seinen Austritt aus der SPD mit dem Versagen dieser Partei begründete, von der Klassenkampfpartei zur „Führerin der Nation“ zu werden. Im Orden teilte man seine Auffassung, daß für die SPD „die beste Parteipolitik eine positive Staatspolitik“ sei. Und umgekehrt schrieb August Winnig an Mahraun schon 1926, daß er seinen Kampf für „eine geläuterte nationale Bewegung“ unterstütze²⁾.

Zum „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ bestanden anfangs nicht geringe Spannungen, die sich hin und wieder in handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der beiden Verbände entluden, sah man doch hier bei äußerlicher Nachahmung bündischer und „frontsoldatischer“ Formen eine „Schutzgarde der Republik“ in ihrer bestehenden Gestalt. Aber auch hier begannen Revisionen alter Auffassungen, wie etwa schon die umstrittene Rede des Ordenskanzler Bornemann zeigte. Als Otto Hörsing den grundsätzlichen Pazifismus ablehnte und sich zum Reichspräsidenten von Hindenburg wie zum großdeutschen Gedanken bekannte, wurden darin „volksnationale“ Gemeinsamkeiten gesehen. Später setzte man im Orden vor allem auf Höltermann als einem Vertreter der Frontgeneration im Reichsbanner nicht geringe politische Hoffnungen³⁾.

Der politischen Persönlichkeit Gustav Stresemanns wurde der Orden trotz der Locarno-Politik in wachsendem Maße gerecht. Man nannte ihn einen „Mann von Format“ im Rahmen des bestehenden „parteiistischen Systems“, weil er keine einseitig parteipolitisch gebundene Außenpolitik trieb. Stresemann anerkannte seinerseits die Bemühungen des Ordens um die deutsch-französische Verständigung⁴⁾.

Wenig freundlich blieb noch lange das Verhältnis zur Demokratischen Partei, die in diesen Jahren für die Jungdeutschen noch als wesentliche Mitträgerin der „Erfüllungspolitik“ galt und die bekämpfte „Geldherrschaft“ im Parteiwesen am sichtbarsten zu zeigen schien. Man erkannte aber doch, daß sich in dieser Partei Kräfte zu regen begannen, die in der Nachfolge des Freiherrn vom Stein und der Ideale von 1848 standen und besonders in Süddeutschland, im Rheinland und in Westfalen zu finden waren⁵⁾.

Es zeigte sich bald, daß die gewandelte Stellung des Ordens im innenpolitischen Kräftefeld, die aus dem Kampf mit der politischen Rechten hervorgegangen war, sich auf die nun beginnende Formulierung des politischen Gedankenguts auswirkte.

¹⁾ Meister II/1, S. 6 ff.

²⁾ 5/8. 3. 24; 134/11. 6. 26; 276/25. 11. 26; 204/1. 9. 27.

³⁾ 94/19. 9. 24; 101/27. 9. 24; 104/1. 10. 24; 47/25. 2. 26; 21. 10. 26.

⁴⁾ 101/1. 5. 26; 5. 10. 26.

⁵⁾ 130/31. 10. 24; Meister I/3, S. 1 ff.

VII. Kapitel

Weltanschauliche Grundfragen

Auf dem Weg des Ordens zeigt sich immer wieder die charakteristische Spannung zwischen bündisch-ordensmäßiger Geschlossenheit und politischer Bewegung, weltanschaulicher Gesinnungsgemeinschaft und politischer Zweckorganisation. Als Mahraun begann, nannte er die neue Gemeinschaft einen „Orden“¹⁾. Doch ihr fehlte die weltanschauliche Geschlossenheit anderer bündischer Gruppen oder der zahlreichen religiös-weltanschaulichen Gemeinden und Sekten, die sich in jener Zeit ebenfalls nicht selten als „Orden“ bezeichneten²⁾. Von 1919 bis zum Ende im Jahre 1933 gab es im Orden Kirchenchristen und Namenschristen, fromme Menschen und solche, die sich mit wissenschaftlicher Erkenntnis begnügten, Gottsucher aller Art und Herkunft, Mystiker und Anthroposophen. Aber der Orden war unter den vielen Wehrverbänden und politischen Bewegungen wohl diejenige, in der weltanschauliche und religiöse Fragen, die „Reformation der Religion“, wie Rudolf Eucken sagte, verhältnismäßig breit diskutiert wurden. Aus der charakteristischen „Unbedingtheit“ bündischen Lebensgefühls heraus wurden hier die Sinnfragen des einzelmenschlichen wie des völkischen Lebens neu gestellt und zu beantworten gesucht, wie verschiedenartig und vorläufig auch immer solche Antwort sein mochte.

Der Weltkrieg war der große, weltanschauliche Aufbruch, um dessen Erkenntnis, Deutung und Verarbeitung im Grunde alles geistige und politische Bemühen ging. Das Fronterlebnis war eine „Gottesoffenbarung“, ein religiös-metaphysisches Ereignis. Für die Trichterlandschaft der Materialschlachten galt das Wort des Herrn an Moses: „Ziehe deine Schuhe aus, denn der Ort, darauf du stehst, ist heiliges Land.“ Dem Weltkrieg kam ein epochaler geschichtlicher Rang zu. Nicht nur das 19. Jahrhundert, das liberal-bürgerliche Zeitalter, stürzte in „Stahlgewittern“ zusammen: Ein Zeitalter eines neuen Glaubens und eines erneuerten Menschentums sollte anbrechen. Für den einzelnen wurde das Frontenerlebnis fast zu einer Art religiöser Einweihung und Neugeburt. Das Frontenerlebnis war das Erlebnis der „Grenze“, des Todes, dieses „größten Mahners zu Gott“³⁾.

¹⁾ Über die zahlreichen Ordensgründungen der Zeit, gerade auch bei weltanschaulich-religiösen Gruppen, s. etwa Fick, Die deutsche Jugendbewegung, bes. S. 174.

²⁾ Hierzu etwa Schlund, Neugermaisches Heidentum, S. 41 ff.

³⁾ Über die Wirkung und Bedeutung des Fronterlebnisses im Orden bes. Manifest, S. 7 ff., Get. Gew., S. 8 ff. und Mahraun, Reden, S. 77 ff. Der Aufbruch antibürgerlicher, antiliberaler und antihumanistisch-irrationaler Grundkräfte wird von Gerhard Ritter, Europa und die deutsche Frage, S. 178 ff. zusammenfassend charakterisiert.

In dieser neuen Metaphysik heben sich deutlich zwei Strömungen voneinander ab: eine christlich-völkisch-traditionalistische und eine bündisch-revolutionäre Richtung, die besonders seit 1930 zeitweilig sehr deutlich hervortritt.

Die bündisch-revolutionäre Welt war von einem Irrationalismus getragen, der sein Handeln nicht aus einer „Theorie“, sondern aus einer „Haltung“ ableiten wollte; der keine „logischen Ziele“ kannte, wie etwa der Marxismus, sondern mehr „richtungsbewußt“ als „zielorientiert“ war; der das „Ethos“ an die Stelle des „Dogmas“ setzte und das „Erleben“ in Gegensatz zum bloßen „Erkennen“ stellte. Dieses Richtungsbewußtsein bestimmte auch den geistesgeschichtlichen Standort der Bewegung, deren Teil man war. Man befand sich in einer „Zeit der Entscheidung“: Die „Weltanschauungen“ mußten abgelöst werden von der „Monumentalität zeitüberlegener Ideenmächte“. Auf das Zeitalter der „wertverneinenden, gleichmacherischen Vernunft des sich selbst genügenden Machtprinzips“ sollte die Renaissance der „abendländisch-faustischen Lebensordnung schrankenloser Allverbundenheit“ folgen, in der der Gemeinschaftswille der Deutschen wurzelte. Die Ausstrahlungen des alten dualistischen, mittelmeerischen Kulturzentrums hören auf; uralte, verschüttete Überlieferungen des „Nordens“ beginnen wieder zu wirken. In der neuen „Idee der Einung“ wird auch der Dualismus von Staat und Volk, Glaube und Politik überwunden werden¹⁾.

So entstand aus Fronterlebnis, Jugendbewegung und völkischer Besinnung in ersten Umrissen ein neues Lebensgefühl, das — mochte es sich auch oft noch auf die christliche Vergangenheit berufen — doch von einem „dogmatischen“ Christentum schon weit entfernt war. Ein neues Verhältnis zum Leiblich-Erdhaften, die Bejahung der Diesseitigkeit, ein sinnhaftes Körpergefühl, das unter der „morgenländischen Denkweise kirchlicher Lehren“ durch Jahrtausende tief verschüttet war, wurde wieder lebendig: „Wir sehnen uns wieder nach jener Harmonie von Körper und Seele, von Gott und Welt, die aus dem geheiligten Schaffen weltfroher und erdgebundener und doch zutiefst religiöser Menschen emporwuchs“²⁾. Starke Leidenschaften bei „zuchtvollem Maß“ werden gepriesen; sie sollen sich mit „Innigkeit, Gottgefühl und Frömmigkeit“ verbinden. Kants „kategorischer Imperativ“ wird als das gute „bürgerliche“ Gewissen abgelehnt, dessen Wohlsein schon darauf beruht, anderen keinen Abbruch zu tun. Eine solche „gegenseitige moralische Existenzversicherung“ habe den Egoismus nicht verhindert, sondern vielmehr gefördert. Nietzsche hat demgegenüber „höhere Schaubilder eines vollkommenen Lebens“ gegeben, seine dionysische Verklärung des Lebens weist über die bürgerliche Wohlanständigkeit weit hinaus. Der von ihm gelehrt Mut zur Wirklichkeit wird „heroischer Idealismus, deutsches Tatdenken“ genannt: „Das Heroische der Welt der Halbgötter und Helden fühlen wir mythisch aufsteigen am morgendlichen Horizont.“

¹⁾ Meister VI/7, S. 298 ff.; Meister II/5, S. 231; Meister II/3, S. 127.

²⁾ 120/26. 5. 26; 150/30. 6. 26; Nachbarschaft November 1933, S. 134.

Wo ein solches Bekenntnis laut wird, wird dann auch der Brudergedanke nicht mehr christlich begründet, es sei denn, daß Christus selbst zum „heldischen Heiland“ umgedeutet wird¹⁾.

Alles weltanschauliche Suchen mündet schließlich in die Lehre von der Gemeinschaft als der eigentlichen bündischen Botschaft an das Volk; ihr Mittelpunkt ist der Brudergedanke. Jungdeutsche Bruderschaft ist der im „Stahlbad“ des Krieges gehärtete und geläuterte bündische Gemeinschaftsgedanke. In diesem Bruderbegriff sind Bund und Staat, Gesinnungsgemeinschaft und Volksgemeinschaft, Politisches und Transpolitisches aufs engste miteinander verbunden. Aus dieser Zelle entfaltet sich das ganze jungdeutsche „System“, in ihr liegt auch die Problematik jungdeutscher Staatsanschauung beschlossen. Der Brudergedanke hebt die scheinbare Ausschließlichkeit des Ordens dadurch auf, daß er sich als die „Vorform“ der Volksgemeinschaft begreift. Der deutsche „Volksgenosse“, erzogen im jungdeutschen Geist, wird dereinst dem „Bruder“ die Hand reichen²⁾. Der Orden ist eine Zelle der Erneuerung, die zuerst das neue Ideal der Gemeinschaft verwirklichen und davon dem ganzen Volke künden soll. Jungdeutsches Brudertum soll Ausdruck des Wandels sein, durch den der Krieg, der große Einebner alter Standes- und Klassenvorurteile, das neue Gemeinschaftsgefühl und Menschenbild geprägt hat. Äußerlichkeiten fielen ab und wurden belanglos; der Mensch hatte sich zu bewähren, entkleidet aller zufälligen Kennzeichen, gelöst von konventionellen Gegensätzen aller Art. In der Frontkameradschaft wurde allein der Wert des Menschen für die Gemeinschaft gewogen. Sein und Leistung entschieden statt erstarrter Konventionen. Der „Charaktermensch“ trat an die Stelle des „Standesmenschen“³⁾.

Der Brudergedanke wird jedoch nur möglich durch den „Abstand“, dessen Ausdruck im Orden die Anrede „Ihr“ und „Euch“ war, eine Anrede, die das „Sie“ des alten „Standesmententums“ ebenso vermeiden wollte wie das vertrauliche, nur persönlicher Freundschaft und Liebe vorbehaltene „Du“. Ein weiterer, allen sichtbarer Ausdruck jungdeutscher Bruderschaft war die schlichte graue Windjacke. Durch sie sollte sich die „graue Front“ des Krieges, die „klassenlose Gemeinschaft“ der Frontkameradschaft fortsetzen. Sie war das Zeichen der Gleichheit aller in der Bruderschaft, der Gleichheit von Jung und Alt, Arm und Reich, der Gleichheit von Führer und Gefolgschaft, Meister und Bruder⁴⁾. Auch wenn der Brudergedanke als Ausdruck des „staatsbürgerlichen Pflichtteils“ bezeichnet wird, so hat er doch, wie die anderen Zentralbegriffe, Gemeinschaft, Volk und Volksgemeinschaft, eine religiöse Färbung. Nicht zufällig sprach man im Orden immer wieder von der Politik als der „höchsten Form der Nächstenliebe“. Das „fortgesetzte Hinüberwechseln aus der Welt des poli-

¹⁾ Ebd.

²⁾ 96/25. 4. 26; Ordina, S. 54 ff., S. 83 ff., S. 101 ff.

³⁾ Meister I/9, S. 35 ff.; Mahraun, Reden, S. 73 f.

⁴⁾ Vgl. Zehn Jahre Jungdeutscher Orden.

tisch-geschichtlich-kulturellen Lebens in die Dimensionen des Religiösen“ ist für die bündische Welt und den neuen Nationalismus bezeichnend¹⁾. Hier bildet die „weltliche“ Gemeinschaft in allen ihren Lebensbezügen und Wirkungsbereichen mit dem religiösen Bezirk eine selbstverständliche Einheit; sie sind nur zwei verschiedene Seiten derselben, freilich in sich spannungsvollen Gesamtwirklichkeit. Das Brudertum der Jungdeutschen ist deshalb — ihnen selbst wohl nicht immer bewußt — eine staatsbürgerlich-politische und eine sittlich-religiöse Angelegenheit zugleich.

Der Anspruch wird freilich im Orden nicht aufgegeben, daß sein Brudergedanke nicht nur religiös, sondern auch aus christlicher Wurzel entsprungen ist. Auf die „christlichen Grundlagen“ berief man sich immer wieder, gerade in der offiziellen Terminologie. Dies ist zunächst ein Bekenntnis zur deutschen Geschichte. In der Anerkennung der christlichen Wesensteile der deutschen Volksgeschichte unterscheiden sich die Jungdeutschen deutlich von den rassistisch-völkischen Übersteigerungen eines Ludendorff oder Rosenberg. Für gewachsene Kultur und volkliche Eigenart aufgeschlossen, hatte man kein Verständnis dafür, eine rassistisch bedingte, „arteigene“ Religion zu schaffen und sich auf eine „Autarkie des Ethischen“ zurückzuziehen. Solche Versuche werden als Versündigung am völkischen Gedanken gewertet, weil sie die Volksgemeinschaft noch weiter aufspalten. Das deutsche Volk ist aus der Vermählung von Germanentum und Christentum entstanden, und seine Geschichte ist ohne diese Verbindung des „Heldischen“ mit dem „Schirmenden“ nicht zu denken. Wollte man das christliche Element beseitigen, so würde die „blonde Bestie“, die erbarmungslose Gewalttätigkeit der alten Wikinger, wieder hervortreten. In dem Bekenntnis zur Marienburg, zum Zeichen der Deutschen Ritter, dem schwarzen Kreuz auf weißem Feld, können die Jungdeutschen ohne weiteres sagen: „Deutsch sein bedeutet für uns Christ sein“²⁾. Der häufig gebrauchte Begriff der „christlichen Weltanschauung“ weist jedoch darauf hin, daß das Christentum gegenüber dem Volkstum in helfender, dienender Funktion verbleibt, um es zu veredeln. Diese Vorstellung vom Wesen der Religion und des Christentums steht auf dem Boden eines idealistisch-kulturell gestimmten Liberalismus. Das führte notwendig zu einer Geringschätzung der positiven Glaubensformen³⁾.

Die Ablehnung der christlichen Dogmatik führte zu einer freieren Deutung

¹⁾ Künneht, Antwort auf den Mythos, S. 7.

Volksgemeinschaft und Volksliebe als „konkrete Nächstenliebe“ finde ich zuerst bei Hermann Schwarz, Ethik der Vaterlandsliebe. Es scheint sich hier um ein theologisches Denkmotiv der Jugendbewegung zu handeln. Siehe über Schwarz auch unten, S. 75.

„Form der Nächstenliebe“ z. B. Jungdeutsche Blätter, April 1933, S. 6 ff.

²⁾ 8/10. 1. 25; 7. 1. 26; 25. 2. 26; 57/8. 3. 30. Rüstzeug Nr. 4, S. 15 und Rüstzeug Nr. 6, S. 11.

³⁾ So konnte Mahraun einem seiner Komture auf die Frage nach seiner Stellung zum Christentum antworten: „Ist unser ganzes Wollen nicht praktisches Christentum?“ (Mitteilung von Kurt Rolle). Man glaubte im Orden wie in weiten Teilen der bündischen Welt, das im 20. Jahrhundert allein mögliche „Christentum der Tat“ zu verwirklichen.

der christlichen Grundgedanken. Wenn man auf dem Standpunkt stand, daß sich in der Gegenwart ein geistiger Umbruch vollzog, dessen Sinn und Richtung mit bündischem Rüstzeug gedeutet werden konnte, so mußte dies den Blick schärfen für die Krisis, in der sich das Christentum befand. Die Stimmen waren nicht selten, die der Auffassung waren, der christliche Glaube müsse von der Wissenschaft her verarbeitet, erkennend erarbeitet werden, wenn er wieder ein lebensgestaltender „Kulturfaktor“ werden wolle. Für den modernen Menschen sollte ein „hypothesenfreier Zugang“ zu den Glaubenswahrheiten gefunden werden. Neben solchen positivistischen und anthroposophischen Meinungen gab es auch Tendenzen eines germanisch erneuerten Christentums in dem „gemäßigten“ Stil etwa des frühen Jakob Hauer. Gegenüber der konfessionell-dogmatischen Verfestigung des Christentums wurde betont, daß es wie jede Religion „eine geschichtlich lebendige und also im Wandel begriffene Gegebenheit“ sei¹⁾.

Der oberste Wert der „völkischen Weltanschauung“ der Jungdeutschen ist das Volk. Dieser bündische, aus der romantischen Volksgeistlehre kommende

¹⁾ In diesem Zusammenhang ist die Interpretation der christlichen Festtage aufschlußreich. Immer wird dabei das christliche und das vorchristlich-germanische Element zusammengesehen, setzt sich Naturfrömmigkeit in christlich kolorierte Stimmung um. Nicht zuletzt wird eine Nutzanwendung der christlichen Botschaft für die geistig-sittliche und politische Lage des deutschen Volkes herausgeschält. An Ostern, diesem „tiefsten christlich-mythischen Erlebnisfest“, verbindet sich die „christliche Legende“ mit dem „Auferstehungskampf“ der Natur. Auch das deutsche Volk geht einen ihm von Gott gewiesenen „Kreuzweg“, es tönen auch hier der „Hosianna-jubel des Materialismus“ und das „Kreuzigungsgeschrei des Hasses“ und der Lüge. Aber die deutsche Passionszeit muß bald beendet sein, so wie das Fest der Ostara mit dem Blick auf die erwachende Natur die Erfüllung der Hoffnungen auf den Sieg des Guten auch im Schicksal des deutschen Volkes verheißt. — Ebenso wird beim Weihnachtsfest stets auf die christliche Umdeutung alter germanischer Sitten und Gebräuche hingewiesen. Die Botschaft von Bethlehem wird mit der „frohen Botschaft von dem Sieg des deutschen Gedankens, von der Erlösung und der Wiedergeburt der deutschen Seele gleichgesetzt (164/25. 12. 24; 79/4. 4. 26; Frauenzeitung 12/1925, S. 129; 12/1926, S. 177).

Als Stilprobe möge dienen: „Wir müssen uns wiederfinden, nicht aus eigener Kraft, sondern dank der Erlöserliebe unseres Heilandes . . . Dann wird die deutsche Weihenacht kommen, die die Welt erlöst. Gottsuchendes Deutschvolk werde zur Flamme, die sich an jenem Stern entzündet, und schenke durch dein Beispiel der Welt den Frieden, ohne den sie verloren ist!“ Und folgendes Gedicht „Deutsche Weihnachten“:

Stoß an! Der unser Weihnachtsfest ersann
war doch ein rechter deutscher Mann.
Reich an herrlichem, köstlichem Sinn,
Mahnt uns das Fest an den hohen Gewinn
Jener Sonnenwende im Glauben.
Leuchte der Liebe christlicher Stern!
Doch auch den uralt-germanischen Kern
Lassen wir uns nicht rauben.
Vom alten Sonnwendfest
Kleiner, feiner, fröhlicher Rest!
Bleibe dem deutschen Volke!
Christkind wandelt auf Erden nun wieder,
doch als Knecht Rupprecht fährt zu uns nieder
Wotan aus einer Wolke (163/24. 12. 24).

Volksbegriff ist kulturell-geschichtlich, nicht biologisch-rassistisch orientiert. Volk ist „ein Erlebnis aus dem Ewigen, aus Gott“; die Völker sind Blumen im „Garten Gottes“, der veröden würde, wenn in ihm ein einziges Volk zur ausschließlichen Herrschaft gelangte. Ein Volk ist eine naturgewachsene gottgewollte Einheit, ein Volkskörper, ein Organismus. Das Streben nach der Einheit und Entfaltung der Volksgemeinschaft ist daher gottgefällig. Zu dieser Ableitung der Volkspersönlichkeit aus dem Willen Gottes tritt die romantisch-konservative Entwicklungsformel: „Volk ist eine Folge von Geschlechtern, die untereinander verbunden sind und die somit eine Lebenseinheit bilden. Der wahre Volkswille ist also nicht ein plötzlich auftauchender Wunsch, der die Massen gegenwärtig lebender Menschen beherrscht —, Volkswille ist stets mit den vergangenen Geschlechtern . . . verbunden und bezieht sich nicht nur auf die Gegenwart, sondern immer auch auf die Zukunft, ja, Volkswille wird oft schlechthin Zukunftswille sein“¹⁾.

Von diesem Volksbegriff her lehnten die Jungdeutschen jeden Rassenwahn ab. Unter „Blut“ wird nicht „Rasse“ verstanden, und „Volk“ ist mehr als Rasse; denn nicht die gemeinsame Rasse, aber eine einheitliche Blutsgrundlage ist für ein Volk notwendig. Ein Volk ist nicht eine Gemeinschaft durch Blut verbundener Menschen, sondern eine Gemeinschaft durch Blut verbundener Geschlechter: Die Geschichte ist der „Zusatz“ über die Rasse hinaus, der vorhanden sein muß, wenn „Volk“ entstehen soll: „Volk ist eine auf den Grundlagen des Blutes, der Sprache und des Heimatbodens ruhende und durch gleiche Schicksalserlebnisse bedingte organische Einheit von Geschlechtern“²⁾. Vor einer Überschätzung des „nordischen“ Blutanteils im deutschen Volke wird gewarnt, da sie die Volksgemeinschaft in höher- und minderwertige Volksgenossen zerreißen würde: „Der wahre nordische Gedanke geht vom Geist und von der Seele aus.“ Statt des gefährlichen Gegensatzes „Blut oder Geist“, der den Geist zum Diener des Blutes macht, wird eine enge Zusammengehörigkeit von Blut und Geist verkündet, ein ganzheitlicher Lebensbegriff, für den Goethe als das große Vorbild gilt. Die Folge der Aufspaltung in Blut und Geist mußte nach jungdeutscher Überzeugung der „Fanatismus“, jene Anwendung brutaler Gewalt sein, die man bei den Nationalsozialisten täglich vor Augen hatte. Die politische Diktatur, die Unterdrückung freien Geisteslebens und die Leugnung voraussetzungsloser Wissenschaft waren die notwendigen Konsequenzen des Rassismus. Es wurde von den Jungdeutschen immer geleugnet, daß Geist und Genie „Blüten reinsten Blutes“ sein, sie waren vielmehr nur zu oft der Körperlichkeit abgerungen. Leistung war mehr als Rasse³⁾.

Die Jungdeutschen sind den geistigen Strömungen seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts, der völkischen Bewegung, der Jugendbewegung und der Neu-

¹⁾ 5/7. 1. 26; Meister II/3, S. 122; Nachbarschaft 4 (1933), S. 113; 98/24. 9. 24.

²⁾ Nachbarschaft 8 (Februar 1935), S. 225 ff.

³⁾ Ebd.; 55/14. 3. 33; Rüstzeug Nr. 3.

romantik eng verbunden. Zu ihren geistigen Vorläufern zählen sie Männer wie Paul de Lagarde, Julius Langbehn, Theodor Fritsch, Friedrich Lienhard, Rudolf Eucken, Hermann Schwarz, Hermann Wirth, Eberhard König, selbst Friedrich Nietzsche.

Lagarde bekämpfte den auflösenden Liberalismus und wissenschaftlichen Positivismus seiner Zeit, diese „subtrahierende“ Theologie, die nicht mehr selbst schöpferisch war und keine neuen Gottesoffenbarungen mehr hervorbrachte. Sein Kampf um die geistige Einigung der Nation wurde für die Jugend richtungweisend¹⁾. Friedrich Lienhard, der Kämpfer um die „Reichsseele“ aus dem elsässischen Grenzland, füllte mit seinen Werken manche jungdeutsche Bibliothek. An ihm fesselten die Volksgeistlehre, der die Völker Gedanken Gottes, platonische Urbilder, waren und seine Predigt des Heldischen. In seinem Hauptwerk „Wege nach Weimar“, formulierte er das bündische Ziel einer Synthese von „Potsdam“ und „Weimar“²⁾. Während Houston Stewart Chamberlains über-völkische, germanisch-arische Rassenlehre anscheinend wenig Einfluß auf die Jungdeutschen hatte, war es bezeichnend, daß die Religions- und Kulturphilosophie Rudolf Euckens, Lebensphilosophie in einem idealistischen Grundgerüst, hoch geschätzt wurde³⁾. Auch bei Hermann Schwarz, einem anderen Vertreter der wilhelminischen Zeit, hörte man noch auf das Wort der „liberalen“ Generation der Väter. Seine philosophische Begründung der Vaterlandsliebe als konkrete, „organische“ Nächstenliebe und seine an Fichte und dessen „Sozialismus des Herzens“ anknüpfende Gesellschaftskritik waren für nicht wenige Jungdeutsche richtungweisend⁴⁾. Unter den Dichtern war besonders der hoffnungsvolle Kriegsdichter Walter Flex ein jungdeutsches Vorbild. Als Vorkämpfer einer neuen Volksgemeinschaft hatte er in seinem „Wanderer zwischen beiden Welten“ das Bild eines neuen deutschen Menschen gezeichnet, der mit ganzer Seele nach vollendeter Körperlichkeit strebte und sein „kraftgesättigtes Menschentum aus dem Nährboden völkischer Eigenart“ heraus entwickelte. Auch Flex ging es um die Überwindung des Individualismus, und in seinem unvollendeten Roman „Wolf Eschenlohr“ hatte er schon die sozialen Probleme angepackt⁵⁾.

Aus der Lehre von der Volksgemeinschaft leiteten die bündischen Gemeinschaften ihre Erziehungsaufgabe im Volk und für das Volk ab. Das Ziel konnte nicht sein, die verschiedenen geistigen Strömungen im Volk auszulöschen. Es war vielmehr die herrschende Auffassung im Orden, daß „Kulturpolitik und

1) Hans von Arnim und Georg von Below, Deutscher Aufstieg, S. 288 f.

2) 160/20. 12. 24; 233/4. 10. 25.

3) 120/19. 10. 24; 255/30. 10. 25.

4) 165/28. 12. 24.

5) 118/17. 10. 24. Aus der zeitgenössischen Dichtung wurde besonders die historische sowie die volks- und heimatverbundene Prosa der Kolbenheyer, Wiechert, Blunck, Winnig, Steguweit, Carossa, Hermann Stehr, Gustav Schröer, Hans Grimm geschätzt, daneben auch die anspruchslosere Literatur von Ganghofer, Rosegger, Felix Dahn, Hermann Löns, Bogislaw von Selchow u. a.

Nationalerziehung“ als ausschließliche Aufgabe des Staates in einseitige Partei-propaganda münden mußte. Man hatte zudem in Rußland und Italien bereits das Beispiel des Einparteienstaates vor Augen: „Staatsmonopole sind in solchen Dingen von Übel“¹⁾). Die Bünde wollten aber nicht durch „Staatsbürgerkunde“ erziehen, nicht durch Eintrichtern von Wissensstoff und Vermittlung von Kenntnissen über den Staat, sondern durch die praktische Betätigung des Einzelnen als Glied der Gemeinschaft. Nur so trieb man nach ihrer Überzeugung auf lange Sicht auch eine echte „politische“ Erziehung. Nicht Athen, die hohe Schule der Staatsweisheit, sondern Rom und Sparta hatten ein lebendiges und vorbildliches Staatsbürgertum hervorgebracht; das schien der beste Beweis, daß die bündische Erziehung auf dem rechten Wege war²⁾). In der Hauptaufgabe, die charaktervolle und harmonische Gemeinschaftspersönlichkeit zu bilden, kam der Geschichte und ihrem Unterricht eine wichtige Rolle zu. Sie sollte die „Verehrung von Helden und ihrer Werke“ lehren und die Wurzeln deutscher Kraft vor allem in der germanischen und deutschen Vorzeit aufzeigen. Volkslied und Volkstanz, Singen und Laienspiel, Sport und Leibesübungen wurden von dieser neuen „ganzheitlichen“, nicht wissens- und verstandesmäßigen Erziehung lebhaft gefördert. Die Pflege des Charakters, der Gesundheit und der Kunst wurden als ihre drei wesentlichen Säulen bezeichnet³⁾). Hierfür galt es, einen lebendigen, überständischen Sitten- und Ehrenkodex zu schaffen. Sodann war die Familie als die nationale Keim- und Erneuerungszelle mit allen Mitteln zu stützen. Schließlich war für die verschiedenen Berufe eine neue Arbeitsethik erforderlich, die ihre Wertmaßstäbe von der Volksgemeinschaft her erhielt und für alle Volksgenossen echte Werkfreude zu wecken vermochte⁴⁾).

In der jungdeutschen Programmatik mußte es unklar und unentschieden bleiben, ob und wann die bündische Erziehungs- und Kulturaufgabe einmal beendet sein würde, ob sie nach Erreichen des politischen Ziels, des Staates der deutschen Volksgemeinschaft, auf diesen Staat selbst übergehen konnte, also die Bünde sich überflüssig machen würden und alles der weiteren „organischen“ Entwicklung überlassen durften. Solche Fragen rühren an wesentliche Probleme der bündischen Staatsvorstellungen.

¹⁾ Meister V/11, S. 510 ff.

²⁾ Ebd.

³⁾ Meister I/9, S. 44 ff.; VI/10, S. 439 ff.

⁴⁾ Meister VII/1, S. 25 ff.; VII/4, S. 159 ff.

VIII. Kapitel

„Das Jungdeutsche Manifest“ : Der jungdeutsche Volks- und Führerstaat

„Die Abwehrschlacht des Jungdeutschen Ordens ist zu Ende. Der Orden sammelt nach vorn, er marschiert und greift an.“¹⁾ Diese Formulierung der Ordenszeitung gab ungefähr die Stimmung der Jungdeutschen wieder, als Mahraun auf einem „Reichsordenskapitel“ in Berlin am 18. Dezember 1927 vor 4000 Meistern das „Jungdeutsche Manifest“ verkündete. Der deutschen Öffentlichkeit wurde damit Wollen und Zielsetzung des Ordens in grundlegender Form bekanntgemacht; der Orden selbst erhielt sein „Standardwerk und Glaubensbekenntnis“²⁾.

Schon seit Jahren war die Veröffentlichung des Manifestes angekündigt und von den Angehörigen des Ordens erwartet worden. In einer Niederschrift von „Gedanken über die Erneuerung des deutschgemeinschaftlichen Lebens“ aus dem Jahre 1920, die im Juni 1923 zuerst in der Ordenszeitung erschien, läßt sich eine erste Formgebung der Gedanken Mahrauns erkennen, aus denen schließlich das Manifest erwuchs. Es ist die im Orden sogenannte „I. Ordina“: „Ordina sollte . . . ein Leitfaden für die Menschen des bündischen Lebens sein, welche aus der liberalen Ordnung ihrer Zeit in die Gemeinschaftsordnung der Zukunft hineinstrebten“³⁾. Es sind Formulierungen überzeitlich gültiger Grundwahrheiten und Erkenntnisse, wie sie die bündische Jugend wieder entdeckt hatte. Nach der Absicht Mahrauns war es darüber hinaus auch ein politisches Programm und ein Katalog politischer Forderungen. Die „Ordina“ sprach vom „Ständefrieden“ und der „Volksgemeinschaft“, von der Brechung des Materialismus und der Beseitigung alter erstarrter Umgangsformen, von der „Einkehr zu einem starken Deutschbewußtsein auf christlicher Grundlage“, von der „deutschwürdigen Verehrung der Frauen“, insbesondere der Mutter, vom Schutz der Familie, der Rasse und Volksgesundheit, von der Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur, dem Schutz der Ehre des Einzelnen und der Gemeinschaft. Die bündische Gemeinschaft des Ordens sollte die Vorschule der Volksgemeinschaft sein, und schon damals wurde die Einführung der Arbeitsdienstpflicht gefordert⁴⁾. Eine nächste Stufe bildeten Aufsätze, die Mahraun im Sommer 1922 über den Freiherrn vom Stein und die Erhebungszeit von 1813 in der Ordenszeitung veröffentlichte⁵⁾. Ende 1924 wurde dann im „Jungdeutschen“ mit dem

1) 224/23. 9. 27.

2) Formulierung in einer Mitteilung von Kurt Rolle.

3) Ordina, S. 5 ff.

4) Ordina, S. 10 ff.; 11/2. 6. 23.

5) 13/1. 7. 22. Vgl. oben S. 17.

Abdruck von Teilen einer ersten Fassung des Manifestes begonnen, die sich mit dem neuen Gemeinschaftsgedanken, dem Schutz der Ehre als einer Grundvoraussetzung erneuerten Gemeinschaftslebens und mit den Problemen des „fünften Standes“, der durch Krieg und Inflation verarmten Mittelschichten, befaßte¹⁾. Der Widerhall im Orden war aber nur schwach, so daß Mahraun von einer Fortsetzung des Abdrucks absah. Er mochte überdies selber spüren, daß diese Erörterungen noch keine abgeschlossene Form erhalten hatten.

Jetzt aber wartete die Gefolgschaft darauf, daß der Orden sein eigenes Wort sprach, sein Ideengut als Richtschnur für den politischen „Angriff“ formulierte. Auch die allgemeine innenpolitische Lage mochte dies erforderlich erscheinen lassen. Die Stimmen, die Verfassungsänderungen forderten, mehrten sich — auch im Lager der staatstragenden Parteien selbst. Die Probleme des Parteienstaates, der Reichs- und Wahlreform rückten in den Bereich der öffentlichen Diskussion. Neue Wahlen nahten heran, bei denen der Orden jetzt nicht mehr wie 1924 eine Wahlhilfsgruppe der nationalen Parteien sein wollte und konnte. Mahraun hatte auch wertvolle, der Erneuerung des Staates zugewandte Mitarbeiter gewonnen, die ihren Anteil an der endgültigen Fassung des Manifestes haben: August Abel als außenpolitischen Mitarbeiter, den Ordenskanzler Bornemann mit seiner besonderen organisatorischen Begabung, den jungen Staatsrechtler Reinhard Höhn und den aus der Jugendbewegung kommenden Publizisten und Innenpolitiker des Ordens Kurt Pastenaci.

Am 25. Januar 1926 verkündete der Hochmeister auf einer Kundgebung im Friedrichshain in Berlin den „Auftakt zum Jungdeutschen Manifest“. In dieser Rede zeichneten sich bereits die wichtigsten Grundzüge der endgültigen Fassung des Manifestes ab: Das Fronterlebnis ist das Geburtsereignis des neuen Gemeinschaftsmenschen; im Unterschied zum Sozialismus wird der Staat über die Wirtschaft gestellt; die Diktatur wird verworfen, der Flaggenstreit „abgelehnt“; ein wahrhaft demokratischer Volksstaat soll an die Stelle des „Obrigkeitsstaates“ treten. Die „Nachbarschaft“ wird hier zum ersten Male als die organische Grundlage und Grundzelle eines neuen Staatsaufbaues bezeichnet, der keine Parteien mehr kennt²⁾.

Während des ganzen Jahres 1926 trug Mahraun auf zahlreichen Kundgebungen landauf, landab die neuen Gedanken hinaus in die Kreise der Ordensbrüder. „Es gibt nur zwei Staatsformen, die Tyrannis und die Demokratie, wir stehen auf dem Boden der letzteren.“ Damit war das politische Ziel des nichtparlamentarischen sozialen Volksstaates formuliert³⁾.

Das Fronterlebnis ist der „Ausgangspunkt des Kampfes gegen Kaste und Geld“, gegen „Reaktion und Plutokratie“. Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hat die gewachsene Volksgemeinschaft zerstört. In der vorkapita-

¹⁾ 150/25. 11. 24; 153/28. 11. 24; 156/2. 12. 24.

²⁾ 22/27. 1. 26.

³⁾ 109/11. 5. 26; vgl. Höhn, Mahraun, S. 144 ff.

listischen Zeit hatte sich der Mensch durch seine organischen Gemeinschaftsbindungen die Herrschaft über die Materie bewahrt; er war das „Maß der Dinge“ gewesen. Die Wirtschaft diente der Bedarfsdeckung, d. h. dem Menschen. Seit der Wende des 18. zum 19. Jahrhundert, bezeichnet von der Französischen Revolution, wurde das anders. Erwerb und Geschäft traten an die Stelle des Menschen. „Eine Klasse wurde in der französischen Revolution Nation.“¹⁾ Es begann das Zeitalter des „bürgerlichen Rechtsstaates“, d. h. des Staates im Dienst der bürgerlichen Erwerbsgesellschaft, des „Nachtwächterstaates“, des „Staates des Händlers“, wie die bündische Jugend sagte. Er erschien ihr als eine „krasse Verneinung allen staatlichen Lebens“. Überall ging der Sondernutzen vor dem gemeinen Nutzen; die Menschenrechte waren bloße Freiheitsrechte, „Abwehrrechte“. Der Liberalismus besaß nach bündischer Überzeugung keine eigene politische Gestaltungskraft, er paßte sich an und nahm die konstitutionelle Monarchie ebenso hin wie er feudal-liberal oder nationalliberal sein konnte²⁾.

Das parlamentarische System wurde der politische Ausdruck der bürgerlichen Demokratie. Hier war durch die Gemeinsamkeit von Bildung und Besitz eine einheitliche geistige und gesellschaftliche Grundlage gegeben, die bei allen zweitrangigen Differenzen im Endergebnis die Einheit des politischen Lebens gewährleistete. Das Vertrauen auf die gemeinsame „bürgerliche“ Vernunft ermöglichte es, aus dem freien Kampf der Meinungen die Wahrheit zu gewinnen. Es gab keinen eigentlichen politischen Gegner, sondern nur den „Konkurrenten“ und den „Diskussionspartner“. Die Gegensätze waren nicht „existentiell“³⁾.

Von dem Augenblick ab, in dem neue nichtbürgerliche Schichten, die Massen des „vierten Standes“, ihre Ansprüche in Staat und Gesellschaft anmeldeten, mußte sich diese Gleichsetzung von Bürgertum und Nation als eine Fiktion erweisen, sogar als eine Verfälschung des wirklichen Begriffes der Demokratie. Jetzt zeigte sich, daß die liberale Demokratie nur die Demokratie einer Klasse war. Die Parlamente der bürgerlich-liberalen Staaten waren deshalb seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts „nicht mehr Spiegelbild einer Einheit, sondern Ausdrucksform völlig widerstrebender Kräfte“. Was bei der geistigen und gesellschaftlichen Einheitlichkeit der bürgerlichen Demokratie noch möglich war, die echte Vertretung und Mehrheitsentscheidung, das erwies sich in der in Klassen gespaltenen Massendemokratie als Täuschung. An die Stelle der Diskussion trat der harte, unerbittliche Interessenkampf. Aus der Mehrheit im Parlament wurde nicht selten eine brutale Majorisierung. Die ursprüngliche Idee des Parlamentarismus führte sich unter neuen sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen

¹⁾ Höhn, Rechtsstaat, S. 15 ff.

²⁾ Ebd., S. 23 ff., 29 f.; vgl. dazu Schmitt, Der Begriff des Politischen, S. 49 ff.

³⁾ Höhn, Rechtsstaat, S. 55; dazu Schmitt, Der Begriff des Politischen, S. 9 und ders., Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, S. 430 f.; ferner Meister IV/2, S.53 ff.

selbst ad absurdum¹⁾). Bildeten die Parteien einst eine Auslese des Bürgertums von Bildung und Besitz, so wurden sie jetzt zu anonymen Apparaten in Abhängigkeit von den Finanz- und Interessenmächten, deren „Plutokratie“ ebenso absolut herrschte wie einst die Fürsten und Feudalherren und sich um den wahren Volkswillen nicht kümmerte. Im „Parteiismus“ versagte der wirkliche Gedanke demokratischer Vertretung und offenbarte sich der Verrat des bürgerlich-liberalen Staates an der „wahren Demokratie“²⁾).

Nachdem der Zusammenbruch von 1918, so argumentierte die jungdeutsche Staatsauffassung weiter, die Verderblichkeit dieser undeutschen, „westlich“-bürgerlichen Demokratie für Volk und Staat sichtbar gemacht, aber auch die deutsche Arbeiterschaft den Volksstaat nicht zu schaffen vermocht hatte, fiel es der durch das Fronterlebnis gegangenen bündischen Jugend zu, die „Urform“ der „klassenlosen Gemeinschaft“ zum ersten Male wieder auf deutschem Boden zu verwirklichen. Die verderbte Volksordnung des 19. Jahrhunderts, des Bürgers, sollte abgelöst werden von der neuen Ordnung des „Staatsbürgers“. Diese sieht die Notwendigkeit der Fortentwicklung der liberalen Demokratie zur „sozialen Demokratie“, zur „Volksdemokratie“, zum Volksstaat. In dem Leitbild des Staatsbürgers, des „Citoyen“, überwindet sie die Antithese Bourgeois-Proletarier.

Die Gegner dieser neuen „staatsbürgerlichen“ Volksordnung sind die Spätformen des 19. Jahrhunderts: das reaktionäre bürgerliche „Standesmenschen-tum“ von Bildung und Besitz, die „Masse“ als Ausdruck der nichtbewältigten sozialen Frage und als Voraussetzung einer plutokratisch-demagogischen Staatsordnung, schließlich der dem deutschen Wesen nicht entsprechende, vom Westen übernommene Parlamentarismus und „Parteiismus“. Diese herrschenden Mächte sind auch zur Errichtung einer Diktatur bereit, wenn sie dadurch ihre gesellschaftlich-politischen Stellungen halten können. Doch die Diktatur würde einen „Rückfall um Jahrhunderte“ bedeuten³⁾).

Der jungdeutsche Volksstaat, der die „parteiistische“ Demokratie überwinden und den „Staatsbürger“ der Zukunft schaffen soll, beruht auf zwei Säulen: der Gemeinschaft und dem Führertum. „Die Gemeinschaft ist eine Zusammenfassung von Menschen, welche sich ihrer Schicksalsverbundenheit bewußt sind und welche in einer ideellen Verbundenheit miteinander vertretet werden“⁴⁾. Es ist eine Linie, die aus dem deutschen Idealismus kommt und über die neu-idealistische Lebensphilosophie zu Theodor Litt und Rudolf Smend hinführt. Gemeinschaft wird hier nicht von „Blut und Boden“, von der „unmittelbaren, konkreten Volkswirklichkeit“ konstituiert, sondern durch den Geist. „Vertretung“, ideelle Bindung, Bewußtsein der volklichen Schicksalsgemeinschaft sind die bündischen Formulierungen für dieses Bekenntnis zum Geistigen. Die

1) Höhn, Rechtsstaat, S. 30 ff., S. 62 ff., S. 114; Schmitt, Parlamentarismus, S. 446 ff.

2) Manifest S. 61 ff.; Höhn, Rechtsstaat, S. 77, S. 96; Meister IV/2, S. 55 ff.

3) Höhn, Rechtsstaat, S. 78 f., S. 85 ff.

4) Manifest, S. 81.

„Integration“ der Gemeinschaft erfolgt deshalb nicht durch das charismatische Symbol des Führers einer völkischen Diktatur, sondern in einem fortwährenden ideellen Erneuerungsprozeß, dessen Diener die Führerschaft vor allem ist¹⁾.

Das Manifest stellt diesen „gemeinsamen Dienst an ideellen Gütern“ der materiellen Interessengleichheit gegenüber, die zu schaffen ihm als unmöglich und unnatürlich erscheint; auf ihr kann eine wahre Gemeinschaft niemals aufgebaut werden. Sie entsteht auch nicht auf Grund bloß theoretischer Belehrung und Erziehung, sondern nur auf Grund eines lebendigen Gemeinschaftslebens. Daraus ergibt sich die Forderung einer Gliederung in überschaubare Gemeinschaften, in denen allein ein „vorurteilsloses Sichkennenlernen . . . im Zeichen völliger Gleichheit an Achtung, Recht und Pflicht möglich wird“. Es ist die Forderung der „Nachbarschaft“. Der germanische Thingplatz, die Nachbarschaften und Dorfgemeinschaften des germanisch-deutschen Mittelalters, zeigen, wie die Masse durch Treueverbände gegliedert und aus der Anonymität zur Verantwortlichkeit im kleinen Kreis und zur Mitarbeit am allgemeinen Wesen geführt werden kann. Eine solche „herzenerfassende Gemeinschaftsbildung“ soll nicht nur deutscher Eigenart entsprechen, es ist auch ihre „ganz natürliche Folge . . ., daß das Gute Gesetz werden muß“. Das jungdeutsche Vertrauen auf die sittliche Wirkung lebendigen Gemeinschaftslebens, auf die Gemeinschaft als „Erzieher zur Brüderlichkeit“ und zu allen staatsbürgerlichen Tugenden ist unbegrenzt. Ihr bloßes Dasein, ihr „Rhythmus“, der in ihr herrschende „Korpsgeist“ werden

¹⁾ Der Staatsrechtler Dr. Reinhard Höhn, Leiter der sog. Staatswissenschaftlichen Abteilung in der Ordensleitung, hat den von Rudolf Smend geprägten Begriff der „Integration“ zuerst auf die jungdeutsch-bündischen Staatsbaupläne und die Staatsauffassung des Jungdeutschen Manifests angewandt (Rechtsstaat, S. 123). Vgl. dazu unten S. 83 f., Anm. 3. National-sozialistische Staatsrechtler wie Carl Schmitt, Ernst Rudolf Huber und Otto Koellreutter haben die Integrationslehre Smends und seiner Schule stets scharf bekämpft. Schmitt lehnte die Integrationslehre als romantisch-liberale „dialektische Immanenz“, als „täglichen Kompromiß“ ab und stellte ihrer Willensbildung von unten die „souveräne Dezision“ als das eigentlich „Politische“ entgegen (Staat—Bewegung—Volk, S. 25). Huber betonte den idealistischen Grundzug der Integrationslehre, für die Staat und Volk Gegenstände rein geistigen Erlebens und geistige Ordnungen seien, auch wo Smend Begriffe wie „Lebentotalität“ oder „Lebenswirklichkeit des Staates“ gebrauche (Politische Verfassung, S. 25 f.). Koellreutter hob die „liberalen“ Züge der Integrationsauffassung hervor (Der nationale Rechtsstaat, S. 13). Auch Höhn selbst hat später, als er zum Nationalsozialismus ging, mit seiner Kritik an der Integrationslehre vor allem bei dem Problem der Wertverwirklichung durch die Integration eingesetzt: Da für Smend die Polarität von Individuum und Gemeinschaft das Wesen des Sozialen ausmache, aber die „Konkrete Volksgemeinschaft“ als dauernde Gemeinschaftsordnung noch gar nicht vorhanden sei, brauche er den ständigen Integrationsprozeß, dessen Aufgabe die Integration zum „Staatsvolk“ durch die Verwirklichung ideeller Bezüge sei. Diese Vorstellung von dem ständigen Neuaufbau — und dementsprechend auch dem fortwährenden Verfall der Gemeinschaft — erscheint Höhn jetzt als „noch individualistisch“. Volksgemeinschaft sei nach nationalsozialistischer Auffassung keine „Kulturform“, sondern eine „Gemeinschaft der Tat“, ein „unmittelbarer Ausdruck der Blutgemeinschaft eines Volkes“, die alle Sachgebiete, also auch die Werte, einschließe als ihre „Erscheinungen“. Werte seien, wie alle anderen Lebensgebiete auch, nicht Maßstäbe, an denen die Gemeinschaft gemessen werden könne. Die Volksgemeinschaft bringe vielmehr selbst alle Werte und Sachbereiche erst hervor, sie erfasse den Menschen ganz, sie werde „in den Ordnungen des Volkes gelebt“ (Rechtsgemeinschaft, S. 47 ff., S. 51 f., S. 74, S. 79, S. 82 f.).

einen neuen menschlichen Typus, den Gemeinschaftsmenschen unseres Jahrhunderts, den Menschen der „Wir-Zeit“ prägen¹⁾).

„Die Nachbarschaft ist im Volksstaat der kleinste Volksteil staatlicher Gliederung“. Sie bildet sich „unter räumlicher Zusammenfassung der durch die Verfassung vorgeschriebene Grundzahl benachbarter Staatsbürger“; diese Zahl wird im Manifest mit etwa 500 Staatsbürgern angegeben. In einem solchen überschaubaren Bereich wird Gemeinschaft als „geistige Verwandtschaft und Schicksalsverbundenheit“ wirklich erlebt und bewußt, jenseits aller Unterschiede von Stand, Beruf, Vermögen, Intelligenz, Sympathie, Geschmacksrichtung usw. Als kleinste Zelle der Volksgemeinschaft und des Volksstaates bildet sie die unterste politische Gliederungseinheit, in ihr sind Volk und Staat zuerst identisch. Die Teilnahme an den verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Versammlungen ist eine staatsbürgerliche Pflicht²⁾).

Jede Gemeinschaft von Menschen braucht, um handlungsfähig sein zu können, einen Führer. Für den alten Obrigkeitsstaat war Führung ein vom Staat verliehenes Werkzeug; sie glich dem Reiten eines zugerittenen Pferdes. „Die jungdeutsche Auffassung von der Erstehung der Führerschaft im Volksstaat will den Führer im Wechselspiel seiner eigenen und der Kräfte seiner Gemeinschaft wachsen sehen. Die Macht des Staates soll ihm das Führeramt nicht dadurch erleichtern, daß sie der Gemeinschaft befiehlt, sich ihm unterzuordnen und zu gehorchen. Er soll durch seine eigene Tüchtigkeit und Führerkunst, durch die Macht seiner Persönlichkeit die lebendige Gemeinschaft in den Dienst am Staatsganzen zwingen. Der Volksstaat will seinen Sturz, wenn seine Kräfte hierzu nicht ausreichen, damit ein anderer an seine Stelle tritt . . . Die Macht ist für ihn . . . ein Ergebnis der Vertretung und Bindung zwischen Führer und Gefolgschaft“³⁾. Ein solcher Führer kann und darf nicht an den Herzen seiner Gefährten vorübergehen: „Er muß danach trachten, durch eine liebevolle, gerechte, peinliche und fürsorgliche Tätigkeit tief-innerliche Bindungen zwischen sich und den Seinen herzustellen.“ Er muß den ihm unterstellten Staatsbürgern der „väterliche Freund für das persönliche Leben und der achtunggebietende Führer für die Belange des Volksganzen . . . sein“. Der volksstaatliche Führer muß also seine Macht und sein Ansehen „auf höhere sittliche Werte gründen“ als der Führer im Obrigkeitsstaat. Er bedarf höherer Fähigkeiten als dieser, vermag aber auch politische Kräfte auszulösen, „welche weit über den Rahmen der Pflichttreue ehrbarer Untertanen hinweggehen“⁴⁾).

Das Staatsbild des Manifestes teilt mit einer Reihe anderer bündischer und konservativer Staatsvorschläge der Zeit die Vorstellung eines indirekten Führungsaufbaues. Der Führer geht aus der Wahl der ihm gleichgestellten Staats-

¹⁾ Manifest, S. 81, S. 84, S. 86 ff.

²⁾ Manifest, S. 95 ff.

³⁾ Manifest, S. 120 ff.

⁴⁾ Ebd.

bürger hervor: der „Nachbarschaftsführer“ aus der Wahl der in seiner Nachbarschaft vereinigten Staatsbürger, der ihm übergeordnete „Bezirksführer“ aus der Wahl der im Bezirkskapitel vereinigten Nachbarschaftsführer. Die Führer der Bezirke eines Gaues bilden das Gaukapitel, über dem das Stammes- und Reichskapitel steht. An die Stelle des allgemeinen direkten Wahlrechts tritt also im jungdeutschen Volksstaat ein allgemeines und mittelbares Wahlrecht, das den Staatsbürger in Urteil und Wahl nicht überfordern soll¹⁾. Das Kurführertum ist die Vertretung des Volkes und des Staates zugleich; es setzt der Gemeinschaft die politischen Ziele; ihm zur Seite steht beratend die „Fachführerschaft“ des Beamtentums²⁾.

Der jungdeutsche Volksstaat soll ein Staat ohne die „Herrschaft von Kaste und Geld“ sein. Die Verwurzelung des Führers in der Gemeinschaft und die Möglichkeit jederzeitiger Abwahl soll die Bildung von Führerkasten und -cliquen verhindern. Immer erneut muß sich der Führer bewähren, nie kann er auf Vorrechte und Privilegien pochen oder darf es wenigstens nach der Theorie des Manifestes nicht. Da der staatliche Wille nicht durch „Herrschaft“ der Führer hergestellt wird, sondern stets nur im Zusammenwirken von Volks- und Staatswillen in der „Kur“, soll das jungdeutsche Führerprinzip die „dauernde Jugendfrische“ und den „dauernden Bestand“ des Volksstaates sicherstellen: „Es gibt keinen Zustand in Staat und Gesellschaft, der nach einmaliger Gestaltung so tragfähig und gesund wäre, daß er die dauernde Lebensfähigkeit des Staates gewährleisten könnte . . . Der auf der Gemeinschaft seiner Staatsbürger und einer mit ihrem Wachstum verbundenen Führerschaft aufgebaute Volksstaat soll bei wechselnden Menschen und alternden Führern die ewige Jugend des Staatswesens gewährleisten.“³⁾ Auch die christliche Begründung eines konservativen Herrschafts- und Obrigkeitsstaates konnte hier nicht mehr überzeugen, da die bündische Jugend und die Frontgeneration die Schäden des monarchischen Herrschaftsstaates in der Zeit Wilhelms II. und das Versagen seiner Oberschicht

¹⁾ Manifest, S. 135 ff.

²⁾ Manifest, S. 137 ff.

³⁾ Manifest, S. 124 ff. — „Es ist das Verdienst Rudolf Smends, daß er die Methode, einen Staat von dem Gesichtspunkt ständiger Erneuerung zu erschauen . . ., in die Staatsrechtslehre eingeführt und damit eine neue Richtung staatstheoretischen Denkens gewiesen hat“ (Höhn, Rechtsstaat, S. 123). Die neuidealistische Philosophie Wilhelm Diltheys und Theodor Litts hatte die Polarität von Individuum und Gemeinschaft als die gesellschaftliche Grunderscheinung herausgearbeitet. Auch der Staatsbürger, der „Citoyen“ des Manifests, kommt erst als Gemeinschaftswesen zu sich selbst, kann sich erst als Gemeinschaftswesen voll erfüllen: „Die staatliche Welt bedeutet für den einzelnen eine Möglichkeit geistiger Auswirkung und damit zugleich persönlicher Selbstgestaltung“, konnte so auch Smend sagen (Höhn in Meister IV/2, S. 63 und ebd. IV/9, S. 425; Höhn, Rechtsgemeinschaft, S. 29; ders., Rechtsstaat, S. 101; ders., Gierke, S. 95 f., S. 110 ff., S. 149 ff.). Smend mußte freilich den bündischen Volksbegriff mit seinen romantisch-organologischen Bestandteilen ablehnen. In der bündischen Volks- und Gemeinschaftsvorstellung ist also, anders als bei Smend, das idealistisch-liberale und das romantisch-kollektive Element ungeschieden beisammen. Im bündischen Gemeinschaftsdenken ist deshalb nicht nur die liberal-humanistische, sondern auch die kollektivistisch-totalitäre Konsequenz angelegt.

noch zu deutlich vor Augen hatten, um nicht das überzeitliche Prinzip durch die geschichtliche Wirklichkeit verurteilt zu sehen¹⁾.

Entsprechend der neuen in der Gemeinschaft begründeten Rangordnung der Werte ist die Wirtschaft ein Teil des Gemeinschaftslebens und demgemäß dem Staat als dem einzig legitimen Ausdruck des Gemeinschaftswillens untergeordnet. Sie hat nicht so sehr den Nutzen des Einzelnen zu mehren, als vielmehr die Bedürfnisse der Gemeinschaft zu erfüllen. In der Form eigener Wirtschaftskammern wird sie in den Staatsaufbau eingegliedert, gleichzeitig dadurch aus der eigentlichen politischen Reichsführung ausgeklammert. Sie verwaltet sich durch ein System von Kammern von der lokalen bis zur Reichsebene selbst, trägt durch diese Selbstverwaltung ihre Notwendigkeiten an den Staat heran, berät seine Vertreter, hat jedoch kein selbständiges politisches Entscheidungsrecht. Der jungdeutsche Staatsvorschlag setzt sich damit von den ständestaatlichen Konstruktionen ab, in denen er nicht die Verwirklichung des Gemeinschaftsgedankens, sondern die Institutionalisierung des Interessentums erblickt²⁾.

Wie der jungdeutsche Staatsaufbau „organisch“ sein soll, so soll auch die Neugliederung des Reiches, der das Manifest besondere Aufmerksamkeit zuwendet, organisch erfolgen; die deutschen Länder sollen sich aus den deutschen Stammesgebieten aufbauen³⁾.

Nachdem das Manifest derart in groben Zügen das Bild des neuen Staates gezeichnet hat, befassen sich seine letzten Abschnitte mit aktuellen Aufgaben. An erster Stelle steht hier die Wiederherstellung der Wehrhaftigkeit. Der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht, von Mahraun schon 1924 in die öffentliche Diskussion geworfen, wird wieder aufgenommen mit der Forderung einer „Volksdienstpflicht“ zum Zweck der staatsbürgerlichen Erziehung und einer den deutschen Erfordernissen Rechnung tragenden großzügigen inneren Kolonisation. Abschließend erörtert das Manifest noch eine Reihe wichtiger, teils aktueller, teils grundsätzlicher Einzelfragen: die „Ächtung“ des Flaggenstreits, die Schaffung eines „deutschen Rechts“, das Verhältnis des Volksstaats zur Arbeiterschaft und zu den Kirchen, das Problem der Elite im Volksstaat und die Stellung des Kapitals in der Wirtschaftsordnung des Volksstaates. Dem Jungdeutschen Orden wird im Kampf um die Fortentwicklung der Republik zum Volksstaat die Aufgabe zugewiesen, zur „Bewegung“ zu werden. Diese Fortentwicklung selbst hat, wenn irgend möglich, „evolutionär“ zu erfolgen, denn nur eine solche Evolution verbürgt die organische Entwicklung durch die „Organisation der Willenskräfte“. Die Weimarer Verfassung wird als eine vorläufige Regelung, eine „Übergangsverfassung“, anerkannt. „Innerhalb ihrer Reihen befinden sich starke Kräfte, die mit der

¹⁾ Hoffmann, Die bündisch-revolutionäre Ideologie, S. 5; Fick, Die deutsche Jugendbewegung, S. 13 ff., S. 183 ff., S. 197 f. und Westphal, Weltgeschichte der Neuzeit, S. 96 f.

²⁾ Manifest, S. 146 ff.

³⁾ Manifest, S. 131 ff.

evolutionären Entwicklungsbewegung zum Volksstaat sympathisieren¹⁾). Die Republik bietet nach Auffassung des Manifestes alles andere als eine geschlossene Kampffront, und es besteht die Hoffnung, daß sich „einsichtige Kräfte“ auch innerhalb der Parteien an der neuen „Frontbildung“ beteiligen. Auf dem Weg der Wahlenthaltung, die das Mehrheitsprinzip, die verfassungsrechtliche Grundlage des parlamentarischen Staates, bricht, hofft das Manifest schließlich zu einer Volksabstimmung zu kommen, durch die die „organische Ablösung der Gewalten“ erfolgen soll²⁾).

Der Widerhall des Manifestes in der deutschen Öffentlichkeit war überraschend stark. Die Aufmerksamkeit, nicht zuletzt in der Parteipresse, ließ erkennen, daß in weiten Kreisen die Diskussion um die Staatsgrundlagen immer mehr in Fluß kam und der Zeitpunkt der Veröffentlichung gut gewählt war. Fast überall wurden der „hohe Idealismus und die glühende Vaterlandsliebe“ anerkannt und die Entwicklung des Ordens vom „nackten Kampfinstrument“ zum „politischen Ideenträger“ begrüßt³⁾. Doch Skepsis und Kritik überwogen. Man wies auf den Unterschied zwischen den Aufbau- und Formungsprinzipien einer bündischen Gemeinschaft und denjenigen eines Volkes hin: Der Orden sei eine geistig-weltanschauliche Einheit, das deutsche Volk jedoch nicht. Die Nation brauche deshalb eine Gliederung auch nach den geistigen Strömungen, um so mehr, wenn man den Kampf der Geister als entscheidend betrachte. Rechtsstehende Blätter bemerkten, daß das jungdeutsch-bündische Kursystem grundsätzlich auf dem Boden der Volkssouveränität stehe; man wollte es hier lediglich als einen Beitrag zur Wahlreform-Diskussion betrachten. Der Versuch, die wirtschaftlichen Kräfte des Geldes und des Kapitals jeglicher politischen und sozialen Schwerkraft zu berauben, wurde als utopisch bezeichnet. Überhaupt sei die Alternative „Parteienstaat oder Volksstaat“ falsch, die Parteien seien vielmehr im demokratischen Staat etwas durchaus „Organisches“, während gerade die „staatliche Regelung“ des Manifestes das wahrhaft Unorganische darstelle: „In der Theorie klaffen in dem System keine Lücken, in der Praxis läuft der jungdeutsche Vorschlag darauf hinaus, das heutige mechanistische demokratische Parteisystem durch eine noch weit mechanistischere Regelung zu ersetzen. Denn die Nachbarschaft wäre ein rein äußerlich konstruiertes Gebilde, das wenigstens in der Stadt jeglicher innerer Logik entbehren würde. Wir halten das Parteisystem immer noch für überzeugender als diese rein topographisch und rechnerisch bedingte Neuregelung“⁴⁾).

Auch die Wissenschaft verhielt sich skeptisch, als ihr, besonders durch Reinhard Höhn, die Gedanken des Manifestes zum Staatsneubau vorgetragen wurden.

¹⁾ Manifest, S. 200 ff.

²⁾ Ebd.

³⁾ 304/29. 12. 27 (Pressestimmen über das Manifest).

⁴⁾ Höhn, Rechtsstaat, S. 121 f.; 298/21. 12. 27; 304/29. 12. 27 (weitere Pressestimmen über das Manifest).

Alfred Weber glaubte, daß sich aus dem Aufbau des Staates auf der Grundzelle der Nachbarschaft eine gesteigerte Macht der unteren Schichten ergeben würde; die Mittelmäßigkeit werde an die Spitze kommen und in einer Art negativer Auslese die Bedeutung und den Einfluß der geistigen Schichten des Volkes zurückdrängen. Auch er hielt es für unmöglich, die Ordnungsformen einer geistig homogenen Gemeinschaft mit ganz bestimmten Qualitätsforderungen auf die Nation zu übertragen. Der Staatsrechtler Professor Erwin Beckerath, Köln, wies zwar auf die Notwendigkeit hin, die Staatsvorstellungen der bündischen Jugend sorgsam zu prüfen und ernst zu nehmen. Er bezweifelte aber vor allem die Möglichkeit, den Staat auf der Grundlage des Fronterlebnisses neu zu bauen: Diese Gefühlswelt sei vergänglich und scheine nicht imstande, den Staat auf die Dauer zu tragen¹⁾.

Die Vorstellungen, die sich die deutsche Öffentlichkeit in diesen Jahren vom Orden machte, waren oft unklar und widerspruchsvoll. In dem vom bündischen Standpunkt geschriebenen Buch von E. G. Gründel „Die Sendung der jungen Generation“ wird der Orden in dem Kapitel „Die Krise des Bürgertums“ behandelt und damit noch zum „Bürgertum“ gerechnet²⁾. Auch auf sozialistischer Seite glaubte man im Orden „gewisse Tendenzen eines kultivierten Mittelstandes, ja auch eines fortschrittlichen Großbürgertums“ zu erkennen und ihn in die Nähe der Deutschen Volkspartei rücken zu sollen³⁾. Es waren jedoch auch Stimmen nicht selten, die eine Entwicklung zu „wirklichkeitsfremden Ideologien“ mit „ethisch verbrämten Schlagworten“ beobachten wollten und auf gewisse sektenhafte Züge des Jungdeutschtums hinwiesen⁴⁾.

Auffallend war, daß der Orden in denjenigen politischen Kreisen wachsender Aufmerksamkeit gewürdigt wurde, die sich um die Bildung einer neuen staatsbürgerlichen Mitte, einer „Staatspartei der Mitte“, um die „Entsumpfung und Urbarmachung des Parteienbruchs“ bemühten. Besonders die „Kölnische Zeitung“ öffnete diesen Bemühungen ihre Spalten, und von den führenden demokratischen Persönlichkeiten war Professor Willy Hellpach einer der ersten, der auf den Orden hinwies. Ihm schien hier eine vielversprechende Synthese aus lebendiger Demokratie, lebendigem Liberalismus und lebendigem Konservatismus zu erwachsen, eine Plattform, auf der sich demokratische, volksparteiliche und „volksnationale“ Kräfte finden konnten⁵⁾.

¹⁾ 184/9. 8. 29; 22. 12. 29.

²⁾ 260/4. 11. 32 (mit einem Kommentar über das Buch von Gründel).

³⁾ Gründel, Die Sendung der jungen Generation, S. 207 ff.

⁴⁾ 180/5. 8. 31.

⁵⁾ 10. 5. 30; Egelhaaf 1930, S. 136 ff.

IX. Kapitel

Die volksnationale Bewegung

Das Jungdeutsche Manifest war die programmatische Grundlage des „volksnationalen Aufbruchs“, der Bildung der „neuen Front“, die im September 1928 eingeleitet wurde, nachdem das Ergebnis der Maiwahlen dieses Jahres zu überblicken war¹⁾. In dieser Zeit entfaltete Mahraun eine umfangreiche schriftstellerische Tätigkeit, um die Gedanken des Manifestes zu ergänzen und zu vertiefen. Das Buch „Gegen getarnte Gewalten“ gab einen Rückblick auf den bisherigen Weg des Ordens und die Kämpfe mit der Rechten; und nacheinander erschienen dann die drei Schriften „Die neue Front — Hindenburgs Sendung“ (1928), „Parole 1929“ (1929) und „Der Aufbruch — Sinn und Zweck der Volksnationalen Reichsvereinigung“ (1930).

Alle diese Schriften, besonders „Die neue Front“, sind Auseinandersetzungen mit der alten feudal-großbürgerlichen Führungsschicht, der hier von der Frontgeneration die politische Gefolgschaft aufgesagt wird. Diese „Katastrophenpolitiker“ wie Hugenberg und Class hätten nichts anzubieten als die Wiederherstellung der Monarchie oder das „Surrogat der Diktatur“. Sie glaubten, weiterhin ohne und gegen die Arbeitnehmerschaft regieren zu können und sähen nicht, daß eine monarchische Restauration nicht ein „Volkskönigtum“ gebracht hätte, sondern ein „Bürgerkönigtum“ von Gnaden der großen Geldmächte. Mahraun war überzeugt, daß nicht der Ruf nach der starken Regierung die Probleme lösen, sondern diese umgekehrt erst das Ergebnis der notwendigen politischen, geistigen und sozialen Erneuerung des Volkes an Haupt und Gliedern sein konnte²⁾.

Seit dem Sommer 1928, seit dem langsamen Zerbröckeln der bisherigen Parteienfront, schien es ihm deshalb die wichtigste politische Aufgabe zu sein, die „staatserhaltenden Kräfte“ in einer neuen Front als „Auffangstellung“ für die von den Mittelparteien abflutenden Kräfte zu sammeln. Die beginnende volksnationale Aktion mußte sich deshalb vor allem an die mittelständischen Schichten und an die nationalgesinnte Arbeiterschaft wenden, an die Beamten und Angestellten, an die berufslosen und verarmten ehemaligen Offiziere ebenso wie an die Handwerker, die Kaufleute, die Angehörigen der freien Berufe und die mittleren und kleinen Industriellen, besonders des mitteldeutschen Raumes. Sie alle sollten in einer „wahrhaft volksgemeinschaftlichen Front“ eine neue politische Heimat finden³⁾.

¹⁾ Höhn, Mahraun, S. 124 f.

²⁾ Mahraun, Die neue Front, S. 51 ff., S. 81 ff.

³⁾ Ebd., S. 95 ff., S. 103 ff.; Mahraun, Parole 1929, S. 36; Mahraun, Der Aufbruch, S. 26; Der Staatsbürger Nr. 1, S. 7 ff.; Der Staatsbürger Nr. 2, S. 9 ff.; Der Staatsbürger Nr. 9, S. 4 f.

Die Maiwahlen 1928 mit der bisher geringsten Wahlbeteiligung hatten die allgemeine Unsicherheit des bestehenden Systems zutage treten lassen. Vielerorts hatte kaum die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben, und die vielen absichtlich ungültigen Stimmen gaben zu denken¹⁾. Das innere Bild der Parteien entsprach diesem Zustand in der Wählerschaft. Die SPD war durch die Reichswehr- und Panzerkreuzerdebatten politisch fast aktionsunfähig geworden; ihr Parteiapparat war „rückschrittlich“, verspießert und überaltert. Eine „staatsbejahende“ Richtung stand gegen eine „internationalistisch“ eingestellte²⁾. Die bürgerlichen Parteien hatten sich den breiten Massen und ihrer Forderung nach sozialer Gerechtigkeit zunehmend entfremdet. Nicht zufällig begann jetzt bei den Deutschnationalen die Rebellion der „volkskonservativen“ Kräfte um Walter Lambach gegen die „Sozialreaktionäre“ vom Schlage Hugenbergs³⁾. In der Demokratischen Partei rächte sich nach Meinung der Jungdeutschen besonders handgreiflich, daß sie den „Weg zum Werkzeug der Plutokratie“ am konsequentesten gegangen war. Doch schienen auch in ihr bereits „einsichtige Kräfte“ am Werk, so bei den Jungdemokraten um Ernst Lemmer, in dem Kreis um Professor Hellpach und überall da, wo das Erbe Friedrich Naumanns lebendig war. Deshalb konnte Mahraun für das Jahr 1929 die Parole ausgeben: „Das Kampfgebiet unserer Arbeit müssen wir in die Volkskreise verlegen, die im Jahre 1918 demokratisch gewählt haben, weil sie mit dem Gedanken der Demokratie ihre Sehnsucht nach einer freiheitlichen Staatsidee zum Ausdruck bringen wollten“⁴⁾. Ebenso begannen sich in der Volkspartei die „volksnationalen“ von den „plutokratischen“ Kräften zu scheiden: Der Abgeordnete Thiel war ein Kollege Lambachs aus dem DHV. Nicht zuletzt sah Stresemann die Notwendigkeit einer Neuordnung des politischen Kräftefelds. Er sprach in seinem Neujahrseruf 1929 davon, daß Deutschlands Zukunft bei der Jugend liege, und Mahraun nannte ihn den „Letzten aus dem Kreise der einstigen nationalliberalen Partei, der mit der Politik noch Ideale verband“⁵⁾. Im Zentrum schließlich hatten die christlich-nationalen Gewerkschaften Stegerwalds und Imbuschs ihre Ansprüche in der Partei angemeldet. Hier und in der Parteijugend bei den Windthorst-Bünden wurde zuerst die Frage der Wahlrechtsreform als erster Schritt zu einer grundlegenden Staats- und Gesellschaftsreform aufgeworfen⁶⁾.

Und wie stand es mit den Bünden? Da waren die kleineren Bünde, wie „Ober-

¹⁾ Der Staatsbürger Nr. 1, S. 3.

²⁾ Der Staatsbürger Nr. 9, S. 4 f.

³⁾ Ebd., S. 7 ff.; Mahraun, *Aufbruch*, S. 9 ff., S. 29; vgl. Der Staatsbürger Nr. 8.

⁴⁾ Mahraun, *Parole* S. 47; ders., *Aufbruch*, S. 29; vgl. dazu auch Der Staatsbürger Nr. 9.

⁵⁾ Mahraun, *Aufbruch*, S. 31; Der Staatsbürger Nr. 11, S. 15 ff.

⁶⁾ Der Staatsbürger Nr. 9. Vgl. dazu auch Deutz, Stegerwald, besonders S. 80 ff., S. 110 ff., S. 154 ff. sowie Stegerwald, *Arbeiterschaft, Volk und Staat*, S. 97 ff., ferner die Stellungnahme der Windthorstbünde (122/29. 5. 29).

land“ und „Wehrwolf“, mit denen der Orden schon immer durch ein freundschaftliches Verhältnis verbunden war. Aber ein engeres politisches Zusammengehen in der jetzigen Lage führte nicht weiter; sie waren noch nicht in das Stadium der „Gedankenkämpfe“ eingetreten. Über den Weg des „Stahlhelm“ dagegen erfüllte den Orden „tiefste Trauer“: Sein Schicksal zeigte, daß auch das Frontsoldatentum bei mangelnder Wachsamkeit zur „Puppe der Plutokratie“ werden konnte. Der Stahlhelm wurde „zu einer Auffangorganisation der letzten Kräfte des wilhelminischen Zeitalters“. Die Hoffnung auf eine Wandlung wurde aber auch ihm gegenüber nicht aufgegeben; das volksnationale Gedankengut galt es auch in seine Reihen hineinzutragen¹⁾.

So beurteilten Mahraun und die Jungdeutschen die politische Lage, die Zielsetzung und Methoden der jetzt beginnenden volksnationalen Aktion bestimmte. Eine Reform der alten bürgerlichen Parteien von innen her schien aussichtslos. Sie hatten zumeist schon ihre ursprünglich starken Arbeitnehmerflügel verloren, bewegten sich in der überholten Gedankenwelt von „Rechts“ und „Links“, von liberal und konservativ, sie alle schienen in Abhängigkeit vom „Großkapital“. Wo bisher „Palastrevolutionen“ die Parteien geschwächt hatten, war das Interessententum die treibende Kraft; so kam es zur Gründung von Ständeparteien wie der Wirtschaftspartei oder der Christlich-Nationalen Bauernpartei²⁾.

Da für den volksnationalen Aufbruch weder die Nachahmung des Faschismus noch die Übernahme alldeutscher Diktaturpläne in Frage kommen konnte, sondern nur der Weg einer vernünftigen und konsequenten „Evolution“, blieb als letzte Möglichkeit der bündische Einsatz für eine „antiplutokratische Frontbildung“ im Ringen um die „Meinung des Volkes“³⁾. Was angestrebt werden mußte, war nicht „bündische Politik“ im bisherigen Stil, auch nicht die im alten nationalen Lager so beliebte Verschmelzung von Verbänden und Gruppen. In Betracht kam allein die gemeinsame Arbeit am Aufbau einer neuen Staatsidee zusammen mit allen Kräften guten Willens. Alle Gruppen und Richtungen, die sich zum volksnationalen „Aufbruch“ bekannten, sollten an der endgültigen Formulierung der gemeinsamen politischen Ziele beteiligt werden. Diese Bewegung mußte sich nach Lage der Dinge so oder so formieren; wenn der Orden sie nicht organisierte, „dann werden es andere tun“. Der Orden selbst sollte nicht in ihr aufgehen; sie sollte vielmehr eine „staatsbürgerliche Gruppenbildung“ neben ihm sein. Aber er durfte sich nicht „die Möglichkeit der Einwirkung auf weitere Massen . . . aus der Hand nehmen lassen“, sondern mußte diese gerade jetzt erst gewinnen⁴⁾.

Das Verhältnis des Ordens zu dieser neuen Bewegung war somit in sich spannungsreich und nicht ohne Problematik. Der Orden sollte Initiator, „diszipli-

¹⁾ Mahraun, Parole, S. 45 f.; ders., Aufbruch, S. 35; ders., Die neue Front, S. 93 f.

²⁾ Mahraun, Aufbruch, S. 40.

³⁾ Ebd., S. 42 ff.; ders., Parole, S. 48.

⁴⁾ Mahraun, Parole, S. 49 ff.

nierte Kerntuppe“ und „Rückgrat“ dieser Bewegung werden. Andererseits sollte sich das „jungdeutsche System“ aber vom Faschismus und Bolschewismus darin unterscheiden, daß es eine „Hausmacht“ und „Prätorianergarde“ neuer Gewalthaber ablehnte und die weiteste Verteilung von Mitarbeit und Verantwortung anstrebte. Prätorianergarden waren immer die Keimlinge neuer „Kasten“: „Der Jungdeutsche Orden will nicht der Staat werden, sondern er will nur der Staatswerdung der Nation dienen.“ „Volksnational“ bedeutete „Treue zur Idee“, „Dienst aller an der Gesamtheit“ — im Gegensatz zu jenem „Untertanen-tum“, bei dem der Führer das Programm in sich verkörperte¹⁾). In diesem Bekenntnis zum „Ideenkampf“ konnte Mahraun sagen: „Deutschland war noch nie so groß wie heute, denn noch niemals haben sich so viele Deutsche um das Wohl und Wehe des Deutschen Reiches und um die Ehre und Zukunft des deutschen Volkes gekümmert“²⁾).

Problematisch war auch das Verhältnis der neuen „Bewegung“ zum Parteienstaat. Der Orden hatte den Weg vom Wehrverband über die politische Gesinnungsgemeinschaft zur staatsbürgerlichen „Bewegung“ zurückgelegt, und man warf ihm natürlich vor, mit der volksnationalen Aktion nunmehr selbst in das seither so heftig bekämpfte System des „Parteiismus“ einzutreten. Aber nach jungdeutscher Auffassung hatte sich zu Ende der zwanziger Jahre die Lage von Grund auf gewandelt. Das ganze politische Kräftefeld drängte zu neuen Bildungen. Das jungdeutsche Programm der „Sammlung und Neuordnung aller wahrhaft nationalen und staatsbejahenden Kräfte“ wollte die aus der Mitte abflutenden Massen auffangen; deutlich genug war der Hinweis auf jene Bevölkerungskreise, die 1919 demokratisch gewählt hatten³⁾).

Der Erlaß von „Richtlinien zur Vorbereitung einer volksnationalen Aktion“ durch das Hochkapitel vom 25./26. Januar 1929 beantwortete die Frage, ob es sich dabei um die Gründung einer neuen Partei handle, mit dem Satz, daß man einen „Volksbund mit parlamentarischem Machtwillen“ schaffen wolle. Von Anfang an faßte man die Möglichkeit ins Auge, daß sich trotz aller Parteifeindlichkeit der Weg in das Parlament als nötig erweisen könne⁴⁾). Auch andere Definitionen waren zumeist noch verschwommen. Man sprach von einer „staatsbürgerlichen Bewegung mit parlamentarischer Vertretung und Parteifunktion“, aber auch von der Bildung einer großen „Partei der nationalen Erneuerung“⁵⁾). Doch keinesfalls sollte die volksnationale Bewegung eine Partei „alten Stils“ werden; sie sollte eine „Partei der nationalen Erneuerung“, eine Bewegung mit — vorläufiger — Parteifunktion, kurz, ein Integrationsinstrument sein. Da diese Sammlung organisch, evolutionär, durch „Entwicklung der Ideenwelt“ erfolgen

¹⁾ Ebd., S. 53; ders., Aufbruch, S. 63 ff.

²⁾ Mahraun, Aufbruch, S. 75.

³⁾ Ebd., S. 55.

⁴⁾ Der Staatsbürger Nr. 12, S. 8 ff.

⁵⁾ Mahraun, Aufbruch, S. 48, S. 56.

sollte, mußte auch der Aufbau der Bewegung anders sein als der der bisherigen Parteien. Durch eine ausgedehnte Selbstverwaltung und durch die Finanzierung aus den Mitteln der Mitglieder sollte eine plutokratische Beherrschung der Organisation ausgeschaltet werden. Von unten her, von den Ortsgruppen und Kreis-ausschüssen aus, in Anlehnung an die Organisation des Ordens, sollte aufgebaut werden. Um zu demonstrieren, daß der Orden keinen Führungsanspruch erhob, verzichtete Mahraun schon im voraus auf jedes Mandat. Die Mitgliedschaft war zunächst großzügig geregelt: Der Beitritt zur volksnationalen Aktion sollte nicht den Austritt aus anderen Parteien und Vereinigungen voraussetzen¹⁾.

Eine Kundgebung am 4. März 1929 im Saalbau Friedrichshain in Berlin war der Auftakt zur Werbung für die volksnationale Aktion. Mahrauns Losung: „Der Staat sind wir, wir die Nation!“ knüpfte an das Vermächtnis des Freiherrn vom Stein an. Schon jetzt fand diese Aktivität besonders im demokratischen Lager Aufmerksamkeit. Die „Frankfurter Zeitung“ begrüßte das „erfrischend revolutionäre Pathos“, das geeignet schien, in die erstarrten Parteilager einzubrechen und die junge Generation zur politischen Mitarbeit mobil zu machen; sie sah darüber hinaus die Wendung zu einer realen Politik und die Abkehr von überkommener Romantik. Hans Zehrer meinte in der „Vossischen Zeitung“, daß durch die volksnationale Aktion, wenn sie nicht auf das Jungdeutsche Manifest vereidigt würde, Kräfte aus allen Lagern sich sammeln könnten²⁾.

Vor der Presse gab Mahraun zum ersten Male einen Überblick über die Nah- und Fernziele der volksnationalen Aktion, wobei er mitteilte, daß ein Ausschuß von Persönlichkeiten aller Richtungen und Berufe zur Ausarbeitung eines „politischen Staatsprogramms“ zusammentreten werde. An Nahzielen, als „Etappen auf dem Weg zum Fernziel“, wurden die folgenden Punkte genannt: 1. die Reform des Wahlrechts durch Verkleinerung der Wahlkreise und möglichst weitgehende Aufstellung von Einzelkandidaturen an Stelle von Listen; 2. die Entlastung des politischen Parlaments durch Umbau des Reichswirtschaftsrates und entsprechende Stärkung seiner Befugnisse; 3. die Stabilisierung der Regierung durch die Beschränkung des Einflusses der Parteien auf die von ihnen entsandten Minister; 4. eine Verwaltungs- und Reichsreform zur Senkung der öffentlichen Ausgaben. Mit der Unterscheidung von Nah- und Fernzielen tat Mahraun einen ersten Schritt zum praktischen Eingreifen in die Politik. Als „Richtlinien der Volksnationalen Reichsvereinigung“ wurden die Nahziele ein Jahr später, am 5. April 1930, endgültig formuliert, und davon sind wesentliche Punkte auch in das Manifest der Deutschen Staatspartei übergegangen. Die „Fernziele“ des Jungdeutschen Manifestes traten schon jetzt deutlich zurück.³⁾

Ende Mai 1929 nahmen der Vorsitzende der Deutschen Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. Koch-Weser, und Mahraun in einer Rundfunk-

¹⁾ Ebd., S. 51 f., S. 58 ff.

²⁾ 55/6. 3. 29 f. (Pressestimmen).

³⁾ 79/5. 4. 29.

diskussion über das Thema „Politische Gliederung durch Parteien oder durch die regionale Gliederung in Nachbarschaften“ eine erste Fühlung. Koch-Weser war sich mit anderen in seiner Partei darüber klar, daß die Republik der Jugend bedurfte, um sich politisch zu festigen. Gegenüber der Gleichgültigkeit des politisch fluktuierenden Bürgertums wollte er einen „Block der Staatsbewußten“ schaffen und glaubte, im Jungdeutschen Orden Kräfte entdeckt zu haben, mit deren Hilfe die Republik an die junge Generation herankommen konnte. Durch die Vermittlung Koch-Wesers ist für den Herbst 1929 auch ein Zusammentreffen Mahrauns mit Stresemann geplant gewesen, das durch den frühen Tod des Reichsaußenministers vereitelt wurde. Ungleich andere Aussichten hätten sich eröffnet, wenn Stresemann an die Spitze der geplanten „Staatspartei“ hätte treten können¹⁾.

Mit drei großen Kundgebungen, einer westdeutschen in Dortmund (15./16. Juli), einer ostdeutschen in Danzig (18. August) und einer mitteldeutschen in Dresden (1. September), wurde die volksnationale Aktion eröffnet, auf die jetzt auch die Öffentlichkeit aufmerksam wurde. Schon in Dortmund waren Gäste verschiedener politischer Richtungen anwesend: Fritz Baltrusch von den christlichen Gewerkschaften als Vertreter Stegerwalds wies auf das Ziel des Essener Kongresses von 1920, den nationalen und sozialen Volksstaat, hin. Korvettenkapitän a. D. Hinzmann überbrachte die Grüße Stresemanns. Ernst Lemmer als Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und Sprecher des „Reichsbanners“ stellte das „Schützengrabenerlebnis“ als das Verbindende heraus und verwies auf die jungdeutsche Anerkennung der Gewerkschaften als gesellschaftlichen Ordnungsfaktor²⁾.

Wohl nicht zuletzt unter dem Einfluß der sich an der volksnationalen Aktion beteiligenden Gewerkschaftler wurden jetzt auch die wirtschaftspolitischen Fragen angepackt. Nicht zu Unrecht hatte man dem Jungdeutschen Manifest eine zu geringe Beachtung der wirtschaftlichen Fragen vorgeworfen. Doch hatte bereits Ende März 1929 eine Tagung volksnationaler Industrieller in Berlin im jungdeutschen Sinn die Selbstverwaltung der Wirtschaft in eigenen Kammern in Zusammenarbeit mit dem „souveränen Staat“ sowie die Kontrolle des „nationalen Kapitals“ und die Beendigung der „Wirtschaftsversklavung“ durch die Reparationen gefordert³⁾. Gleichzeitig mit der Kundgebung in Dortmund fand eine volksnationale Wirtschaftskonferenz statt, an der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen beteiligt waren. Die Bejahung des Eigentums, aber auch der „Führerauslese“ in der Wirtschaft, die Unterstützung des Gewerkschaftsgedankens sowie der Schutz von Mittelstand und Landwirtschaft gegenüber Kapitalüberfremdung und „Weltplutokratie“ waren die Hauptpunkte der hierbei gefaßten Entschließungen⁴⁾.

¹⁾ 121/28. 5. 29; 124/1. 6. 29; Vallentin, Stresemann, S. 287 f.

²⁾ 138/16. 6. 29; 142/21. 6. 29; 151/2. 7. 29; 153/4. 7. 29; 163/16. 7. 29; 193/20. 8. 29.

³⁾ 72/26. 3. 29.

⁴⁾ Ebd.

Gleichzeitig kämpfte der Orden energisch gegen das von Hugenberg-Seldte-Hitler inszenierte Volksbegehren gegen den Young-Plan. „Wehrwolf“, Widerstandskreis, der „Jungnationale Ring“, der DHV und andere Gegner Hugenbergs und Hitlers schlossen sich dem jungdeutschen Vorgehen an. Nach ihrer Auffassung bedurfte der Kampf gegen den Young-Plan einer breiteren Basis, als sie jene Front zu bieten vermochte. Der zu erwartende Mißerfolg eines Volksentscheids, der vor allem die Frage der Kriegsschuld mit unzulänglichen Mitteln und unter ungünstigen Bedingungen behandelte, mußte auf die ganze nationale Bewegung zurückfallen. In zahlreichen Versammlungen im Lande brandmarkte der Orden die Verhetzung und das „Katastrophen-Gesetz“¹⁾.

Als der 1. November 1929 zeigte, daß die Einzeichnungen zum Volksbegehren zu gering waren und damit die Niederlage der Front Hugenberg-Hitler-Seldte offenkundig wurde, erließ Mahraun tags darauf einen Aufruf an die „deutschen Volksgenossen aller Stände“, an die „Arbeiter, Bauern und Bürger“ zur Gründung einer „Volksnationalen Reichsvereinigung“. Er forderte zur Bildung einer „großen Partei der nationalen Erneuerung“ auf und wandte sich insbesondere an die junge Generation und die ehemaligen Frontsoldaten, darüber hinaus an die „Reformwilligen“ in allen bisherigen Lagern. Man suchte nach der „Synthese von konservativer und liberaler Überlieferung“, von „Pflicht und Freiheit“, und forderte „soziale Gerechtigkeit für alle“. Ein entscheidender Schritt hinein in den Raum der parteipolitischen Auseinandersetzungen war getan²⁾.

Während der nächsten Monate bildeten sich, meist eng an die Organisation des Ordens angelehnt, die Orts- und Kreisausschüsse. Bis zum 28. Januar 1930 hatten 600 Persönlichkeiten des politischen Lebens den Gründungsaufwurf unterschrieben, darunter die christlich-nationalen Gewerkschaftssekretäre Baltrusch, Adolph und Glimm sowie der Erziehungswissenschaftler Professor Ernst Kriek. Unter den Manifestanten überwog der Mittelstand: Lehrer, ehemalige Offiziere, untere und mittlere Beamte, Landwirte und Gutsbesitzer, Handwerker, Pfarrer, Ärzte, Verbandssekretäre, kleinere Fabrikanten, auch einige Direktoren größerer Betriebe³⁾.

Der Aufbau der Organisation, der vom Orden besonders durch sogenannte „Staatsbürgerabende“ vorangetrieben wurde, war bis Ende März soweit abgeschlossen, daß ein erster „Reichsvertretertag“ als eigentliche Gründungsversammlung nach Berlin berufen werden konnte. Am 5. April 1930 traten etwa 700 Vertreter der Kreisausschüsse in der Berliner Philharmonie zusammen, um über Richtlinien und Satzung einer „Volksnationalen Reichsvereinigung“

¹⁾ 6/8. 1. 29; 217/17. 9. 29; 220/20. 9. 29; 233/5. 10. 29. In diesem Zusammenhang nannte Seldte Mahraun den „Segestes der nationalen Bewegung“; August Abel bezeichnete daraufhin Seldte als den „Judas der nationalen Bewegung, der sie um des Geltungsbedürfnisses willen an den modernen Metternich verkauft hat“ (210/8. 9. 29; 214/13. 9. 29; 247/22. 10. 29).

²⁾ 257/2. 11. 29.

³⁾ 24/29. 1. 30; 33/8. 2. 30; 55/6. 3. 30.

abzustimmen und Mahraun zum Führer der Gesamtbewegung zu wählen, der nochmals im voraus auf jedes Mandat verzichtete: Als Treuhänder der Wähler sollte der Führer auf ihrer Seite stehen. Zu einer Kundgebung am 6. April erschienen etwa 2000 Kreisausschußvertreter, die abschließend dem Reichspräsidenten Treue gelobten¹⁾.

Im ganzen Reich setzte nun ein großangelegter Werbefeldzug ein. Vom Main bis zu den Küsten von Nord- und Ostsee und vom Rhein bis nach Ostpreußen sprachen auf unzähligen Kundgebungen jungdeutsche und volksnationale Redner. Besonders mit den Nationalsozialisten kam es jetzt bei vielen Veranstaltungen zu Zusammenstößen. In Sachsen erreichte die jungdeutsche wie die nationalsozialistische Aktivität ihren Höhepunkt, da hier Landtagswahlen vor der Tür standen. Die sächsischen Volksnationalen beschloßen, ohne Bündnis mit den bürgerlichen Parteien mit eigener Liste in den Wahlkampf zu gehen, nachdem der Versuch eines Blocks der Mitte mit Volkspartei, Volkskonservativen, Wirtschaftspartei und Demokraten gescheitert war. Bei den Wahlen am 22. Juni errangen die Volksnationalen mit 40 000 Stimmen im Sächsischen Landtag zwei Sitze²⁾.

Die sächsischen Wahlen, die die Volksnationalen noch in der Entwicklung getroffen hatten, waren ein „Vorpostengefecht“ gewesen. Am 18. Juli 1930 löste Brüning den Reichstag auf, der die Aufhebung der ersten Steuernotverordnungen mit knapper Mehrheit beschloßen hatte. Die Auflösung setzte das Siegel unter eine mehrjährige innere Aushöhlung des bisherigen Parteiensystems, das zu keiner konstruktiven Mehrheit mehr fähig war. Die Führung der Volksnationalen Reichsvereinigung hatte zu entscheiden, wie sie die Bewegung in dem nun beginnenden Wahlkampf einsetzen wollte. Obwohl der organisatorische Aufbau noch lange nicht abgeschlossen war, ja soeben erst richtig begonnen hatte, entschied man sich für die Teilnahme am Wahlkampf³⁾.

Die volksnationalen Forderungen und Vorschläge waren zuerst in Dresden programmatisch verkündet worden und wurden in den Richtlinien der Volksnationalen Reichsvereinigung endgültig formuliert, die bei der Gründung am 5. April 1930 beschloßen worden waren⁴⁾. Es ist an diesen Richtlinien auffallend, wie sehr die Ziele des Jungdeutschen Manifests in den Hintergrund getreten sind. Der Anteil des politischen Gedankenguts der Christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung ist überraschend groß. Unveränderte Programmpunkte des Jungdeutschen Manifestes sind die Forderungen zur Reichsreform auf Grund der Einteilung des Reiches nach den Stammesgebieten und zur staatsbürgerlichen Eingliederung und Aktivierung der Frau. Bei der Wahlrechtsreform ist nicht von „Kurführerprinzip“ und „Nachbarschaft“ die Rede, in der Sozial-

¹⁾ Reichsvertretung der Volksnationalen Reichsvereinigung (Broschüre); 82/6. 4. 30 f.

²⁾ 120/24. 5. 30; 125/31. 5. 30; 130/6. 6. 30; 136/14. 6. 30; Meister V/9, S. 402 ff.

³⁾ 166/19. 7. 30 f.

⁴⁾ Mommsen-Franz, Die deutschen Parteiprogramme, S. 101 ff.

politik nicht von Volksdienstpflicht und innerer Kolonisation. In der Außenpolitik wird nicht besonders auf die deutsch-französische Verständigung zwischen den volksnationalen Kräften beider Völker eingegangen. Dagegen wird von den Gewerkschaften die Forderung auf Ausbau des Reichswirtschaftsrates zu einer Wirtschaftskammer übernommen, ebenso der staatliche Eingriff in die Einkommensgestaltung der Arbeitnehmerschaft, wohl mittels des tariflichen Schlichtungswesens, ferner der Schutz der Kapitalbildung aus dem Volk heraus und die besondere Pflege des Berufsbeamtentums. Ausgesprochene christlich-nationale Programmpunkte sind auch die Selbstverwaltung der Sozialversicherung, wobei die Wurzeln dieser christlich-konservativen Sozialpolitik bis auf Theodor Lohmann, Bischof Ketteler und Viktor Aimé Huber zurückgehen, und endlich die Kodifizierung eines einheitlichen Arbeitsrechtes. Der christlich-nationalen institutionellen Verankerung der Sozialpolitik durch die Selbstverwaltung der Sozialversicherung tritt ergänzend der jungdeutsche Gesinnungssozialismus zur Seite, der Aufruf des „sozialen Gewissens der Volksgemeinschaft“, eines Gewissens, das den Gewerkschaftlern allein wohl nicht verlässlich genug erscheinen mochte.

In den Forderungen nach einer Stärkung der Regierungsgewalt, nach der Revision des Vertrages von Versailles und nach dem Anschluß Österreichs stimmten Jungdeutsche und Gewerkschaftler überein. Wenn vom Ausbau der deutschen Kulturgemeinschaft im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts der Völker gesprochen wurde, so äußerte sich hier das jungdeutsch-bündische Erbe der Pflege des volks- und grenzlanddeutschen Gedankens. Auch die Neuregelung der Ostgrenze war schon immer eine jungdeutsche Forderung gewesen. Dagegen war der Gedanke kolonialer Siedlungspolitik bisher nirgends im jungdeutschen Schrifttum aufgetreten, es sei denn im Zusammenhang mit den Plänen einer gemeinsamen „europäischen“ Erschließung des afrikanischen Kolonialreichs Frankreichs. Koloniale Siedlung drängt hier den jungdeutschen Programmpunkt einer umfassenden inneren Kolonisation zurück, der in den Richtlinien verdünnt wurde zu einer „gesunden Siedlungspolitik“. Wie in politischen Programmen nicht selten, gerieten die Formulierungen zur Kulturpolitik auch in den volksnationalen Richtlinien am unverbindlichsten und verschwommensten. Die Wendungen „deutsches Volkstum“ und „christliche Weltanschauung“ sind christlich-liberaler Herkunft. Das „Recht der Eltern“ ist wohl farbloser verstanden als das heißumkämpfte „Elternrecht“ aus späterer Zeit. Immerhin ist hier der christlich-nationale Anteil deutlich, der ins Gleichgewicht gesetzt ist mit der jungdeutschen „Citoyen“-Gesinnung: Die staatliche Pflicht zur staatsbürgerlichen Schulung der Jugend soll durch Konfessionsschulen nicht beeinträchtigt werden.

Seit den drei großen Kundgebungen im Sommer 1929 und durch die Gründung der volksnationalen Reichsvereinigung im April 1930 hatte die volksnationale Aktion in wachsendem Maße die politische Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Auf der Rechten und in der von Hugenberg kontrollierten Presse wurde die

Führung des Ordens endgültig für die „nationale Sache“ verloren gegeben und weiterhin von der Anhängerschaft zu trennen versucht. Soweit die Presse der Linken die politischen Gedanken Mahrauns und der volksnationalen Führung anerkannte, bezweifelte sie, ob die Jungdeutschen in ihrer Mehrheit den gleichen Kurs steuerten, und stellte die Frage, ob den Volksnationalen angesichts der politischen Zersplitterung und des zunehmenden Radikalismus, besonders der Nationalsozialisten, die erhoffte Sammlung großen Stils gelingen würde¹⁾. Besonders in der mittelparteilichen Presse schwanden aber manche Vorbehalte gegenüber dem Orden: Mahraun warb nicht wie die Nationalsozialisten um die „gedankenlose Masse“. Indessen gingen die Beurteilungen oft weit auseinander. Auf der sozialistischen Seite erblickte man in den Kundgebungen der Volksnationalen eine „Kreuzung demokratischer und nationalliberaler Phrasen“, ein „echt bourgeoishaftes Volksgemeinschaftsdenken“ mit teilweise dem Marxismus „gestohlenen“ Elementen. Auf der völkischen Rechten andererseits wurde bedauert, daß hier eine neue „Mittel- und parlamentarische Erfüllungspartei“ entstand, daß aus „Soldaten der deutschen Idee“ „Hilfstruppen des Weimarer Parlamentarismus“ wurden, ja, man vermutete auch hier Freimaurerei und „überstaatliche Mächte“²⁾.

¹⁾ Der Staatsbürger Nr. 17 (Pressestimmen zu Dortmund).

²⁾ 26/31. 1. 30 (Pressestimmen zu Dortmund); 27/1. 2. 30; 31/6. 2. 30; 35/11. 2. 30 ff.

X. Kapitel

Der Sammlungsversuch der Deutschen Staatspartei

Anfang April 1930 hielt der demokratische Politiker, ehemalige badische Staatspräsident und Reichspräsidentenskandidat im Jahre 1925, Professor Willy Hellpach, in der Demokratischen Vereinigung in Köln einen Vortrag zu dem Thema „Innerdeutsche Generalreinigung“. Er bezeichnete eine „große konservative Volkspartei von Lindeiner bis Lemmer“, also von den Volkskonservativen bis zu den „sozialrepublikanischen“ Demokraten, als Ziel der beginnenden politischen Neugruppierung in Deutschland. Als Gegengewicht gegen die SPD solle diese Partei die Regierungspartei Brüning's werden und, auf dem Boden der Republik stehend, eine „Synthese von konservativer Gläubigkeit und liberaler Geistigkeit“ ausbilden. Der Ansatz zu einer solchen Sammlung sei aber nicht bei den alten Parteien zu finden, sondern bei den neuen Aufbruchsgestalten wie den Volkskonservativen und den Volksnationalen. Hellpach bezeichnete schließlich den Jungdeutschen Orden als ideales Modell für eine solche Sammlung¹).

Als Folge der Wahniederlage der Deutschnationalen Volkspartei im Mai 1928 und der erneuten Regierungsübernahme der SPD durch das Kabinett Hermann Müller war es zur Krise und Spaltung der Deutschnationalen gekommen. Der aus der nationalen Angestelltenschaft kommende deutschnationale Reichstagsabgeordnete Walther Lambach hatte durch einen aufsehenerregenden Aufsatz „Monarchie“ in Hermann Ullmanns „Politischer Wochenschrift“ den Anstoß gegeben. Er hatte die Abkehr der Partei von monarchistisch-restaurativen Zielen, der Bildung einer wahrhaft „volkskonservativen“ Partei und ihre Mitarbeit im republikanischen Staat gefordert. Gegen diese Bestrebungen hatten die sich um Hugenberg gruppierenden großindustriellen und ostelbischen, starr „nationalen“ Kreise der Partei zum Gegenschlag ausgeholt. Der Parteivorsitzende, Graf Westarp, war zurückgetreten und Hugenberg hatte mit der Parole „Block oder Brei?“ im Oktober 1928 die Führung der Partei übernommen²). Mit seiner Führung unzufrieden, waren ein reichliches Jahr später prominente Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion aus der Partei ausgetreten und hatten am 28. Januar 1930 die „Volkskonservative Vereinigung“ gegründet, aus der im folgenden Juli die „Konservative Volkspartei“ unter Führung des Grafen Westarp hervorging³).

¹) 84/9. 4. 30.

²) Die Darstellung folgt hier Gildemeister, Die Abspaltung der Konservativen, S. 12 ff.

³) 283/4. 12. 29 f.; 24/29. 1. 30; Gildemeister, S. 20 ff.; Freytagh-Lorringhoven, Deutschnationale Volkspartei, S. 65 f., S. 74 f.

Da die Volksnationale Reichsvereinigung in der selben Zeit gegründet wurde rückten die beiden politischen Gruppen in der Öffentlichkeit nahe zusammen. Schien die neue Gruppierung, von der schon so lange die Rede war, jene Front „von Lambach bis Lemmer“, also doch Wirklichkeit zu werden?¹⁾ Tatsächlich blieb es vor der Reichstagsauflösung durch Brüning bei unverbindlichen Fühlungen. Die bestehenden Unterschiede und Gegensätze erwiesen sich als zu stark. Die Volksnationalen waren gegenüber den Volkskonservativen wegen des Übergewichts rein „bürgerlicher“ Kräfte und wegen ihrer ungeklärten Haltung zu den Gewerkschaften skeptisch. Gegenüber dieser parlamentarischen Sezession von „Offizieren ohne Truppen“ erhoben sie deutlich genug politische Führungsansprüche: „Der Aufbruch der Parlamentarier muß zu dem Aufbruch der Nation Stellung nehmen“, schrieb Mahraun. Die Hypothek der zurückliegenden Auseinandersetzungen mit den Deutschnationalen lastete immer noch schwer²⁾.

Auch zu den anderen Abspaltungen aus der DNVP hielten die Volksnationalen Abstand. Der „Christlich-soziale Volksdienst“ mit seinen Einflüssen protestantischer Orthodoxie und pietistischer Strömungen erschien ihnen als ein Abfall von dem Stegerwaldschen Gedanken einer großen überkonfessionellen christlich-nationalen Volkspartei, während in der Bauern- und Landvolkspartei Gerekes die Gefahr der bloßen Interessen- und Klassenpartei gesehen wurde³⁾.

So wurde die weitere Politik der volksnationalen Sammlung in eine andere Richtung gelenkt. Mahraun hatte die Parole ausgegeben, der Hauptstoß müsse sich auf die ehemalige demokratische Wählerschaft richten, die besonders durch die Radikalisierung von Rechts gefährdet war. Die Jungdeutschen hofften hier auf den Geist der Paulskirche und Friedrich Naumanns, vor allem in der jungen Generation, im „Reichsbund Deutscher Jungdemokraten“ und im „Reichsbund Deutscher Demokratischer Studenten“. Hier wollte man ja auch das „soziale Gewissen“ gegen die „großwirtschaftliche Vorherrschaft“ mobilisieren, hier wurde auch zuerst der Gedanke einer politischen Verbindung mit dem „Jungdo“ ernsthaft erwogen⁴⁾. In der Volkspartei, die von einem nicht unbeträchtlichen Teil der Jungdeutschen stets gewählt worden war, war Gustav Stresemann eine Hoffnung der Jungdeutschen. Gerade im engeren Kreis um ihn hatte sich ebenfalls die jüngere Generation zu Wort gemeldet. Ostern 1929 hatte Rochus Freiherr von Rheinbaben die „Front 1929“ als Erneuerungsgruppe innerhalb der Partei gegründet. Man schien hier entschlossen, „den Ballast eines vergangenen Jahrhunderts“ abzuwerfen, diskutierte über die Wahlrechtsreform durch Verkleinerung der Wahlkreise und echte Persönlichkeitswahl und über die Befreiung des Parlaments von dem Einfluß der Wirtschaftsinteressen, die statt dessen in einer besonderen zweiten Kammer zu Wort kommen sollten. Eine „Reichsgemein-

¹⁾ 24/29. 1. 30; 27/1. 2. 30.

²⁾ 25/30. 1. 30; Meister V/5, S. 193 ff.

³⁾ Meister, ebd.; 41/8. 2. 30.

⁴⁾ Stegerwald, Wohin gehen wir?, S. 23 ff.; vgl. Deutz, Stegerwald, bes. S. 113.

schaft junger Volksparteiler“, die im Mai 1929 von dem aus der Jugendbewegung kommenden Frank Glatzel und von Johannes Diekmann gegründet wurde, verfolgte ähnliche Ziele. Eine rheinische Gruppe jüngerer Leute hatte sich schon vorher im „Februar-Klub“ um Dr. Winschuh gesammelt. Dieser „erneuerte Liberalismus“ sollte schließlich, schon in der Abwehr des Übergewichts des Zentrums im Rheinland, den Weg zur laizistisch eingestellten Staatspartei finden. Indessen verblieb man hier überall grundsätzlich im parlamentarischen System und hatte für die jungdeutsche parteilose „Führer-Demokratie“ kein Verständnis¹⁾.

Auch innerhalb der Parteileitungen selbst wurde der Gedanke einer „Staatspartei“ immer wieder als eine Vereinigung vor allem von DDP und DVP aufgefaßt. Koch-Weser trat nicht nur mit Mahraun ins Gespräch, sondern streckte auch Fühler zur Volkspartei aus. Eine Verschmelzung der beiden Parteien konnte als Erfüllung des Vermächtnisses Friedrich Naumanns gelten, dessen Versuch 1919 gescheitert war, eine große demokratische Volkspartei zu schaffen als Synthese liberaler, nationaler und sozialer Überlieferungen. Dem gleichen Ziel wollte schon seit 1925 die von Dr. August Weber ins Leben gerufene überparteiliche „Liberaler Vereinigung“ dienen. Aber auch ihrer Beschwörung eines „sozialen Liberalismus“ standen die Jungdeutschen zweifelnd gegenüber. Hinter allem zeichnete sich schon jetzt die grundsätzliche Frage ab: mittelparteilicher Zusammenschluß oder völlige Neugruppierung, Partei oder Bewegung, Reform oder Umsturz des „parteiistischen“ Systems²⁾.

Schon der Aufruf Stresemanns zu Neujahr 1929, der ungewöhnlich stark um die Jugend warb, hatte für die Jungdeutschen den Anstoß gegeben, an andere Gruppen und Lager der bürgerlichen Parteien heranzutreten. Man hatte sich mit Vertretern des DHV, der Jungdemokraten, Jungliberalen und auch des Jung-Zentrum in den Windhorst-Bünden unterhalten. Die Hugenberg-Presse wollte schon im März 1929 von der kurz bevorstehenden Gründung einer „Deutschen Staatspartei“ unter Einschluß des Ordens wissen. Solche Zweckmeldungen eilten den Tatsachen allerdings weit voraus; alle Teile rückten davon ab. Die Gespräche wurden erst im Zusammenhang mit den sächsischen Landtagswahlen im Mai 1930 greifbarer, ohne daß der dort geplante „Block der Mitte“ mit DVP, DDP, Volkskonservativen, Wirtschaftspartei und Volksnationalen Wirklichkeit geworden wäre³⁾.

Trotzdem blieb vor allem Koch-Weser mit dem Ziel der großen Sammlung weiterhin aktiv. Hinter ihm standen wohl besonders der Kreis um Lemmer und die Jungdemokraten. Aber auch die „kleine“ Lösung von Lemmer bis Scholz scheiterte. Für die Volksnationalen war sie jene bürgerliche Sammlung, die sie

¹⁾ 45/22. 2. 29; 119/25. 5. 29; 122/29. 5. 29; 259/5. 11. 29; Generalanzeiger f. Dortmund [DVP] vom 21. 4. 29 (Zeitungsausschnitt). Mahraun selbst war in den ersten Jahren nach 1919 der Volkspartei nahegestanden (Pol. Ref., S. 9; 234/6. 10. 29); 156/8. 7. 30; 173/26. 7. 28; 261/6. 11. 28.

²⁾ 178/1. 8. 28; 10/12. 1. 29; Neumann, Die deutschen Parteien, S. 46 ff.

³⁾ 47/24. 2. 29; 56/7. 3. 29; 62/14. 3. 29; 103/4. 5. 29.

nicht wollten, war sie der „Wahlblock der Finanz“. In der demokratischen Parteiführung und Fraktion selbst war keine Einigkeit über den weiteren Weg zu erzielen. Die Jungdemokraten und die Sozialrepublikaner Lemmers lehnten eine großbürgerliche Sammlungspartei mit wirtschaftsliberalen Vorzeichen gleichfalls ab, während andere Gruppen der Verbindung mit den Volksnationalen weiterhin keine Sympathie entgegenbringen konnten. Ende Mai schien die Sammlungspolitik der Mitte in eine Sackgasse geraten zu sein¹⁾. Vor allem die Jungdeutschen und Volksnationalen waren über diese Entwicklung enttäuscht. Sie waren entschlossen, „die Sammlung auf der Grundlage der Volksgemeinschaft fortzusetzen“, im Lande draußen durch eine Sammlung von unten her in den lockeren Mitglieder- und Anhängerbestand der Parteien, Bünde und Interessenverbände einzubrechen²⁾. Wäre jetzt nicht am 18. Juli 1930 die Reichstagsauflösung erfolgt, wäre es wahrscheinlich nicht zur Gründung der Staatspartei gekommen. Aber jetzt ergriffen abermals Koch-Weser und Lemmer die Initiative und traten an Mahraun mit dem Vorschlag einer „Staatsbürgerbewegung“ heran. Koch-Weser hatte zunächst ohne Ermächtigung und Information des demokratischen Parteiausschusses gehandelt und stellte ihn vor vollendete Tatsachen. Das „Gründungsabkommen“, das nach vertraulichen Verhandlungen am 27. Juli zwischen Koch-Weser, Lemmer, den Volksnationalen und Vertretern der jungen Volkspartei abgeschlossen wurde, sah die Führung durch Mahraun als den „außerparlamentarischen Reichsführer der neuen Partei“ vor. Tags darauf traten die Gründer der „Deutschen Staatspartei“ mit einem Aufruf vor die Öffentlichkeit und betonten, daß es sich nicht um eine Parteienfusion handele, sondern um den Zusammenschluß politischer Führer, die eine Bewegung gegen die „Interessentenhaufen“ und die „Parteipolitik“ in ihrer bisherigen Form auslösen wollten³⁾.

Nicht nur die Öffentlichkeit, auch die eigenen volksnationalen bzw. demokratischen Anhänger wurden durch den Schritt überrascht. Mahraun hatte sich kurzfristig von einem auf den 26./27. Juli nach Berlin einberufenen Hochkapitel des Ordens und vom Reichsvorstand der Volksnationalen Reichsvereinigung Vollmachten erteilen lassen⁴⁾. Am 30. Juli trat auch der demokratische Parteiausschuß zusammen. Nach heftigen Debatten stimmte er dem Schritt seines Vorsitzenden mit 300 gegen 4 Stimmen bei einigen Enthaltungen zu und stellte die Parteiorganisation der DDP für den gemeinsamen Wahlkampf zur Verfügung. Besonders lebhaft setzten sich der preußische Finanzminister Hoepker-Aschoff und Professor Hellpach für die Neugründung ein. Dagegen wurden in den Kreisen

¹⁾ 82/6. 4. 30; 124/29. 5. 30 f.; 153/4. 7. 30; 104/6. 5. 30 f.; 170/24. 7. 30; Eggeling, Partei oder Bewegung, S. 8; Vallentin, Stresemann, S. 287 ff.

²⁾ 105/7. 5. 30; 122/27. 5. 30.

³⁾ 174/29. 7. 30; Eggeling, S. 9 ff. und S. 12 ff. Die Darstellung folgt hier neben dem „Jungdeutschen“ vor allem Eggeling.

⁴⁾ 175/30. 7. 30 f.; Eggeling, S. 11.

des Hansabundes besonders wirtschaftspolitische Bedenken laut. Der Vertreter des Zentralverbandes deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Beil, wandte sich wegen des Arierparagraphen des Ordens gegen die Verbindung. Anton Erkelenz, einer der demokratischen Theoretiker aus dem „Hilfe“-Kreis, trat zur SPD über. Auch der Pazifist Professor Quidde stimmte dagegen und schied aus der Partei aus.

Wo die treibenden Kräfte der Staatspartei lagen, zeigte der Aufruf, mit dem sich Mahraun und Ernst Lemmer gemeinsam an die junge Generation wandten und sich zur „Fortentwicklung der deutschen Politik, zum nationalen und sozialen Volksstaat, den alle ehren und lieben sollen“, bekannten. In der Staatspartei sollte etwas völlig Neues entstehen; man war jedoch gewillt, im Parlament um die Machtstellung zu kämpfen, die die jungen Kräften brauchten¹⁾.

Mhraun selbst sprach von einem „schweren Entschluß“ und bat seine Anhängerschaft, vorhandene Bedenken zurückzustellen, um eine Zersplitterung zu vermeiden; um den Staat machtpolitisch zu erobern, sei eine „Frontverbreiterung“ notwendig. Obwohl er die politischen Übereinstimmungen mit den Demokraten, besonders in der Außen- und Sozialpolitik, hervorhob, standen viele alte Jungdeutsche dem staatsparteilichen Experiment mit beträchtlichen Vorbehalten gegenüber²⁾.

Auch in der neuen Verbindung selbst mußten die Fronten wenigstens vorläufig geklärt werden. Es handelte sich dabei vor allem um die jungdeutsche Stellung zum Judentum und zu den wirtschaftspolitischen Fragen. Da der Orden neben der Volksnationalen Reichsvereinigung bestehen blieb, blieb es auch bei seinem umstrittenen „Arierparagraphen“, der Juden den Eintritt verwehrte. Die Jungdeutschen wollten hier für ihre bündische Gemeinschaft dasselbe Recht in Anspruch nehmen, das auch die jüdischen politischen und kulturellen Vereinigungen für sich forderten. Im Staat wurde dagegen den Juden die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung zuerkannt. Mahraun nannte den Antisemitismus ein „Minderwertigkeitsgefühl“ und eine „Barbarei“. In der wirtschaftspolitischen Stellungnahme wurde die „volkswirtschaftlich notwendige Kapitalbildung“ von der „Plutokratie“ als einer „verabscheuungswürdigen Methode politischer Willensbeeinflussung“ unterschieden³⁾.

Unterdessen waren am 7. August die zunächst noch weitergelaufenen Verhandlungen zur Vereinigung mit der DVP, den Volkskonservativen und Gerekes Landvolk ergebnislos abgebrochen worden. Die Vereinbarung eines „Burgfriedens“ für die Dauer des Wahlkampfes war das ganze Ergebnis. Nur in Baden und Württemberg kam es zu Listenverbindungen der DDP mit der DVP; hier spielten die Volksnationalen auch eine geringe Rolle⁴⁾.

¹⁾ 177/1. 8. 30.

²⁾ 175/30. 7. 30 f.; 189/15. 8. 30; 191/17. 8. 30.

³⁾ 181/6. 8. 30 f.

⁴⁾ 177/1. 8. 30—187/13. 8. 30.

Es war höchste Zeit, weitere Sammlungsversuche aufzugeben. Der Wahlkampf stand vor der Tür. Zu seiner Vorbereitung wurde in die Staatspartei ein Hauptaktionsausschuß gebildet, dessen Vorsitz an Stelle Koch-Wesers, der einen längeren Erholungsurlaub antrat, Hoepker-Aschoff übernahm. Obwohl Verfechter des staatsparteilichen Sammlungsgedankens, vertrat er die demokratische Parteiräson schroffer als der idealistischere Koch. Über die Aufstellung der Kandidatenlisten, die reichlich spät, erst am 28. August, fertig wurden, kam es in diesem Kreis zu ersten Spannungen¹⁾.

Am 17. August hatte unterdessen der Wahlkampf mit einer „Großkundgebung“ in der Düsseldorfer Tonhalle begonnen, wobei Hoepker-Aschoff und Mahraun sprachen und vor allem den Geist der Paulskirche und Naumanns beschworen²⁾. Am 24. August sprachen in Berlin Mahraun, Reichsminister Hermann Dietrich, Ernst Lemmer und Dr. Eschenburg³⁾. Den Schlußpunkt bildete eine Kundgebung mit 15 000 Menschen im Berliner Sportpalast am 11. September. Noch einmal sprachen Dietrich, Mahraun sowie Koch-Weser. „Zum erstenmal standen eine Standarte des Reichsbanners und ein Banner des Jungdeutschen Ordens nebeneinander als Symbol dafür, daß bündische Menschen aus dem schwarzweißroten und dem schwarzrotgoldenen Lager sich über den Flaggenzwist und über verschiedene Anschauungen hinweg die Hände reichen zur gemeinsamen Arbeit“⁴⁾. Auf staatsparteilichen Kundgebungen stellten jetzt Orden und Reichsbanner oft gemeinsam den Saalschutz gegen nationalsozialistische Sprengkommandos⁵⁾.

Anfang September wurde eine „Reichsgruppe Bündischer Jugend“ in der Deutschen Staatspartei gegründet. Aus der „Deutschen Freischar“ kamen Werner Kindt und Werner Pohl, aus dem „Reichsstand“ Norman Körber und Theodor Wilhelm; auch Vertreter aus dem Deutschen Pfadfinderbund, von den Königern, den Kronachern und aus der GDA-Jugend, fanden sich hier zusammen. Im bündischen Lager zeigte sich ein erfreulicher Sinn für Maß und Echtheit. Man glaubte das politische Instrument gefunden zu haben, auf das man seit 12 Jahren gehofft hatte. Werner Kindt von der „Deutschen Freischar“ nannte die Staatspartei eine „geradezu befreiend wirkende Tat“; Hans Zehrer setzte sich in der Vossischen Zeitung lebhaft für sie ein⁶⁾. Nicht zuletzt aus dieser verbreiteten bündischen Hoffnung auf die neue Partei wird auch der jungdeutsche Optimismus dieser Tage verständlich.

Das Manifest der „Deutschen Staatspartei“, auf das sich die von so verschiedenen Ausgangspunkten herkommenden Gruppen geeinigt hatten, war nicht nur

¹⁾ Eggeling, S. 14 ff.

²⁾ 192/19. 8. 30.

³⁾ 198/26. 8. 30.

⁴⁾ 207/5. 9. 30.

⁵⁾ 214/13. 9. 30.

⁶⁾ 179/3. 8. 30; 209/7. 9. 30; 1/1. 1. 31.

für den Wahlkampf, sondern auch als Grundlage für ein weiteres politisches Zusammenwirken gedacht und verriet einen starken Einfluß jungdeutsch-konservativer Gedanken¹⁾. Bis in die Textgestaltung hinein wurden teilweise die volksnationalen Richtlinien wiederholt. Als „lebendige Selbsthilfeorganisation des deutschen Staatsbürgertums“ wollte die „Staatspartei“ den „wahrhaft sozialen und nationalen deutschen Volksstaat“ anstreben. Die Selbstfinanzierung sollte sichergestellt werden. Die Forderungen der Wahl-, Reichs- und Verwaltungsreform wurde von den Volksnationalen übernommen, ebenso der jungdeutsche Gedanke eines großen siedlungs-politischen West-Ost-Bevölkerungsausgleichs. Selbst der alte jungdeutsche Gedanke des Schutzes der Ehre wurde aufgenommen. Demokratisches Erbe war die Betonung der Kunst des Möglichen in der Außenpolitik, aber auch die Frontstellung gegen die Sozialdemokratie, „wo diese die staatspolitischen Erfordernisse verletzt oder vernachlässigt“. Gemäß demokratischer, aber auch bündischer Tradition wurde der Kulturpolitik ein breiter Raum gewidmet, wobei besonders die „Einheitlichkeit der Schulgesetzgebung für das Reich“ als „eine Grundforderung der Zukunft“ genannt wurde. Mit der Betonung der staatsbürgerlichen Erziehung durch den Staat und der kulturellen Einheit der Nation und mit der Ablehnung eines überbewerteten Berechtigungswesens konnten die Volksnationalen leicht einverstanden sein. Auch in der Sozialpolitik war die Übereinstimmung nicht allzu schwer herzustellen: die Forderung des „sozialen Kapitalismus“, die Ablehnung sozialistischer Experimente, der Schutz des Mittelstandes, nicht zuletzt durch eine entsprechende Steuerpolitik, eine Reform des Aktienrechts und eine Gesetzgebung gegen Kartelle und Trusts, die Förderung der Landwirtschaft und die Anerkennung der Gewerkschaften waren hier die wichtigsten Punkte.

Die Wahl vom 14. September 1930 entschied nicht für das „Staatsvolk“; die Gewinner waren die „Prätorianergarden“ mit ihrem fanatisierten Anhang aus allen sozialen Gruppen, besonders aus der wirtschaftlich verzweifelnden Mittelschicht. Die Staatspartei erhielt 20 Mandate, verlor also gegenüber dem Besitz der DDP von 1928 nochmals 5 Sitze. Daß sie sich wenigstens als Partei mittlerer Größe noch behaupten konnte, war zu einem nicht geringen Teil auf das Konto der Volksnationalen zu buchen²⁾.

Am 17. September trat die neue Fraktion der Staatspartei zu ihrer ersten Sitzung zusammen und wählte Dr. August Weber, den Leiter der „Liberalen Vereinigung“, zu ihrem Vorsitzenden, Otto Bornemann, Oskar Meyer und Gertrud Bäumer zu Stellvertretern, Dr. Heuss zum Geschäftsführer der Fraktion und zu seinem Stellvertreter den Volksnationalen Dr. Hesse. Das Ergebnis der Wahl konnte die Erwartungen bei weitem nicht erfüllen. Um so mehr mußte nun aus der bisherigen lockeren Wahlgemeinschaft eine eigentliche Partei geschaffen

¹⁾ Das Manifest der Staatspartei in: Mommsen-Franz, Die deutschen Parteiprogramme, S. 104 ff. und in 196/29. 8. 30. Vgl. Neumann, S. 51.

²⁾ 216/16. 9. 30; 218/18. 9. 30; 222/23. 9. 30 (Wahlergebnisse).

werden, denn noch bestanden die beiden Organisationen der Demokratischen Partei und der Volksnationalen Reichsvereinigung nebeneinander. Aus den örtlichen Aktionsausschüssen, die den Wahlkampf durchgeführt hatten, sollten jetzt die Ortsgruppen der neuen Partei gebildet werden, die in ihrer Zusammensetzung dem Charakter einer „Staatsbürgerbewegung“ Rechnung tragen sollte. Es war vorgesehen, überall im Reich Wahlkreisparteitage stattfinden zu lassen, die ihre Vertreter zu dem auf Ende November angesetzten Gründungsparteitag zu entsenden hatten¹⁾.

Der staatsparteiliche Honigmond dauerte jedoch nicht lange. Die Gegensätze entzündeten sich an der Frage, ob die Mitglieder der DDP und der Volksnationalen Reichsvereinigung automatisch in die Staatspartei übernommen werden sollten, oder ob der Beitritt einzeln zu erfolgen habe. Ein Rundschreiben vom 19. September an die Aktionsausschüsse sah die automatische Übernahme aller Mitglieder vor, „sobald nicht bis zu einem bestimmten Termin von ihnen ein gegenteiliger Bescheid eingegangen ist“. Dagegen wandte sich in einer Sitzung des Hauptaktionsausschusses ein Vertreter der Volkspartei, der hierdurch, nicht zu Unrecht, ein Übergewicht der Demokraten befürchtete, das dem ursprünglichen Sammlungsgedanken nicht entsprach, zumal die Einzelbeitritte, gerade aus Kreisen der Volkspartei, nicht allzu zahlreich waren²⁾. In einer Vorstandssitzung der DDP am 26./27. September stießen Koch-Weser und Hoepker-Aschoff zusammen. Vor allem Hoepker-Aschoff begannen die Volksnationalen zu mißtrauen. Einige Tage später übte eine Versammlung volksnationaler Staatspartei-Wähler in Berlin-Kreuzberg an ihm heftige Kritik. Auch der Reichstagsabgeordnete der Staatspartei, Dr. Reinhold, wurde hier scharf getadelt, weil er nach seiner Wahl einen Posten als Aufsichtsrat des Ullstein-Verlages übernommen hatte. In der neuen Staatspartei, so hieß es schon sehr deutlich, sei kein Platz für Menschen, die nicht in neuem Geist und mit neuen Methoden arbeiten wollten³⁾.

Bei der ersten Fraktionssitzung stand auch die Regierungsvorlage zur Finanzsanierung zur Debatte. Die Volksnationalen, deren Sprecher Bornemann war, wollten ihre Zustimmung nur geben, wenn die Staatspartei sofort von der Regierung die Behandlung ihrer grundsätzlichen Forderungen gemäß dem Manifest der Staatspartei verlangte: also Wahlreform, Reichsreform, Agrarreform, Kartellreform, Reform des Aktienrechts, Kontrolle des Kreditwesens, Revision des Youngplans und — als letzte, neue Forderung — ein „Unvereinbarkeitsgesetz“ für Abgeordnetenmandat und Aufsichtsratposten. Diese Häufung der Bedingungen war zu reichlich, um von der demokratischen Mehrheit der Fraktion nicht abgelehnt zu werden. Stand die volksnationale Führung unter dem Druck ihrer Anhängerschaft, oder waren es nur die Eierschalen der eigenen bündischen Vergangenheit, die das Augenmaß für das Mögliche verlieren ließen, als man zum

¹⁾ 219/19. 9. 30.

²⁾ Eggeling, S. 20 ff.

³⁾ Ebd.

erstmal selbst praktische Politik machen konnte? Wer sich einmal unter vielen Risiken und trotz großer Bedenken für parlamentarische Politik entschieden hatte, der mußte Schritt für Schritt vorgehen, wenn er nicht alles gefährden wollte, gerade auch dann, wenn er große Hoffnungen auf die neue Partei setzte.

An politischem Takt fehlte es beiden Seiten, in der Taktik waren die volksnationalen Neulinge eindeutig unterlegen. Gegenüber ihren Vorwürfen ging Hoepker-Aschoff zum Gegenangriff über, als er für die weitere Zusammenarbeit folgende Bedingungen formulierte:

1. Wahl des Vorstands durch den Reichsparteitag; der Vorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, deren einer Mahraun sein soll;

2. Die Geschäftsstellen der Demokratischen Partei arbeiten zunächst weiter. Bei einer späteren Neuregelung sind die alten demokratischen Parteibeamten weitgehend zu berücksichtigen;

3. Jede Kritik an der demokratischen Richtung muß aufhören. Dem Maximalprogramm Bornemanns stellte Hoepker-Aschoff also nun seine eigenen Maximalforderungen entgegen, die den Bruch zumindest einkalkulierten¹⁾.

Bei einer Besprechung am 2. Oktober lehnten die jungdeutschen Vertreter diese Bedingungen ab. Endgültig sollte eine Sitzung des Hauptaktionsausschusses darüber entscheiden. Zwar versuchten Mahraun und der Fraktionsvorsitzende Dr. Weber die Lage noch zu retten. Aber hinter den technisch-organisatorischen Fragen des Zusammenschlusses verbargen sich die unausgetragenen ideologischen Gegensätze. Hoepker-Aschoff und andere lehnten insbesondere die christlich-nationalen Gewerkschaftler unter den Volksnationalen ab. Man wollte eine eindeutige „Linkspartei“ sein; von einer „Staatsbürgerbewegung“ war hier nicht mehr die Rede²⁾.

Bei der entscheidenden Sitzung am 7. Oktober hielt Hoepker seine Bedingungen aufrecht, während Bornemann auf Hoepkers Rücktritt und der unbestrittenen außerparlamentarischen „Reichsführerschaft“ Mahrauns bestand. Doch die volksnationalen Forderungen wurden vom Hauptaktionsausschuß abgelehnt. Auch Lemmer stand jetzt gegen die Volksnationalen, deren Austritt damit vollzogen war³⁾.

Es folgte ein unerquickliches Nachspiel wegen der gemeinsamen Wahlschulden. Das Verlangen der Staatspartei an die volksnationalen Abgeordneten, ihre Mandate niederzulegen, wurde zurückgewiesen. Noch im Oktober begann eine allgemeine Flucht besonders der jungen Kräfte aus der Partei. Die bündische Jugend schied nach einer ausdrücklichen Solidaritätserklärung mit dem Orden und den Volksnationalen aus. Ebenso gingen die Sozialrepublikaner. Eine tiefe Enttäuschung griff um sich⁴⁾.

¹⁾ 230/2. 10. 30; Eggeling, S. 24 ff.

²⁾ 232/4. 10. 30; Eggeling, S. 26 ff.

³⁾ Eggeling, S. 31 ff.

⁴⁾ 242/16. 10. 30; Eggeling, S. 33 ff.

Die Kommentare zum Austritt der Volksnationalen waren je nach der politischen Richtung bedauernd oder schadenfroh. Man wies auf die „Wahlpleite“ als die eigentliche Ursache hin und auf die inneren Schwierigkeiten, die für den Orden mit dem Experiment verbunden waren und eine Trennung erforderlich gemacht hatten. Es wurde auch davon gesprochen, daß der Orden jetzt, da er seine Mandate hatte, wieder „nach Rechts verduftete“¹⁾.

Vertrauenskundgebungen für Mahraun aus den Einheiten des Ordens und den Gruppen der Volksnationalen Reichsvereinigung konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Orden seit der Zusammenarbeit mit den Demokraten an Anhängern verlor, die sich von dem parlamentarischen Experiment verwirrt fühlten. Bei den Volksnationalen sprach man offen von einer „befreienden Tat“, womit der Austritt aus der Staatspartei gemeint war²⁾.

So verständlich das Unbehagen der jungdeutschen Gefolgschaft erscheint, so verständlich sind doch auch die Erwägungen ihres Führers Mahraun im Schicksalsjahr 1930. Nach dem Mißerfolg aller bündischen Sammlungsversuche konnte es durchaus ein erfolgversprechender politischer Weg sein, zu versuchen, das angeschlagene Parteiensystem an seiner schwächsten Stelle, in der Mitte, zu durchstoßen und dann nach beiden Seiten „aufzurollen“ oder wenigstens möglichst viele Kräfte aus dem Durchstoß in eine Sammlungsbewegung fortzureißen. In der Volksnationalen Reichsvereinigung waren schon Kräfte aus der Deutschnationalen Partei und aus den dem Zentrum nahestehenden Christlichen Gewerkschaften gewonnen worden. Konnte das nicht auch bei den Demokraten, bei den Erben Naumanns, bei den Sozialrepublikanern Lemmers, bei den jungen Kräften in der Volkspartei möglich sein? Überall gab es hier Gruppen ähnlichen Strebens, zum Teil in maßgebenden politischen Stellungen, gab es Männer wie Koch-Weser, Stegerwald, Dietrich, Lemmer, mit denen man sich bei maßvoller Taktik verständigen konnte.

Daß der Versuch scheiterte, lag am inneren Wesen der Jungdeutschen und der Volksnationalen. Sie standen unter dem Einfluß ihres bündischen Erbes, das aus der Zeit des Wehrverbandes überkommen war und für die Praxis des politischen Lebens nicht genügend schulte. Sie vermochten die Mittel des modernen parlamentarischen Parteienstaates nicht zu handhaben, sie verachteten vielleicht ihre Handhabung, ungeachtet aller ehrlichen Mühe, das bündische „Ghetto“ zu durchbrechen. Nur unter schweren inneren Spannungen konnte der Orden, das Fundament der Volksnationalen Reichsvereinigung, den notwendigerweise ausschließlichen bündischen Sammlungs-Anspruch zurücknehmen und damit zur parlamentarischen „Repräsentationspartei“ werden. So mußte aus weltanschaulichen wie aus politisch-strukturellen Gründen der Versuch einer Vereinigung von „Bund“ und „Partei“ scheitern.

¹⁾ 237/10. 10. 30 f.

²⁾ 242/16. 10. 30; 248/28. 10. 30.

Vollends verhängnisvoll wurde es, daß die langsame, „prinzipiell richtige“ Entwicklung, die unter den Volksnationalen eingesetzt hatte, jäh unterbrochen wurde, als sie von der Reichstagsauflösung am 18. Juni überrascht wurden. Sie mußten sich entscheiden, ob sie eine kleinbürgerliche Splittergruppe sein wollten oder versuchen sollten, auf jede Gefahr hin, der heranbrandenden radikalen Woge entgegenzutreten.

Über der grundsätzlichen und tapferen Entscheidung, den Kampf aufzunehmen, lagen somit von Anbeginn an tiefe Schatten. Der Radikalismus war schon weiter fortgeschritten, als es den Anschein hatte. Die Erkenntnis der Gefahr bei den verantwortlichen Politikern war dagegen noch erstaunlich schwach. Sonst hätten die Warnrufe eines Hermann Dietrich nicht zu solch beschämenden Ergebnissen führen dürfen, sonst hätte die „Sammlung der staaterhaltenden Kräfte“, diese unbewußt prophetische Losung, andere Wirkungen ausgestrahlt.

XI. Kapitel

„Der Große Plan“: Arbeitsdienst und Siedlung

Am schwersten wirkte sich der gescheiterte staatsparteiliche Sammlungsversuch auf die Volksnationale Reichsvereinigung aus. Hier verloren die Jungdeutschen einen wesentlichen Teil des seit 1928 gewonnenen Geländes. Manche Volksnationalen liefen in ihrer Verwirrung schon bei den Septemberwahlen zu den Nationalsozialisten: Einen Anschluß nach rechts, zur Volkspartei oder zu den Volkskonservativen, hätten sie mitgemacht; die Verbindung mit den Demokraten erschien ihnen unnatürlich. Besonders in den ostdeutschen Provinzen dürfte die volksnationale Anhängerschaft vielfach eine solche Entscheidung getroffen haben¹⁾.

Der Orden selbst wurde von dem Zusammenbruch der Staatspartei dagegen nicht entscheidend getroffen. Die von Mahraun genannte Zahl von nur 586 ausgedienten Ordensbrüdern läßt allerdings nicht den ganzen Umfang der Krise, die es auch hier gab, erkennen. In manchen Gebieten wie in Schlesien, Thüringen und Schleswig-Holstein waren ganze Gefolgschaften, nicht nur einzelne Ordensbrüder, unsicher geworden. Auch führende Mitarbeiter, wie der Staatsrechtler der Ordensleitung Reinhard Höhn, schieden aus²⁾. Noch im Herbst 1930 erhielt der Orden seine neue Parole, die die Krise mit überwinden sollte: Arbeitsdienst und Siedlung³⁾.

Um den harten Stoß aufzufangen, traf es sich günstig, daß in den letzten Jahren sich das „innere Gefüge“ des Ordens gefestigt hatte. Besonders die Jugendarbeit war verstärkt worden. Ein erstes „Reichstreffen“ der Ordensjugend in Goslar zu Pfingsten 1930 sowie das Erscheinen einer eigenen Monatschrift „Jungdeutsche Jugend“ seit Mai desselben Jahres beendeten eine mehrjährige Aufbauarbeit. Jüngere bündische Führer, wie Erich Eggeling, der in Goslar die Leitung der Ordensjugend von dem bisherigen „Wanderwart“ des Ordens, Generalleutnant a. D. von Salzenberg, übernahm, gewannen an Einfluß⁴⁾. Der „Lebensring“ des Ordens sollte geschlossen werden. Durch die Ordensjugend gab es auch immer wieder Fühlung mit anderen bündischen Gruppen. Nach dem Austritt der „Reichsgruppe Bündischer Jugend“ aus dem staatsparteilichen Konkurs arbeiteten die darin vereinigten Gruppen als „Staatspolitische Reichs-

¹⁾ Siehe auch die Weltübersichtskarte bei Forsthoff, Deutsche Geschichte seit 1918, S. 229.

²⁾ Hille, Mahraun, S. 69 ff.

³⁾ Siehe unten, S. 111 ff.

⁴⁾ 118/4. 5. 27; 132/8. 6. 30; 133/11. 6. 30; 227/29. 9. 31. Über die Ordensjugend siehe auch die Bilder in: Zehn Jahre Jungdeutscher Orden.

gruppe“ weiterhin zusammen. Besonders stimmten der Orden und seine Jugend in diesen Jahren mit den besten bündischen Kräften darin überein, der nationalsozialistischen Demagogie unermüdlich das Brückenschlagen und Verstehen im politischen Kampf entgegenzusetzen¹⁾.

Seit dem Ende des Jahres 1929 gab es fast an allen deutschen Universitäten und Hochschulen jungdeutsche Studentengemeinschaften, die, wenn auch zahlenmäßig oft schwach, durch Vortrags- und Diskussionsabende oder auch durch größere Tagungen eine rege Tätigkeit entfalteten, teils in Verbindung mit anderen bündischen Gruppen in der Studentenschaft. Auch die studentische Selbstverwaltung suchte man zu beeinflussen, um sie der reinen Parteipolitik zu entziehen. In der burschenschaftlichen Tradition wurden nicht nur Wurzeln des jungdeutschen Gedankens, sondern einer vorbildlichen akademischen Führungsschicht überhaupt gesehen. Bei der Erörterung der Aufgaben eines lebensnahen und volksverbundenen Akademikertums wurde die alte bündische Formulierung von der „aristokratischen Demokratie“ wieder aufgenommen. Und wie den Führergedanken, so versuchte man auch den Begriff der Bildung neu zu fassen. Mit bündischem Pathos wandte man sich gegen die „liberalistische Überwertung der Bildung“ und gegen Bildung als Funktion von Stand und Besitz. Die Gebildeten sollten wieder die „Gralshüter des Erneuerungsgedankens“ werden wie 1813 und 1848, indem sie mit dem ganzen Volk in enger Fühlung standen und sich auszeichneten allein durch die höhere Leistung und das größere Können²⁾.

Da der Jungdeutsche Orden eine „Volksgemeinschaftsbewegung“ sein oder werden wollte, spielte in ihm die Frau von vornherein eine andere Rolle als in den anderen Wehrverbänden und Bünden. Die christlich-bündische Auffassung von der „Gleichwertigkeit“ der Frau wurde der liberalen Losung der „Gleichberechtigung“ gegenübergestellt, auch wenn die soziale und politische Gleichstellung der Frau im neuen republikanischen Staat keineswegs rückgängig gemacht werden sollte. Aber wie die bürgerlich-„parteiistische“ Demokratie zum „Volksstaat“ fortzuentwickeln war, so mußte sich auch die formale Sozial- und Wahlrechtsemanzipation der Frau ausweiten zu einem Frauenbild, in dem

¹⁾ 1/1. 1. 31.

²⁾ 255/30. 10. 28; 161/13. 7. 29; 184/9. 8. 29; 299/22. 12. 29; 1/1. 1. 30; 8/10. 1. 30; 63/15. 3. 30; 217/17. 9. 30; Frauenzeitung 1/1925; Rüstzeug Nr. 9.

Als Beispiel für diese studentische Arbeit des Ordens mag hier eine Tagung erwähnt werden, die der Kreis Nord im „Ring Jungdeutscher Studentengemeinschaften“ im Dezember 1929 unter dem Gesamthema „Der Selbstverwaltungsgedanke als Träger der kulturellen Erneuerung“ durchführte. Unter dieser echt bündischen Themastellung wurden insbesondere die Probleme der Reichsreform erörtert. Es referierten u. a. die Professoren Vogel und Grabowsky von der Berliner Hochschule für Politik. An den von der jungdeutschen Studentengemeinschaft der Universität Berlin organisierten öffentlichen Debatten beteiligten sich Mitglieder der Professorenschaft, der Parteijugend und der bündischen Gruppen. Für die Verbreitung des jungdeutschen und volksnationalen Gedankenguts in akademischen Kreisen waren vor allem auch die Vorträge und Referate wichtig, die Dr. Reinhard Höhn seit dem September 1929 an mehreren deutschen Hochschulen hielt. Vgl. oben, S. 85 f.

sie die Ergänzung des Mannes, auch im politischen Raum, ist. Die Gleichberechtigung enthob die Frau nicht der Pflicht, ihr Frauentum inmitten der modernen Zivilisation zu bewahren. Bis 1930 blieb die jungdeutsche Frauenarbeit in der „Ordensgemeinschaft Jungdeutscher Schwesternschaften“ organisatorisch selbständig und wurde dann in die „Volksgemeinschaftsbewegung“ des Ordens eingegliedert¹⁾. Ihre Hauptaufgaben lagen in der sozialen Arbeit und Hilfstätigkeit: in den „Geusenküchen“, deren größte in Kassel, Minden, Pirna und Oldenburg arbeiteten, in den Speisungen, Sachwertsammlungen, Holzeinschlägen für Bedürftige, Hilfsaktionen bei Unglücksfällen und Wetterkatastrophen. Eine jungdeutsche „Reichsvermittlungsstelle“ für Frauen und Mädchen wurde eingerichtet, die sich besonders in den Zeiten der Arbeitslosigkeit als Solidaritätswerk bewährte. Auch eigene Ferien- und Erholungsheime wurden wesentlich der Initiative der jungdeutschen Frauen verdankt²⁾. Daneben stand ihre Kulturarbeit. Ein Wanderpreis für die beste Leistung in Volkstanz, Volkslied und weiblicher Handfertigkeit wurde gestiftet. Als eine besondere Leistung baute die Großgemarkung Thüringen ein großes Puppenmuseum mit Trachten aller deutschen Landschaften auf. Diese Trachten, zum Teil schon der Vergessenheit entrissen, wurden überall bewundert, wo sie in der jungdeutschen Wanderausstellung gezeigt wurden³⁾.

Die Bemühungen, einen eigenen Stil jungdeutscher Geselligkeit zu formen, waren nicht immer frei von klein- und provinzbürgerlicher Beschränktheit, so in dem Kampf gegen den „Bubikopf“, in dem Bestreben für eine schlichte „deutsche“ Frauenkleidung, in der Ablehnung des Pullovers und des Trenchcoats, der „fremdländischen Schiebetänze“ und „aufreizender Musik“, auch in der Feindschaft gegen alle Fremdwörter. Doch die Geschmacklosigkeiten in der Gestaltung „Deutscher Abende“ wurden ebenso aufs Korn genommen wie der Typ der altnationalen „Wohltätigkeitsdamen“⁴⁾.

Es waren dies alles Teilstücke einer umfassenden Diskussion innerhalb des Ordens über grundsätzliche kulturpolitische Fragen. Seit 1930 besann man sich wieder auf die bündischen Wurzeln des Ordens als einer „Lebensgemeinschaft“ und nicht bloß als einer politischen Organisation und schälte das bündische Weltbild wieder heraus: Freiheit und Gemeinschaft, Unbedingtheit, Selbstverwaltung und Unterordnung unter den Führer. Kulturpolitik wurde, echt bündisch, als „absolutes Handeln“ bezeichnet, der politischen Aktivität im engeren Sinne weit übergeordnet. In den Großballeien wurden Kulturausschüsse

¹⁾ Frauenzeitung 2/1925, S. 11 f.; 5/1925, S. 41 f.; 6/1925, S. 88 ff.; 1/1930, S. 2 ff.

²⁾ Frauenzeitung 4/1929, S. 56 f.; 6/1929, S. 81 f.; 7/1929, S. 111. Da Frau Hanna Klostermüller, Berlin, selbst demnächst die jungdeutsche Frauenarbeit darstellen will, kann ich mich hier auf diesen kurzen Überblick beschränken.

³⁾ Frauenzeitung 7/1927, S. 101 f.; 11/1927, S. 166 f.

⁴⁾ Frauenzeitung 11/1925, S. 117 ff.; 2/1926, S. 17 f.; 7/1926, S. 97 f.; 8/1926, S. 114 ff.; 12/1926, S. 179 f.; 2/1931, S. 19 f.; 10/1931, S. 146 ff.; 278/27. 11. 28. Einen guten Einblick vermittelt auch hier das Bildmaterial in: Zehn Jahre Jungdeutscher Orden.

als Kontaktstellen mit den geistigen Strömungen der Zeit eingerichtet. Der rührige sächsische Kulturausschuß arbeitete Leitsätze aus, die das oberste Ziel in der „Volkseinheit“ sahen, die Gemeinschaftsschule in den Grundschulen, den Zugang für alle Begabten zu den Höheren und Hochschulen und den obligatorischen Religionsunterricht zur Vertiefung „unserer christlichen Fundamente“ forderten. Solche Leitgedanken waren nicht weit von einem „nationaldemokratischen“ Bildungsprogramm entfernt, wie es sich schon anlässlich des Manifestes der Staatspartei gezeigt hatte. Der konservativ-bündische Einschlag hob vor allem die volklichen Traditionswerte hervor. In anderen Gauen standen andere Probleme im Vordergrund, im Westen etwa die Sozialpolitik, im Osten Fragen des Grenzlands und seines Deutschtums¹).

Von den kulturpolitischen Bestrebungen aus setzte der Orden zu neuer Aktivität an, um die Staatspartei-Krise zu überwinden. Die Volksnationale Reichsvereinigung verlor ihre Bedeutung, wenn sich ihre sechs Abgeordneten im Reichstag auch eine nicht unbeachtete Stellung zu verschaffen verstanden; in den Parlamenten Sachsens, Braunschweigs und Danzigs saßen ebenfalls einige Volksnationale. Am 14. Mai 1931 fand in Berlin noch einmal eine Versammlung volksnationaler Wahlkreisvertreter statt. Aber der Name „volksnational“ tritt immer mehr in den Hintergrund, und eine neue Bezeichnung, „Jungdeutsche Bewegung“, kommt auf. Die Forderungen nach Arbeitsdienst und Siedlung, nach Amtsverlängerung des Reichspräsidenten und Einberufung einer neuen konstituierenden Nationalversammlung standen jetzt unter der Losung von der „zweiten jungdeutschen Welle“, die mit Stein-Feiern im Sommer 1931 eingeleitet wurde. Der „revolutionäre“ Charakter des Jungdeutschtums wird jetzt stark betont — bald wird das Wort von der „Raumrevolution“ geprägt werden. Diese „zweite Welle“ wird als der „nordische Gegenstoß“ gegen den „romanischen“ Nationalsozialismus bezeichnet: Ein „nordischer“ Nationalismus tritt gegen den „romanischen Hitler-Faschismus“ in die Schranken. Die Gemeinsamkeiten mit den „Nationalrevolutionären“ vom Schlage der „Revolutionären Nationalsozialisten“ in der „Schwarzen Front“ Otto Strassers und anderen bündischen Gruppen sowie die „sozialistischen“ Elemente des Jungdeutschtums werden nun hervorgehoben²).

Für das Jahr 1931 hieß die Parole: Arbeitsdienst und Siedlung³). Beide Aufgaben wurden von den Jungdeutschen von Anfang an eng zusammen gesehen. Die um sich greifende Arbeitslosigkeit und Proletarisierung sollte gebannt werden durch die Vision eines blühenden deutschen Bauerntums, vor allem an der Ostgrenze. Dies war der neue „revolutionäre Nationalismus“, den Mahraun von der Haltung der Bürger unterschied, „die nur nach ihren Kassen gucken und die,

¹) Meister VI/2, S. 79 ff., S. 84 ff. Bei der Großballeitung Sachsen gab es beispielsweise folgende Referate: Volksschule, Höhere Schule, Hochschule, Lehrerbildung, Studentenschaft, Volksbildungswesen, Frauenfragen.

²) 112/16. S. 31; 149/30. 6. 31; Der Staatsbürger Nr. 40, S. 41 und S. 45.

³) 267/14. 11. 30; 300/24. 12. 30; Hille, Mahraun, S. 69 ff.

wenn diese Kassen leer sind, nationalsozialistisch wählen“. Er richtete sich auch gegen die Republik in ihrer gegenwärtigen Gestalt: „Wir haben heute eine Reaktion nicht nur im schwarzweißbroten Lager, sondern auch im schwarzrotgoldenen. Und diejenige Leute, die stolz eine Jakobinermütze tragen, sind heute reaktionärer als die Fürsten und Großbesitzer einst, sobald sie in den Aufsichtsräten sitzen.“ Mit solchen Absagen an die bestehende Republik wurde zugleich die Parole gesucht, deren der Orden nach dem Scheitern des staatsparteilichen Sammlungsversuchs und angesichts der bereits mächtigen Springflut des Nationalsozialismus mehr denn je bedurfte, um sich zu behaupten oder noch einmal die Initiative zu gewinnen¹⁾.

Auch in den anderen Bünden, vom „Stahlhelm“ bis zum „Reichsbanner“ und darüber hinaus in weiten Kreisen, wie in Damaschkes Bodenreformbewegung oder in der Gruppe um die Zeitschrift „Die Tat“, war unterdessen die Parole des Arbeitsdienstes, der Siedlung und West-Ost-Bewegung aufgenommen worden²⁾. Die Regierungsstellen begannen, sich mit Vorbereitungen für einen freiwilligen Arbeitsdienst zu befassen. Zu den Besprechungen im Reichsarbeitsministerium wurden die Vertreter der Verbände herangezogen³⁾. Vor allem der Orden drängte. Jungdeutsche „Landnehmerkundgebungen“ wurden, besonders im Ruhrgebiet, abgehalten und Verbindung aufgenommen mit der Bodenreformbewegung und dem „Deutschen Ostbund“⁴⁾. Schon im Mai 1931, vier Wochen vor dem Regierungserlaß über den Freiwilligen Arbeitsdienst, wurde bei Bautzen das erste „Jungdeutsche Freikorps der Arbeit“ zusammengestellt, um Regulierungsarbeiten gegen Überschwemmungen durchzuführen⁵⁾.

Während die Reichsregierung zunächst den FAD vor allem als Notstandsmaßnahme gegen die Arbeitslosigkeit betrachtete, war er für die Jungdeutschen nur ein Teil einer umfassenden Siedlungsbewegung und Vorstufe zu einer allgemeinen nationalen „Volksdienstpflicht“. Schon in der Krise von 1923/24 hatte Mahraun diesen Gedanken in einer Schrift „Über die Einführung der allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht“ in die Debatte geworfen. An die Stelle einer kurz-sichtigen militärischen Revanchepolitik der Rechten sollte schon damals ein „Freiheitskrieg der Arbeit“ treten und als Ersatz der allgemeinen Wehrpflicht die Arbeitsdienstpflicht eingeführt werden als Schule der Staats- und Gemeinschaftsgesinnung. Durch die Schaffung neuer Vermögenswerte sollte die „Zwangs- und Requisitions-wirtschaft“ der Nachkriegszeit ihr Ende finden. Auch über die Organisation einer solchen Arbeitsdienstpflicht hatte Mahraun sich schon damals geäußert. Für das Führerkorps sollten abgebaute Beamte, Versorgungsanwärter des ehemaligen Heeres, auch geeignete Persönlichkeiten aus der Arbeiterbewe-

¹⁾ 30/5. 2. 31.

²⁾ 84/11. 4. 31.

³⁾ 11/14. 1. 31; 15/18. 1. 31.

⁴⁾ 15/18. 1. 31; 41/18. 2. 31.

⁵⁾ 107/9. 5. 31; 130/7. 6. 31; 195/22. 8. 31; 198/26. 8. 31.

gung gewonnen werden. Die Verwaltung des Arbeitsdienstes, der die Kultivierung von Ödland und Siedlungsarbeiten sowie Kulturarbeiten allgemeiner Art, wie Flußregulierungen, Deichbauten, die Errichtung von Krankenhäusern und Badeanstalten durchführen sollte, konnte zur Verbilligung eigene Industrien, z. B. Ziegeleien, Holzbearbeitungsbetriebe, Berkwerke, übernehmen, um die finanzielle Selbständigkeit der gesamten Organisation sicherzustellen. Eine „Bank der Arbeitsdienstpflicht“ war als Verrechnungsstelle für die Leistungen des Staates zu gründen. Der Staat konnte etwa Ödlandbesitz der öffentlichen Hand oder Baustoffe unentgeltlich zur Verfügung stellen und Kredite gewähren, die von der ersparten Arbeitslosenunterstützung gespeist werden konnten. Die geschaffenen Werte blieben Eigentum der Arbeitsdienstverwaltung. Durch „Erbpacht“, Anzahlungen und Kauf konnten sie in das Eigentum der Freiwilligen und Siedler übergehen. Für größere Dorfsiedlungen sollten Gemeinschaften nach dem Vorbild des mittelalterlichen Locatorentums gegründet werden. Es wurde ferner vorgeschlagen, im Lauf der Zeit die Sozialversorgung ganz aus dem Ertrag des Arbeitsdienstes zu bestreiten. Die letzten wirtschaftspolitischen Ziele erstrebten eine umfangreiche Reagrarisierung und eine weitestmögliche Autarkie Deutschlands. Daneben erhofften die Vorschläge eine entscheidende Ankurbelung der Wirtschaft, die Hebung der Kaufkraft und eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch den Abfluß der Jugendlichen in den Arbeitsdienst¹⁾.

Der Gedanke der Volksdienstpflicht mit seiner wirtschaftlichen wie erzieherisch-staatspolitischen Begründung war ein Teil der ersten Fassung des Jungdeutschen Manifests von 1924 gewesen. In das Manifest von 1927 war er dann, wenn auch in kürzerer Form, aufgenommen worden. Die Jungdeutschen konnten sich also mit Recht als Pioniere des Arbeitsdienstgedankens in Deutschland bezeichnen.

An diese früheren Überlegungen knüpften nun die Vorschläge an, die Mahraun 1932 in seiner Schrift: „Der große Plan — Der Weg aus dem Chaos von Staat und Wirtschaft“ zusammenfaßte. Ihr lag die Auffassung zugrunde, daß es sich bei der Wirtschaftskrise nicht um eine „normale“ Konjunkturkrise, sondern um das Ende einer „ganzen Phase der industriellen Entwicklung“, um die Schlußkrise des industriellen Kapitalismus überhaupt und eine tiefgreifende Strukturkrise der weltwirtschaftlichen Ordnung handelte, der nur mit entsprechenden grundlegenden Reformen begegnet werden konnte²⁾. Das Ende der europäischen Expansion rund um den Erdball schien gekommen. Das alte Gleichgewicht zwischen Industrie- und Rohstoffländern, das bis 1914 funktioniert hatte, schien endgültig zerstört. Seit dem Weltkrieg hatten sich die ehemaligen Rohstofflieferanten im weitesten Maße selbst industrialisiert. Europa stand deshalb in einer Überproduktionskrise. Die Rationalisierung und Mechanisierung führten

¹⁾ Mahraun, Über die Einführung der allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht (Erstdruck der Broschüre).

²⁾ Mahraun, Der Große Plan, S. 8 ff.

dazu, daß trotz steigender Produktion auch die Kurve der Arbeitslosigkeit stieg. Durch Monopolbildungen versuchte man, der krisenhaften Situation zu steuern. Aber gegen jene Entwicklung schien es nur ein Mittel zu geben: Die „Wiederherstellung des Wertes der menschlichen Arbeitskraft auf den Gebieten, auf denen die Industrialisierung vermeidbar ist“, vor allem in der Landwirtschaft, also die „Rückkehr zum Boden“, die Siedlung als innere Kolonisation und eine umfassende West-Ost-Bewegung zur Herstellung eines gesunden Gleichgewichts zwischen dem Agrar- und dem Industriesektor der deutschen Volkswirtschaft¹⁾.

Der eigentliche Kern des „Großen Plans“ war ein Vierpunkteprogramm, das Mahraun in Zusammenarbeit mit Wirtschaftssachverständigen innerhalb und außerhalb des Ordens entworfen hatte. Es sah vor:

1. die Schaffung von einer Million neuer Bauernhöfe mit insgesamt 4 Millionen Beschäftigten, davon 3 Millionen bisheriger Arbeitsloser und 1 Million bisheriger Landarbeiter;

2. die Schaffung einer halben Million Arbeitsplätze in Handwerk, Gewerbe, Handel, Verkehr und Verwaltung, wodurch insgesamt 3 ½ Millionen Arbeitslose wieder eingegliedert werden konnten;

3. die Einführung der „Volksdienstpflicht“, die den Arbeitsmarkt jährlich um etwa 80 000 Jugendliche entlastete;

4. durch die Siedlung und entsprechende steuerliche Maßnahmen die Ankurbelung der gesamten Volkswirtschaft von unten her²⁾.

Für solche Bauernsiedlungen im Osten mußten insgesamt 32 Millionen Morgen

¹⁾ Ebd., S. 19 ff.; S. 35 ff.

²⁾ Ebd., S. 25 ff. Bezüglich der Finanzierung gab der „Große Plan“ zu bedenken, daß jährlich etwa 4 Milliarden Reichsmark an Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln ausgegeben wurden: bei einem Zinsfuß von 5% ein brachliegendes Kapital von rund 80 Milliarden Mark. Die Ansiedlung von drei Millionen Arbeitslosen, wie sie der „Große Plan“ vorsah, erforderte rund 40 Milliarden Mark. Die gesamte Entschädigung für 20 Millionen Morgen enteigneten Großgrundbesitzes betrug, wenn man rund 400 Mark für den Morgen berechnete, 8 Milliarden Mark; bei einem Zinsfuß von jährlich 5% wurden weitere 400 Millionen Mark zur Verzinsung benötigt. Gegenüber den unproduktiven Summen der Arbeitslosenunterstützung errechnete also der „Große Plan“ immer noch eine Ersparnis für den Staat von jährlich 1,4 bis 1,6 Milliarden Mark. Der Großgrundbesitz sollte für das enteignete Land Sicherheit in Staatspapieren erhalten. Sie war nach Auffassung des „Großen Plans“ schon durch die ersparte Aufwendung von 40 Milliarden Mark gegeben. Durch Pachtbeträge und die Amortisation der neuen Bauerngüter mußte sie sich noch erhöhen. Kein Großbetrieb wirtschaftete damals, so meinte der Verfasser des „Großen Plans“, 5 — 8% Rente heraus.

Nach dem „Großen Plan“ sollte ferner der Volksdienst die Grundarbeiten für die Siedlung leisten; der Staat sollte Baustoffe, Vieh, Saatgut und Verkehrsmittel unentgeltlich zur Verfügung stellen. Seinerseits sollte er Material und Inventar von der Privatwirtschaft als Ersatz für Steuerleistungen erhalten. Damit schien dem „Großen Plan“ der Start für die Siedlung ohne allzu großen Baraufwand des Einzelnen wie der öffentlichen Hand möglich. Bei einem Mindestansatz von 2000 Mark Betriebskapital für die Bauernwirtschaft wurden insgesamt 2 Milliarden Mark benötigt. Die Möglichkeit der Selbstaufbringung durch den einzelnen Siedler war vorgesehen. Über die Erbpacht konnte der neue Bauernbetrieb später in das persönliche Eigentum des Siedlers übergehen. Der Staat sollte auch hier nur die Plattform schaffen, auf der sich dann ein freies Kräftespiel entfalten konnte.

Boden bereitgestellt werden. Davon sollten auf den Großgrundbesitz mit über 100 ha rund 20 Millionen Morgen entfallen, auf Un- und Ödland, das durch die Volksdienstpflicht zu kultivieren war, rund 8 Millionen Morgen, auf Waldboden, der zur landwirtschaftlichen Nutzung geeignet war, etwa 4 Millionen Morgen. Mit dem Boden des staatlichen und kommunalen Großgrundbesitzes sollte begonnen, dann zu den bereits bankrotten privaten Gütern weitergegangen werden. Großgrundbesitz in der Nähe von Großstädten und Industriebezirken war grundsätzlich für Klein- und Stadtrandsiedlungen zu verwenden¹⁾.

Der „Große Plan“ wollte also eine umfassende Strukturreform der deutschen Wirtschaft erreichen: Lösung aus der allzu starken Exportverstrickung in die Weltwirtschaft, Schaffung eines gesunden Gleichgewichts zwischen Industrie und Landwirtschaft, west-östlicher Bevölkerungsausgleich, Bauernsiedlung im Osten, Aufbau eines kräftigen Binnenmarktes und Ankurbelung der Gesamtwirtschaft²⁾. Die geplante West-Ost-Bewegung umfaßte nicht nur die Bauernsiedlung im Osten. Zur Schaffung eines inneren Marktes sah sie auch die verkehrsmäßige und industrielle Erschließung Ostdeutschlands vor. Die fortgeschrittene moderne Technik machte den Plan nach der Überzeugung der Jungdeutschen realisierbar: Durch Überlandleitungen ließen sich beliebige Mengen von Kraftstrom befördern, der besonders in den oberschlesischen Kohlefeldern gewonnen werden konnte. Zusammen mit den Überlandleitungen sollte ein ebenso elastischer Straßenverkehr mit Kraftwagen das starre System von Schiene und Dampfkraft ersetzen. Durch eine Art „Werkstattaussiedlung“ im großen Maßstab wurde die Trennung verschiedener Arbeitsgänge und die Verbindung der Arbeitsstätte mit der Wohnung möglich. Vor allem die Maschinen- und Waggonindustrie, die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen, sowie die Textil-, Holz-, Möbel- und Konservenindustrie ließen sich zu einem erheblichen Teil nach Osten verlagern, um die „Industriegeschwulst“ an Rhein und Ruhr mit ihren gesundheitlichen, moralischen, wirtschaftlichen und politischen Nachteilen zu verkleinern³⁾.

Die einzelnen Maßnahmen sollten sich gegenseitig zu einem lückenlosen System ergänzen: Die Industrialisierung des Ostens erhöhte die Rentabilität der Bauernsiedlung und schuf die Grundlage für größeren Absatz. Als Stützen erforderte der Plan weitere „planistische“ Maßnahmen des Staates, vor allem Zollschutz für die bäuerliche Veredelungswirtschaft wie Milch, Milchprodukte, Eier, Obst und Gemüse, um hier eine möglichst weitgehende Selbstversorgung zu erreichen. Staatliche Eingriffe sollten auch den unberechtigten Zwischenhandel ausmerzen, die Preise mittels gleitender Zölle und notfalls durch Ankäufe in- und ausländischer Lebensmittel regulieren. Die Vergebung öffentlicher Aufträge hatte im Einklang mit dem Gesamtplan zu erfolgen. Die Reform der Reichs-

¹⁾ Mahraun, Der Große Plan.

²⁾ Ebd., S. 23 f.; Meister VI/5, S. 193 ff.; Meister VI/8, S. 350 ff.

³⁾ Meister VI/5, S. 193 ff.; Meister VII/1, S. 35 ff.

Länder- und Gemeindeverwaltungen bildete den notwendigen Abschluß. Nicht selten verwiesen diese Vorschläge auf das merkantilistische Vorbild Friedrich des Großen, wie die jungdeutschen Pläne in der Ausführung bei aller Betonung des freien Kräftespiels auf eine Art Neomerkantilismus hinausliefen¹⁾.

Die praktische und theoretische Beschäftigung mit den Problemen des Arbeitsdienstes und der Siedlung war somit der natürliche Anlaß, daß sich der Orden erneut mit wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigte. Die Jungdeutschen standen grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums und lehnten „wirtschaftspolitische Leidenschaften und Utopien“ ab. Von Konstruktionen wie der „Brechung der Zinsknechtschaft“ wollte man nichts wissen. Gerade die Nationalsozialisten wurden immer wieder wegen ihres „zersetzenden Wirtschaftsmaterialismus“ kritisiert. Gegenüber solcher „Unbekümmertheit“ wurde auf die „wirtschaftlichen Gesetze“ hingewiesen, zu denen auch das Eigentum als ein „Agens menschlicher Entwicklung“ gehöre. Nicht Abschaffung des privaten Eigentums, sondern, im Gegenteil, Eigentumbildung und Verwurzelung der breiten eigentumslosen Schichten mußte aus der Krise herausführen. Nicht so sehr der „Kapitalismus“ war deshalb der Gegner, denn eine „volkswirtschaftlich notwendige Kapitalbildung“ war unerläßlich, sondern die individualistische Geisteshaltung des absterbenden „liberalistischen Zeitalters“. Eigentum und Kapital an sich waren tote Dinge; alles hing von einer geistig-seelischen Erneuerung vor allem des Gemeinschafts- und Staatsbewußtseins ab. Nur auf diesem Weg konnte sich schließlich auch die Wirtschaft in ihren Formen wandeln: „Ohne Volksstaat keine Volkswirtschaft“²⁾. Von sozialistischer wie von sozialrevolutionärer Seite, etwa der „Schwarzen Front“, konnten so die Vorwürfe nicht ausbleiben, die Jungdeutschen seien Verteidiger des bestehenden kapitalistischen Systems.

Dagegen wies man im Orden darauf hin, daß man die privatwirtschaftliche Rentabilität, verstanden als Nutzen für den Einzelnen, streng ablehne. Die Wohlfahrt der ganzen Nation im Sinne einer langfristigen, wahrhaft „volkswirtschaftlichen“ Rentabilität gehe unbedingt voran. Daraus ergab sich auch für die Jungdeutschen eine andere Abgrenzung des privaten und des öffentlichen Bereichs in Wirtschaft und Sozialleben als im liberalistisch-bürgerlichen Kapitalismus. Während die Berufe und Stände, vor allem Mittelstand, Handwerker- und Bauerntum, zu genossenschaftlicher Selbsthilfe aufgerufen wurden, sollte der Staat vor allem bei der Kapitallenkung und im Kreditwesen eingreifen. Nach jungdeutscher Auffassung erforderte besonders der durch die Inflation zustande gekommene Konzentrationsprozeß im Bankwesen mit seinen monopolistischen Kreditapparaten und entsprechenden Fehlinvestitionen der Großbanken in der Weltwirtschaft auf Kosten der „nationalen“ Mittel- und Kleinindustrie, des Bauern und Handwerkers staatliche Eingriffe. Ein staatliches „Bankenamt“

¹⁾ Meister VI/8, S. 350 ff.

²⁾ Meister VI/4, S. 182 ff.; Meister VI/5, S. 193 ff.; Meister VI/12, S. 540 ff.

sollte bei Großbanken Kommissare einsetzen können. Eine planmäßige Rückbildung der Großbanken mußte sich anschließen. Auch das bestehende Aktienrecht, dieser „Eckstein des liberalistischen Wirtschaftsgebäudes“, mußte reformiert werden. Im Aktien- und Kreditwesen sah man die Grundlagen des „plutokratischen“ Systems¹⁾.

Die jungdeutschen Auffassungen und Vorschläge waren mit der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion dieser Jahre eng verflochten. Viele Politiker und Nationalökonomien in allen Ländern erblickten gleichfalls in der großen Krise nicht eine „gewöhnliche“ Depression, sondern die Schlußkrise des kapitalistisch-weltwirtschaftlichen Systems überhaupt. Nicht nur in den „proletarischen“ Völkern machten jene Alternativen die Runde: Bedarfsdeckung gegen Bedarfsweckung, National- statt Weltwirtschaft, Boden- oder Geldwirtschaft, „raffendes“ gegen „schaffendes“ Kapital, freie Wirtschaft oder Planwirtschaft, Sozialismus oder Kapitalismus²⁾. In Deutschland wurden ähnliche Auffassungen wie bei den Jungdeutschen etwa von einem Nationalökonomien wie Werner Sombart oder von dem Kreis um die Zeitschrift „Die Tat“ vertreten. Auch die Arbeitsbeschaffungsprogramme sozialistischer Herkunft — z. B. in Belgien der „plan du travail“ Hendrik de Mans, der mit den Anstoß zur „planistischen“ Schule im westeuropäischen Sozialismus gegeben hat — gehören hierher. Fünf Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten trieben ihren Präsidenten F. D. Roosevelt zu seiner „New-Deal“-Politik, die mehrere hunderttausend Quadratmeilen in Ackerland umwandelte und den zurückflutenden Menschenmassen der Großstädte Arbeitsplätze schaffen wollte³⁾.

Als Anfang November 1932 der „Große Plan“ der Öffentlichkeit bekannt wurde, waren bereits etwa 300 jungdeutsche Arbeitseinsätze durchgeführt worden⁴⁾. Lobend anerkannte der Orden dabei die unbürokratische Initiative des Präsidenten Syrup, der von der Regierung Brüning zum Reichskommissar für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt worden war.

Als Schlange-Schöningen Osthilfe-Kommissar geworden war, schien auch die Siedlung in Gang zu kommen. Schon im Februar 1932 hatte sich der preußische Finanzminister Klepper vor jungdeutschen Landnehmern bereit erklärt, entsprechend den Forderungen des Ordens 200 000 Morgen Domänenland kostenlos zur Verfügung zu stellen. Artur Mahraun gründete eine „Jungdeutsche Siedlungs-G. m. b. H.“. Die Landnehmerbewegung, die der Orden besonders im westdeutschen Industriegebiet ins Werk setzte, wartete ungeduldig auf den Übergang vom Arbeitsdienst zur Siedlung⁵⁾.

¹⁾ Meister VI/4, S. 183 f.; Meister VII/2, S. 68 ff.; Meister VII/3, S. 112 ff., S. 123 ff.

²⁾ Meister VI/5, S. 203 ff.; Meister VI/12, S. 68 ff.; Meister VI/9, S. 398 ff.

³⁾ Sombart, Deutscher Sozialismus, S. 293 ff., S. 330 ff.; de Man, Die Sozialistische Idee, S. 9; ders., Gegen den Strom, S. 210 ff.; Wirsing, Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, S. 244 ff., S. 309 ff.; 49/26. 2. 33.

⁴⁾ 270/16. 11. 32.

⁵⁾ 7/9. 1. 32; 32/7. 2. 32; 38/14. 2. 32; 72/25. 3. 32.

Der Höhepunkt der ganzen Aktion war aber schon erreicht. Der „Papen-Plan“ vom Herbst 1932 vertraute bereits auf einen neuen Konjunkturanstieg. Statt die Wirtschaft „vom Boden her“, durch Arbeitsdienst und Siedlung, umzubauen, legten die neuen Wirtschaftspläne der Regierung das Hauptgewicht darauf, die Industrierüstung zu verbessern und eine höhere Ausfuhr vorzubereiten. Betrug die Zahl der fertiggestellten Siedlerstellen im Jahre 1931 rund 10 000, so sank sie 1932 auf 4000 bis 5000 ab. Die Veröffentlichung des „Großen Plans“ fiel bereits in die Phase der von den Jungdeutschen gefürchteten „Agrarreaktion“¹⁾.

Auf die Initiative vor allem der Bünde und Jugendverbände ging dagegen die Gründung des „Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung“ zurück, in dem die zuständigen Reichs- und Länderministerien, die großen Bünde, die Jugend- und Sportorganisationen vertreten waren. Als der schwere Winter vor der Tür stand, trat es am 27. Oktober 1932 zum erstenmal zusammen. Seine Hauptaufgabe war die Sorge für die beschäftigungslose Jugend, die Arbeitsvermittlung und die Zusammenarbeit mit dem FAD, dann aber auch die weitere materielle und geistige Betreuung. Im Winter rief die Regierung zum „Jugend-Notwerk“ auf, um der arbeitslosen Jugend neben einer warmen Mahlzeit am Tag Möglichkeiten der ideellen Betreuung in den Gruppen und Heimen der Bünde und Jugendorganisationen und zur beruflichen Fortbildung zu geben²⁾. Wie in der ersten Nachkriegszeit mit den „Schicksalsgemeinschaften“ für Arbeitslose, so unterstützte auch jetzt der Orden wieder diese Regierungsmaßnahmen mit eigenen „Arbeitslosen-Kameradschaften“.

Nach dem Abgang Papens schien sich der Siedlungsgedanke noch einmal zu verwirklichen. Der neue Reichskanzler, General von Schleicher, bekannte sich dazu. In dem Zusammenwirken der Bünde war im FAD jetzt doch noch eine Art „bündischer Front“ entstanden. Durch die Hoffnungen der Jungdeutschen, mit dem Arbeitsdienst das Parteisystem aufzulockern und mit bündisch und ordensmäßig gegliederten Volkskräften in den Staat „machtpolitisch“ einzudringen, erfüllten sich nicht³⁾.

Mitte Januar 1933, kurz vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, ergab sich folgendes Bild von der Tätigkeit der verschiedenen Trägerverbände im FAD: Der „Stahlhelm“ hatte rund 400 Lager mit 20 000 Mann durchgeführt; der Orden 350 Lager mit 25 000 Mann; das „Reichsbanner“ 130 Lager mit 12 000 Mann. Während die Reichsbannerlager zu 70% sogenannte „offene“ Lager waren, führten der Orden und der „Stahlhelm“ überwiegend „geschlossene“ Lager durch, d. h. die Einsätze standen hier stets unter der Führung von Bundesangehörigen. Den Nationalsozialisten, die sich nur langsam und zögernd anschlossen, stand der „Verein zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte e. V.“

¹⁾ 237/8. 10. 32; 254/28. 10. 32; 265/10. 11. 32.

²⁾ 251/25. 10. 32; 21/25. 1. 33 f.

³⁾ 1/1. 1. 33; 7/8. 1. 33.

nahe, der insgesamt 85 Vorhaben mit 6600 Personen betreut hatte. Der Reichsverband der Evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands hatte rund 200 Vorhaben mit etwa 7000 Teilnehmern organisiert, das Katholische Reichswerk für Arbeitsdienst in Zusammenarbeit mit der Caritas über 1000 „offene“ Maßnahmen betreut. Weitere Träger waren die Turn- und Sportverbände, die Technische Nothilfe mit 270 Einsätzen und 12 000 Teilnehmern, schließlich landwirtschaftlich gebundene Gruppen und Organisationen¹⁾.

Auch für den freiwilligen Arbeitsdienst und die Siedlung sprach der 30. Januar das Todesurteil. Hitler war nach jungdeutscher Überzeugung der „Bannerträger einer finsternen Agrarreaktion“. Die letzten Erfolge wurden bereits im Schatten der neuen Machthaber errungen: eine jungdeutsche Arbeitsdienstaustellung, die im Januar und Februar 1933 vor allem in Westfalen Beachtung fand, sowie die Übernahme der Leitung der zentralen FAD-Führerschule in Stettin durch einen Jungdeutschen. Nach jahrelangen Bemühungen war dem Orden noch zu Beginn des Jahres ein erstes Siedlungsprojekt zur Verfügung gestellt worden: Ein Rittergut in der Mark Brandenburg sollte unter jungdeutscher Leitung „aufgesiedelt“ werden²⁾). Noch hielt die Arbeitsdienstaktivität an. Ende März wurde der 402. jungdeutsche Einsatz gemeldet. Als Reichskommissar Syrup durch den Nationalsozialisten Konstantin Hierl abgelöst werden sollte, setzten sich die Jungdeutschen für Syrup ein. Sie wollten keinen „Partei-FAD“ und vorerst, unter den bestehenden Bedingungen, auch keine allgemeine Dienstpflicht, wie Hierl sie vorsah³⁾.

¹⁾ 16/19. 1. 33. Aus der Literatur über den FAD sind hervorzuheben: Leo von Funcke, Handbuch für den Freiwilligen Arbeitsdienst, Berlin 1933; Gerhard Jaerisch, Der freiwillige Arbeitsdienst im Deutschen Reich, Breslau 1933; Georg Keil, Vormarsch der Arbeitslagerbewegung, Berlin 1932; Eugen Rosenstock und Carl Dietrich von Trotha, Das Arbeitslager. Berichte von Arbeitern, Bauern, Studenten, Jena 1932; Walter Wilhelm, Volk im Dienst, Leipzig 1931; Herbert Erb, Der Werdegang des Arbeitsdienstes. Von der Erwerbslosenhilfe zum Reichsarbeitsdienst, 1933; H. Boening, ABC des freiwilligen Arbeitsdienstes, 1933.

²⁾ 28/2. 2. 33; 37/12. 2. 33; 60/19. 3. 33.

³⁾ 33/8. 2. 33; 36/11. 2. 33; 63/23. 3. 33.

XII. Kapitel

Der Dritte Weg:

Der Ausgang der Republik und das Verhältnis zu den Präsidentialregierungen

Als Ende März 1930 die Regierung des Sozialisten Hermann Müller auseinanderfiel und Heinrich Brüning, der Führer der Zentrumsfraktion, an die Spitze einer nicht von der Reichstagsmehrheit getragenen Präsidentialregierung trat, wurde dieser Wechsel von den Jungdeutschen zunächst keineswegs begrüßt. Erinnerungen an frühere Pläne einer „Direktorialregierung“ tauchten wieder auf; man fürchtete sogar den geheimen Einfluß von „probolschewistischen“ Kräften in der Reichswehrführung. Brüning nützte auch nicht die Vollmachten des Reichspräsidenten, um einen Schlußstrich unter den „Parteiismus“ zu setzen, und schien nicht mit der politischen Sammlungsbewegung dieser Monate in Fühlung treten zu wollen. Die Deflationspolitik mit ihrer Herabsetzung der Löhne und Gehälter wurde als hart und „unsozial“ kritisiert¹⁾.

Erst nach den Septemberwahlen änderte sich die Haltung der Jungdeutschen. Sie wollten jetzt der Finanzsanierung zustimmen, wenn dafür die Bereitschaft der Regierung zu umfassenden Reformen einzutauschen war²⁾. Auf dieser Linie bewegte sich von jetzt ab auch die kleine volksnationale Reichstagsgruppe gegenüber der Notverordnungs politik des Kanzlers. Sie stimmte zumeist mit den „staatstragenden“ bzw. tolerierenden Parteien gegen die Aufhebungs- und Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten. Die Politik der „Nahziele“ wurde ins Parlament verlegt, nicht immer in Übereinstimmung mit den „sozialrevolutionären“ Siedlungsparolen draußen im Land. Aber auf die Dauer konnten die Volksnationalen der Politik wie der Person des Kanzlers ihre Achtung nicht versagen. Vor allem in der gemeinsamen Front gegen die braunen „Prätorianer“ wuchs die Schätzung für den „Deichhauptmann“, der gerade auf dem Damm stand. Er stützte sich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten, den die Jungdeutschen als „Symbol der nationalen Erneuerung“ betrachteten³⁾.

In den Auseinandersetzungen um die Notverordnungen erinnerten die volksnationalen Abgeordneten im Reichstag immer wieder daran, daß niemand in diesem Hause das Recht habe, sich über die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung zu beschweren: Das Parlament habe sich selbst ausgeschaltet „infolge des absoluten Mangels an klarer politischer Zielsetzung“. Die Kritik

¹⁾ 55/6. 3. 30; 79/3. 4. 30; 131/7. 6. 30; 137/15. 6. 30.

²⁾ Siehe oben, S. 104.

³⁾ 164/17. 7. 30 f.; 287/9. 12. 30.

des Brüningschen Notprogramms offenbare nur „krasse egoistische Vertretungsgründe“ und die Scheu vor der Verantwortung¹⁾. Aber auch die volksnationalen Abgeordneten machten sich zu Sprechern ihrer Wähler und Anhänger, des in der Krise besonders bedrohten Mittelstandes, der kleinen Beamten und Angestellten, der Rentner und der Verbraucher. Sie forderten eine gleichmäßige Verteilung der Lasten im Notprogramm²⁾. Der Beginn der Sanierung durch die Stabilisierung des Haushalts versprach nach jungdeutscher Auffassung wenig Erfolg: Diese Politik minderte die Kaufkraft und vermehrte die Arbeitslosigkeit. Der Ausgleich des Haushalts mußte umgekehrt das ganze Sanierungswerk erst krönen. An die Stelle der Deflationspolitik sollte eine Politik des Massenverbrauchs, der Kaufkraftschöpfung, der Stärkung des Binnenmarktes und der Arbeitsbeschaffung treten. Hier stimmten die Jungdeutschen nicht zuletzt mit den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie überein³⁾. Zur Beendigung des „Ausnahmestands“ der Präsidialregierung erhofften sie schließlich eine umfassende Staats- und Reichsreform. Seit dem Ende des Jahres 1930 wandte sich ihre Diskussion wachsend wieder diesen Fragen zu.

Die Forderung des Jungdeutschen Manifests nach einer stammesmäßigen Neugliederung des Reiches wurde jetzt verdeutlicht. Die zwölf bis fünfzehn Länder auf stammesmäßiger Grundlage sollten sich in der Mitte zwischen dem Status ihrer jetzigen Eigenstaatlichkeit und den einer preußischen Provinz halten und eine eigene „politische und verwaltungsmäßige Hoheit“ besitzen. Auf jeden Fall sollte in ihnen der parteipolitische Parlamentarismus beseitigt werden, der einer großzügigen Neugliederung nach jungdeutscher Meinung am hartnäckigsten widerstrebte. Ein solches neues „organisch gegliedertes Reich“, weder Einheitsstaat noch Staatenbund, mußte auch den modernen wirtschafts- und verkehrspolitischen Erfordernissen gerecht werden. Die Grenzgebiete waren durch die Errichtung großer lebensfähiger Stammesländer zu stärken⁴⁾.

Eng verbunden mit der Neugliederung des Reiches war schon durch das Problem des Länderparlamentarismus die Wahlreform, die seit langem in den ver-

¹⁾ Reichstagsverhandlungen, Bd. 444, S. 285, S. 408.

²⁾ Reichstagsverhandlungen ebd., S. 285 f., S. 1251 f., S. 1496 ff., S. 2111 ff., S. 2264 ff. 266/13. 11. 30; 268/15. 11. 30; 281/2. 12. 30 f.; 30/5. 2. 31; 62/14. 3. 31.

Die volksnationale Reichstagsgruppe stimmte in folgenden Abstimmungen mit den „staats-erhaltenden“ Parteien (Reichstagsverhandlungen, Bd. 444):

- 5. Sitzung am 18. 10. 30 (S. 202 ff.)
- 10. Sitzung am 6. 12. 30 (S. 440 ff.)
- 11. Sitzung am 9. 12. 30 (S. 485 ff.)
- 14. Sitzung am 12. 12. 30 (S. 633 ff.)
- 23. Sitzung am 11. 2. 31 (S. 943 ff.)
- 51. Sitzung am 25. 3. 31 (S. 2014 ff.)
- 56. Sitzung am 16. 10. 31 (S. 2231 ff.)

³⁾ 131/9. 6. 31; Meister VI/1, S. 30 ff.; VI/12, S. 529 ff.

⁴⁾ Meister VI/3, S. 112 ff.; VI/4, S. 153 ff.; VI/6, S. 257 ff.; VII/1, S. 21 ff.; VII/2, S. 49 ff.; VIII/4, S. 121 ff.; VIII/5, S. 176 ff.

schiedenen politischen Lagern erörtert wurde. Vor allem drei Grundsätze waren hier nach jungdeutscher Auffassung zu berücksichtigen: Die Wahl mußte ein getreues Spiegelbild des Volkswillens sein, sie sollte die Auslese von Führerpersönlichkeiten fördern und eine ständige enge Fühlung zwischen Wählerschaft und Abgeordneten sichern. Deshalb wurden die Verkleinerung der Wahlkreise und die entsprechende Einteilung des Reichsgebiets in etwa 150 bis 200 Wahlkreise mit je höchstens 200 000 Wahlberechtigten empfohlen. In jedem Kreis sollten im allgemeinen drei Abgeordnete gewählt werden, die darin auch beruflich tätig und wohnhaft sein mußten. Grundsätzlich ging es den bündischen Menschen bei der Wahl weniger um die „Idee der Verwirklichung möglichst vieler Einzelwillen“ als um die notwendige „Führerauslese“¹⁾.

Bei diesen Diskussionen blieben jetzt auch in den Reihen des Ordens die Vorschläge des Manifests für das indirekte Wahlverfahren nicht unwidersprochen. Die Gefahren von „Klüngelbildungen“ und die Einflußnahme „plutokratischer“ Kräfte in den Vertretertagen wurden geltend gemacht. So zeigte sich erneut, daß es im Orden starke „reformistische“ Strömungen gab, die bereit waren, Elemente des Jungdeutschen Manifests zur Verbesserung der bestehenden Verhältnisse zu verwenden, nicht selten mit dem Argument, man könne nicht endlos auf die Durchführung eines grundlegenden Staatsumbaus und eine geistige Erneuerung im Sinne des bündischen Menschentums warten²⁾.

Trotzdem nahm im Jahr 1931 die Ordensleitung den damals verbreiteten Gedanken auf, der Reichspräsident müsse den bestehenden „Ausnahmestand“ des Präsidialkabinetts beenden und eine neue konstituierende Nationalversammlung einberufen, die an den Staatsneubau heranzutreten habe. Um diese Nationalversammlung zur „unverfälschten Willensverkörperung des Volkes“ und zur Grundlage für den neuen deutschen „Volksstaat“ werden zu lassen,

¹⁾ Meister V/11, S. 499 ff.; VI/10, S. 449, S. 453.

²⁾ Meister V/10, S. 474 ff.; VI/1, S. 40 ff. Für die „Reformisten“ sollte das indirekte Wahlverfahren lediglich dazu dienen, eine regierungsfähige Parlamentsmehrheit sicherzustellen, die durch das Listensystem der Parteien nicht mehr gewährleistet schien. Auch wenn die Reichsliste abgelehnt wurde, so gingen die Meinungen über das Verhältniswahlrecht an sich auseinander. Es schien eine der Hauptursachen für die politische Zersplitterung zu sein und mochte deshalb im Widerspruch zum Sinn der demokratischen Willensbildung stehen. Aber es konnte auch verhüten, daß die kleinen Parteien gegenüber den großen Parteien, den lokal und landschaftlich massierten Wählerstimmen in das Hintertreffen gerieten. — Dagegen vertraten die bündischen „Radikalen“ die Auffassung, alle Wahlreformediskussionen und teilweisen Verbesserungen des Wahlsystems müßten unfruchtbar bleiben, solange nicht der grundlegende Staatsumbau mit seiner nachbarschaftlichen Gliederung, wie ihn das Manifest forderte, zustande gekommen sei; nach ihrer Meinung war auch das indirekte Wahlsystem nur in diesem Rahmen sinnvoll. Gerade die Bündischen befürchteten „Klüngelbildungen“, wenn das indirekte System in den bestehenden „parteististischen“ Staat eingefügt würde.

Nicht zuletzt an diesen Diskussionen zeigt sich die Unsicherheit des bündischen Konstruktivismus gegenüber den staats- und gesellschaftspolitischen Realitäten. Hier war aber auch der Raum, wo bündische absolute Forderungen gestrichen und der Weg zur Mitarbeit im Bestehenden beschritten werden konnte. Beide Möglichkeiten waren schon in den weltanschaulich-philosophischen Grundlagen des bündischen Menschen angelegt. Vgl. S. 83, Anm. 3.

sollte die Tätigkeit des Reichstags zunächst weitergehen und Sorge getragen werden, daß kein Reichstagsabgeordneter in die Nationalversammlung gewählt werden durfte. Die bisherigen Parteien und ihre Vertreter sollten dadurch weitgehend ausgeschaltet werden und die Masse der parteimäßig nicht gebundenen Staatsbürger sollte zum Zuge kommen¹⁾.

Bevor eine solche Nationalversammlung einberufen werden konnte, mußte jedoch die Woge der nationalsozialistischen Demagogie verebbt und die nationalsozialistische „Stimmzettelrevolution“ gebrochen sein. Auf die Amtsverlängerung bzw. Wiederwahl Hindenburgs als Reichspräsident richtete sich deshalb im Jahr 1931 neben dem Arbeitsdienst und der Siedlung die politische Aktivität des Ordens. Hindenburg sollte „Reichspräsident auf Lebenszeit“ werden. Mahraun forderte ein „Hindenburg-Volksbegehren“, die nationale Sammlung um das „Symbol Hindenburg“, das schon in der volksnationalen Bewegung herausgestellt worden war. In der „Hindenburg-Front“ sollte eine „Volksfront“ entstehen, „die größer ist als jede nationale Sammlung, die wir nach dem Krieg kennengelernt haben“. Dem „bürgerlichen und bäuerlichen Treibholz“ in der NSDAP sollte Widerpart geboten werden. Als es deutlich wurde, daß die Parteien Hitlers und Hugenbergs im Reichstag die Amtszeit der Reichspräsidenten nicht verlängern würden, rief Mahraun im Januar 1932 zu einem Volksbegehren für Hindenburg auf. Dann beteiligten sich die Jungdeutschen an den überparteilichen Hindenburg-Ausschüssen, zu denen der Berliner Oberbürgermeister Sahm aufrief. Diese „Hindenburg-Front“ ging quer durch alle politischen Lager. Sie spaltete den „Stahlhelm“ wie das „Reichsbanner“, die DNVP wie die „Harzburger Front“. Der „Feldmarschall-Präsident“, wurde noch einmal zu einem Symbol des Kampfes gegen den „römischen“ faschistischen Cäsarismus²⁾. Sein Wahlsieg gegen Hitler erschien den Jungdeutschen wie vielen anderen aus der bündischen Welt als ein Sieg „nordisch-preußischen Empfindens“. Nicht wenige glaubten schon, aufatmen zu können. Vollends die Novemberwahlen 1932 schienen die nationalsozialistische „Götterdämmerung“ einzuleiten; das Ende des „Rattenfängers von Braunau“ schien zu nahen³⁾.

Die Jungdeutschen glaubten, das Ergebnis aller Wahlen des Jahres 1932 dahingehend deuten zu können, daß ein von Hindenburgs Vertrauen getragenes Präsidialkabinett dem Willen des Volkes mehr entsprach als etwa ein „schwarzbraunes“ Mehrheitskabinett unter Führung Hitlers⁴⁾. Schon seit dem Herbst

¹⁾ 185/11. 8. 31 f.; 203/1. 9. 31; 215/15. 9. 31; 274/24. 11. 31.

Meister VII/3, S. 102 ff. Diese jungdeutschen Vorschläge zur Nationalversammlung können als ein neuer Versuch gewertet werden, zu der im Jungdeutschen Manifest geforderten „organischen Ablösung der Gewalten“ zu kommen; vgl. oben, S. 84f.

²⁾ Meister VII/3, S. 102 ff.; Großer Plan, S. 5 f.; 1/1. 1. 32; 11/14. 1. 32 ff.; 18/22. 1. 32; 27/2. 2. 32 ff.; 39/16. 2. 32; 41/18. 2. 32; 45/23. 2. 32 ff.; 232/10. 12. 32; 16/20. 1. 31; 23/28. 1. 31; 241/15. 10. 31; 244/18. 10. 31; 248/23. 10. 31; 253/29. 10. 31; 261/7. 11. 31 ff.; 281/2. 12. 31; 288/10. 12. 31.

³⁾ 50/28. 2. 32; 56/6. 3. 32; 58/9. 3. 32; 232/2. 10. 32; 279/27. 11. 32.

⁴⁾ 234/5. 10. 32; 278/26. 11. 32; 290/10. 12. 32 f.

1931 war die Haltung gegenüber der Regierung Brüning sichtlich wohlwollender geworden. Die Notverordnungen schienen den Jungdeutschen immer mehr den Mittelstand, die kleine und mittlere Industrie und die Landwirtschaft zu berücksichtigen. Die Siedlung war seit der Ernennung Schlange-Schöningens zum Osthilfe-Kommissar in Gang gekommen. Den Jungdeutschen ging es jetzt vor allem darum, einen Rückfall in den „Parteiismus“ zu verhindern. An dieser grundsätzlichen Einstellung gegenüber der „Hindenburg-Linie“ änderte der Sturz Brünings wenig, zumal sich Papen vor allem der Verfassungsreform zuwenden wollte, welche die Jungdeutschen forderten¹⁾.

Doch auf die Dauer ließen sich die politischen Ziele des bündischen Nationalismus und die Verfassungspläne aus Papens konservativem Kreis nicht unter dem Schlagwort der „Hindenburg-Linie“ vereinigen. Die Jungdeutschen erkannten bald, daß der autoritäre Staat Papens die Bünde vor die grundsätzliche Entscheidung „Führerprinzip“ oder „Obrigkeitsstaat“ stellte. Die geplanten Änderungen des allgemeinen gleichen Wahlrechts wurden im Orden als „Zensuswahlrecht“ gedeutet; ebenso wurden die Pläne für eine erste Kammer abgelehnt. Im Herbst 1932 wurde deshalb immer wieder die Forderung erhoben, zu der geplanten Verfassungsreform „Männer aus dem Volk“, aus den Bünden, heranzuziehen, einen „Volksausschuß“ aus den Führern der großen Verbände zu bilden und den Staatsumbau entweder durch einen Volksentscheid oder eine Nationalversammlung bestätigen zu lassen²⁾.

Das Drängen der national- und sozialrevolutionären bündischen Kräfte, die sich mit, ohne oder gegen und nach Papen durchzusetzen entschlossen schienen, wurde ungeduldiger. Ende Oktober forderte das Organ des Tat-Kreises, die „Tägliche Rundschau“, ein „Kabinett der Arbeitsbeschaffung“ mit Persönlichkeiten wie Gregor Strasser, Schacht, Gereke, Nadolny. Der Gedanke einer konstituierenden Nationalversammlung wurde auch hier erörtert. Ein anderes Stichwort dieser Wochen hieß „Kabinett der Bünde“ als „nationale Konzentration“ mit Männern aus dem Stahlhelm, dem Jungdeutschen Orden, dem DHV und Einzelpersonlichkeiten wie Gregor Strasser, Brüning als Außenminister und August Winnig.

Der Orden stand solchen Plänen zwar nicht fern, bezeichnete aber die Möglichkeit einer bündischen Regierungsbildung noch als verfrüht, da die bündischen Kräfte sich innerhalb der Parteien noch nicht völlig losgelöst hätten. Die Erfahrungen mit der Staatspartei schreckten; mochten diesmal andere die Vorhand nehmen. Zudem wurde die Entwicklung in der NSDAP um Gregor Strasser im Orden anscheinend realistischer beurteilt als bei den Verfechtern der „Bündischen Front“ oder der „Gewerkschaftsachse“³⁾.

¹⁾ 272/19. 11. 32; Meister VII/9, S. 426 ff.

²⁾ 238/9. 10. 32; 241/13. 10. 32 f.; 244/16. 10. 32; 250/23. 10. 32; 256/30. 10. 32; 272/19. 11. 32; 277/25. 11. 32.

³⁾ 20/24. 1. 32; 205/3. 9. 32; 232/2. 10. 32; 249/22. 10. 32.

Immerhin war die „Bündische Front“ in diesen Monaten nicht nur ein publizistisches Wunschgebilde. Auch wenn sie keinen Einfluß auf die politischen Entscheidungen gewann, so sammelte sie sich doch überall im Lande, verbunden in der Abwehr des Nationalsozialismus. Jetzt vereinten sich in Aussprache-Abenden die Bruderschaften des Ordens mit den Gruppen der „Schwarzen Front“, des „Wehrwolf“, der „Deutschen Freischar“, den Ortsgruppen des „Tatkreises“ und den „Hammerschaften“ der „Eisernen Front“. Jetzt fand man sich im Orden etwa mit dem Kreis um Otto Strasser einig im Ziel einer „totalen Neugestaltung“ und trennte sich endgültig von der „ideenlos erloschenen bürgerlichen Mitte“¹⁾. Die Entwicklung im Reichsbanner, wo Prinz zu Loewenstein die Wehrausbildung in den „Vortrupps“ organisierte und man mit der „Eisernen Front“ gleichfalls im Kampf gegen den „Hitler-Faschismus“ stand, weckte im Orden neue Sympathien. Mit Männern wie Höltermann, Mierendorff, Leber und Schumacher traten hier und in der Sozialdemokratischen Partei nunmehr Kräfte der Frontgeneration in den Vordergrund²⁾.

Als Schleicher die Gespräche über seine „Gewerkschaftsachse“ führte, wurde dies im Orden aufmerksam verfolgt, ebenso wie die Auseinandersetzung der SPD mit dem „Reichsbanner“ wegen der Stellung zu Schleicher und der Mitarbeit im „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“³⁾. Die Regierung des Generals hatte jedenfalls nach jungdeutscher Auffassung, anders als ihre Vorgängerin, die Chance einer breiten politischen Basis. Hinter dem Kanzler standen der Reichspräsident, die Reichswehr und Preußen, das — ein „Verdienst“ Papens, wie die Jungdeutschen meinten — vom „Parteiismus“ befreit worden war. Wenn es Schleicher gelang, die „Volkskräfte“ in den Bünden und in den Gewerkschaften hinter sich zu scharen, konnte seine Regierung von „langer Dauer und für das deutsche Volk segensreich sein“⁴⁾. Trotz des ursprünglichen Mißtrauens gegen Schleicher als den Mann der Bendlerstraße waren die Jungdeutschen bereit, mit ihm zusammenzuarbeiten, wenn er die Umwandlung vom „Wähler zum Staatsbürger“ in die Wege leiten würde, und wenn die Regierung, wie Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften nach einer Unterredung mit dem Kanzler formulierte, den sozialen Willen der Arbeiterschaft nicht mit Marxismus verwechselte⁵⁾. Die Ernennung Gerekes zum Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung wurde begrüßt. Die Absicht Schleichers, die Träger des FAD zu einer Arbeitsgemeinschaft mit öffentlich-rechtlicher Selbstverwaltung zu machen, war ein alter jungdeutscher Vorschlag. Die Programmrede des Kanzlers hatte die Bedeutung der Siedlung und der Bünde betont; die Art, in der sich der „soziale General“ über veraltete Dogmen und Begriffe hinwegsetzte,

¹⁾ 240/12. 10. 32; 262/6. 11. 32; 275/23. 11. 32.

²⁾ 281/30. 11. 32.

³⁾ Ebd.

⁴⁾ 1/1. 1. 33.

⁵⁾ 1/1. 1. 33; 294/15. 12. 32.

erweckte im Orden nicht geringe Erwartungen¹⁾. Das jungdeutsche Hauptanliegen war nach wie vor die Siedlung. Man wartete auf Schleichers „Marschbefehl“ und hoffte, daß er Gereke die nötigen Vollmachten geben würde, um die „Siedlungsgegner“ endgültig auszuschalten²⁾.

„Der Jungdeutsche“ war die erste größere Zeitung, die schon am 3. Januar von der „Täglichen Rundschau“, die Schleicher nahestand, die Meldung von Hitlers „neuem Klimmzug zur Macht“, seinem Gespräch mit Papen im Hause des Bankiers von Schroeder in Köln, übernahm. Während des ganzen Januar wurden die wechselnden Kombinationen verfolgt, aus denen sich schließlich immer deutlicher die Regierung der „Harzburger Front“ herauschälte. Am 26. Januar wurden die Jungdeutschen angesichts der Untätigkeit des Kanzlers nervös: Intrigen und „reaktionäre Kulissenpolitik“ schienen den „Parteiismus“ abzulösen. „Will Schleicher nicht handeln?“, so fragte man jetzt; warum hatte er nicht schon längst gehandelt, schon im Dezember, als bereits eine Beruhigung spürbar gewesen war? Noch wurde vier Tage vor dem 30. Januar ein letzter Erfolg errungen, den man der Regierung verdankte: der angekündigte Siedlungsausschuß trat ins Leben, der die Aufgabe der Bauernsiedlung endlich anpacken sollte. Aber die Stunde war vorgerückt. Am 30. Januar mittags wurde das Kabinett Hitler ernannt³⁾.

¹⁾ 285/4. 12. 32; 289/9. 12. 32; 294/15. 12. 32 ff.; 301/23. 12. 32; 303/25. 12. 32; 306/31. 12. 32.

²⁾ 305/29. 12. 32; 306/31. 12. 32; 289/9. 12. 32; 2/3. 1. 33.

³⁾ 4/5. 1. 33 f.; 13/15. 1. 33 ff.; 19/22. 1. 33 ff.

XIII. Kapitel

Der Jungdeutsche Orden und der Nationalsozialismus

Der Jungdeutsche Orden steht in einer umfassenden geistes- und sozialgeschichtlichen Bewegung: Bündischer Impuls und demokratisch-republikanisches Bewußtsein, Politisierung des Fronterlebnisses und mittelständische Antriebe, konservatives Volkstumserlebnis und demokratisch-totaler Staatsbegriff stehen neben- und greifen ineinander. Es sind „Tiefenlinien“ unseres nationalen Schicksals, legitime Tendenzen der deutschen Geschichte, die vom Nationalsozialismus entweder verzerrt oder verschüttet worden sind¹⁾.

„National und sozial“ war den meisten Richtungen und Gruppen der jungen bündischen und Frontgeneration die gemeinsame Losung. Sie wollte den „vierten Stand“ für die Nation gewinnen, im nationalen und sozialen Volksstaat die bürgerliche und die proletarische Welt in einer Art „höherem Dritten“ überwinden. Neue breite kleinbürgerliche und mittelständische Schichten, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herangewachsen waren, stellten wieder die entscheidende Frage der modernen demokratischen Gesellschaft, wer denn eigentlich „die Nation“ sei. Man hat von der „dritten Revolution“ gesprochen, um diese umfassende soziologische und politische Bewegung, die der Geschichte der letzten Jahrzehnte in den meisten europäischen Ländern, besonders dort, wo Industrialisierung und Technisierung zum Abschluß gekommen sind, ihr Gepräge gibt, zu kennzeichnen²⁾.

Die Träger dieser „dritten Revolution“ nach der „bürgerlichen“ von 1789 und nach der proletarisch-marxistischen waren die kleinen Beamten und Schullehrer, die von der Fabrik bedrohten Handwerker, die im Großbetrieb herangewachsene Angestelltenschaft, das „Stehkragenproletariat“, die kleinen und mittleren Landwirte. Sie formierten sich schon seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in der christlich-sozialen Partei des Hofpredigers Stoecker. Sie waren als Resonanzboden für Friedrich Naumanns national-soziale Losung gedacht. Sie ließen sich aber auch von dem völkischen Nationalismus anziehen, der sich mit dem Antisemitismus verband und in Deutschland etwa in Theodor Fritsch und Houston Stewart Chamberlain seine geistigen, in der Donaumonarchie in Ritter von Schoenerer oder dem Wiener Bürgermeister Lueger seine politischen Führer fand.

¹⁾ A. E. Günther, Was wir vom Nationalsozialismus erwarten, S. 11.

²⁾ Der Freundlichkeit von Johannes Barnick, Eßlingen, verdanke ich die Einsichtnahme in ein fertiggestelltes Manuskript mit dem Titel „Die Dritte Revolution“.

Die Söhne dieser Schichten strömten dann in die Jugendbewegung¹⁾. Sie waren überzeugt, daß die deutsche und europäische Entwicklung einem tiefen Einschnitt zustrebte, der End- und Wendepunkt zugleich sein würde, der Entwicklungsströme von Jahrzehnten und Jahrhunderten zusammenschloß, die es in einer großen Synthese zu gestalten galt. Hugo von Hoffmannsthal machte das Wort von der „konservativen Revolution“ zur Kennmarke für diesen epochal gedachten Einschnitt. Hans Freyer meinte dasselbe, wenn er von der „Revolution von rechts“ sprach. Und Max Scheler sprach vom heranreifenden „Weltalter des Ausgleichs“²⁾.

Aus dem Fronterlebnis wurde schließlich das Ziel des „Dritten Reiches“ geboren, dem Arthur Moeller van den Bruck mit rhetorischer Gewalt Ausdruck verlieh³⁾. Doch war diese Zielvorstellung vom Dritten Reich alles andere als klar umrissen oder ein einheitliches, alle Gruppen verbindendes Programm. Die Skala der Vorstellungen umfaßte gleichermaßen die Hoffnung des „Stahlhelm“ auf den nationalen und sozialen „Staat der Frontsoldaten“ wie Ernst Niekischs eurasische Reichskonstruktion unter dem Symbol von Hammer und Schwert oder den angeblich nationalsozialistischen Ständestaat ebenso wie Friedrich Hielschers bündisch-mystische Eschatologie und Ernst Jüngers „utopische Arbeitswelt“.

Die erste zeitweilige engere Berührung der Jungdeutschen mit den Nationalsozialisten im Jahr 1923 hing mit der damaligen besonderen Lage Deutschlands und der nationalen Bewegung zusammen und erklärte sich auch aus dem Mißverständnis über den Inhalt des Begriffs „völkisch“, unter dem damals noch der bündische Volkstumsgedanke ebenso verstanden werden konnte wie „arischer“ Rassenglaube. Nach der Enttäuschung mit der „Orgesch“ waren damals auch viele Jungdeutsche geneigt, in der Münchener völkischen Bewegung eine neue Chance für die Frontgeneration zu sehen, um ohne Gängelung durch die alten Offizierskreise und großbürgerlichen Geldgeber zum politischen Einsatz zu gelangen⁴⁾.

Vom Münchener Putsch distanzieren sie sich aber nicht nur aus opportunistischen und taktischen Erwägungen, sondern auch aus der Erkenntnis der grundlegenden Unterschiede in Ziel, Methode und ethischer Haltung. Seit 1925, als der Nationalsozialismus wieder im Vormarsch war, wurde diese Gegnerschaft

¹⁾ Siehe hierzu jetzt die Dissertation von Harry Pross, Nationale und soziale Prinzipien in der bündischen Jugend, Heidelberg 1949; ferner das ältere, vom demokratischen Standpunkt nach dem ersten Weltkrieg aus geschriebene Buch von Charlotte Lütken, Die deutsche Jugendbewegung — ein soziologischer Versuch, 1925.

²⁾ Siehe die Rede von Max Scheler „Der Mensch im Weltalter des Ausgleichs“ in: Philosophische Weltanschauung, München 1954, S. 89 ff.

³⁾ Moeller van den Bruck, Das Dritte Reich und die einsichtsvolle Darstellung von Waldemar Gurian (Walter Gerhard), Um des Reiches Zukunft, 1932.

⁴⁾ Siehe oben, S. 34 u. 38 ff.

immer deutlicher. Die notwendige Klärung innerhalb des großen Sammelbeckens des „nationalen Lagers“ kam in Fluß. Frankreich-Politik, Denkschrift-Affäre und das Ausgreifen des Nationalsozialismus nach Norddeutschland gaben genügend Reibungspunkte. Mit der Einleitung der volksnationalen Aktion und der Wendung zur Staatspartei zeigten sich die Jungdeutschen und mit ihnen viele Bündische entschlossen, dem vordringenden Nationalsozialismus entschiedenen Widerstand zu leisten. Die Staatspartei schien zeitweilig zur politischen Plattform für große Teile der bündischen Jugend zu werden¹⁾.

Nach dem Fehlschlag der staatsparteilichen Sammlung hofften die Jungdeutschen immer noch, die „Stimmzettelrevolution“ und ihre „Inhaltslosigkeit radikaler Phrasen“ durch eine langfristige geistig-seelische Erneuerung der Deutschen aus bündisch-frontsoldatischem Geist überwinden zu können. Zwar wurde die technische Meisterschaft der nationalsozialistischen Propaganda, das Geschick, mit dem Goebbels, dieses „Genie der Demagogie“, die Gefühle der Massen zu nutzen verstand, diese „beispiellose Schulung in der Kenntnis der seelischen Beschaffenheit bürgerlicher und proletarischer Massen“ durchaus gesehen. Man fragte sich im Orden immer wieder, was man dem an eigenen, die Massen aufrüttelnden Methoden entgegenzusetzen habe²⁾. Doch den Stil des politischen Kampfes der Nationalsozialisten, ihrer Massenkundgebungen und „wilhelminischen“ Äußerlichkeiten wie Gruß, Uniformen, Fahnen und Marschlieder, mußten die Jungdeutschen innerlichst ablehnen. Seit 1930 stand die Mehrheit des Ordens im bewußten Kampf gegen die nationalsozialistische Macht ergreifung. Im Mai 1932 stimmten die volksnationalen Abgeordneten im Reichstag dem SA-Verbot zu. August Abel nannte damals die SA mit ihrer „Terrorisierung Andersdenkender“ und ihrer Predigt des Hasses den „Totengräber des bündischen Gedankens“. Die Macht der braunen Bürgerkriegsarmee sei mit allen zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmitteln zu brechen³⁾.

Die Beschwörung des Feldmarschall-Präsidenten als „Schirmherrn der nationalen Erneuerung“ sollte verhindern, daß einem „Schönredner“ und „fixen Reklametechniker“ wie Hitler, der an die „Beschränktsten unter den Massen appellierte“ und der „nordischer und deutscher Tradition“ so fremd war, das Steuer des Staates anvertraut wurde⁴⁾. Aus guter Kenntnis der Nationalsozialisten wußten die Jungdeutschen um die Kräfte, die Hitler zur Macht tragen wollten, und um die gesellschaftspolitischen Einbruchsstellen seiner Politik: „Hinter Hitler stehen die großen Massen der Entwurzelten, der Enttäuschten. Sie stehen heute bei Hitler, sie werden morgen bei Thälmann stehen, wenn Hitler

¹⁾ Siehe oben, S. 102.

²⁾ 261/7. 11. 30; 154/5. 7. 31; Meister IV/4, S. 145 ff.

³⁾ Reichstagsverhandlungen, Bd. 444, S. 2111 f., S. 2662 f., S. 126 ff., S. 748; 30/5. 2. 31; 33/8. 2. 31; 35/11. 2. 31.

⁴⁾ 56/6. 3. 32; 58/9. 3. 32; 232/2. 10. 32.

sie enttäuscht hat.“ Im Orden verachtete man die „Spießbürger und Landsknechte“, die sich in der NSDAP zu einer „recht imponierenden Institution der Massendemokratie“ gesammelt hatten¹⁾.

Man erkannte auch früh die Dürftigkeit des „faschistisch-kleinbürgerlichen Forderungsprogramms“ der 25 Punkte. Allein 11 Punkte befaßten sich mit wirtschaftlichen Fragen, dagegen nur sieben mit politischen, vier mit staatsrechtlichen und drei mit kulturellen Problemen. Das schien den Jungdeutschen zu zeigen, „daß die Spekulation auf wirtschaftliche Instinkte und Interessen“ den Hauptteil der nationalsozialistischen Agitation ausmachte²⁾. Die politischen Banalitäten des Programms wurden als Zuckerbrot für den Kleinbürger durchschaut. Die Lösung der sozialen Frage durch Verstaatlichung und Gewinnbeteiligung lehnten die Jungdeutschen ab. Statt dessen schlugen sie die Sicherung des Existenzminimums des Arbeitnehmers durch Tarifverträge vor. Statt einer bürokratischen Wirtschaft durch den Staat sollte besonders der Mittelstand sich genossenschaftlich selbst helfen.

Der nationalsozialistische Rassenglaube stand immer wieder im Kreuzfeuer der jungdeutschen Kritik. Vor allem waren Begriffe wie „germanische Rasse“ oder „deutsches Blut“ keine staatsrechtlichen Grundlagen. Nur die Gesinnung konnte als Maßstab gelten, ob sich jemand zum deutschen Volk zählen durfte, nicht unausgegrenzte wissenschaftliche Begriffe, die zu Bekenntnissen erhoben wurden. Die Juden aus dem staatsbürgerlichen Leben auszuschalten und sie einer Fremdengesetzgebung zu unterstellen war nach jungdeutscher Überzeugung ein „Armutzeugnis“ der Nationalsozialisten für das eigene Volk. Verlässlicher als solche Gesetzesparagrafen schien ihnen die Erziehung, vor allem der Jugend, zu einem deutschen Volksbewußtsein. Wie in den Fragen von Rasse und Volkstum, so hatten die Jungdeutschen auch erhebliche Bedenken gegen den Punkt 24 des nationalsozialistischen Programms, der den Staat entscheiden ließ, ob ein religiöses Bekenntnis seinen Bestand gefährde oder „gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse“ verstoße. Hier schien die Freiheit des religiösen Bekenntnisses grundsätzlich in Frage gestellt, und die spätere Entwicklung im Dritten Reich gab den Jungdeutschen auch mit diesen Bedenken recht³⁾.

Nationalsozialismus und bündische Welt haben wohl eine bestimmte geistig-seelische und wirtschaftliche Situation des kleinen und mittleren Bürgertums gemeinsam, aber sie unterscheiden sich im Ethos wie in dem daraus hervorgehenden Programm. Das Ethos prägte die repräsentativen Typen: der bündische Idealist steht dem „realistischen Funktionärstyp“ und Bonzen der Partei gegen-

¹⁾ 185/11. 8. 31 f.; 56/6. 3. 32; 58/9. 3. 32.

²⁾ Die Darstellung folgt hier vor allem der jungdeutschen Kritik am nationalsozialistischen Parteiprogramm, die im Staatsbürger Nr. 28 zusammengefaßt ist.

³⁾ Staatsbürger Nr. 28. Vgl. unten, S. 137.

über¹⁾. Ist der Bündische national und sozial, so leitet er aus der „Tatsache der Nation weitgehende Folgerungen für die Ordnung und Sicherheit ihrer wirtschaftlichen Grundlagen und der Erhaltung ihrer Menschen“ ab. Dieser bündische ethische Sozialismus findet in der Gemeinschaftsgesinnung sein zuverlässigstes Fundament, wertet dagegen die institutionellen Stützen als unwichtig oder zweitrangig. Und wo der Bündische vom „Dritten Reich“ spricht, meint er nicht den totalen Staat, sondern ein „bündisch-polares Baugesetz“ auf volkhafte und „demokratischen“ Grundlagen²⁾.

Die eigentliche „deutsche Staatsidee“ ist für die Bündischen die Selbstverwaltung mit der Urwahl in kleinen Grundzellen und einem darauf aufbauenden indirekten Führungs- und Vertrauenssystem. Wir finden sie sowohl im Manifest wie in den Staatsplänen des Tatkreises und der „Schwarzen Front“, in bündischen Gruppen wie der „Bündischen Reichsschaft“, bei Leopold Ziegler, Friedrich Hielscher und auch bei Ernst Kriek. Oft verbinden sich solche bündischen Baupläne mit ständestaatlichen und korporativen Entwürfen, auch wenn die Jungdeutschen hier freilich partikularistische und interessenpolitische Versuche fürchteten. Aber immer soll die „deutsche Staatsidee“ den totalitären „Gesamtstaat“, die allmächtige Bürokratie und „völkische“ Uniformierung verhindern und die geistige, persönliche und wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen bewahren. Ein Gleichgewicht von „demokratischen“ und „aristokratischen“ Elementen, von Vertrauen und Führertum soll geschaffen werden³⁾.

Auf Grund solcher in sich geschlossener „Pläne“ für einen Neubau von Staat und Gesellschaft glaubten sich die Jungdeutschen dem Nationalsozialismus auf die Dauer überlegen. Lange, allzulange waren sie überzeugt, daß die Deutschen keine Diktatur nach dem oft verspotteten Muster des italienischen Faschismus mit „Gummiknüppel und Rhizinusöl“ ertragen würden, daß es in Deutschland niemals zu einem „Marsch auf Berlin“ kommen werde, weil die geistige und politische Vielgestalt und Abwehrkraft der Nation dafür zu stark seien⁴⁾.

Diese Hoffnungen und Erwartungen wurden von der Geschichte Lügen gestraft. Die sie hegten, unterschätzten in tragischer Weise die Gewalt der nationalsozialistischen „Stimmzettelrevolution“, die von hervorragenden Technikern der Macht durchgeführt und zum Ziel gebracht wurde. Es gab damals einen Beobachter, der sich in einer „historisch-politischen Studie über den National-

¹⁾ Pross, S. 151 ff. Pross hat hier ausgeführt, wie der Funktionär dem „amerikanisierten Kinomenschen“ des Massenzeitalters mit seiner „Wendung nach außen“, zu Erfolg und persönlichem Fortkommen nähersteht als es ihm zumeist selbst bewußt ist. Der Funktionär und Mitläufer der modernen Massenparteien könne deshalb im allgemeinen als „extravertiert“, der bündische Idealist als „introvertiert“ bezeichnet werden.

²⁾ Pross, S. 144 ff., S. 150 ff.; Schapke, Die Schwarze Front, S. 85 ff.

³⁾ Schapke, S. 87; Pross, S. 135 ff., S. 143 f.; Fick, Die deutsche Jugendbewegung, S. 139 f., S. 168 f., S. 215; 259/5. 11. 31 (Besprechung des Buches von Ernst Kriek, Volk, Gesamtstaat und nationale Erziehung).

⁴⁾ Staatsbürger Nr. 34.

sozialismus“ eine klarsichtige Rechenschaft gab über die Kräfte, die sich anschickten, die staatliche Macht in Deutschland zu erringen: Theodor Heuss. Er täuschte sich nicht über die Stoßkraft dieser „bürokratisierten Romantik“ in ihrer Verbindung von „pädagogischer Technik mit der Leidenschaft seelischer Überrumpelung“, besonders organisatorisch „eine fabelhafte Leistung“. Alle Mittel und Wege waren hier erlaubt, ob man nun in Vorträgen vor feudalen Klubs oder mit den „Mitteln einer Konzertagentur“ und dem Appell an den „opferbereiten Idealismus“ des kleinen Parteigenossen diesen Kampf finanzierte, oder ob man, „sehr rational auch in der Bewertung der Irrationalen“, mit Großkundgebungen und „wilhelminischen“ Äußerlichkeiten den Weg zur Macht ging¹).

Mochten die Bündischen und die Idealisten des „neuen Nationalismus“ auf lange Sicht hin recht behalten mit ihren Bezeichnungen Hitlers als „Wilhelm III.“ und „Pyrrhus II.“ — die Stunde gehörte dem „böhmischen Gefreiten“, der seine Chance nützte²).

¹) Heuss, Hitlers Weg, S. 116 ff., S. 129 ff.

²) Die Kritik an dem „Wilhelminismus“ des Nationalsozialismus war im bündischen Lager allgemein; sprach man im Orden von Hitler als von Pyrrhus II. oder Ludwig XIV., so etwa in der „Schwarzen Front“ von Wilhelm III. Siehe dazu etwa Blank, Adolf Hitler, S. 8, S. 12, S. 17 ff., S. 78 ff.

XIX. Kapitel

Die nationalsozialistische Machtergreifung und das Ende des Jungdeutschen Ordens

„Herr Hitler ließ sich am 30. Januar am Fenster der Reichskanzlei von Scheinwerfern beleuchten. Es ist unvorstellbar, daß ein Mann wie Bismarck sich in solcher Pose dem Volk gezeigt hätte. Aber dieses viele Licht förderte nicht das Rettungsrezept zutage, welches der Parteiführer in einem immer geheimnisvoller werdenden Schubfach verwahren soll . . . Es liegt im Sinne der so oft von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei geforderten Totalität ihrer Herrschaft, daß eine Zeit des Gesinnungsterrors heraufkommt . . . Wenn das eintritt — und nichts spricht heute dagegen —, dann wird der Kampf wirklicher Gesinnungsgemeinschaften wieder fühlbar, aber nötiger denn je sein, wie zu jener Zeit, da uns Jungdeutsche z. B. die Träger roter Jakobinermützen unterdrücken wollten, weil sie andere Fähigkeiten, den Gegner zu überzeugen, nicht besaßen . . . Die Freiheit aber, die wir alle so heiß herbeisehnten, darf nicht die Instrumente der Polizeiwillkür tragen. Wer das dulden wollte, gäbe das Kernstück eines echten Nationalismus preis, er verdiente nicht, Jungdeutscher genannt zu werden. Beachtet die Zeichen der Gegenwart!“¹⁾

So hieß es in einem der ersten Kommentare der Ordenszeitung zum Anbruch des „Dritten Reiches“, von dem sich die Jungdeutschen am allerwenigsten je hätten träumen lassen, daß es einmal in Gestalt eines Kabinetts der „Harzburger Front“ ins Leben treten würde. Nach all den politischen Auseinandersetzungen eines Jahrzehnts waren Skepsis, Besorgnis und Ablehnung gegenüber der Kombination Hitler—Hugenberg—Seldte—Papen nur zu verständlich. Ein „schwarzbraunes“ Mehrheitskabinetts konnte nicht bedenklicher sein als diese „Koalition von Demagogie, Plutokratie und Reaktion“. Darin waren sich die Kräfte des gescheiterten „Dritten Weges“ einig²⁾. Im Orden erwartete man, daß durch den neuen Wahlkampf der eigentliche revolutionäre Vorgang der Machtergreifung von den Nationalsozialisten erst noch nachgeholt und die neue Herrschaft dadurch vollends begründet werden sollte: Die Stunde der Abrechnung von seiten der neuen Herren, „Hagenwahlen“ standen bevor³⁾.

Das zeigte sich schon mit der ersten Notverordnung der Regierung Hitler, die die Presse- und Versammlungsfreiheit drosselte. Die Ordensleitung ant-

¹⁾ 30/4. 2. 33.

²⁾ 7/8. 1. 33.

³⁾ 34/9. 2. 33; 41/17. 2. 33; 44/21. 2. 33 f.; 58/17. 3. 33; 28/2. 2. 33; 30/4. 2. 33; Jungdt. Blätter Nr. 1 (April 1933), S. 1 ff.; ebd. Nr. 3, S. 65 ff.

wortete mit einem Aufruf zur „verantwortungsvollen nationalen Opposition“⁽¹⁾. In einem weiteren Aufruf vom 10. Februar zum beginnenden Wahlkampf hieß es: „Es geht diesen Herrn nicht um Staat und Nation. Es geht um eine Partei. Eine junge und entschlossene nationale Opposition wird sich sammeln, um die Nation gegen den Faschismus dieser Regierung zu schützen und den wahren Volksstaat zu erkämpfen . . . Es gilt, die Pläne der Reaktion zunichte zu machen. Es gilt, die Versklavungsabsichten des Faschismus zu zerschlagen. Es gilt, kompromißlos für den Nationalismus der Tat und Arbeit zu kämpfen“⁽²⁾).

Der jungdeutsche Orden nutzte die Frist, die dem bündischen Lager in diesen Wochen bis zum 5. März noch gegeben wurde. Seine Haltung wurde gerade jetzt vom Hochmeister selbst bestimmt, der am 12. Februar Hitler erwiderte: „Mit Spannung haben Millionen der gestrigen Rundfunkübertragung der Rede des Reichskanzlers Hitler aus dem Berliner Sportpalast gelauscht. Millionen von Anhängern des Reichskanzlers mögen dabei nur von den Gefühlen geleitet gewesen sein, den Siegesrausch der letzten Tage fortzusetzen. Aber unzählige Menschen haben danach gestrebt, ihr Urteil noch einmal zu überprüfen. Sie waren bereit, den Parteimann von Gestern zu vergessen und in Adolf Hitler den Reichskanzler von Heute zu sehen. Das Urteil, welches wir nun aber fällen müssen, ist vernichtend. Wir urteilen nach dem gewaltig tönenden Nichts, das gestern vor uns aufgestanden ist . . . Es bedarf keines Aufrufes. Es bedarf keiner besonderen Anweisungen. Es ist einfach selbstverständlich, daß der Jungdeutsche Orden die neue nationale Opposition ist. In der Welt, die sich gestern Abend vor uns auftat, kann kein Jungdeutscher leben . . . Es mag genug Menschen geben, deren Gefühle immer wieder aufs neue in Wallung kommen, wenn man von den Sünden und der Schmach der Revolutionszeit redet. Wir aber wollen nichts mehr hören von Vergangenheit, Vergeltung und Marxisten, die längst nicht mehr am Ruder sind. Uns ergreift innere Empörung, wenn heute, vierzehn Jahre nach dem Zusammenbruch von 1918, die Schuldfrage immer wieder in den Vordergrund gestellt werden soll. Wir wollen einer späteren Geschichte, die nüchterner urteilen kann, die Klärung dieser Frage überlassen . . . Wir Jungdeutschen aber werden seit dem gestrigen Abend nicht ablassen, die Reichsregierung unaufhörlich zu fragen: Wohin soll der Weg gehen? Wir sind von tiefstem Mißtrauen erfüllt. Was soll aus Deutschland werden, wenn dieser Wahn zerreißt? Wir, die wir unseren kühlen Verstand in dem sinnlosen Taumel einer fanatischen Parteipropaganda erhalten haben, erkennen unsere große Aufgabe darin, alles vorzubereiten, um den Nationalismus vor einer furchtbaren Niederlage zu bewahren“⁽³⁾).

Die Jungdeutschen fragten, wo die aufbauenden Taten der neuen Regierung blieben, welche die revolutionäre Welle hätten rechtfertigen können. Sie er-

¹⁾ 32/7. 2. 33.

²⁾ 35/10. 2. 33; 43/19. 2. 33.

³⁾ 37/12. 2. 33; Staatsbürger Nr. 51.

warteten den Widerruf der Kriegsschuldlüge, die Einstellung der Reparationszahlungen, die immer verheißenen Maßnahmen gegen das Finanzkapital, den Marsch zur Scholle¹⁾). Hatten die „bündischen SA-Kameraden“ dafür gekämpft, daß nun der Erlaß Görings über die Hilfspolizei die Würde und Überparteilichkeit des Staates zerstörte und die Freiheit knebelte? Hatte man dafür gemeinsam in den Materialschlachten des Krieges, an Rhein und Ruhr, im Baltikum und in Oberschlesien gestanden, daß nun der „Regierung der Hitler-Barone“ von der Berliner Börsenzeitung die Couleurfähigkeit bescheinigt wurde? Die jungdeutsche Antwort darauf war: „Die Reaktion muß sterben, damit die Revolution lebe. Der römische Faschismus muß hinweggefegt werden wie der moskowitzische Bolschewismus, damit die Revolution des Volkes die entscheidende Tat zum Bau des neuen Reiches der deutschen Freiheit werden kann!“²⁾). Aber was hatte Hitlers SA von 1933 noch mit dem bündischen Ethos gemeinsam? Der Appell an das Frontsoldatentum und die bündische Sendung mußte ins Leere stoßen, weil ein Großteil der SA schon aus arbeitslosen Halbwüchsigen bestand, die den Krieg nicht mehr erlebt hatten.

Es konnte jetzt auch nicht mehr genügen, die Übereinstimmung mit den „nationalrevolutionären“ Kräften in der „Schwarzen Front“, in den Gruppen um „Die Tat“, im „Reichsbanner“ und bei den Christlichen Gewerkschaften öffentlich Ausdruck verleihen. In der Not begannen manche Hoffnungen sich schon auf den in der Regierung vertretenen „Stahlhelm“ und ihre bürgerlichen Minister zu richten³⁾. Im Februar kam es zu den ersten Zusammenstößen mit der SA, als sie mit Rufen „Deutschland erwache!“ und „Jungdo verrecke!“ in jungdeutsche Versammlungen stürmte. In der Wahlwoche wurde zum erstenmal seit 1924 die Ordenszeitung wieder verboten⁴⁾.

Doch die Haltung des Ordens und seiner Führung scheint sich nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar und dem Ergebnis der Wahl vom 5. März gewandelt zu haben. Mit welchen Mitteln das Ergebnis auch zustande gekommen sein mochte — die Mehrheit der deutschen Wähler erklärte dem Regierungskurs ihr Vertrauen, auch wenn man bei den Jungdeutschen überzeugt war, daß die kommunistische Gefahr von den Nationalsozialisten aufgebauscht wurde, weil man „Schuldige“ brauchte und keine eigenen „positiven Pläne“ hatte⁵⁾.

Auch wohl unter Einwirkungen aus der eigenen Anhängerschaft sprach deshalb die Leitung seit Mitte März von der „positiven Opposition“ des Ordens und war nun bereit, die erhoffte Verfassungs- und Wirtschaftsreform durch eigene

¹⁾ 37/12. 2. 33.

²⁾ 49/26. 2. 33.

³⁾ 7/8. 1. 33; 19/22. 1. 33; 27/1. 2. 33; 31/5. 2. 33; 35/10. 2. 33; 41/12. 2. 33 ff.; 34/9. 2. 33; 56/15. 3. 33.

⁴⁾ 46/23. 2. 33; 54/12. 3. 33.

⁵⁾ Staatsbürger Nr. 51, S. 6.

„positive Vorschläge“ zu unterstützen¹⁾). Am Staatsakt des 21. März nahm der Hochmeister auf Einladung der Regierung teil. Jungdeutsche Einheiten marschierten gemeinsam mit den anderen nationalen Verbänden und Bünden. Das Symbol von Potsdam und das demonstrative Bekenntnis des Reichspräsidenten zur „nationalen Erhebung“ scheinen ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben. Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ wurde als „eine klare, vom Volk ausgehende Rechtsgrundlage“ bezeichnet, die rechtlich und tatsächlich die „Weimarer Ära“ beendete. Man glaubte, einen Grundton „sittlicher Erneuerung“ in Hitlers großer Rede zu spüren, mit der er das „Ermächtigungsgesetz“ einbrachte²⁾).

So sah sich Mahraun veranlaßt, Ende März auf einer jungdeutschen Kundgebung in Berlin — es war die letzte —, die Mitarbeit im neuen Staat anzubieten. Nicht „Gleichschaltung“, aber „Einschaltung“ in den Prozeß der „nationalen Erneuerung“ sollte künftig die Linie des Ordens sein. Mahraun betonte, daß die Jungdeutschen nicht an dem „Run“ teilnehmen wollten, daß es nicht würdig sei, sich dem Sieger an den Hals zu werfen und „das Hemd innerhalb vierundzwanzig Stunden zu wechseln“. Aber es gab Gebiete, wo der Orden fruchtbar mitarbeiten konnte; Mahraun nannte besonders den Arbeitsdienst und die kulturellen Aufgaben „bei der Schaffung einer echten, tiefen Volksgemeinschaft und einer wahrhaft nationalen Kultur“³⁾). Nach Lage der Dinge konnten die neuen Machthaber dieses Angebot verwerfen. Gespräche mit Vertretern der SS und der HJ über eine mögliche jungdeutsche Mitarbeit in der Kulturarbeit des Dritten Reiches blieben ohne Ergebnis, standen sie doch den monopolistischen Plänen der Parteiführung auch auf diesem Gebiet entgegen⁴⁾).

Beiseite gedrückt zogen die Jungdeutschen nach den ersten Monaten der neuen Regierung eine um so schärfere Bilanz. Der Kampf um die Macht, der sich als Kampf um die Staatsämter vollzogen hatte, hatte den Staat zerrüttet. Die Rechtsunsicherheit im Innern hielt an. Nach Außen nahm die drohende Isolierung Deutschlands, vor allem durch die Judenboykotte, immer mehr zu. Unter dem Deckmantel einer „nationalen Erhebung“ und mit dem Kampfesgeschrei gegen den Marxismus waren reaktionäre Kräfte am Werk, die die Arbeiterschaft aus der Verantwortung im Staat auszuschalten trachteten. Es kam alles darauf an, ob es den Nationalsozialisten gelingen würde, sich von den reaktionären Kräften wie von der „Masse“ zu lösen, mit denen und durch die sie zum Sieg gelangt waren. Die NSDAP durfte nicht die Sammlung der gescheiterten Existenzen und der unklaren Köpfe bleiben, die „Partei der Rache“, die sie während der letzten Jahre immer mehr geworden war. Der Erfolg der Macht-

¹⁾ 55/14. 3. 33; 58/17. 3. 33; 72/2. 4. 33.

²⁾ 55/14. 3. 33; 59/18. 3. 33; 63/23. 3. 33; 65/25. 3. 33.

³⁾ 93/29. 3. 33; Duesterberg, *Der Stahlhelm und Hitler*, S. 138 ff., S. 149 ff.

⁴⁾ Mitteilung von Kurt Pastenaci.

ergreifung hatte sie, so stellte es sich den Jungdeutschen dar, in eine „Ideenkrise“ gestürzt¹⁾).

Mahraun und viele seiner Anhänger hofften, in den breiten Schichten des Volkes selbst werde sich bald der Ruf nach einer Klärung des politischen Wollens und der Fronten innerhalb der „nationalen Revolution“ erheben. Auch die meisten Anhänger Hitlers würden nicht die Diktatur wünschen, sondern „ein besseres und deutsches System der Mitverantwortung des Volkes an Stelle des alten“. Gegen den Versuch einer Diktatur würde sich bald eine „mächtige Freiheitsbewegung“ mit „heiligster Begeisterung“ wenden. In dieser Hoffnung wurde der Totalitätsanspruch der Nationalsozialisten nach wie vor abgelehnt. Auch der Einparteienstaat war noch dem „Parteiismus“ verhaftet und noch nicht der „Staat der Volksgemeinschaft“; die NSDAP war noch nicht die umfassende „Staatspartei“ und wahrhafte „Nationalorganisation“. Gegenüber den Ständestaatsplänen dieser Monate und gegenüber der Einheitsgewerkschaft der Deutschen Arbeitsfront zur „Gleichschaltung“ der Stände und Berufsverbände sowie der Arbeitgeber und -nehmer als Werkzeug des totalen Staates, nicht zuletzt gegenüber den Versuchungen „ständestaatlicher“ Interessenpolitik griff man jetzt im Orden noch einmal auf die eigenen bündischen Staatsbaupläne des Manifests zurück²⁾).

Auch den Standpunkt glaubte man noch festhalten zu können, das geistige und kulturelle Leben der Einwirkung von Partei und Staat grundsätzlich zu entziehen. Die Kirchen und Bünde sollten um des Staates und der Volksgemeinschaft willen ihr eigenständiges Leben weiterführen dürfen: „Ein Staat, der es nicht zulassen würde, daß sich seine Bürger nach Bejahung aller nationalen Pflichten in besonderen Gesinnungsgemeinschaften vereinen, würde jede geistige Regsamkeit abtöten. Hier ist es Sache der Staatskunst aller verantwortlichen Führer, die geistigen Strömungen an den Staat heranzuziehen und ihm ihre Kräfte dienstbar zu machen³⁾.“ Die Kirche sollte keine „Staatskirche“ werden, sondern ihre notwendigen inneren Reformen selbst vornehmen als lebendiges Spiegelbild gemeindlichen Lebens. Als nationalsozialistische Äußerung in die Richtung einer nationalsozialistischen Staatsjugend wiesen, erregte dies gleichfalls die jungdeutsche Besorgnis.

Mit virtuoser Meisterschaft setzte Hitler seine innenpolitischen Gegner durch die Taktik des „divide et impera“ matt. Bis zum 21. März hatte der Kampf vor allem der Linken gegolten. Die Inszenierung des Reichstagsbrands hatte den Wahlen vom 5. März zum Erfolg geholfen und war noch der effektvolle Hinter-

¹⁾ Meister VIII/Schlußheft (März 1933), S. 147 ff., S. 178 ff.; Jungdt. Bl. (Sondernummer März 1933), S. liff.; „Jungdeutschtum und Nationalsozialismus“ (Die nicht gehaltene Rede Mahrauns auf dem verbotenen 14. Reichsordenskapiel in Bielefeld, die dann gedruckt in Umlauf gesetzt wurde).

²⁾ Broschüre „Jungdeutschtum und Nationalsozialismus“, S. 8, S. 13.

³⁾ Ebd., S. 11 f.; Jungdt. Blätter, Nr. 2, S. 33 ff. und Nr. 3, S. 65 ff.

grund zum „Tag von Potsdam“ gewesen. Das Ende auch des Jungdeutschen Ordens mußte in dem Augenblick kommen, in dem sich die Machthaber seit dem Frühsommer 1933 der Ausschaltung der nationalen Rechten zuwandten, von der ein Teil, besonders der in den Verbänden organisierte, jetzt, ein anderer ein Jahr später durch den 30. Juni 1934 erledigt wurde.

Der April brachte noch einige ruhige Wochen, die geeignet waren, die Gegner des Regimes in Sicherheit zu wiegen. Nicht nur im Parlament, das dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte, sondern überall im Lande bis zur Linken hinüber war man bereit, es mit den neuen Herren wenigstens einmal zu versuchen und ihnen eine „Chance“ zu geben. In diesen Wochen gab auch der Orden die Parole zur „Einschaltung“ aus¹⁾.

Eines der ersten Alarmzeichen war Seldtes Unterstellung des „Stahlhelm“ unter Hitler. Sie bedeutete nach jungdeutscher Auffassung das Ende der „bündischen Front“, aber auch des bisherigen labilen Gleichgewichts innerhalb der Koalition des 30. Januar. Doch zunächst sah es so aus, als ob der Orden von Maßnahmen der Regierung unbehelligt bleiben würde. Mahraun entschloß sich, seine Anhänger zur Teilnahme an den Feiern zum 1. Mai aufzurufen. Auch die Rede Hitlers zum 1. Mai, dem „Tag der nationalen Arbeit“ schien jungdeutsche Bedenken zerstreuen zu können²⁾.

Während des Frühjahrs ging das Leben im zahlenmäßig kleiner werdenden Orden zunächst noch meist ungestört weiter. Es hing von den örtlichen Verhältnissen ab, ob es zu Zusammenstößen mit SA und SA-Hilfspolizei kam, oder ob Ordenseinheiten gemeinsam mit SA, SS und „Stahlhelm“ öffentlich auftraten. Der Kern des Ordens blieb dem bündischen Erbe auch jetzt treu, obwohl nicht wenige Jungdeutsche in diesen Monaten von der nationalsozialistischen Welle erfaßt wurden. Die Bündischen im Orden verachteten die „Märzlinge“, welche die „Novemberlinge“ von 1918 ablösten, und kritisierten offen die Methoden des politischen Kampfes: „Man überwindet nicht den Marxismus dadurch, daß man Konzentrationslager einrichtet, daß man Verbote über Verbote erläßt, daß

¹⁾ 57/16. 3. 33; 65/25. 3. 33; 89/25. 4. 33. Das Organ des christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes, aus dem die meisten volksnationalen Gewerkschaftler gekommen waren, schrieb Ende März im Zusammenhang mit den Regierungsberatungen über das neue Gewerkschaftsrecht, aus denen schließlich die nationalsozialistische Arbeitsfront hervorging: „Es mag sein, daß die Gewerkschaften in der nächsten Zeit einiges hinnehmen müssen, was ihnen nicht ein Fortschritt, sondern ein Rückschritt bedeutet. Ihre Sache ist dennoch, mitzuarbeiten und neue und bessere Lösungen zu finden.“ — Ernst Lemmer erklärte für den Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände die Bereitschaft zur Mitarbeit zur Wahrung der Belange der Gewerkschaftsmitglieder. Der Führer des Reichsbannergaues des westlichen Westfalen, Haun, erließ zum 1. Mai einen Aufruf, in dem es hieß: „Wir werden nicht beiseite stehen. Wir rufen alle Volksgenossen zum 1. Mai aus ehrlichem Herzen zu: Deutsche aller Gaue, einigt Euch! Der Feiertag der nationalen Arbeit wird von uns am 1. Mai in alter Frische und im neuen Geiste mitgefeiert. Wir feiern diesen Tag diesmal nicht als Organisation, sondern als freie Deutsche.“ (65/25. 3. 33 u. a.). Solche und ähnliche Stimmen aus allen politischen Lagern im Frühjahr 1933 können um zahlreiche Beispiele vermehrt werden.

²⁾ 92/30. 4. 33 ff.; 100/9. 5. 33 ff.

man mit südlichem Pathos Sowjetfahnen verbrennt; es gibt nur einen Weg, dieser ist und bleibt: „Gebt Arbeit!“¹⁾). Ein anderer Meister sagte um dieselbe Zeit bei einer Führerschulung der Großballei Thüringen in Rudolstadt: „Wir stehen der neuen Regierung mit allen unseren Kräften zu jeder positiven Wiederaufbauarbeit zu Verfügung; aber wir nehmen uns das Recht der Kritik, die uns der Reichskanzler selbst zugebilligt hat, wenn wir feststellen müssen, daß der Staat Wege geht, die sich nicht zum Glück des Volkes auswirken können“²⁾).

Im Mai mochten Führung und Anhängerschaft zeitweilig schon hoffen, die „Gefahrenzone“ durchquert zu haben. Viele Ordenseinheiten rüsteten zu Pfingst- und Werbefahrten, teilweise noch mit Lastwagen, wehenden Bannern und Wimpeln. Auch die Einsätze im FAD gingen noch weiter; Mitte Mai wurde der Einsatz des 452. jungdeutschen „Arbeitsfreikorps“ gemeldet³⁾).

Zu Pfingsten sollte in Bielefeld ein „Reichsordenskapitel“ stattfinden mit einem Zeltlager der Ordensjugend, mit Platzkonzerten, Spielmannszügen und einer feierlichen Gefallenenehrung. Durch diese Kundgebung wollte Mahraun nicht zuletzt die endgültige Haltung der Machthaber gegenüber dem Orden abtasten. Obwohl das preußische Innenministerium das Treffen genehmigt hatte, wurde es in letzter Minute vom Bielefelder Polizeipräsidium zur „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ verboten, nachdem bereits viele Ordensbrüder in Bielefeld eingetroffen waren. Polizei und SA-Hilfspolizei schickten die anderen anreisenden Jungdeutschen zurück. Mahraun mußte bereits seine Verhaftung befürchten, doch konnte er noch unerkannt aus der Stadt entkommen⁴⁾).

Die Entscheidung war damit in der Tat gefallen. Der Orden hatte sich als einer der letzten nationalen Verbände nicht „gleichschalten“ lassen; sein Angebot zur Mitarbeit war abgelehnt worden. Die einen mochten nun geneigt sein, ihren Frieden mit den neuen Machthabern zu machen oder durch das „Hineingehen“ auch jetzt noch jungdeutschem Willen Geltung zu verschaffen. Andere waren bereit, sich auf die Illegalität einzurichten, um die „faschistische Zwischenzeit“ zu überdauern⁵⁾).

Die Verbote des Ordens folgten nun in der zweiten Junihälfte nacheinander in den einzelnen Ländern, zumeist mit derselben Begründung angeblicher kommunistischer Unterwanderung, mit der schon Teile des „Stahlhelm“ aufgelöst worden waren. Wieder ging eine Verbotswelle über Deutschland. Daß jetzt die SPD verboten wurde, war schon längst fällig. Aber der Hauptschlag wurde dieses Mal gegen Rechts und gegen die Bünde geführt. Mit dem Orden wurden

¹⁾ 120/2. 6. 33; 61/21. 3. 33; 77/8. 4. 33 f.; 90/26. 4. 33; 115/27. 5. 33 ff.; 94/30. 4. 33; Pol. Ref. S. 88 ff.; Lohmüller.

²⁾ 77/8. 4. 33 f.

³⁾ 105/14. 5. 33; 120/2. 6. 33 ff.; 137/23. 6. 33; 133/18. 6. 33.

⁴⁾ 121/3. 6. 33.

⁵⁾ Lohmüller.

der „Wehrwolf“, die „Schwarze Front“, die „Deutschnationalen Kampfstaffeln“, in verschiedenen Provinzen der „Stahlhelm“ und schließlich die Jugendbünde verboten, die im „Großdeutschen Bund“ vereinigt waren. Die Christlichen Gewerkschaften wurden durch die „Nationalsozialistische Betriebsorganisation“ gleichgeschaltet. Auch der „Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände“ wurde aufgelöst und damit der Weg für die nationalsozialistische Staatsjugend freigemacht¹⁾.

Anfang Juni gab Mahraun das Ende des „Jungdeutschen Orden e. V.“ bekannt. Gleichzeitig hörte „Der Jungdeutsche“ zu erscheinen auf, der sich aus einer unscheinbaren Vereinszeitung entwickelt und den Weg des Ordens seit dem Mai 1920 begleitet hatte. Er war eine Zeitung von politischem und geistigem Rang gewesen, objektiv trotz ihres Charakters als „Gesinnungszeitung“²⁾ und weithin bekannt wegen ihrer guten Nachrichtenverbindungen. Der Jungdeutsche Verlag in Berlin, in dem seit 1925 die Führerzeitschrift „Der Meister“ neben anderen Publikationen erschienen war, konnte dem nationalsozialistischen Zugriff zunächst entzogen werden. Im April 1933 wurde die Monatszeitschrift in „Jungdeutsche Blätter“ umbenannt und im Juli 1933 in „Nachbarschaft“. Hier erhielt sich Mahraun bis zum April 1935 ein Organ, das die Fühlung mit den alten Anhängern herstellte. Auch hier wurde nun die Kunst des getarnten Ausdrucks und der „indirekten“ Kritik geübt: man berichtete über andere Länder oder ging in die Geschichte zurück. Im Mittelpunkt stand auch hier noch jene Erziehungsarbeit und „Verinnerlichung“ im Dienst der deutschen Erneuerung, die Mahraun seit dem Frühjahr 1933 als die wichtigste jungdeutsche Aufgabe herausgestellt hatte: „die unpolitische Arbeit am Werden des deutschen Menschen und am Werden der zukünftigen Gemeinschaft“³⁾.

Aber die bündische Front des „dritten Weges“ war zerschlagen. Jetzt konnten auch die Gespräche keine Auswirkung mehr haben, die Mahraun noch im Frühsommer mit Vertretern verschiedener politischer Gruppen geführt hatte: mit den Reichsbannerführern Höltermann und Noack, mit Führern der Freien Gewerkschaften und mit Duesterberg, dem zweiten, oppositionellen, Bundesführer des „Stahlhelm“. Auch Möglichkeiten eines bewaffneten Widerstandes wurden dabei erörtert. Sondierungen bei der Reichswehr waren freilich eher geeignet, Mahraun zu gefährden, als daß sie Aussicht auf Erfolg gehabt hätten. Die pronationalsozialistische Haltung des neuen Chefs des Ministeramtes, von Reichenau, war noch nicht hinreichend bekannt⁴⁾.

¹⁾ 131/16. 6. 33—139/25. 6. 33; Lohmüller.

²⁾ Siehe die Erscheinungszeiten der „Nordischen Zeitung“ und der „Staatsbürgerzeitung“, unten, S. 146 (Quellen- und Literaturverzeichnis).

³⁾ Jungdeutsche Blätter (Sondernummer März 1933), S. 10 ff., S. 24 ff.; Jungdt. Blätter Nr. 1, S. 15 ff.; Nachbarschaft Nr. 3 (September 1933), S. 78 ff.; ebd. Nr. 4 (Oktober 1933), S. 123 ff.; ebd. Nr. 5 (November 1933), S. 129 f.

⁴⁾ Pol. Ref., S. 87 f.; Duesterberg, Der Stahlhelm und Hitler, S. 66; Vgl. oben, S. 16.

Gruppen der Ordensbrüder blieben auch ohne Organisation während der ganzen Zeit des „Dritten Reiches“ erhalten oder sammelten sich wieder nach der anfänglichen Zerstreuung. Bald wurden wieder heimliche Konvente abgehalten. Selbst größere Jugendtreffen konnten durchgeführt werden. Besonders während der ersten Jahre kam es deshalb immer wieder zu Verhaftungen¹⁾. Auch Mahraun lernte die Keller der Gestapo-Gefängnisse kennen wie vor und nach ihm so viele Gegner der nationalsozialistischen Herrschaft. „Was ich sah und erlebte, genügte jedenfalls, mich zu überzeugen, wie recht ich mit meinem Urteil von Anfang an gehabt hatte“²⁾.

Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates trafen sich die alten jungdeutschen und neue Freunde im März 1948 zum erstenmal auf der Burg Ludwigstein, nachdem Mahraun, geistig ungebrochen, schon 1946 und dann im November 1947 auf einer Tagung in Hamburg wieder in die Öffentlichkeit getreten war. 1949 erschienen seine drei letzten Schriften „Deutschland ruft“, „Der Protest des Individuums“ und „Politische Reformation“, letztere ein politischer Rückblick auf die Zeit des Jungdeutschen Ordens und zugleich ein Ausblick auf die neuen Aufgaben nach dem Krieg. Insbesondere der „Protest“ wurde zum neuen „Manifest“ des Nachbarschaftsgedankens, der seit dem Tod Mahrauns vor allem in der Schriftenreihe „Nachbarschaft“, anknüpfend an die alte Zeitschrift, weiter ausgebaut wird. Doch der Jungdeutsche Orden wurde nicht mehr ins Leben gerufen. Die bündische Welt war nicht mehr durch eine einfache Wiedergründung zu erwecken³⁾.

Die Entwicklung in der heutigen Nachbarschaftsbewegung ist noch in vollem Fluß. Nicht zuletzt als Ergebnis der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus und seinem totalen Staat wird das Parteiwesen jetzt anerkannt. Ein aus der nachbarschaftlichen Aufgliederung der modernen Massengesellschaft erwachsendes „Hoheitswesen“ soll jedoch durch entsprechende „Räte“ ergänzend neben die parlamentarischen Vertretungen von der Gemeinde- bis zur Bundesebene als „ausgleichende Gewalt“ treten⁴⁾.

¹⁾ Pol. Ref., S. 98 ff.; Lohmüller; Mitteldeutsche Zeitung Erfurt vom 14. und 16. Februar 1935 (Zeitungsausschnitte); Mitteilungen von Kurt Rolle.

²⁾ Pol. Ref., S. 94; Lohmüller; Mitteilungen von Elisabeth Daemen-Fröhlich.

³⁾ Mitteilungen von Elisabeth Daemen-Fröhlich, Ernst Maste und Kurt Pastenaci.

⁴⁾ Nachbarschaft 1/1954, S. 1 ff.; Mitteilungen der Artur-Mahraun-Gesellschaft (als Manuskript gedruckt). Ernst Maste gibt in seinem Buch „Die Republik der Nachbarn“ einen grundlegenden Überblick über Idee und Gestalt des Nachbarschaftsgedankens und den Staatsgedanken Mahrauns. Hier spiegeln sich aufschlußreiche Auffassungen eines ehemaligen Ordensmitglieds über das Werk Mahrauns und seine mögliche Zukunftsbedeutung wider.

Schlußbetrachtung

Wenn die Geschichte nur aus der Perspektive derjenigen Kräfte geschrieben würde, die das Rad der Entwicklung in großen und oft gewalttätigen Anstößen vorwärtstreiben, könnte eine Darstellung wie die vorliegende kaum gerechtfertigt werden. Ihr liegt aber die Überzeugung zugrunde, daß in das unendliche Gewebe der Geschichte auch diejenigen Motive und Kräfte verflochten sind, die zu keinem weit sichtbaren „Erfolg“ gelangten. Ohne die Kräfte der „Konservativen Revolution“, des aus Jugendbewegung und Fronterlebnis erwachsenen „neuen Nationalismus“ ist die deutsche Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg nicht zu verstehen. Der große Geschichtsbruch des Jahres 1945 brachte die Gefahr, unsere Geschichte zu verlieren. Besonders die Geschichte des Nationalsozialismus und des „Dritten Reiches“ erscheint heute nicht nur „verdrängt“, sondern oft schon wie in einem Abgrund versunken. Und doch hat diese Epoche durch ihre schließliche Katastrophe unsere Gegenwart entscheidend geformt. Der Aufstieg einer nicht mehr von Europa bestimmten Welt und einer hochtechnisierten Industriegesellschaft überall auf der Erde ging aus dem tiefen Einschnitt des zweiten Weltkrieges hervor, in dessen Mittelpunkt noch Europa und Deutschland gestanden haben.

Armin Mohler hat die Kräfte der „Konservativen Revolution“ in Deutschland die „Trotzkisten des Nationalsozialismus“ genannt¹⁾: Die Geschichte des russischen Bolschewismus wie des Nationalsozialismus zeigt das Doppelgesicht von Machtstaat und Diktatur einerseits und von „idealistischer“, fordernder und auch Kontinuität wahrer „reiner“ Ideologie andererseits. So wie der russische Kommunismus und Sozialismus in der Kontinuität der marxistisch-sozialistischen Gedankenwelt und der russischen Geschichte verankert ist und gleichwohl von der Technik der Macht und der Diktatur in der Ära Stalins überspielt wurde, so sind auch die bündische Bewegung und die „Konservative Revolution“ in der deutschen und europäischen Geschichte tiefer verwurzelt gewesen als der Nationalsozialismus, ohne doch seine politische Wirkungskraft zu erreichen.

Neuerdings wird das Jahr 1917 als das Epochendatum gedeutet, das durch das Doppelereignis der sowjetischen Oktoberrevolution und des Eintritts der Vereinigten Staaten in den ersten Weltkrieg den Beginn der „Zeitgeschichte“ bezeichnet²⁾. 1917 beginnt die Verlagerung des politischen und wirtschaftlichen Schwergewichts der Welt in neue, außereuropäische Räume, die durch das Ende

¹⁾ Mohler, Die Konservative Revolution, S. 12 ff.

²⁾ Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 1/1955, S. 1 ff. und Karl-Dietrich Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft ebd. Heft 3/1955, S. 1 ff.

des zweiten Weltkriegs unwiderruflich wurde. Die europäische Geschichte verläuft seitdem in wachsendem Maß in bloßen Re-Aktionen zur außereuropäischen, insbesondere zur amerikanischen und sowjetrussischen Entwicklung. Schon der Faschismus und der Nationalsozialismus sind ohne Lenin und Stalin nicht zu verstehen.

Nur Europa, religiös weithin ortlos geworden und in beschleunigte technische, wirtschaftliche, geistige und gesellschaftliche Entwicklungen gestürzt, konnte auch der geschichtliche Ort für Erscheinungen wie die „Konservative Revolution“ werden. Sie ist letztlich zweifellos nur von ihrem religiösen Gehalt her zu begreifen, so wie sie auch von Mohler als das „Interregnum“ der „Weltanschauungen“ beschrieben wird¹⁾. Man war auf der Suche nach einem neuen Bild des Menschen im 20. Jahrhundert und zugleich nach der politischen und gesellschaftlichen Form für die ausgereifte Industrie- und Massengesellschaft.

Aber dieses Suchen kam nicht zum Ziel. Es geriet in die Versuchungen eines neuen Dogmatismus und auch sehr bald einer sektiererischen Ausschließlichkeit und Enge oder aber in die Gefahr ungeduldiger, kurzatmiger und dadurch notwendig unzulänglicher politischer Aktivität. Auf diesem Feld mußten ihm jedoch die reinen Techniker der Macht überlegen sein. Nicht die Gottsucher, die Grübler, Theoretiker und Pläneschmieder, sondern die Techniker und Funktionäre der Machtergreifung und Machtausübung schufen schließlich mit dem wurzellosen Seelenmaterial des „Interregnums“ ihre „neue Ordnung“. Die Wachsten in der bündischen Bewegung und der „Konservativen Revolution“ haben diese „faschistische Zwischenperiode“ vorausgesehen. Sie waren überzeugt, den längeren Atem zu haben. Der Revolution der Manager und Funktionäre mit ihren gesellschaftlichen und politischen Ordnungssurrogaten stellten sie den erneuernden Gehalt der nationalen Geschichte und ihrer geistigen Kraft gegenüber.

Doch waren die geistigen und religiösen Fundamente der Erneuerungshoffnungen der bündischen Bewegung der „Konservativen Revolution“ tief genug gelegt? Das Fronterlebnis des ersten Weltkrieges, das als das entscheidende Erleben Gottes und der „Grenze“ immer wieder von diesem religiösen Aufbruch beschworen wurde, reichte nicht aus. Die Frage bleibt deshalb auch heute immer noch offen, welchen Kräften schließlich die Formung der Zukunft im alten europäischen Geschichtsraum zufallen wird: den Zwangs- und Ersatzordnungen der Massengesellschaft und ihrer Funktionäre oder den Hoffnungen auf eine tiefpflügende geistig-seelische Erneuerung. Diese Unentschiedenheit der Gegenwart verbindet sie immer noch mit den Kräften und Antrieben, die zwischen den beiden Weltkriegen das geschichtliche Leben in Deutschland erfüllten.

¹⁾ Mohler, S. 116 ff.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Schrifttum aus dem Kreis des Jungdeutschen Ordens

(Die in den Anmerkungen gebrauchten Abkürzungen der Titel sind kursiv in Klammern gesetzt.)

- Mahraun, Artur:** Über die Einführung der allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht. Kassel. Berlin 1924. (Jungdeutsche Bücherei.)
- Mahraun, Artur:** Der nationale Friede am Rhein. Berlin (1926). Neudruck hrsg. von Elisabeth Daemen-Fröhlich. Gütersloh (1948).
- Mahraun, Artur:** Das jungdeutsche Manifest. Volk gegen Kaste und Geld, Sicherung des Friedens durch Neubau der Staaten. 2. Aufl. Berlin (1928). (= *Manifest*).
- Mahraun, Artur:** Gegen getarnte Gewalten. Weg und Kampf einer Volksbewegung. Berlin 1928. (= *Get. Gew.*).
- Mahraun, Artur:** Die neue Front, Hindenburgs Sendung. Berlin 1928. (= *Die neue Front*).
- Mahraun, Artur:** Parole 1929. Berlin 1929. (= *Parole*).
- Mahraun, Artur:** Der Aufbruch. Sinn und Zweck der Volksnationalen Reichsvereinigung. Berlin 1930. (= *Aufbruch*).
- Mahraun, Artur:** Die Deutsche Staatspartei. Eine Selbsthilfeorganisation deutschen Staatsbürgertums. Berlin 1930.
- Mahraun, Artur:** Der Große Plan. Der Weg aus dem Chaos von Staat und Wirtschaft. Berlin 1932.
- Mahraun, Artur:** Gemeinschaft als Erzieher. Berlin 1934. (= *Gemeinschaft*).
- Mahraun, Artur:** Ordina. Grundsätze für das Gemeinschaftsleben. Berlin 1935. (= *Ordina*).
- Mahraun, Artur:** Reden an eine Schar. Erinnerungsblätter vom Wirken deutscher Menschen aus dem Jahrzehnt des Weltkrieges. Berlin 1935. (= *Reden*).
- Mahraun, Artur:** (Dietrich Kärner:) Wille und Schicksal. Gedanken zum Lebenskampf des einzelnen in der Volksgemeinschaft. Berlin 1940.
- Mahraun, Artur:** (Dietrich Kärner:) Kurreich und Kursystem. Berlin 1940.
- Mahraun, Artur:** (Dietrich Kärner:) Die redliche Gemeinde. Gedanken zur Vertiefung der Volksgemeinschaft. Berlin 1939.
- Mahraun, Artur:** Politische Reformation. Vom Werden einer neuen deutschen Ordnung. Gütersloh 1949. (= *Pol. Ref.*).
- Mahraun, Artur:** Der Protest des Individuums. Gütersloh 1949.
- Mahraun, Artur:** Jungdeutsches Frauentum, o.O. u. J.
- Mahraun, Artur:** Was muß jede jungdeutsche Schwester wissen? Ein Leitfaden zur Novizenschulung. Berlin o. J.

*

- Mahraun, Artur:** „Allvater hilf!“ Ein jungdeutsches Schauspiel vom Bruderzwist und dem Sieg der Bruderliebe. Berlin (1922).
- Mahraun, Artur:** Der heilige Eifer. Berlin 1935.
(Roman aus der Kriegs- und Nachkriegszeit mit stark chronistischem und autobiographischem Gehalt).
- Mahraun, Artur:** Hubertus Wälser. (Roman.) Berlin 1936.
- Mahraun, Artur:** Waffen, Weiber und Soldaten. Kleine Geschichten aus großer Zeit. Berlin 1937.
- Mahraun, Artur:** Sei Kamerad . . . Erzählungen. Berlin 1937.
- Mahraun, Artur:** Seid tapfer . . . Erzählungen. Berlin 1937.
- Mahraun, Artur:** (Dietrich Kärner:) Der schwarze Bunker. Berlin 1940.
- Mahraun, Artur:** Die riesige Schar. Gedichte. Berlin 1936.
- Mahraun, Artur:** Balladen. Gütersloh 1949.
- Mahraun, Artur:** Das neue Wesen. (Manuskript).

*

- Abel, August:** Versailles 1919 / Lausanne 1932. Von Stresemann bis Papen. Berlin 1932.
- Bornemann, Otto:** Der Jungdeutsche Orden. (Berlin 1926).
- Daemen-Fröhlich, Elisabeth:** Ludwigstein. Tagung der Freunde der Nachbarschaftsbewegung. 12./14. 3. 1948. o. O. 1948.
- Eggeling, Erich:** Partei oder Bewegung? Der jungdeutsche Kampf und die Staatspartei. Berlin 1930.
- Hille, Johannes:** Mahraun. Der Pionier des Arbeitsdienstes. Leipzig 1933.
- Höhn, Reinhard:** Artur Mahraun, der Wegweiser zur Nation. Sein politischer Weg aus seinen Reden und Aufsätzen. Rendsburg 1929. (= *Mahraun*).
- Höhn, Reinhard:** Rechtsgemeinschaft und Volksgemeinschaft. Hamburg (1935). (Der deutsche Staat. 14.)
- Höhn, Reinhard:** Der bürgerliche Rechtsstaat und die neue Front. Die geistesgeschichtliche Lage einer Volksbewegung. Berlin 1929. (= *Rechtsstaat*).
- Höhn, Reinhard:** Otto von Gierkes Staatslehre und unsere Zeit. Zugleich eine Auseinandersetzung mit dem Rechtssystem des 19. Jahrhunderts. Hamburg 1936. (Rechtswissenschaftliche Abhandlungen).
- Katsch, Hermann:** Das Schwert des Ordens. Berlin o. J.
- Lohmüller, Wolfgang:** Darstellung einer Geschichte des Jungdeutschen Ordens. (Manuskript).
- Pastenaci, Kurt:** Caesar oder Herzog. Die unvollendete Gotik. Berlin 1935.
- Pastenaci, Kurt:** Diagnose unserer Zeit. Berlin 1952.
- Pastenaci, Kurt:** Von der Freiheit eines deutschen Menschen. (Berlin 1933). (Umschlagt.).
- Pastenaci, Kurt:** Politik ohne Volk. Von der politischen Eigenart der Deutschen. Berlin o. J.
- Pastenaci, Kurt:** Das viertausendjährige Reich der Deutschen. Ein Geschichtsbild der nationalen Revolution. Veröffentlichung der Gesellschaft für germanische Ur- und Vorgeschichte. Berlin 1933.
- Pastenaci, Kurt:** Vom rechten politischen Tun. Jugendbewegung und Politik. Leipzig (1926).
- Sachs, Gerhard:** Deutsche Sendung in der Geschichte. Berlin 1936.

*

1. **Meisterschule** der Ballei Kyffhäuser-Rudelsburg. 10./12. 5. 1924 in Erfurt. o. O. u. J.
 2. **Meisterschule** der Ballei Kyffhäuser-Rudelsburg. 29./30. 11. 1924 in Weimar. o. O. u. J.
- Der redliche Rebell.** Gütersloh 1950. (Gedächtnisschrift für Mahraun).
- Rüstzeug I** für Jugendarbeit. Jugendführerschulung der Großballei Braunschweig—Hannover in Mellendorf Ostern 1926. o. O. u. J.
- Satzungen** des Jungdeutschen Ordens. o. O. u. J.
- Verfassung** des Jungdeutschen Ordens. Kassel 1923.
- Verfassung** des Jungdeutschen Ordens. Berlin (1928).
- Verfassung** des Jungdeutschen Ordens e. V. (Beschlussen durch das Hochkapitel am 27. April 1930 zu Berlin. Eingetragen durch das Amtsgericht Berlin-Mitte am 25. Juli 1931).

*

- Die **Ordenszeitung**. (Zitiert mit Nummer, Tag, Monat und Jahr; die Zitierung der Seiten war nicht möglich, da die meisten Jahrgänge nicht durchnummeriert sind).
- Zeitung** des Jungdeutschen Ordens. Kassel u. München. Nr. 1/1. 5. 1920—16/15. 12. 1920 (Erscheinen zweimal im Monat).
- Der Jungdeutsche **Orden**. Zeitschrift des Jungdeutschen Ordens. Kassel. Berlin. Nr. 1/1. 1. 1921—18/15. 9. 1922.
- Der **Jungdeutsche**. Zeitschrift für Volkswohl und Ständefrieden. Kassel. Berlin. Ab Nr. 1/20. 1. 1923 (Unregelmäßiges Erscheinen, im allgemeinen zweimal im Monat).
- Der **Jungdeutsche**. (Tageszeitung). Berlin. Nr. 1/1. 6. 1924—150/8. 7. 1933.
- Nordische Zeitung**. Berlin. Nr. 152/11. 7. 1933—196/31. 8. 1933.
- Deutsche Staatsbürgerzeitung**. Berlin. Nr. 197/1. 9. 1933—231/11. 10. 1933.
- Jungdeutsche Frauenzeitung**. Berlin. Januar-1925—Dezember 1933. (Mit Nummer, Jahr und Seite zitiert).

*

- Der **Meister**. Jungdeutsche Monatsschrift. Berlin. November 1925—März 1933. (Zitiert mit Jahrgang, Nummer und Seite: I/1 1 ff.).

- Jungdeutsche **Blätter**. Monatsschrift. Berlin. März 1933—Juni 1933.
Nachbarschaft. Monatsschrift. Berlin. Juli 1933—April 1935.
Der Staatsbürger. Volksnationale Schriftenreihe. Hrsg. vom Ordensamt des Jungdeutschen Ordens. Berlin o. J. Nr. 1—51 (zwischen 1928 u. 1931).
Rüstzeug. Schriftenreihe des Jungdeutschen Ordens. Kassel. Berlin 1924/25. Nr. 1—10.
Rundbriefe des Hochmeisters. Nr. 1—4. o. J. (Besonders aus Anlaß des Kampfes mit dem nationalen Lager und in Abwehr der Ordenskrise 1926 erschienen).

2. Sonstige Literatur

- Abetz, Otto**: Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik. Mit einer Einführung von Ernst Achenbach. Köln 1951.
Anrich, Ernst: Deutsche Geschichte von 1918—1939. Die Geschichte einer Zeitenwende. Leipzig u. Berlin 1940.
Arnim, Hans von (Hrsg.): s. Aufstieg, Deutscher. 1925.
Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs. Hrsg. von Curt Hotzel. Stuttgart 1934.
Deutscher Aufstieg. Bilder aus der Vergangenheit und Gegenwart der rechtsstehenden Parteien. Hrsg. von Hans von Arnim und Georg von Below. Berlin, Leipzig, Wien u. Bern 1925.
Baumler, Alfred: Alfred Rosenberg und der Mythos des 20. Jahrhunderts. (2. Aufl.). München 1943.
Barth, Hans: Fluten und Dämme. Der philosophische Gedanke in der Politik. Zürich 1943.
Barth, Hans: Wahrheit und Ideologie. Zürich 1945.
Bechly, Hans: Volk, Staat und Wirtschaft. Vortrag. Hamburg 1924.
Beckerath, Erwin von: Wesen und Werden des faschistischen Staates. Berlin 1927.
Beer, Rüdiger Robert: Heinrich Brüning. Berlin 1931.
Below, Georg von (Hrsg.): s. Aufstieg, Deutscher. 1925.
Bergsträßer, Ludwig: Geschichte der politischen Parteien in Deutschland. 5. verb. u. bis auf die Gegenwart fortgef. Aufl. Mannheim 1928. (Schriftenreihe der Verwaltungsakademie Berlin. Bd. 4).
Beyer, Justus: Die Ständeideologie der Systemzeit und ihre Überwindung. Darmstadt 1941. (Forschungen zum Staats- und Verwaltungsrecht. Reihe A, Bd. 8). Berlin, Rechts- und staatswiss. Diss. vom 25. Februar 1942.
Blank, Herbert: Adolf Hitler — Wilhelm III. Berlin 1931.
Böhmer, Heinz W. Chr.: Deutsche Soldaten vor Gott. Das religiöse Erlebnis der Front dargestellt und gewertet an Zeugnissen aus Kriegsbriefen. Frankenthal (Saarpfalz) 1939. Heidelberg, Theol. Diss. vom 15. November 1939.
Bonn, Moritz Julius: Die Krisis der europäischen Demokratie. München 1925.
Brauweiler, Heinz: Berufsstand und Staat. Betrachtungen über eine neuständische Verfassung des Deutschen Staates. Berlin 1925. (Ring-Schriftenreihe des Politischen Kollegs).
Brinton, Crane: Europa im Zeitalter der französischen Revolution (A Decade of Revolution, deutsch). Wien 1939.
Bröger, Karl: Deutsche Republik. Betrachtungen und Bekenntnisse zum Werke von Weimar. Berlin (1926). (Schriften zur Zeit).
Brunzel, Hans Paul: Die „Tat“ 1918—1933. Ein publizistischer Angriff auf die Verfassung von Weimar innerhalb der konservativen Revolution. o. O. 1952 (Maschinenschrift). Bonn, Phil. Diss. vom 18. Juni 1952.
Buchheim, Hans: Glaubenskrise im Dritten Reich. Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik. Stuttgart 1953. (Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte München).
Buchheit, Gert: Im Schatten Bismarcks. Brüning, Papen, Schleicher. Berlin 1933.
Buchrucker, Bruno Ernst: Im Schatten Seeckts. Die Geschichte der „Schwarzen Reichswehr“. Berlin 1928.
Büchner, Fritz (Hrsg.): s. Was ist das Reich? 1932.
Carlè, Erwin: Orgesch. Berlin 1921.
Curtius, Ernst Robert: Maurice Barrés und die geistigen Grundlagen des französischen Nationalismus. Bonn 1921.
Dähnhardt, Heinz: Das Vermächtnis des Bundes. Die junge Nation. Hrsg. vom Jungnationalen Bund. Berlin o. J.

- Darré, Richard Walther:** Neuadel aus Blut und Boden. München 1930.
- Deutz, Josef:** Adam Stegerwald. Gewerkschaftler — Politiker — Minister 1874—1945. Ein Beitrag zur Geschichte der christlichen Gewerkschaften in Deutschland. Köln 1952.
- Diebow, Hans:** Gregor Strasser und der Nationalsozialismus. Berlin 1932/33.
- Dietrich, Otto:** Die philosophischen Grundlagen des Nationalsozialismus. Ein Ruf zu den Waffen deutschen Geistes. Breslau 1935.
- Dingräve, Leopold:** Wo steht die junge Generation? Jena 1931. (Schriften der „Tat“).
- Dürrenmatt, Peter:** Zerfall und Wiederaufbau der Politik. München 1951.
- Duesterberg, Theodor:** Der Stahlhelm und Hitler. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Müller. Wolfenbüttel u. Hannover 1949.
- Egelhaaf:** s. Jahresübersicht, Egelhaafs historisch-politische.
- Ehrenberg, Hans Ph.:** Deutschland im Schmelzofen. Berlin 1932. (Deutsche Politik und deutsche Christenheit).
- Ehrenthal, Günther:** Die deutschen Jugendbünde. Ein Handbuch ihrer Organisationen und ihrer Bestrebungen. Berlin 1929.
- Erkelenz, Anton:** Junge Demokratie. Reden und Schriften politischen Inhalts. Berlin 1925.
- Eschenburg, Theodor:** Die improvisierte Demokratie der Weimarer Republik. Laupheim/Württ. (1954). (Geschichte und Politik. H. 10).
- Evola, Julius:** Erhebung wider die moderne Welt (Rivolta contro il mondo moderno, deutsch). Stuttgart 1935.
- Feder, Gottfried:** Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft. München 1924.
- Fick, Luise:** Die deutsche Jugendbewegung. Jena 1940.
Berlin, Phil. Diss. vom 14. Februar 1939.
- Forsthoff, Ernst:** Deutsche Geschichte seit 1918 in Dokumenten. Leipzig 1935. (Kröners Taschen-
ausgabe. 113).
- Franz, Günther (Hrsg.):** s. Parteiprogramme, Die deutschen. 5. Aufl., Bd. 3, 1931.
- Freund, Michael:** Georges Sorel. Der revolutionäre Konservatismus. Frankfurt a. M. 1922.
- Freyer, Hans:** Revolution von rechts. Jena 1931.
- Freytagh-Loringhoven, Axel von:** Deutschnationale Volkspartei. Berlin 1931. (Die geistige
Struktur der politischen Parteien Europas. 3.)
- Fried, Ferdinand (Pseudonym):** s. Zimmermann, Friedrich.
- Friedensburg, Ferdinand:** Die Weimarer Republik. Berlin 1946.
- Friedländer, Otto:** Die ideologische Front der nationalen Opposition.
In: Sozialistische Monatshefte. Jg. 35. 1929, Bd. 68, S. 207—212.
- Die neue **Front.** Hrsg. von Moeller van den Bruck, Heinrich von Gleichen (u. a.). Berlin 1922.
- Gebhardt, Vera:** Ideen und Politik des Jungdeutschen Ordens (unter besonderer Berücksichtigung
des Versuches zur Gründung einer neuen Mittelpartei: „Volksnationale Reichsvereinigung“
und „Deutsche Staatspartei“).
Hamburg, Staatsexamensarbeit 1952.
- Gerhart, Walter (Pseudonym):** s. Gurian, Waldemar.
- Gildemeister, Hans:** Die Abspaltung der Volkskonservativen von der Deutschnationalen Volks-
partei.
Hamburg, Staatsexamensarbeit 1952.
- Gleichen, Heinrich von (Hrsg.):** s. Front, Die neue. 1922.
- Göhre, Paul:** Der unbekannt Gott. Versuch einer Religion des modernen Menschen. Leipzig 1919.
- Görlitz, Walter u. Herbert A. Quint (d. i. Richard Frh. von Frankenberg):** Adolf Hitler. Eine
Biographie. Stuttgart 1952.
- Grabowsky, Adolf:** Demokratie und Diktatur. Grundfragen politischer Erziehung. Zürich 1949.
- Gründel, Ernst Günther:** Die Sendung der jungen Generation. Versuch einer umfassenden
revolutionären Sinndeutung der Krise. München 1922.
- Guardini, Romano:** Das Ende der Neuzeit. Ein Versuch zur Orientierung. Basel 1950.
- Günther, Albrecht Erich (Hrsg.):** s. Was wir vom Nationalsozialismus erwarten. 1932.
- Günther, Gerhard:** Das werdende Reich. Reichsgeschichte und Reichsreform. Hamburg 1932.
- Gurian, Waldemar:** Der integrale Nationalismus in Frankreich. Charles Maurras und die Action
Française. Frankfurt a. M. 1931.

- Gurian, Waldemar:** Um des Reiches Zukunft. Nationale Wiedergeburt oder politische Reaktion. Freiburg 1932.
- Haas, Werner:** Europa will leben. Die nationalen Erneuerungsbewegungen in Wort und Bild. Berlin 1936.
- Habermann, Max:** Die Erziehung zum deutschen Menschen. Einführung in die Bildungsarbeit des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Vortrag. Hamburg 1924.
- Hauer, Jakob Wilhelm:** Deutsche Gottschau. Grundzüge eines deutschen Glaubens. Stuttgart 1934.
- Heiden, Konrad:** Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee. Berlin 1932.
- Heller, Hermann:** Europa und der Faschismus. Berlin 1929.
- Herrfahrdt, Heinrich:** Der Aufbau des neuen Staates. Vorträge zur Verfassungsreform. Mit einem Plan für die Übergangsregelung in Reich und Preußen. Berlin 1932.
- Herrfahrdt, Heinrich:** Werden und Gestalt des Dritten Reiches. Berlin 1933.
- Heuss, Theodor:** Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus. 7. Aufl. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1932.
- Hielscher, Friedrich:** Das Reich. Berlin 1931.
- Hoffmann, Friedrich:** Die bündisch-revolutionäre Ideologie in der deutschen politischen Gegenwart. Greifswald 1933. (Greifswalder Universitätsreden. 35.)
- Hotzel, Curt (Hrsg.):** s. Aufstand, Deutscher. 1934.
- Huber, Ernst Rudolf:** Die Gestalt des deutschen Sozialismus. Hamburg 1934. (Der deutsche Staat der Gegenwart. 2.)
- Huber, Ernst Rudolf:** Wesen und Inhalt der politischen Verfassung. Hamburg 1935. (Der deutsche Staat der Gegenwart. 16.)
- Hugenberg, Alfred:** Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart. Berlin 1927.
- Egelhaafs historisch-politische Jahresübersicht.** Hrsg. von Friedrich Neubauer. 19. 1926. Stuttgart 1927.
- Jünger, Ernst:** Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt. Hamburg 1932.
- Jünger, Ernst:** Heliopolis. Rückblick auf eine Stadt. Tübingen 1949.
- Jünger, Ernst:** Die totale Mobilmachung. 2. Aufl. Berlin 1934.
- Jung, Edgar J.:** Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich. Berlin 1927.
- Jung, Edgar J.:** Sinndeutung der deutschen Revolution. Oldenburg 1933. (Stalling-Bücherei „Schriften an die Nation“. 55/56.)
- Junius, Alter (Pseudonym):** s. Sonntag, Franz.
- Kindt, Karl:** Konservative in der Welt der Diskontinuität.
In: Deutsches Pfarrerblatt. Essen. Jg. 51. 1951, S. 382—383.
- Koellreutter, Otto:** Deutsches Verfassungsrecht. Grundriß. 3. erg. Aufl. Berlin 1938. (Rechtswissenschaftliche Grundrisse).
- Koellreutter, Otto:** Volk und Staat in der Weltanschauung des Nationalsozialismus. Berlin-Charlottenburg 1935.
- Kolbenheyer, Erwin Guido:** Stimme. Eine Sammlung von Aufsätzen. München 1931.
- Korff, Hermann August:** Faustischer Glaube. Versuch über das Problem humaner Lebenshaltung. Leipzig 1938.
- Krieck, Ernst:** Nationalpolitische Erziehung. Leipzig 1932.
- Krieck, Ernst:** Der Staat des deutschen Menschen. Berlin (1927).
- Kriegk, Otto:** Hugenberg. Leipzig, Berlin 1932. (Männer und Mächte).
- Kühnelt-Leddihn, Erich Ritter von:** Freiheit oder Gleichheit? (Liberty or equality? deutsch). Die Schicksalsfrage des Abendlandes. Salzburg 1953.
- Künneht, Walter:** Antwort auf den Mythos. Entscheidung zwischen dem nordischen Mythos und dem biblischen Christus. Berlin 1935.
- Künneht, Walter:** Die biblische Offenbarung und die Ordnungen Gottes.
In: Die Nation vor Gott. Zur Botschaft der Kirche im Dritten Reich. Hrsg. von Walter Künneht und Helmut Schreiner. Berlin 1933.
- Lampel, Peter Martin:** Pakt an! Kameraden! Erkundungsfahrten in die Arbeitslager. Plauen 1932.

- Leber, Julius:** Ein Mann geht seinen Weg. Reden und Briefe. Hrsg. von seinen Freunden. Berlin, Frankfurt a. M. 1952.
- Leese, Kurt:** Das Problem des „Arteigenen“ in der Religion. Ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit der deutschen Glaubensbewegung. Tübingen 1935.
- Lehmann, Gerhard:** Die deutsche Philosophie der Gegenwart. Stuttgart 1943.
- Lindenburger, Hermann:** Die deutsche Jugendbewegung im Lichte völkischer Jugendauffassung. Würzburg-Aumühle 1939.
Frankfurt, Phil. Diss. vom 23. November 1939.
- Litt, Theodor:** Individuum und Gemeinschaft. Grundfragen der sozialen Ethik. Leipzig u. Berlin 1919.
- Lütkens, Charlotte:** Die deutsche Jugendbewegung. Ein soziologischer Versuch. Frankfurt a. M. 1925.
- Lutz, Günther:** Das Gemeinschaftserlebnis in der Kriegsliteratur. Greifswald 1936.
Greifswald, Phil. Diss. vom 25. Juli 1936.
- Man, Hendrik de:** Die sozialistische Idee. Jena 1933.
- Man, Hendrik de:** Sozialismus und National-Faschismus. Potsdam 1931.
- Man, Hendrik de:** Gegen den Strom. Memoiren eines europäischen Sozialisten. Stuttgart 1953.
- Mannheim, Karl:** Ideologie und Utopie. 3. verm. Aufl. Frankfurt a. M. 1952.
- Marck, Siegfried:** Der Neuhumanismus als politische Philosophie. Zürich 1938.
- Maste, Ernst:** Die Republik der Nachbarn. Die Nachbarschaft und der Staatsgedanke Artur Mahrauns. Gießen 1957.
- Mau, Hermann:** Die deutsche Jugendbewegung 1901—1933.
In: Jahrbuch der Jugendarbeit. Im Auftr. der Arbeitsgemeinschaft Jugendrecht und Jugendpflege München. München. Jg. 1. 1949, S. 31—46.
- Medem, Walter Eberhard Frh. von:** Seldte, Duesterberg. Leipzig, Berlin 1932. (Männer und Mächte).
- Meinecke, Friedrich:** Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. Wiesbaden 1946.
- Miltenberg, Weigand von (Pseudonym):** s. Blank, Herbert.
- Moellendorff, Wichard von:** Konservativer Sozialismus. Hrsg. u. eingel. von Hermann Curth. Hamburg 1932.
- Moeller van den Bruck, Artur (Hrsg.):** s. Front, Die neue. 1922.
- Moeller van den Bruck, Artur:** Das 3. Reich. 3. Aufl. bearb. von Hans Schwarz. Hamburg 1931. (Die Ringbücherei der Hanseatischen Verlagsanstalt, Hamburg).
- Mohler, Armin:** Die Konservative Revolution in Deutschland 1918—1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen. Stuttgart 1950.
- Mommsen, Wilhelm (Hrsg.):** s. Parteiprogramme, Die deutschen. 5. Aufl. 1931, Bd. 3.
- Mühlenfeld, Hans:** Politik ohne Wunschbilder. Die konservative Aufgabe unserer Zeit. München 1952.
- Nebel, Gerhard:** Ernst Jünger. Abenteuer des Geistes. Wuppertal 1949.
- Neubauer, Friedrich (Hrsg.):** s. Jahresübersicht, Egelhaafs . . . 1927.
- Neumann, Sigmund:** Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932. (Fachschriften zur Politik und staatsbürgerlichen Erziehung).
- Nicolai, Walter:** Geheime Mächte. Internationale Spionage und ihre Bekämpfung im Weltkrieg und heute. Leipzig, Berlin 1923.
- Niekisch, Ernst:** Entscheidung. Berlin 1930.
- Niekisch, Ernst:** Gedanken über deutsche Politik. Dresden 1929.
- Niekisch, Ernst:** Das Reich der niederen Dämonen. Hamburg 1953.
- Nitzsche, Max:** Bund und Staat. Wesen und Formen der bündischen Ideologie. Würzburg 1942. (Kulturphilosophische, philosophische und erziehungswissenschaftl. Studien. H. 18).
München, Phil. Diss. vom 2. November 1942.
- Oetinger, Friedrich:** Wendepunkt der politischen Erziehung. Partnerschaft als pädagogische Aufgabe. Stuttgart 1951.
- Papen, Franz von:** Appell an das deutsche Gewissen. Reden zur nationalen Revolution. N. F. Oldenburg 1933. (Stalling-Bücherei. Schriften an die Nation. Bd. 51/52).
- Paetel, Karl Otto:** Ernst Jünger. Weg und Wirkung. Eine Einführung. Stuttgart 1949.

- Paetel, Karl Otto:** Die SS. Ein Beitrag zur Soziologie des Nationalsozialismus.
In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Stuttgart. Jg. 2. 1954, S. 1—33.
- Die deutschen **Parteiprogramme**. Begr. von Felix Salomon, hrsg. von Wilhelm Mommsen und Günther Franz. Bd. 3. Leipzig 1931.
3. Das Deutsche Reich als Republik 1918—1930. 5. Aufl. 1931.
- Posse, Ernst H.:** Die politischen Kampfbünde Deutschland. 2. erw. Aufl. Berlin 1931. (Fachschriften zur Politik und staatsbürgerlichen Erziehung).
- Pross, Harry:** Nationale und soziale Prinzipien in der Bündischen Jugend. (Maschinenschrift). Heidelberg, Phil. Diss. vom 9. Juni 1949
- Quabbe, Georg:** Tar a Ri. Variationen über ein konservatives Thema. Berlin 1927.
- Quabbe, Georg:** Das letzte Reich. Wandel und Wesen der Utopie. Leipzig 1933.
- Quint, Herbert A.:** Adolf Hitler. 1952. s. Görlitz, Walter.
- Radbruch, Gustav:** Kulturlehre des Sozialismus. Ideologische Betrachtungen. 2. Aufl. Berlin 1927. (Schriften zur Zeit. Bd. 5).
- Rauschnig, Hermann:** Gespräche mit Hitler. (Unveränd. Neudruck). Zürich 1940.
- Rauschnig, Hermann:** Die Revolution des Nihilismus. Kulisse und Wirklichkeit im Dritten Reich. Erg. u. verb. Aufl. Zürich, New York 1938.
- Rechberg, Arnold:** Reichsniedergang. Ein Beitrag zu dessen Ursachen aus meinen persönlichen Erinnerungen. München 1919. (Weltfragen der Politik).
- Reich Gottes, Marxismus — Nationalsozialismus.** Hrsg. von Georg Wünsch. Tübingen 1931.
- Reventlow, Graf Ernst zu:** Deutscher Sozialismus. Civitas Germanica. Weimar 1930.
- Rheinbaben, Rochus Frh. von:** Stresemann. Der Mensch und der Staatsmann. Dresden 1928.
- Rödel, Helmut:** Rasse, Raum und Reich bei Moeller van den Bruck. Versuch einer Abgrenzung zum Nationalsozialismus. Berlin 1939.
Leipzig, Phil. Diss. vom 13. Juli 1939.
(Gedr. u. d. Tit.: Moeller van den Bruck. Standort und Wertung).
- Röhrborn, Gerhard:** Der autoritäre Staat. Weide i. Thür. 1935.
Jena, Rechts- und wirtschaftswiss. Diss. vom 11. März 1935.
- Rohan, Karl Anton Prinz:** Umbruch der Zeit. 1923—1930. Gesammelte Aufsätze. Eingeleitet von Rochus Frh. von Rheinbaben. Berlin 1930.
- Rohden, Peter Richard:** Faschistische Motive im französischen Staatsethos.
In: Internationaler Faschismus. Beiträge über Wesen und Stand der faschistischen Bewegung und über den Ursprung ihrer leitenden Ideen und Triebkräfte. Hrsg. von Carl Landauer u. Hans Honegger mit einem Schlußwort von Moritz Julius Bonn. Karlsruhe 1928.
- Rosen, Erwin (Pseudonym):** s. Carlé, Erwin.
- Rosenberg, Alfred:** Der Mythos des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit. München 1935.
- Rosenberg, Alfred:** Kampf um die Macht. Aufsätze von 1921—1932. Hrsg. von Thilo von Trotha München 1937.
- Rosenberg, Alfred:** Nationalsozialismus und Jungdeutscher Orden. Eine Abrechnung mit Arthur Mahraun. München 1927.
- Rothfels, Hans:** Deutschlands Krise.
In: Die Einheit der nationalen Politik. Hrsg. von Alfred Bozi und Alfred Niemann. Stuttgart 1925.
- Rothfels, Hans:** Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung. Krefeld 1949.
- Rothfels, Hans:** Zeitgeschichte als Aufgabe.
In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Stuttgart. Jg. 1. 1953, S. 1—8.
- Salomon, Ernst von:** Der Fragebogen. Hamburg 1951.
- Salomon, Felix (Begr.):** s. Parteiprogramme, Die deutschen. Leipzig. 5. Aufl. Bd. 3. 1931.
- Schapke, Richard:** Die Schwarze Front. Von den Zielen und Aufgaben und vom Kampfe der deutschen Revolution. Vorwort von Otto Strasser. Leipzig 1932. (Bücher der Zielgebung).
- Schlange-Schöninggen, Hans:** Bauer und Boden. Hamburg 1933.
- Schlund, Erhard:** Neugermanisches Heidentum im heutigen Deutschland. München 1924.
- Schlund, Erhard:** Der Jungdeutsche Orden (Jungdo). München 1924.
- Schlund, Erhard:** Die Religion im Weltkrieg. München 1930.

- Schmitt, Karl:** Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens. Hamburg 1934. (Schriften der Akademie für deutsches Recht).
- Schmitt, Karl:** Der Begriff des Politischen. (5. Aufl.). Hamburg (1938).
- Schmitt, Karl:** Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus. München u. Leipzig 1923.
- Schmitt, Karl:** Legalität und Legitimität. München u. Leipzig 1932.
- Schmitt, Karl:** Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar, Genf, Versailles. 1923—1939. Hamburg 1940.
- Schmitt, Karl:** Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit. Hamburg 1933. (Der deutsche Staat der Gegenwart. 1.)
- Schmitt, Karl:** Politische Theologie. 4 Kapitel zur Lehre von der Souveränität. München u. Leipzig 1922.
- Schotte, Walther:** Der neue Staat. Berlin 1932.
- Schultze-Pfäelzer, Gerhard** (Mitarb.): Wir suchen Deutschland. 1931.
- Schwarz, Hermann:** Ethik der Vaterlandsliebe. Langensalza 1922. (Schriften zur politischen Bildung. H. 3. = Friedrich Mann's Pädagogisches Magazin. H. 912.)
- Schwarz, Hermann:** Zur philosophischen Grundlegung des Nationalsozialismus. Berlin 1936. (Schriften der Deutschen Hochschule für Politik. 1, 17).
- Severing, Carl:** Mein Lebensweg. Bd. 1. 2. Köln 1950.
1. Vom Schlosser zum Minister.
 2. Im Auf und Ab der Republik.
- Smend, Rudolf:** Verfassung und Verfassungsrecht. München u. Leipzig 1928.
- Sombart, Werner:** Deutscher Sozialismus. Berlin-Charlottenburg 1934.
- Spengler, Oswald:** Preußentum und Sozialismus. München 1920.
- Spengler, Oswald:** Politische Schriften. Volksausgabe. München 1933.
- Sonntag, Franz:** Nationalsozialisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit. Neue erw. Aufl. Leipzig Koehler (1933). (Die Koehler-Reihe).
- Der Stahlhelm.** Erinnerungen und Bilder. Hrsg. im Auftrage des Gründers und ersten Bundesführers Franz Seldte. Berlin 1932.
- Stapel, Wilhelm:** Volksbürgerliche Erziehung. 2. durchges. und wesentlich verm. Aufl. Hamburg (1920). (Die Fichte-Hochschule. H. 4).
- Stapel, Wilhelm:** Die Fiktionen der Weimarer Verfassung. Versuch einer Unterscheidung der formalen und funktionalen Demokratie. Hamburg, Berlin, Leipzig 1928.
- Stapel, Wilhelm:** Kann ein Konservativer Gegner des Christentums sein?
In: Deutsches Pfarrerblatt. Bundesblatt der evangelischen Pfarrervereine. Essen. Jg. 51, Nr. 11 vom 1. 6. 53, S. 323 ff. (Besprechung von Armin Mohler).
- Stapel, Wilhelm:** Sechs Kapitel über Christentum und Nationalsozialismus. Hamburg 1931.
- Stapel, Wilhelm:** Der christliche Staatsmann. Eine Theologie des Nationalismus. Hamburg 1932.
- Stegerwald, Adam:** Arbeiterschaft, Volk und Staat. Vortrag. Berlin-Wilmersdorf 1926.
- Stegerwald, Adam:** Nicht Klassen, sondern Stände.
In: Die Einheit der nationalen Politik. Hrsg. von Alfred Bozi und Alfred Niemann. Stuttgart 1925.
- Stegerwald, Adam:** Wohin gehen wir? Würzburg 1946.
- Strasser, Otto** (Mitarb.): s. Wir suchen Deutschland. 1931.
- Suck, Ernst-Wolfgang:** Der religiöse Sozialismus in der Weimarer Republik (1918—1933). (Maschinenschrift).
Marburg, Phil. Diss. vom 8. Juli 1953.
- Timmermanns, Rudolf:** Demokratie und Führerstaat. Studien zur Idee des Volksstaates. Berlin 1936.
- Ullmann, Hermann:** Die Rechte stirbt — Es lebe die Rechte! Berlin 1929.
- Vallentin, Antonia:** Stresemann. Vom Werden einer Staatsidee. (6.—7. Taus.). München, Leipzig 1948.
- Vogt, Hannah:** Der Arbeiter. Wesen und Probleme bei Friedrich Naumann, August Winnig, Ernst Jünger. Grone, Göttingen 1945. (Auch: Göttingen, Rechts- und staatswiss. Diss.).
- Wallner, Nico:** Fichte als politischer Denker. Werden und Wesen seiner Gedanken über den Staat. Halle 1926.

- Was ist das Reich?** Eine Aussprache unter Deutschen. Hrsg. von Fritz Büchner. Oldenburg 1932. (Stalling-Bücherei „Schriften an die Nation“. 44).
- Was wir vom Nationalsozialismus erwarten.** 20 Antworten. Hrsg. von Albrecht Erich Günther. Heilbronn 1932.
- Weber, Alfred:** Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1925.
- Westarp, Kuno Graf:** Am Grabe der Parteiherrschaft. Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918—1932. Berlin 1932.
- Westphal, Otto:** Feinde Bismarcks. Geistige Grundlagen der deutschen Opposition 1848—1918. München u. Berlin 1930.
- Westphal, Otto:** Weltgeschichte der Neuzeit 1750—1950. Stuttgart 1953.
- Winnig, August:** Heimkehr. Hamburg 1935.
- Winnig, August:** Vom Proletariat zum Arbeitertum. Hamburg 1930.
- Winnig, August:** Wir hüten das Feuer. Aufsätze und Reden aus 10 Jahren (1923—1933). Hamburg 1933.
- Wir suchen Deutschland.** Ein freier Disput über die Zeitkrise zwischen Gerhard Schultze-Pfaelzer und Otto Strasser, Major Buchrucker, Herbert Blank. Leipzig, Zürich 1931.
- Wirsing, Giselher:** Schritt aus dem Nichts. Perspektiven am Ende der Revolutionen. Düsseldorf, Köln 1951.
- Wirsing, Giselher:** Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft. Jena 1931. (Tat-Schriften).
- Wünsch, Georg (Hrsg.):** s. Reich Gottes, Marxismus — Nationalsozialismus. 1931.
- Ziegler, Heinz Otto:** Autoritärer oder totaler Staat. Tübingen 1932. (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. 90).
- Zimdars, Paul:** Das religiöse Erleben in der Jugendbewegung nach ihrem Schrifttum dargestellt. Leipzig 1930.
Leipzig, Phil. Diss. vom 28. Mai 1930.
- Zimmermann, Friedrich:** Das Ende des Kapitalismus. Jena 1931. (Tat-Schriften).

*

Hinweise:

Nach Abschluß des Manuskriptes der vorliegenden Arbeit erschien: Bracher, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtzerfalls in der Demokratie. Stuttgart und Düsseldorf 1955. Br. nimmt auf den S. 355 ff., 309 ff. u. 138 ff. Bezug auf den Jungdeutschen Orden, die Volksnationale Reichsvereinigung und die Staatspartei.

Während der Drucklegung der Arbeit erschien: v. Vietsch, Eberhard: Arnold Rechberg und das Problem der politischen Westorientierung Deutschlands nach dem 1. Weltkrieg. Band 4 der Schriftenreihe des Bundesarchivs. Koblenz 1958.

Personenregister

- Abel, August 47, 78, 93, 129
 Adolph, Arthur 93
 Andersen, Friedrich 30
- Baltrusch, Fritz 92 ff.
 Barrés, Philippe 47
 Bäumer, Gertrud 103
 Beckerath, Erwin v. 86
 Beil 100
 Bernhard, Ludwig 63
 Bismarck, Otto v. 39, 42, 58, 133
 Blunck, Hans Friedrich 75
 Bornemann, Otto 21, 37, 61, 67 ff., 78, 103 ff.
 Bosch, Robert 32
 Boyen, Hermann v. 7
 Briand, Aristide 43
 Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf 62
 Brüning, Heinrich 49, 94, 97 ff., 117, 120 f.,
 124
- Chamberlain, Houston Stewart 75, 127
 Caillaux, Joseph 42
 Carossa, Hans 75
 Class, Heinrich 34, 45, 62 ff., 87
 Clausewitz, Karl v. 13
 Cuno, Wilhelm 37
 Curtius, Julius 49
 Coudenhove-Kalergi, Richard Graf 46
- Daemen-Fröhlich, Elisabeth 5, 19, 22
 Dahlmann, Friedrich Christoph 7
 Dahn, Felix 75
 Damaschke, Adolf 112
 Diekmann, Johannes 99
 Dietrich, Hermann 102, 106 f.
 Dietrich, Willi 60
 Dilthey, Wilhelm 83
 Droysen, Gustav 7
 Duesterberg, Theodor 140
- Eggeling, Erich 100, 108
 Ehrhardt, Hermann 51
 Erkelenz, Anton 100
 Erzberger, Matthias 31
 Eschenburg, Theodor 5, 102
 Escherich, Georg 25 f., 34
 Eucken, Rudolf 69, 75
- Fabre-Luce, Robert Baron 47
 Fichte, Johann Gottlieb 7, 24, 75
- Flex, Walter 75
 Foch, Ferdinand 42
 Freyer, Hans 128
 Friedensburg, Ferdinand 64
 Friedrich der Große 116
 Fritsch, Theodor 75, 127
- Ganghofer, Ludwig 75
 Geissler, Fritz 60
 Gereke, Günther 98, 101, 124 f.
 Giesberts, Johannes 64
 Glatzel, Frank 99
 Gleichen, Heinrich Freiherr v. 40
 Glimm, Erich 93
 Gneisenau, Neidhart v. 13
 Goebbels, Joseph 66, 129
 Goethe, Johann Wolfgang v. 7 f., 19, 74
 Göring, Hermann 135
 Goltz, Rüdiger Graf v. d. 45
 Grabowsky, Adolf 109
 Graefe, Albrecht v. 53
 Grimm, Hans 75
 Gründel, Erich Günter 86
- Hauer, Jakob 73
 Haushofer, Albrecht 20
 Hegel, Friedrich Wilhelm 7
 Heinrich, Admiral 35
 Hellpach, Willi 86, 88, 97, 100
 Hesse, Artur 103
 Heuss, Theodor 103, 132
 Hielscher, Friedrich 66, 128, 131
 Hillmann, Walter 5
 Hindenburg, Paul v. 61 f., 64, 68, 87, 111,
 120, 122 ff., 129, 136
 Hinzmann, Korvettenkapitän 92
 Hierl, Konstantin 119
 Hippler, Wendelin 67
 Hitler, Adolf 8, 16, 38 f., 48, 51 ff., 66, 93,
 111, 119, 123, 125 f., 129, 132 ff.
 Hoffmann, Max 45
 Hofmannsthal, Hugo v. 128
 Hoepker-Aschoff, Hermann 100, 102, 104 f.
 Höhn, Reinhard 78, 81, 85, 108 f.
 Höltermann, Karl 68, 125, 140
 Hörsing, Otto 68
 Huber, Ernst Rudolf 81, 95
 Hugenberg, Alfred 34, 36, 45, 55, 62 ff., 87 f.,
 93, 95, 97, 99, 123, 133
 Hutten, Ulrich v. 12

- Imbusch, Heinrich 88
- Jarres, Karl 61
Jünger, Ernst 8, 66, 128
- Kahle, Maria 58
Kahr, Gustav Ritter v. 53
Kaiser, Jakob 125
Kant, Immanuel 70
Kapp, Wolfgang 24, 31, 64
Ketteler, Wilhelm Emanuel Freiherr v. 95
Kindt, Werner 102
Kirdorff, Emil 63
Kleinau, Wilhelm 66
Kleist, Heinrich v. 19
Klepper, Otto 117
Kloppe, Fritz 65
Klostermüller, Hanna 21, 57, 110
Koch-Weser, Erich 91 f., 99 f., 102, 104, 106
Koellreutter, Otto 81
Koerber, Adolf Victor v. 47
Koerber, Norman 102
König, Eberhard 75
Kolbenheyer, Erwin Guido 75
Kriek, Ernst 93, 131
- Lagarde, Paul de 75
Lambach, Walther 67, 88, 97 f.
Langbehn, Julius 75
Leber, Julius 125
Lemmer, Ernst 88, 92, 97 ff., 105 f., 138
Lenin, Wladimir Iljitsch 144
Lienhard, Friedrich 75
Lindeiner-Wildau, Hans-Erdmann v. 51, 97
Litt, Theodor 80, 83
Loebell, Friedrich Wilhelm v. 61
Loewenstein, Hubertus Prinz zu 125
Löns, Hermann 75
Lohmann, Theodor 95
Lohmüller, Wolfgang 21
Lossow, Otto v. 53
Louis Ferdinand, Prinz v. Preußen 21
Louise, Königin v. Preußen 58
Ludendorff, Erich 16, 38, 54, 72
Lueger, Karl 127
- Maenner, Ludwig 5
Mhraun, Artur passim
Mhraun, Charlotte 26, 57
Mhraun, Hans 11 f.
Man, Hendrik de 117
Marx, Wilhelm 61
Maste, Ernst 5, 9, 141
Meyer, Oskar 103
Mierendorff, Carlo 125
- Mieschinski, Otto 56
Millerand, Alexander 47
Moeller van den Bruck, Artur 40, 128
Mohler, Armin 5, 143 f.
Muckermann, Pater Hermann 53
Müller, Hermann 97, 120
Mussolini, Benito 48
- Nadolny, Rudolf 124
Naumann, Friedrich 88, 98 f., 102, 127
Neumann, Bürgermeister von Lübeck 62 ff.
Nicolai, Walter 45, 55, 63
Niekisch, Ernst 128
Nietzsche, Friedrich 70, 75
Noack, Reichsbannerführer 140
Noske, Gustav 68
- Papen, Franz v. 49, 118, 124 ff., 133
Pastenaci, Kurt 5, 51, 59, 63, 78
Peguy, Charles 12
Pohl, Werner 102
Pross, Harry 131
Psichary, Ernest 12
- Quidde, Ludwig 100
- Rathenau, Walther 31 f., 36, 53
Rausch, Bernhard 68
Rechberg, Arnold 44 ff., 47, 55
Reichenau, Walther v. 140
Reinhold, Peter 104
Reventlow, Ernst Graf 62, 66
Rheinbaben, Rochus Freiherr v. 98
Richelieu, Kardinal 42
Rolle, Kurt 21 f., 52, 72, 77
Roosevelt, Franklin Delano 117
Rosegger, Peter 75
Rosenberg, Alfred 48, 72
Rothfels, Hans 5, 143 f.
- Sahm, Heinrich 123
Salzenberg, Fritz 47, 108
Sauerwein, Jules 43
Schacht, Hjalmar 124
Scharnhorst, Gerhard v. 7, 13
Schauwecker, Franz 66
Scheubner-Richter, Max Erwin v. 38
Scheidemann, Philipp 62
Schiller, Friedrich v. 19
Scheler, Max 128
Schlageter, Albert Leo 37
Schlange-Schöningen, Hans 117, 124
Schleicher, Kurt v. 118, 125 ff.
Schlund, Pater Erhard 51, 53
Schmitt, Carl 81
Schoenerer, Georg v. 127

- Scholz, Ernst 99
 Schröder, Kurt v. 126
 Schröder, Admiral 63
 Schröder, Gustav 75
 Schumacher, Kurt 125
 Schwarz, Hermann 72, 75
 Schwob, Maurice 44
 Seeckt, Hans v. 61
 Seisser, Hans v. 53
 Selchow, Bogislaw v. 75
 Seldte, Franz 60 f., 93, 133, 138
 Severing, Carl 22, 26, 31, 62, 64, 67
 Smend, Rudolf 5, 12
 Sodenstern, v., Major a. D. 63
 Sombart, Werner 117
 Stadelmann, Rudolf 5, 12
 Stalin, I. W. 143 f.
 Stapel, Wilhelm 24, 58
 Stegerwald, Adam 32 f., 65, 88, 92, 98, 106
 Steguweit, Heinz 75
 Stehr, Hermann 75
 Stein, Karl Freiherr vom 7, 35 f., 39, 65, 68,
 77, 91, 111
 Steiner, Rudolf 32
 Stoecker, Adolf 127
 Strasser, Gregor 66, 124
 Strasser, Otto 66, 111, 125
 Stresemann, Gustav 38 f., 42 f., 53, 63 f., 68,
 88, 92, 98 f.
 Syrup, Friedrich 117, 119
 Taittinger, 47
 Tanzmann, Bruno 58
 Thaelmann, Ernst 129
 Thiel, Otto 88
 Treitschke, Heinrich v. 7
 Tschammer und Osten, Hans v. 55
 Ullmann, Hermann 97
 Valois, Georges 47
 Vogel, Walther 109
 Vögler, Albert 63
 Weber, Alfred 86
 Weber, August 99, 103, 105
 Westarp, Kuno Graf 62, 97
 Wiechert, Ernst 75
 Wilhelm II. 83
 Wilhelm, Theodor 102
 Winkhaus, Geheimrat 63
 Winnig, August 8, 68, 75, 124
 Wünschuh, Joseph 99
 Wirth, Hermann 75
 Wiskott, Generaldirektor 63
 Wulle, Reinhold 21, 53
 York, Ludwig v. 39
 Zehrer, Hans 91, 102
 Ziegler, Leopold 131

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Einleitung	7
I. Kapitel:	
Artur Mahraun	11
II. Kapitel:	
Die Gründung und Frühzeit des Jungdeutschen Ordens	23
III. Kapitel:	
Das Verhältnis zur „nationalen Bewegung“ und das Jahr 1923	34
IV. Kapitel:	
„Der nationale Friede am Rhein“: Versailles und die Außenpolitik	42
V. Kapitel:	
Die Entwicklung des Ordens: Von der „nationalen“ zur „volksnationalen“ Bewegung	51
VI. Kapitel:	
Die neue Auseinandersetzung mit dem nationalen Lager	60
VII. Kapitel:	
Weltanschauliche Grundfragen	69
VIII. Kapitel:	
„Das Jungdeutsche Manifest“: Der jungdeutsche Volks- und Führerstaat	77
IX. Kapitel:	
Die volksnationale Bewegung	87
X. Kapitel:	
Der Sammlungsversuch der Deutschen Staatspartei	96

XI. Kapitel:	
„Der Große Plan“: Arbeitsdienst und Siedlung	108
XII. Kapitel:	
Der Dritte Weg: Der Ausgang der Republik und das Verhältnis zu den Präsidentialregierungen	120
XIII. Kapitel:	
Der Jungdeutsche Orden und der Nationalsozialismus	127
XIX. Kapitel:	
Die nationalsozialistische Machtergreifung und das Ende des Jungdeutschen Ordens	133
Schlußbetrachtung	143
Quellen- und Literaturverzeichnis	145
Personenregister	155